M 3477 F

blätter des iz3w

Zahlen oder nicht zahlen?

Perspektiven der Entschuldung

STERLING INDEX

	Sept. 5	Previous
8.30 am		
9.00 am		
10.00 am		
11.00 am		
Noon	71.6	71.6
1.00 pm	71.7	71.6
2.00 pm	71.6	71.7
3.00 pm	71.6	71.7
4.00 pm	71.7	71.7

CURRENCY RATES

Sept. 5	Bank rate %	Special Drawing Rights	European Currency Unit
Sterling......	--	0.809090	0.688979
US $.........	5½	1.21404	1.03416
Canadian $	8.47	*	1.43303
Austria Sch	4	7.3632	14.7885
Belgian Fr..	8	51.0686	43.5199
Danish Kr....	7	9.33718	7.95422
D'mark.......	3½	--	2.10141
Guilder......	4½	2.76015	2.37070
French Fr....	9½	8.08308	6.88749
Lira..........	12	--	1450.15
Yen...........	3½	87.994	160.450
Norway Kr.	8	8.83821	7.53032
Span'h Pta.	--	161.744	137.750
Swedish Kr.	8	8.33438	7.10725
Swiss Fr....	4	1.99892	1.70274
Greek Drch	20½	162.760	138.730
Irish Punt...	--	--	0.764052

* C$/SDR rate for Sept 4: 1.68699.

CURRENCY MOVEMENTS

Sept. 5	Bank of England Index	Morgan Guaranty Change %
Sterling............	71.7	-21.0
U.S. Dollar.........	110.4	+3.1
Canadian Dollar...	77.3	-12.9
Austrian Schilling	131.4	+8.2
Belgian Franc......	96.8	-6.4
Danish Kroner.....	88.2	+0.1
Deutsche Mark....	140.2	+18.0
Swiss Franc........	165.5	+21.9
Guilder..............	129.5	+11.8
French Franc.......	69.6	-13.8
Lire..................	47.6	-16.1
Yen...................	215.9	+60.2

Morgan Guaranty changes: average 1980-1982=100. Bank of England index (base average 1975=100).

Nr. 137 November 1986 DM 5,00

Inhalt

Zivildienststellen beim iz3w gesperrt

Das iz3w ist seit Jahren als „Beschäftigungsstelle des Zivildienstes" anerkannt. Insgesamt stehen uns 3 Zivildienstplätze zur Verfügung, die wir bislang regelmäßig besetzt hatten.

Mit Schreiben vom 19. 9. 86 teilt uns das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) nun mit, daß „die weitere Zuweisung von Zivildienstleistenden bis auf weiteres gesperrt" ist. Begründet wird dies damit, daß „die Beschäftigung Zivildienstleistender auf Zivildienstplätzen der Tätigkeitsgruppe 04 (kaufmännische- und Verwaltungstätigen) nicht den Anforderungen entspricht, die sich aus dem Gesetz für Zivildienstplätze aller Art ergeben."

Diese Reduzierung ist insoweit zunächst unverständlich, als das BAZ nicht mehr in der Lage ist, alle „tauglich 3-Gemusterten" unterzubringen, die ausschließlich für diese Art von Stellen vorgesehen sind. Verständlich wird das Vorgehen erst, wenn man die politische Stoßrichtung erkennt: **Kriegsdienstverweigerer** sollen allenfalls im unpolitischen Pflegebereich billiges Personal abgeben, aber nicht Tätigkeiten ausüben, die einem **Friedensdienst** näher kommen.

Diese politische Grundsatzentscheidung der Wendepolitik wird in juristisch aufbereiteter Form umgesetzt und — nicht nur, aber auch — bei uns — vollzogen. Wir wenden uns deshalb an Gruppen, Organisationen und Verbände, die bislang von derartigen Maßnahmen betroffen waren/sind und bitten um Beantwortung folgender Fragen:

- wann wurden bei euch wieviele Stellen gesperrt oder aberkannt?
- seid ihr juristisch dagegen vorgegangen? Falls ja: mit welchem Erfolg/Mißerfolg?
- gab es Verhandlungen zwischen euch und dem BAZ, um die gesperrten 04-Stellen in andere Stellen umzuwandeln? Habt ihr dahingehend Anträge gestellt? Falls ja: was wurde erreicht?

Wir benötigen dringend eure Erfahrungsberichte! Hilfreich wäre die Übersendung des Schriftwechsels, von Gerichtsentscheidungen usw. (bitte in Kopie).

Über den Stand der Auseinandersetzung werden wir berichten. rb

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Bekkert, Andreas Beil, Gerhard Braun, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Christine Grieshaber, Claudia Heid, Iris Harnischmacher, Daniela Heuberger, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Werner Kobe, Claudia Koenig, Barbara Kupfer, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Scott Roulier, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Marina Schmidt, Alexander Spermann, Wilfried Telkämper, Susanne Vollmer, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 138:
25. November 1986

Anzeigenschluß für Nr. 138
1. Dezember 1986

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Jahre Schuldenkrise

Zahlen oder nicht zahlen?

Die Schuldenkrise ist zwar erst 1982 offen zutage getreten und erweist sich seither dauerhaft als zentraler Störfaktor der internationalen monetären Beziehungen, die Ursachen dieser monetären Krisenerscheinungen sind jedoch viel älter und liegen tiefer. Im Kern geht es um die Stellung der Länder der Dritten Welt in der Weltwirtschaft, um ihre Rolle in den durch Ausbeutung gekennzeichneten Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industrieländern und den Entwicklungsländern. Mit der Internationalisierung des Kapitals und der Herausbildung internationaler Konzerne, vergrößerte sich der Grad der Weltmarkteinbindung der Entwicklungsländer, spitzte sich die Abhängigkeit dieser Staaten von den monopolistischen Verwertungsstrategien der Multis zu.

Wenn die Verschuldungsproblematik und die Strategien ihr gegenüber als bloßes monetäres Problem diskutiert werden, greift man also zu kurz. Zwar erweist sich die Schuldenlast derzeit tatsächlich als Zentralproblem der meisten Entwicklungsländer und als Hauptmechanismus des Ressourcentransfers aus der Dritten Welt in die Kassen der Banken und Konzerne, es ist jedoch keine dauerhafte Lösung der Problematik möglich, ohne den Mechanismus, der zur Entstehung der inzwischen unbezahlbar gewordenen Schulden geführt hat; in die Betrachtung einzubeziehen.

In der internationalen Diskussion nimmt das Thema Verschuldungskrise immer breiteren Raum ein. Durch die Weiterentwicklung der Debatte entstanden auch innerhalb des entwicklungspolitischen Spektrums kontroverse Analysen über die Ursachen der Verschuldung. Die Lösungsansätze hinken der Analyse jedoch noch weit hinterher.

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BuKo) hat sich im Hinblick auf den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel 1988 in Westberlin zum Ziel gesetzt, die Diskussion aufzunehmen und weiterzuentwickeln.

Das vorliegende Heft will den bisherigen Stand der Diskussion aufzeigen und die verschiedenen Standpunkte vorstellen.

Die Hauptkontroversen drehen sich um die Strategien der USA, die Weiterentwicklung des Weltwirtschaftssystems („Apokalypse oder Weiterwurschteln?") und die konkreten Handlungsmöglichkeiten von Gläubigern und Schuldnern.

Elmar Altvaters Artikel gibt einen aktuellen Überblick über die Schuldenkrise am Beispiel lateinamerikanischer Staaten. Eine Lösung hält Altvater ohne Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen nicht für möglich. Die entscheidenden Strukturen, die für die Bewegung der Zinsen, des Dollarkurses und der Preise verantwortlich sind, liegen in den Händen der westlichen Industrienationen, v.a. der USA mit ihrer ebenfalls hohen Verschuldung. Wenn es überhaupt zu einer Lösung der Krise kommen kann, so nicht mehr auf rein ökonomischer, sondern auf politischer Ebene.

Wie sich die Schuldenkrise unter verschiedenen konkreten Bedingungen auswirkt, wird an den Beispielen Südkorea, Nigeria und Mexiko dargestellt. Daß durch die IWF-Auflagenpolitik auch Entwicklungsprojekte in ihrer Existenz bedroht werden, unterstreicht ein Bericht von terre des hommes.

Die folgenden Artikel zeichnen einige Aspekte innerhalb der Lösungsdiskussion nach:

Zu Alexander Schubert's Buch „Die internationale Verschuldung" schreibt Michael Meilwers eine kritische Besprechung.

Wie sich die betroffenen Schuldnerländer der „Dritten Welt" eine Lösung vorstellen, zeigt der Artikel „Zahlen oder nicht zahlen?".

Fidel Castros vieldiskutierte Vorschläge werden daran anschließend dokumentiert.

Während Castro einen drohenden Zusammenbruch des Kapitalismus prophezeit, sieht Herbert Schui nach einer Analyse der US-Interessen keinen Anlaß für die Befürchtung, daß das internationale Bankensystem zusammenbrechen wird. Denn entgegen dem äußeren Anschein habe das internationale Schuldenmanagement die Lage im Griff.

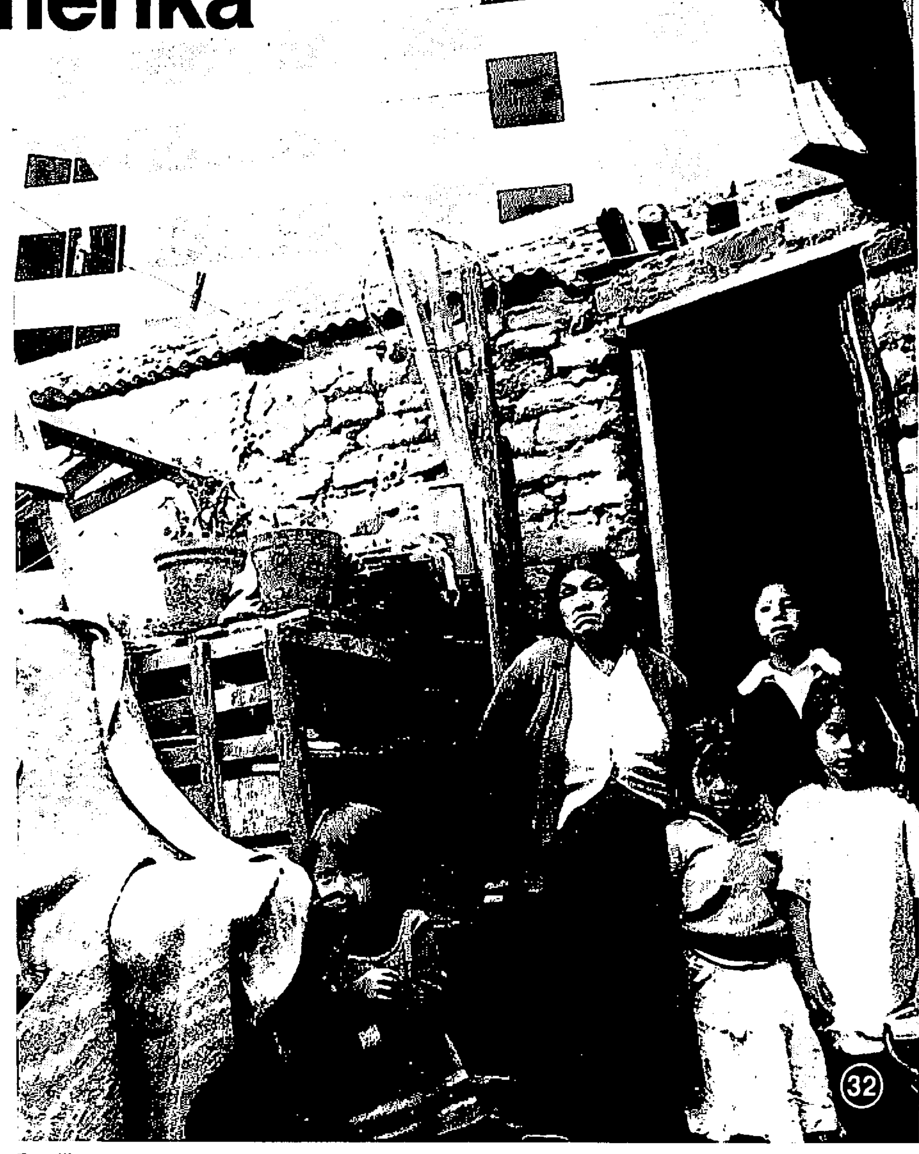
Uwe Stehr befaßt sich mit systemimmanentem Management der Schuldenkrise.

Die Diskussion innerhalb der GRÜNEN über ein „alternatives Schuldenmanagement" wird in einem Beitrag von Christian Hey dargestellt.

Das vorliegende Heft verstehen wir als Beitrag zur Weiterführung der Diskussion um Perspektiven einer Entschuldung. Zur Einführung empfehlen wir unsere „Blätter des iz3w" Nr. 119: Dritte Welt im Schuldturm und Nr. 121: Verschuldung und IWF. Wir freuen uns auf weitere Artikel, die diese Problematik vertiefen. Besonders wichtig erscheint uns der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaft und Verelendung in den Metropolen und in der Peripherie.

baku., mas., wmg.

Schuldenkrise und Verelendung in Lateinamerika



Familie

Aktueller Stand der Schuldenkrise am Beispiel lateinamerikanischer Länder

1. Paradoxien der Verschuldungskrise

Obwohl die Schuldnerländer der Dritten Welt in den vergangenen Jahren netto Kapital an die Industrieländer transferierten, sind die Auslandsschulden der Entwicklungsländer paradoxerweise angestiegen: von 752 Mrd. US$ (1982) über 798 Mrd US$ (1983), 841 Mrd US$ (1984) auf 878 Mrd US$ (1985).

Die zwölf größten Schuldnerländer hatten — nach anderer Schätzung (des Manufacturers Hanover Trust)[1] — externe Verpflichtungen von etwa 500 Mrd US$. Dafür waren Zinsen und Tilgungen zu zahlen, die große Teile der Exporterlöse beanspruchten (siehe Kasten).

Außenschulden und Zinsverpflichtungen der 12 größten Schuldnerländer

Land	Außenschuld in Mrd US$ Ende 1985	Zinszahlungen in % der Exporterlöse
Brasilien	99	37
Mexico	97	35
Argentinien	48	52
Südkorea	47	10
Indonesien	36	13
Venezuela	35	23
Polen	30	41
Philippinen	27	27
Südafrika	24	9
Chile	21	43
Nigeria	20	15
Jugoslawien	19	14

Quelle: Manufacturers Hanover Trust, nach Senhor, 11. 3. 86

Die Zahlungen des Schuldendienstes hätten noch wesentlich höher sein müssen, um den Schuldenberg abtragen zu können. Dies kann ja nur gelingen, wenn nicht nur die Zinsen gezahlt, sondern auch Tilgungen geleistet werden. Doch die Tilgung der aufgenommenen Kredite ist selbst den „Musterländern" unter den Schuldnern (Mexiko bis 1985; Brasilien seit 1984) nicht möglich.

Die Schwierigkeiten mit dem Schuldendienst tendieren dazu, sich zu vergrößern. Denn die nicht gezahlten Tilgungen und Zinsen erhöhen den noch ausstehenden Kreditbetrag und erfordern in der Regel Umschuldungen und Refinanzierungen, die auch für den Kreditgeber kostspielig sind. Die Kosten werden in Form von Zinsaufschlägen (Spread) dem Schuldner angelastet. Ist also eine Verschuldungskrise erst einmal eingetreten, dann tendieren die eingebauten positiven (also destabilisierenden) Rückkopplungsmechanismen dazu, die Schwierigkeiten mit dem Schuldendienst zu steigern und zwar bis zu dem Moment, an dem entweder der Schuldner Bankrott anmelden, oder die ausstehenden Kredite von den Gläubigern abgeschrieben werden müssen. Zwischen diesen beiden Lösungen gibt es nur noch eine politisch moderierte Aufteilung der Abschreibungsverluste zwischen Gläubigern und Schuldnern.

Diese Entwicklung hat sich vollzogen, obwohl nach Einschätzung der Weltbank, des IWF, aber auch der Deutschen Bundesbank seit 1982, als Mexiko mit dem Zahlungsmoratorium im August die Verschuldungskrise eröffnete, Fortschritte bei der Bewältigung der Krise erzielt worden sind:

„Seit Ausbruch der Schuldenkrise im Jahre 1982 ist es durch eine weltweite Zusammenarbeit aller Beteiligten gelungen, über das Krisenmanagement hinaus alles in allem erhebliche Fortschritte auf dem Wege zu einer dauerhaften Überwindung der Verschuldungsprobleme zu erzielen . . ."[2]

Diese „Erfolge" sind keineswegs durch „weitreichende Zusammenarbeit aller Beteiligten" zustandegekommen, sondern sehr *einseitig* zu Lasten der Schuldnerländer, die ihre Importe radikal senkten und die Exporte ebenso radikal forcierten. Der Überschuß in der Handelsbilanz[4] konnte für den Schuldendienst verwendet werden, d. h. ein Teil der territorialen Ersparnis[5] wurde aus den verschuldeten

Entwicklungsländern in die entwickelten Industrieländer transferiert. Das sind die „erheblichen Fortschritte".[6]

Die Ideologie des Schuldenzyklus

Dem Prozeß der Verschuldung lag die Annahme vom „Schuldenzyklus" zugrunde, dessen Basisidee lautet:[7] durch Aufnahme externer Kredite verschuldet sich ein Land zunächst, hat dabei auch eine negative Leistungsbilanz, und kann mit den aufgenommenen Krediten, durch Rekurs auf die „äußere Ersparnis", die Produktivität steigern, dann eine positive Leistungsbilanz erzielen und mit der Rückzahlung der Schuld beginnen. Nach einer gewissen Zeit kann es dem Land sogar gelingen, zum Gläubiger zu avancieren. Diese Hypothese ist zu schön, um wahr zu sein. Denn offensichtlich kann der Zyklus niemals für alle Schuldnerländer Gültigkeit haben, da ja nicht alle Länder zugleich eine positive Handels- und Leistungsbilanz realisieren können. Außerdem geht die These vom Schuldenzyklus davon aus, daß die aufgenommenen Kredite Produktivität, Wachstum und Wohlstand steigern. Dies ist — wie noch zu zeigen sein wird — aber keineswegs der Fall. In Lateinamerika ist im Zeitraum 1980/85 das Pro-Kopf-Einkommen um insgesamt 8,9 % gesunken; wenn man Kuba (das als einziges Land auf dem Subkontinent eine Steigerung um 34,1 % in diesem Zeitraum verzeichnen kann) und Brasilien (mit einem Rückgang von insgesamt 3,0 %, aber einem hohen Anstieg 1983—1985) ausklammert, beträgt die Minderung des Pro-Kopf-Einkommens in sowieso schon armen Gesellschaften sogar 11,4 %.[8]

Die externe Verschuldung hat also nicht nur den Wohlstand nicht gesteigert, sondern die Verelendung in breiten Schichten der Bevölkerung noch erhöht. Da in beinahe allen Ländern der Dritten Welt die Urbanisierung in den vergangenen Jahren wildwüchsig zugenommen hat, äußert sich die Verarmung in der tristen Form der städtischen Verelendung. Dies ist ein wichtiger Unterschied zur Krise der 30er Jahre. Die ökonomische Depression ist auf dem Lande trotz allen Elends leichter durch subsistenzökonomische Formen aufzufangen als in den teilweise megalomanischen[9] Städten Lateinamerikas.

2. Die Parameter der Verschuldungskrise sind in der Hand der Industrieländer

Die weitere Entwicklung der Verschuldungskrise ist im wesentlichen von drei monetären Faktoren abhängig: erstens von den Zinsen (nominal und real), zweitens vom Wechselkurs des Dollar und drittens von den terms of trade, also der Preisrelation von Industriewaren und mineralischen sowie agrarischen Rohstoffen. Hierbei handelt es sich um monetäre Größen, die selbst wiederum auf die Veränderung von realen ökonomischen und politischen Parametern in den Industrieländern reagieren und auf der anderen Seite in den verschuldeten Ländern reale Anpassungen erzwingen. Die Mechanismen des Weltmarkts „transportieren" durch das Netz der monetären Beziehungen Zwänge, die sich ganz real in der produktiven Struktur der Länder bemerkbar machen, sich auf die Lebensbedingungen der Menschen auswirken und sogar ökologische Konsequenzen zeitigen.

a) Zinsen

Die Zinsentwicklung folgt der Bewegung von Angebot und Nachfrage auf den telematisch gesteuerten internationalen Kredit- und Anleihmärkten, die außerordentlich innovativ und durch politische Institutionen (Zentralbanken) schwer zu kontrollieren sind.[10] In der Zinsentwicklung kommt sozusagen das reine ökonomische Prinzip gegen die politischen Lenkungsversuche der (Welt-)Ökonomie zur Geltung. Dies ist keineswegs neu. Es kommt aber vor allem in Zeiten zu Bewußtsein, in denen über eine so lange Periode wie noch niemals in der Geschichte des modernen kapitalistischen Weltsystems die Zinsen auf extrem hohem Niveau und oberhalb oder hart an der Marge der Rentabilität des Realkapitals verharren. In einer so charakterisierten Lage ist tatsächlich die „Zinssouveränität" nicht mehr gegeben.[12] Wirtschaftspolitische Versuche der Steuerung scheitern an der Möglichkeit des Kapitals, alternative Anlageformen zu attraktiven Zinsen auf den internationalen Kapitalmärkten zu finden. Kreditangebot und -nachfrage sind entscheidend beeinflußt durch:

— die Entwicklung von Investitionen und Wachstum in den Industrieländern. Hier spielen konjunkturelle Momente eine Rolle, allerdings in Zeiten eines tiefgreifenden strukturellen Bruchs wie in den 70er/80er Jahren kann es geschehen, daß sich Profite, Zinsen und Investitionen nicht nach dem „normalen" konjunkturellen Muster verhalten, sondern Niveauverschiebungen erleben. Dies ist gerade bei den Investitionen der Fall:

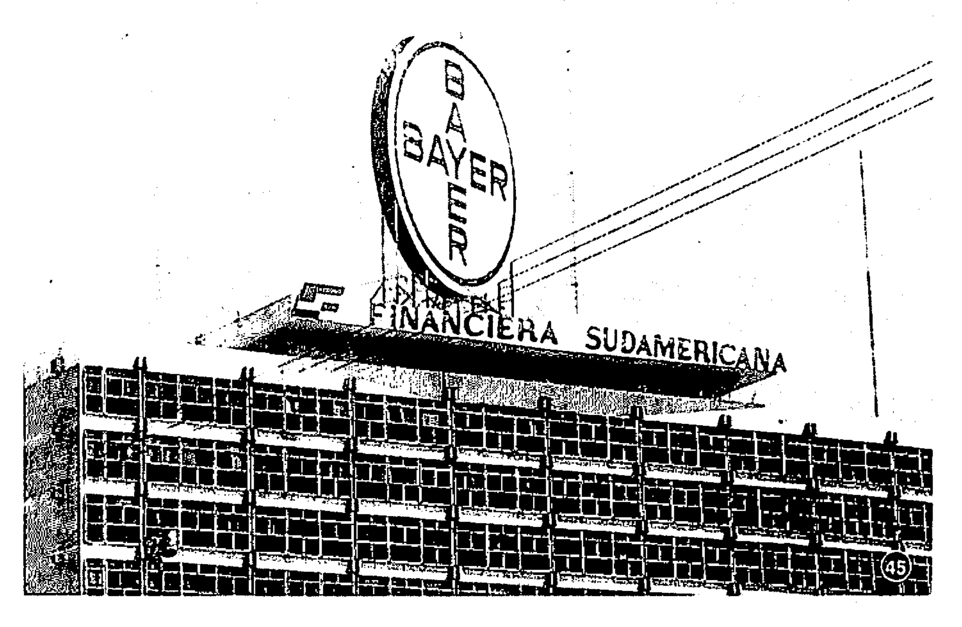
a) die Bruttoinvestitionsquote (gemessen am BIP)[12] nimmt langfristig ab;

b) der Anteil der Ersatzinvestitionen an den Bruttoinvestitionen steigt tendenziell an;

c) der Anteil der Nettoinvestitionen an den Unternehmergewinnen ist tendenziell rückläufig;

d) der Charakter der Investitionen hat sich gewandelt. Investitionen werden mehr zum Zwecke von Rationalisierungen als mit der Absicht der Kapazitätserweiterung getätigt. Nur nebenbei: diese strukturelle Verschiebung ist für die Beschäftigungskrise verantwortlich, so daß Arbeitslosigkeit und Verschuldung tatsächlich die zwei Seiten einer Medaille sind.

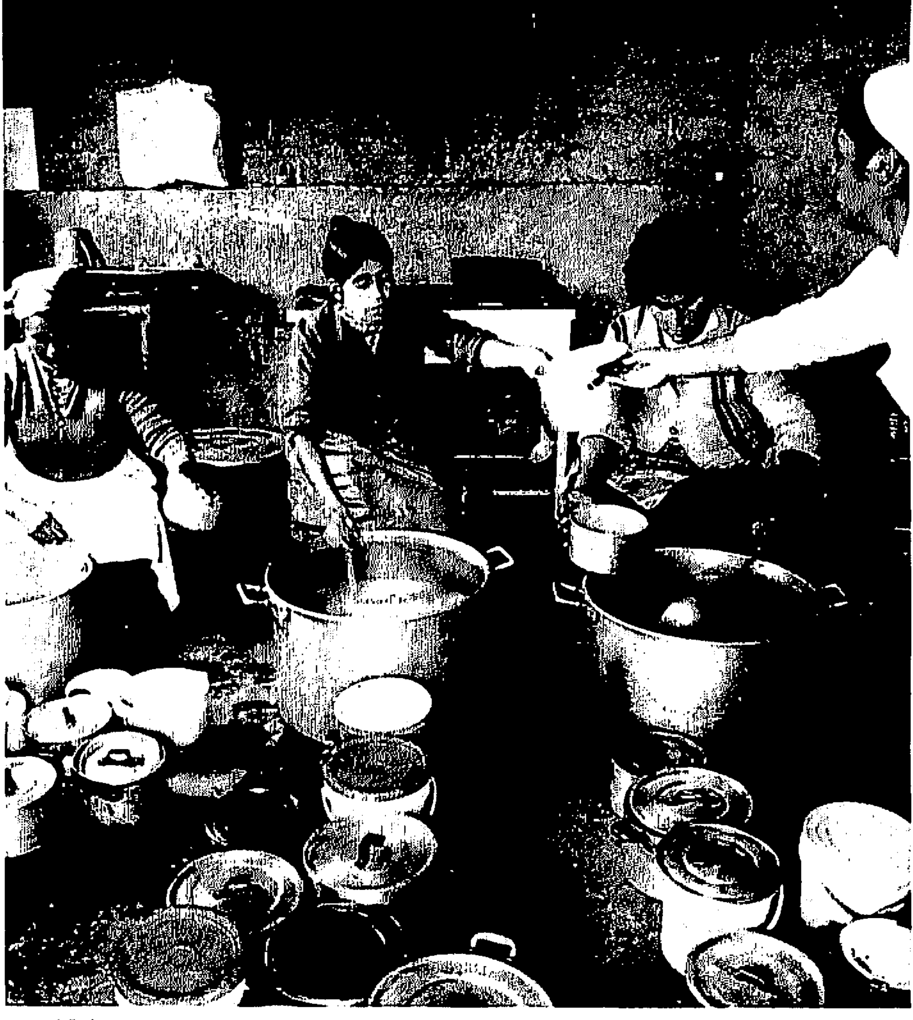
— ein weiterer Faktor ist das Haushaltsdefizit der USA, also die Verschuldung der hegemonialen Industriemacht, die sich nun auf den internationalen Anleihe- und Kreditmärkten in Konkurrenz um das international Anlage suchende Geldkapital zu den verschuldeten Ländern der Dritten Welt begibt; Dies kann nur als ein Ausdruck der Hegemoniekrise der USA interpretiert werden. Die USA sind nicht mehr wie bis Ende der 60er Jahre in der Lage, die monetären Mittel zur Ausübung ihrer Vorherrschaft in der Welt aus den eigenen Binnenressourcen[13] aufzubringen und die Verteilung der Liquidität[14] in der Welt (Weltgeld Dollar) so zu gestalten, daß das System der Zahlungen insgesamt funktioniert. Im Gegenteil, heute wirken die USA wie ein Staubsauger, der die Liquidität der Welt absaugt, um das Zwillingsdefizit in Staatshaushalt und Leistungsbilanz finanzieren zu lassen. Dies ist natürlich nur bei komparativ hohem Zinsniveau möglich. Die (Real-)Zinsen können auch periodisch sinken, jedoch nur in dem Maße, wie die US-Zinsen über dem Niveau der Zinsen (unter Be-



rücksichtigung der Risikofaktoren) in vergleichbaren Ländern bleiben. Diese Situation wird noch so lange andauern, wie die USA das Budgetdefizit nicht nachhaltig reduzieren (was nur durch eine Kürzung der Militärausgaben oder eine Steuererhöhung möglich wäre) und das Defizit in der Handelsbilanz nicht abbauen, das sich in Reagans Amtszeit von 28,0 Mrd US$ 1981 auf 124,3 Mrd US$ 1985 mehr als vervierfacht hat. Mehr als 20 Mrd US$ dieses Defizits sind die Kehrseite des erzwungenen Handelsbilanzüberschusses Lateinamerikas. Die USA lassen sich also ihr Handelsbilanzdefizit extern finanzieren, damit verschuldete Länder einen Handelsbilanzüberschuß durch realen Ressourcentransfer erwirtschaften können, aus dem sie die monetäre Last des Schuldendienstes teilweise abtragen.

Das Defizit in der Handelsbilanz der USA für sich genommen wäre weitgehend problemlos, wenn ihm in den übrigen Posten der Leistungsbilanz ein entsprechender Surplus[15] gegenüberstünde, wie dies bis Ende der 70er Jahre der Fall war. Das Neue der 80er Jahre ist gerade darin zu sehen, daß nicht nur die Handelsbilanz sondern die US-amerikanische Leistungsbilanz negativ ist, und daher die USA inzwischen eine Netto-Schuldner-Nation gegenüber dem Ausland geworden ist.[16] Am Ende des Jahrzehnts werden sich die US-Schulden gegenüber dem Ausland auf mindestens 500 Mrd US$ belaufen. Also müssen jährlich an die 40 bis 50 Mrd US$ Zinsen — von Tilgungen ganz abgesehen — transferiert werden. Natürlich können diese horrenden Summen durch Aufnahme neuer Kredite finanziert werden; allerdings nicht ewig. Dann werden die USA einen entsprechenden Überschuß der Handelsbilanz erzielen müssen. Doch wie, wenn die ökonomischen Indikatoren der US-amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit allesamt aussagen, daß die meisten Branchen der US-Wirtschaft gegenüber Westeuropa und Japan ins Hintertreffen geraten sind. Der Dollar kann abgewertet werden, oder/und die protektionistischen Hürden werden weiter aufgestockt. Dies verschlechtert aber die Exportchancen der Schuldnerländer in der Dritten Welt, die dann trotz heroischer Anstrengungen nicht die Devisen verdienen können, mit denen der Schuldendienst finanziert werden könnte.

Die Erhöhung bzw. Verringerung der internationalen Zinsen um einen Prozentpunkt belastet bzw. entlastet die verschuldeten Länder — nach einem Szenario der Weltbank — um 2,3 Mrd US$. Diese Zahl ist sehr niedrig. Bei Berücksichtigung von spreads und Umschuldungskosten sowie der Übertragung von Zinserhöhungen von variabel verzinslichen Schulden auch auf die festverzinslichen und die Neuver-



Volksküche



schuldung, dürfte der Betrag mit einer gewissen Zeitverzögerung sich auf ca. 8 Mrd. US$ erhöhen.[17]

Das ist etwas weniger als 1 % der Gesamtschulden der Dritten Welt in Höhe von 900 Mrd US$. Allerdings ist hier in Rechnung zu stellen, daß es sich um nominale[18] Werte handelt. Da die Zinsen aber real durch Verkauf von Waren verdient werden müssen, kann nur die Entwicklung der Realzinsen (Zinsen abzüglich Inflationsrate) über die Belastung/ Entlastung eines verschuldeten Landes etwas aussagen. Wir müssen also die Preisentwicklung betrachten.

b) Terms of trade

Eine Verbesserung der terms of trade um einen Prozentpunkt entlastet die verschuldeten Länder — ebenfalls nach Berechnung der Weltbank — um 2,2 bis 7,7 Mrd US$. Auch die Entwicklung der terms of trade liegt nur zu einem geringen Teil in der Disposition der verschuldeten Länder. Sie hängt ab von der Produktivitäts- und Preisentwicklung von Industriewaren und von der Nachfrage nach Rohstoffen in den Rohstoff verbrauchenden Ländern. Diese wiederum wird erstens von technologischen Bedingungen beeinflußt: von Möglichkeiten der Substitution von Materialien (natürliche durch synthetische), von der Verringerung des spezifischen Rohstoffverbrauchs (Miniaturisierung und Gewichtsverringerung), von der Entwicklung ganz neuer Produkte, (die neue Rohstoffe benötigen), von neuen Extraktionsmethoden (Bacterial leaching), von Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten (Energiesparen).

Zweitens ist die Entwicklung der terms of trade Resultat protektionistischer Maßnahmen, die die Nachfrage nach Waren der Schuldnerländer auf Waren umlenken, die in den Industrieländern produziert werden. Nach einer Aufstellung der Weltbank (1985, S. 46) unterlagen 1983 24,9 % der Importe der EG aus Hauptschuldnerländern nichttarifären Handelshemmnissen.[19] Im Durchschnitt der Industrieländer sind es immerhin noch 21,9 %. Die protektionistischen Handelsschranken gegen Zuckerimporte haben den Entwicklungsländern 1983 insgesamt Einnahmeverluste durch verhinderte Exporte in Höhe von 7,4 Mrd US$ gebracht. Bei Rindfleisch lagen die Einnahmeverluste 1979—1981 bei 5,1 Mrd US$ pro Jahr.[20]

Die Rohstoffpreise sind aus diesen Gründen (und anderen, z. B. das steigende Angebot bestimmter Rohstoffe, die auf den Weltmarkt um jeden Preis geworfen werden, um notwendige Devisen zu verdienen) nach einem kurzen Hoch 1972/ 74 mit wenigen Unterbrechungen ständig gefallen, besonders stark seit 1980. Im Jahre 1985 liegen sie real unter den Werten von 1965.[21] Die Gruppe der 24 (Länder aus Lateinamerika, Asien, Afrika) gibt an, daß durch den Verfall der Rohstoffpreise Einnahmeverluste in der Höhe von 60 Mrd US$ entstanden sind. Betrachten wir die reale Preisentwicklung nur einiger wichtiger, vor allem mineralischer Rohstoffe, um einen Eindruck vom langfristigen Preisverfall zu erhalten:

c) Der Dollarkurs

Doch selbst wenn es zu einer Verbesserung der terms of trade kommen sollte, könnte deren Wirkung durch eine Aufwertung des Dollar zunichte gemacht werden. Denn mit der Dollaraufwertung sinken die Preise der exportierten Rohstoffe, während der Wert der in Dollar fakturierten Importe steigt. Umgekehrt wirkt natürlich eine Dollarabwertung. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß es hier jeweils um die Entwicklung des Dollarkurses gegenüber den Währungen der verschuldeten Länder geht, nicht um eine Auf- oder Abwertung des Dollar gegenüber anderen Währungen von Industrieländern. Da die verschuldeten Länder aber gar nicht so viel Dollareinnahmen durch Exportüberschüsse erzielen können, wie sie zum Schuldendienst benötigen — aus den angedeuteten Gründen —, müssen sie entweder die externen Kredite umschulden, oder den Versuch machen, ausländische Direktinvesitionen zu induzieren, die nationale Wirtschaft also für ausländisches Kapital zu öffnen, indem günstige Verwertungsbedingungen geschaffen werden. Gelingt dies nicht, müssen neue Kredite von transnationalen Banken oder offiziellen Institutionen hereingeholt werden.

Ist erst einmal der Schuldendienst von der realen Leistungsfähigkeit des produktiven Sektors eines Landes losgelöst und wird er durch die monetären Tendenzen des Weltmarkts (die Zins-, Kurs- und Preisentwicklung) bestimmt, hat das entsprechende Land nur noch die Chance der Anpassung der strukturellen Bedingungen der wirtschaftlichen Reproduktion an die monetären Faktoren. Während die Zinsen, Preise, Kurse erratisch[22] schwanken können, sind die strukturellen Verhältnisse der Ökonomie — also die Verteilung der Einkommen zwischen den Klassen, der Anteil des Staates am BIP, die Produktivität der Arbeit, die Intensität des Kapitals und die technologische Ausstattung — nur schwer und konfliktreich zu ändern. Die Anpassung struktureller, realer Verhältnisse an monetäre Tendenzen hat daher auf jeden Fall den Charakter des Schocks. Der Staat des verschuldeten Landes hat seine Souveränität der wirtschaftspolitischen Interventionen verloren.

Ausgewählte reale Rohstoffpreise (in konstanten $-Preisen von 1981)

Jahr	1950	1960	1965	1970	1975	1980	1981
Kautschuk[1]	411,3	295,4	192,2	145,1	102,3	156,8	125,2
Aluminium[2]	1757	2011	1831	1984	1362	1481	1676
Bauxit[3]	33,78	26,32	25,42	37,62	39,29	39,77	40,00
Kupfer[4]	2108	2481	2617	3987	2175	2179	1846
Eisenerz[5]	—	60,0	53,2	47,7	35,1	25,8	24,3
Mangan[6]	412,2	305,6	254,9	170,5	214,0	151,5	167,8

1. New York, Cents/kg; 2. New York, $/metrische Tonne; 3. Jamaica, $/metrische Tonne; 4. New York $/metrische Tonne; 5. Brasilianisches Erz, 65 % Fe, cif Nordseehäfen, $/metrische Tonne; 6. Indisches Manganerz, 46—46 % Mn cif UDS-Häfen, Cents/metrische Tonne

Quelle: World Bank, Commodity Trade and Price Trends, August 1982

3. Die Krise eines Entwicklungsmodells

Die Parameter, die die Dynamik der Verschuldungskrise definieren, liegen in der Verfügungsmacht der Industrieländer. Dieser Sachverhalt dürfte Fidel Castro zu seiner Unterscheidung zwischen „legitimer" und „nicht-legitimer" Außenschuld veranlaßt haben:[23] Als „nicht-legitim" bezeichnet er jenen Teil der Außenschuld, der durch die „Wucherzinsen" sowie durch die „Verluste aus dem Außenhandel... (entstanden ist), die die Gläubi-

gerländer den Schuldnerländern durch den scheinbar unschuldigen Mechanismus des freien Marktes aufbürden." Die Verschuldung ist also kein finanzielles Problem der Dritten Welt, sondern muß als Ausdruck der „Krise eines globalen Entwicklungsmodells" (so der ehemalige Zentralbankpräsident Brasiliens Carlos Langoni 1985) intepretiert werden — und zwar eines Entwicklungsmodells nicht nur in der Dritten Welt, sondern des kapitalistischen Weltsystems insgesamt. Die Schuldenkrise wäre ja nicht ausgebrochen, wenn es den Ländern der Dritten Welt gelungen wäre, mit den aufgenommenen Krediten die angestrebte Industrialisierung erfolgreich in Gang zu setzen.

Der Versuch, die Industrialisierung in der von den schon entwickelten kapitalistischen Industrieländern praktizierten Form nachholen zu wollen, wird mit dem Knüppel der Verschuldungskrise bestraft.

Die Verschuldung und die Möglichkeiten zur Leistung des Schuldendienstes heute und in der nächsten Zukunft haben daher ganz direkt mit der Entwicklung weltwirtschaftlicher Strukturen zu tun:

a) Die Möglichkeit zur Verschuldung ergab sich überhaupt erst als Folge der überschüssigen Bankliquidität in den 70er Jahren, als zu niedrigen, real zeitweise sogar negativen Zinsen Kredite in die Länder der Dritten Welt „rezykliert" wurden (vgl. Schubert 1985). Die Droge der billigen Kredite wurde so lange auf den Markt zum Anfüttern geworfen und auch genommen, bis die Abhängigkeit total war. Kein noch so horrender Preis konnte danach die Schuldner von weiteren Kreditgiftspritzen abhalten.

b) Einzelne Schuldnerländer haben, dies ist richtig, die externen Kredite verwendet, um das Staatsdefizit zu stopfen, Prestigeobjekte zu finanzieren oder die Kapitalflucht der herrschenden Klassen zu erleichtern. Den Krediten entspricht also — entgegen den Lehrbuch-Regeln — nicht in jedem Fall auch eine produktive Investition. Die Hypothese vom Schuldenzyklus ist also unbegründet. Dies gilt für Mexiko, Argentinien, Chile und auch für Polen. Aber die Länder, die wie beispielsweise Brasilien der Regel der Hypothese vom Schuldenzyklus noch am ehesten folgten, sind auch in Schwierigkeiten geraten. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. **Erstens** decken sich Fristenstruktur der Tilgungen von Krediten und Amortisationen von Projekten nicht in jedem Fall. Dafür sind Fehlplanungen ebenso verantwortlich wie nicht vorhersehbare Preissteigerungen von Ausrüstungen und Vorleistungen. **Zweitens** sind die Projektrenditen aus strukturellen Gründen nicht kurzfristig zu verändern (sie hängen von der Verteilung zwischen Arbeit und Kapital, der Produktivität, Technologie, Staatsquote etc. ab), während die Zinsen erratisch und kurzfristig schwanken. Zum Beispiel müssen für die im Bau befindlichen Atommeiler Angra II und III, die aufgrund des Atomvertrags zwischen Brasilien und der BRD von der KWU errichtet werden, derzeit nach Angaben der Nuclébrás Zinsen von jährlich ca. 360 Mio US$ abgeführt werden (O Extado de Sao Paulo, 21. 12. 1985), obwohl unabsehbar ist, ob überhaupt und wann die Atommeiler ans Netz gehen können.[24] **Drittens** konnte bei extraktiven[25] Projekten die Entwicklung der Rohstoffpreise nicht antizipiert werden, so daß in der Planungsphase rentable Projekte heute wenig oder gar nicht rentabel sind. Dies läßt sich an einer Reihe von brasilianischen Großprojekten belegen, z. B. dem Aluminium-Kombinat von Barcarena. Dort sollten eine Tonerde- und Aluminiumfabrik errichtet werden, in denen das Bauxit aus dem östlichen Amazonien (Trombetas, Aleirim, Paragominas) zu Aluminium verarbeitet werden sollte. Wegen des Verfalls der Preise für Tonerde ist dieser Komplex nur unvollstänig gebaut worden: Die Tonerde wird aus Surinam importiert, das Bauxit zu niedrigem Preis auf den Weltmarkt geworfen und das Aluminium nur deshalb in Barcarena im Mündungsgebiet des Amazonas produziert, weil das Unternehmen Albrás (brasilianisch - japanisches Konglomerrat) die Elektroenergie des Kraftwerks von Tucurui zu 1,1 pence/kwh billig beziehen kann, die das (staatliche) Unternehmen Eletronorte wegen der hohen Zinsbelastung zu Kosten in Höhe von 4,8 pence/kwh produziert. Die impliziten jährlichen Subventionen der Aluminiumproduktion belaufen sich auf etwa 230 Mio US$.[26]



Also ist es ohne eine Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen, die für die Bewegung von Zinsen, Kursen und Preisen verantwortlich sind, mit Sicherheit nicht möglich, eine Lösung der Verschuldungskrise zu finden. Daher ist die Philosophie der Einzelfallstudien und -lösungen (case by case) des IWF[27] schon aus Gründen, die vom IWF oder der Weltbank selbst angegeben werden, an immanenten ökonomischen Kriterien gemessen grundfalsch. Sie kann nur als der Versuch gewertet werden, nach dem alten Prinzip des „divide et impera" zu verhindern, daß sich Schuldner-Allianzen bilden und daß die Industrieländer, allen voran die USA, ernsthaft in die Verantwortung genommen werden. Die Verschuldungskrise ist weder eine länderspezifische Erscheinung, noch bloß ein monetäres Phänomen. Sie ist das Zeichen einer Krise des fordistischen, industriellen Entwicklungsmodells.

4. Verschuldung und Inflation

Als ein großer Erfolg der neokonservativen Wirtschaftspolitik wird die Zurückdrängung der Inflation in den Industrieländern herausgestellt. Andererseits ist die Inflationsrate in verschuldeten Ländern, insbesondere Lateinamerikas, sehr hoch und weist obendrein noch eine steigende Tendenz auf. Im Durchschnitt der lateinamerikanischen Länder (Cuba mit niedriger Rate und Bolivien mit astronomischer Hyperinflation < 1985: 11.291,6 % > ausgeklammert) stiegen die Konsumentenpreise 1981 58,2 %, 1982 81,3 %. 1983 127,8 %, 1984 152,0 % und 1985 144,7 %.[28]

Die Unterschiede sind auf dem Subkontinent natürlich — da die Preissteigerungsrate von einer Reihe länderspezifischer Faktoren mitbestimmt wird — sehr groß. Da jedoch die Inflation in den meisten großen verschuldeten Ländern besonders hoch ist, kann ein — natürlich vielfältig vermittelter — Zusammenhang zwischen — Verschuldung und Inflation nicht ausgeschlossen werden. Dann aber wären die Inflation im Süden und die Deflation im Norden des Globus nur die Kehrseite der gleichen Medaille. Der Zusammenhang zwischen Verschuldung und Inflation ist nicht direkt. Wie die Weltbank[29] zeigt, besteht zwischen dem Anstieg der externen Schulden und dem Haushaltsdefizit ein signifikanter Zusammenhang. Externe Kredite erleichtern die rasante Zunahme der internen Staatsverschuldung, um die staatlichen Investitionen zu steigern oder auf der Einnahmenseite Steuern zu senken oder Steuererhöhungen zu vermeiden. Denn die privaten und staatlichen Unternehmen, die sich extern verschulden, transferieren zumindest einen Teil der Devisen an die Zentralbank oder an den Zentralstaat, der dafür zum Teil lukrative Staatsschuldverschreibungen ausgibt. So transformiert sich die externe Verschuldung in die Plage der nachgerade explodierenden internen Staatsverschuldung. Dadurch wird auf jeden Fall das Realzinsniveau nach oben gedrückt, so daß produktive Investitionen des privaten Sektors nach und nach blokkiert werden. Der schon erwähnte Rückgang der Investitionsquote ist also nicht nur rezessionsbedingt, sondern er ist eine Folge von externer und interner Verschuldung.

In vielen Ländern sind externe Kredite in den 70er Jahren en masse und zu günstigen Konditionen aufgenommen worden, um **bürokratisch-autoritäre Regime** (verschiedene Modelle von Militärdiktaturen) zu stützen:

In **Brasilien** hat das Militärregime mit seiner „Option von 1974", also mit dem II. Nationalen Entwicklungsplan, den Versuch gestartet, durch Mammutprojekte (Staudämme, Chemie- und Stahlindustrie etc.) in der Größenordnung von mehreren hundert Mrd US$ das Land in eine Großmacht („Brasil — grande potencia") zu verwandeln. Daß von dieser Art der Industrialisierung die Hälfte der Bevölkerung ausgeklammert worden wäre, hätte sie Erfolg gehabt, interessierte die Militärs wenig. Die langfristig angelegten Großprojekte können sich, wenn überhaupt, erst nach vielen Jahren, wenn nicht erst nach Jahrzehnten, rentieren. Zwischenzeitlich freilich sind Zinsen und möglicherweise (nach ersten tilgungsfreien Jahren) auch Tilgungen zu zahlen. Bei staatlichen Großprojekten muß der Schuldendienst aus dem öffentlichen Haushalt bereitgestellt werden, wenn ihn die Rendite der außen finanzierten Projekte nicht hergibt. Dies erfordert entweder die Erhöhung der (Steuer-)Einnahmen oder die Kürzung von Ausgaben oder die Steigerung der internen Staatsverschuldung. Es ist verständlich, daß zunächst versucht wird, Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zu vermeiden. Die zusätzliche Staatsverschuldung aber beschleunigt unweigerlich die Inflation. Obendrein wird durch eine ständig schleichende oder sprunghafte Währungsabwertung (Maxi-Abwertung), die Kapitalflucht provoziert.



Die Schwierigkeiten mit dem Schuldendienst werden also durch die Art und Weise vergrößert, wie intern die externen Kredite zunächst hereingeholt und verwendet werden und wie dann der Schuldendienst aufgebracht wird.

Die Folge der Schwierigkeiten, Zinsen und Tilgungen aufzubringen und zu transferieren, ist jedenfalls die Verstaatlichung der Schulden und des Schuldendienstes: **der verschuldete Kapitalismus sozialisiert seine Schulden.** In Brasilien waren noch Anfang der 70er Jahre 75 % der neuen externen Schulden privat, 1985 sind mehr als 80 % der neu aufgenommenen externen Schulden staatlich.[30].

Nur nebenbei sei bemerkt, daß die internationalen Institutionen, die nicht müde werden, das Hohelied der freien Marktwirtschaft und der Privatinitiative zu singen, aktiv den Prozeß der Verstaatlichung des Schuldendienstes unterstützen, natürlich mit der erklärten Absicht, das private internationale System der Banken nicht durch hohe Abschreibungen zu gefährden.

Andere Beispiele für autoritäre Verschuldung bieten **Argentinien** und **Chile**. Dort sind mit Außenkrediten keine industriellen Großprojekte finanziert worden. Vielmehr haben die Militärdiktaturen sie zur Öffnung der internen Märkte für Importe benutzt, um den Mittelklassen einen kurzen, aber heftigen Konsumrausch Ende der 70er Jahre zu ermöglichen. Heute sind es vor allem die armen Massen, die mit noch größerer Armut, mit Arbeitslosigkeit und Elend den Preis zu entrichten haben. Da in Argentinien die Auslandsverschuldung benutzt worden ist, um die heimische industrielle Basis zu zerstö-

Die Währungsreformen in Argentinien und Brasilien

In Argentinien erreichte die Inflation 1985 über 600 %, In Brasilien bewegte sie sich Anfang 1986 auf ein Niveau von etwa 500 % zu. Von einer bestimmten Höhe an enthält die Inflation, die von der Verschuldung in Gang gesetzt worden ist, ein quasi-automatisches Trägheitselement, da in allen Kontrakten die Preissteigerungen — mit einem über die Inflationsrate der Vergangenheit hinausgehenden Aufschlag — antizipiert werden. Unweigerlich muß sich die Inflation dann beschleunigen, wie in Deutschland 1923, in Israel, in Argentinien oder Brasilien in den 80er Jahren. Der Stopp der Inflation ist nur durch einen (heterodoxen)[35] Schock möglich, durch eine Art „Monetarismus von links": Lohn- und Preisstop, ein Versuch, die Realzinsen zu senken, die Beschränkung des öffentlichen Defizits und die Weigerung, es durch Emission von Geld zu finanzieren, die Abschaffung der Indexierung, die Reduzierung der Verluste von Staatsunternehmen durch deren Privatisierung und/oder den Abbau der Zahl der Beschäftigten, die Schaffung einer neuen Währungseinheit (des Austral in Argentinien und des Cruzado in Brasilien), die Beschränkung der Geldmengensteigerung.

Die Währungsreformen waren unter den gegebenen Umständen unvermeidlich, wobei über die Form und das Buquet der einzelnen Maßnahmen durchaus Kontroversen bestehen. Die Frage ist allerdings, ob sie den notwendigen Erfolg zeitigen werden. Der Erfolg bemißt sich an mehreren Orientierungsgrößen: ob es gelingt, die Währung nach außen zu stabilisieren und die „Dollarisierung" der Ökonomie rückgängig zu machen; ob die realen Zinssätze so niedrig gehalten werden können, daß sich produktive Investitionen wieder lohnen; ob Nachfrage und Angebot von Waren so gesteuert werden können, daß die Preise auch dann stabil bleiben, wenn der Preisstop aufgehoben wird.

Die Erfolgskriterien sind freilich nicht kompatibel. Der Wechselkurs nach außen kann mit niedrigen Zinsen nicht gehalten werden, da Kapital bei hochgradiger internationaler Kapitalmobilität abwandern dürfte.

Die Preise sind nur zu stoppen, wenn das Angebot durch Importe auf bestimmten Märkten aufgefüllt wird. Zur Bezahlung von Importen werden Devisen benötigt, die zur Bezahlung des Schuldendienstes fehlen. Kurz: Ohne äußere Unterstützung in Form von neuen Krediten und der Stundung alter dürften weder die argentinische noch die brasilianische Währungsreform erfolgreich sein. Der Angelpunkt jeder Lösung in den hochverschuldeten Ökonomien befindet sich außerhalb, auf den internationalen Geld- und Kreditmärkten.

Dabei ist freilich in Rechnung zu stellen, daß Brasilien mit seinem Cruzado-Plan günstigere Bedingungen hat als Argentinien mit seinem Austral-Plan. Denn Brasilien hat seine industrielle Basis trotz aller Fehllenkungen von Ressourcen in den 70er Jahren erweitert, während Argentinien sie demontiert hat. Die Maßnahmen des „heterodoxen Schocks" laufen wie in Argentinien darauf hinaus, erstens die Verteilung zwischen (industriellen) Profiten und Zinsen zu Gunsten der Profite und zu Lasten des Kreditsektors zu verändern und zweitens die Masseneinkommen real zu senken. In Argentinien sind die Reallöhne von Juni 1985 bis März 1986 um etwa 30 % gesenkt worden; in Brasilien sind in den ersten beiden Monaten nach dem Währungsschnitt vom 27. 2. 86 die Reallöhne noch leicht gestiegen, da die Inflationsrate auf unter Null gedrückt werden konnte. Dabei wird es freilich nicht bleiben, zumal wenn die Krise des Bankensektors — dem mit der Abschaffung der Indexierung eine wichtige Quelle hoher Gewinne genommen worden ist — auf andere Wirtschaftsbereiche durchschlägt und bestimmte Waren aus dem Angebot verschwinden, weil deren Produktion und Vermarktung für die Unternehmen nicht rentabel ist. Brasilien besitzt aufgrund der hohen Handelsbilanzüberschüsse von 1983 bis 1986 eine hohe Devisenreserve, so daß das Warenangebot durch entsprechende Importe aufgefüllt werden könnte. Doch sind die Möglichkeiten nur befristet gegeben und überdies würde dadurch der positive Saldo der Handelsbilanz abgebaut. Das Land müßte auf den internationalen Märkten erneut um Kredite nachsuchen. Die Schraube hat offensichtlich kein Ende.

ren,[31] ist dieses Land heute in einer wesentlich schlechteren Situation als Brasilien, wo sich immerhin ein Teil der Industrieprojekte „auszahlt".

Der Zwang zum Schuldendienst, obwohl die externen Kredite im Land gar nicht investiv verwendet worden sind, erfordert die Aufbringung aus anderen Quellen, d. h. aus dem Konsumtionsfonds der Massen und dem Investitionsfonds. Es ist unvermeidlich, daß dies nur unter Inkaufnahme einer wilden Inflation zu bewerkstelligen ist oder durch eine Deflationspolitik, die direkt an die Lebensbedingungen der Massen geht.

5. Die Kapitalflucht

Bei hoher Inflationsrate, unsicheren Erwartungen über die Wechselkursentwicklung und einer Politik der Förderung externer Kreditaufnahme wird die Kapitalflucht zu einem ganz normalen Vorgang. Sie ist in allen verschuldeten lateinamerikanischen Ländern sehr hoch. Schätzungen gehen von folgenden Größenordnungen aus:

Kapitalflucht in Lateinamerika (in Mrd US$)

Land	Kapitalflucht 1979/82	Kapitalflucht 1983/85	Neukredite 1983/85
Venezuela	22,0	5,5	4,2
Argentinien	19,2	0,1	6,5
Mexico	26,5	16,2	9,0
Uruguay	0,6	0,2	0,5
Brasilien	3,5	6,6	20,2

Quelle: Daten für 1979/82 Weltbank 1985, S. 75; Daten für 83/85 World Financial Markets, Morgan Guaranty Trust, nach Gazeta Mercantil, 4. 3. 86. — Die Kapitalflucht ist definiert als die Summe der Brutto-Kapitalimporte und des Leistungsbilanzdefizits, abzüglich der Zunahme der offiziellen Währungsreserven.

In einigen Ländern ist die Kapitalflucht größer als die hereinkommenden Neukredite. Dies ist in Venezuela nicht erst seit 1983 der Fall. Schon zwischen 1979 und 1982 beträgt die Kapitalflucht 136,6 % der Bruttokapitalimporte.[32] Auch in Mexiko haben finanzstarke Kreise enorme Summen ins Ausland gebracht und auf diese Weise das Verschuldungsproblem des Landes gesteigert. Die Armut vieler Schuldnerländer besteht darin, daß ein Teil ihres Reichtums in Geldform auf den Konten US-amerikanischer und Schweizer Banken angelegt ist.[35] Könnte das Fluchtkapital retransferiert werden, wäre die Verschuldungskrise sogleich um Dimensionen verkleinert. Die Rezepte der internationalen Institutionen sehen die Rückführung des Fluchtkapitals vor, allerdings durch Anreizsysteme in den verschuldeten Ländern, nicht durch administrative Maßnahmen oder die Einschaltung der internationalen Banken, bei denen ja das Fluchtkapital „parkt". Doch können die internen Anreize (Rentabilitäten, stabile Währung, günstige Anlagemöglichkeiten) niemals mit den hohen Zinsen in den Anlageländern noch dazu bei Erwartungen einer Aufwertung der Anlagewährung konkurrieren. Diese Vorschläge zielen mit Sicherheit ins Leere, sie sind nichts als Augenwischerei, um eine Kontrolle der internationalen Banken zu vermeiden.

6. Gibt es Lösungen?

Bislang sind die Anpassungsmaßnahmen an die Verschuldungskrise einseitig den verschuldeten Ländern aufgelastet worden. Die Industrieländer haben sogar durch fallende Rohstoffpreise davon profitiert und ihre Inflationsrate senken können. Die Umschuldungen der vergangenen Jahre haben das Problem einer grundsätzlichen Lösung nur vor sich her geschoben, so daß die Verschuldungskrise auch in den kommenden Jahren und zwar

verstärkt, da ja jede Umschuldung den zukünftigen Umschuldungsbedarf erhöht, das Nord-Süd-Verhältnis belasten wird.[34]

Lösungsvorschläge haben in Rechnung zu stellen, daß im Verschuldungskrimi ganz unterschiedliche, ja gegensätzliche Akteure mitwirken. Daher gibt es keine rationale Lösung, die sozusagen vom übergeordneten Ganzen ausgeht. Da es bei jeder Lösung um eine irgendwie definierte Aufteilung von Verlusten geht, wäre es naiv, Freiwilligkeit und Gutwilligkeit bei den Akteuren vorauszusetzen. Das einzige, was erwartet werden kann, ist eine Akzeptanz für begrenzte Verluste, weil sonst bei jeder Lösung um eine irgendwie definierte Aufteilung von Verlusten geht, wäre es naiv, Freiwilligkeit und Gutwilligkeit bei den Akteuren vorauszusetzen. Das einzige, was erwartet werden kann, ist eine Akzeptanz für begrenzte Verluste, weil sonst bei einem katastrophischen Zusammenbruch des Kreditsystems die Verluste noch höher wären. Doch ist es spieltheoretisch gesichert, daß zunächst jeder Akteur versuchen wird, eigene Verluste zu vermeiden und sie trotz Einsicht in den Gesamtzusammenhang des Problems den anderen aufzulasten. So kann es kommen, daß trotz vieler und schöner Pläne zur Lösung der Verschuldungskrise deren Dynamik auf das Desaster für einzelne Länder, aber auch für das internationale Kreditsystem zutreibt. **Lösungen der Krise müssen sich zwischen vier Eckpunkten bewegen:** Sie müssen eine **Entlastung der verschuldeten Länder** bringen, um deren reale Leistungsfähigkeit nicht ständig zu überfordern. Sie müssen **die weltwirtschaftlichen Strukturen „reformieren“**, insbesondere das Währungssystem und den internationalen Handel. In den **verschuldeten Ländern** sind **Reformen** notwendig, damit nicht nach einer Lösung der gegenwärtigen Verschuldungskrise sogleich die nächste eröffnet wird. Schließlich ist dafür zu sorgen, daß die **verschuldeten Länder Zugang zu Neukrediten erhalten**, um Entwicklungsprojekte auch weiterhin finanzieren zu können. Diese Bedingungen deuten bereits an, wie unrealistisch es ist, eine schnelle und leichte Lösung zu erwarten. Die erste Bedingung würde ja die Abschreibung eines Teils der Forderungen durch die Banken und gleichzeitig eine reale Zinssenkung notwendig machen. Dies könnte, wenn überhaupt, nur gelingen, wenn die USA ihr Zwillingsdefizit im Staatshaushalt und in der Handelsbilanz reduzieren, also ihre politische Strategie der Aufrüstung aufgeben würden. Darauf zu hoffen, ist freilich genauso realistisch wie das fromme Warten auf ein Gotteswunder. Ähnliches gilt für die Neuordnung von Weltwährungs- und Welthandelssystem. Da wären reformerische oder revolutionäre Entwicklungen in den Schuldnerländern selbst schon eher möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich. Bleibt der letzte Punkt neuer Kredite. Hier gibt es tatsächlich gewisse Ansätze, z. B. Pläne wie denjenigen von Baker. Darin werden Neukredite in der Höhe von etwa 29 Mrd US$ an die Schuldnerländer vorgesehen, um den Schuldendienst und in gewissem Maße auch Entwicklung zu finanzieren. Doch natürlich lösen Pläne dieser Art das Problem nicht, da sie nicht von einer Lastenreduzierung ausgehen, sondern lediglich die gegenwärtige Last durch Neukredite erträglicher machen und den privaten Banken die Angst nehmen wollen, wegen ausbleibender Zahlungen aus den Schuldnerländern, Kredite sehr bald schon abschreiben zu müssen. Pläne dieser Art spielen nur auf Zeitgewinn, lösen aber gar nichts. Wenn man die Möglichkeiten zur Kapitalflucht in Rechnung stellt, ist noch nicht einmal sicher, daß diese begrenzte Absicht erreicht werden kann.

Inzwischen bleibt den verschuldeten Ländern gar nichts anderes übrig, als die Schuldendienstleistungen zu reduzieren. Ob eine Regel wie die von Alain Garcia in Peru herauskommt (nicht mehr als 10 % der Exporterlöse für den Schuldendienst) oder der Unterscheidung Fidel Castros zwischen legitimer (und daher zu bedienender) und nicht-legitimer (und daher zu streichender) Schuld gefolgt wird, ist offen. Einige Länder haben so große Schwierigkeiten, daß eine totale Streichung der Schulden erforderlich ist. Eine Schuldenstreichung als allgemeine Regel sollte allerdings nicht erwogen werden. Denn dies würde doch nur auf die Entschuldung der herrschenden Klassen hinauslaufen und nachträglich deren ökonomische Projekte zur Stärkung autoritärer Regime rechtfertigen. Im übrigen wird die totale Streichung von Schulden in den verschuldeten Ländern nur von wenigen Gruppen gefordert. Es ist dies keine Forderung, die eine Schuldnerallianz begründen könnte.

Auch ist in Erinnerung zu rufen, daß derzeit nicht nur die „Zeitbombe“ der Verschuldung der Dritten Welt tickt, sondern die Verschuldung der USA ein mindestens ebenso großes Problem für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen darstellt. Die USA profitieren heute aber davon, so daß eine Aufgabe der gegenwärtigen ökonomischen Strategie der hegemonialen Supermacht nicht erwartet werden kann. Eine Abkehr von der monetaristisch-neoliberalen Ideologie und Strategie, die mit ihrer Vorstellung, der Markt könne alle Probleme schon lösen, einen großen Teil der Welt ins Elend gestürzt und in den USA selbst eine breite Schicht von Krisengewinnlern erzeugt hat, wird in absehbarer Zeit nicht stattfinden.

Die Verschuldungskrise hat längst die Dimensionen eines ökonomischen Problems gesprengt. Sie ist eine politische Krise; sie kann folglich auch nur politisch gelöst werden.

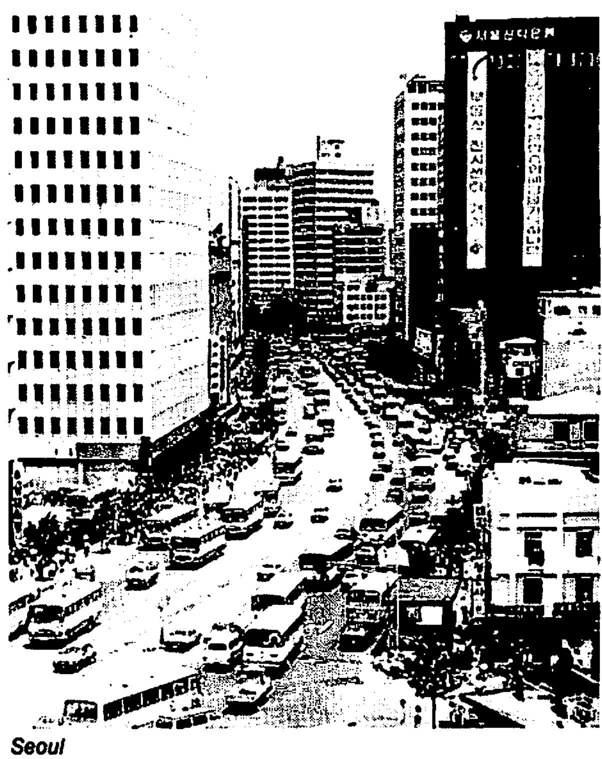
Elmar Altvater

Anmerkungen:

1. Amerikanische Großbank; Dt. Bundesbank, Geschäftsbericht, S. 82
2. ebenda, S. 80
3. ebenda
4. siehe Begriffserklärungen
5. siehe Begriffserklärungen
6. Dt. Bundesbank, Geschäftsbericht 1985, S. 80
   Brasilien, ein typisches Beispiel für ein „erfolgreiches“ Schuldnerland, exportierte 1981 noch für 23,7 Mrd US$ und importierte im gleichen Jahr für 22,1 Mrd US$. 1983 sanken die Exporte geringügig auf 21,9 Mrd US$, um 1984 auf 27,0 Mrd US$ emporzuschnellen. Ebenfalls 1983 wurden die Importe auf 15,4 Mrd US$ gesenkt, um 1984 nochmals auf 13,9 Mrd. US$ reduziert zu werden. Der Prozeß wurde 1985 fortgesetzt: Die Exporte brachten Erlöse in Höhe von 25,6 Mrd US$, die Importausgaben wurden weiter, und zwar auf 13,2 Mrd US$ komprimiert. Der Handelsbilanzüberschuß wurde also vor allem durch Einschränken der Käufe im Ausland von ca. 1,6 Mrd auf 12,4 Mrd US$ emporgetrieben. Man mag sich vorstellen, welcher Anstrengung es bedarf, um die Exportsteigerung real aus dem produzierten Sozialprodukt abzuweigen und gleichzeitig die Importe fast zu halbieren.
7. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1985, S. 55
8. CEPAL, nach Conjuntura Economica, Febr. 1986, S. 196, auch Weltbank 1985, Tab. A.2., S. 174.
9. megalomanisch: größenwahnsinnig.
10. vgl. Bundesbank 1985, S. 83ff; BIZ 1985; Traber 1986)
11. Scharpf 1985; des Castro/de Souza 1985.
12. siehe Begriffserklärungen
13. siehe Begriffserklärungen
14. siehe Begriffserklärungen
15. siehe Begriffserklärungen
16. vgl. Bundesbank 1985, S. 62.
17. Weltbank 1985, S. 49.
18. siehe Begriffserklärungen
19. siehe Begriffserklärungen
20. Weltbank 1985, S. 47
21. Weltbank 1985, S. 45; OECD 1986, S. 11
22. erratisch: lat. verirrt, zerstreut
23. vgl. Castro-Interview in diesem Heft
24. O Estado de Sao Paulo, 21. 12. 85
    Der Elektrosektor Brasiliens — um ein anderes Beispiel zu nennen — ist für ca. 11 Mrd US$, also mehr als 10 % der brasilianischen Außenschuld gut (oder besser schlecht). Im Jahre 1985 betrugen die nominalen Zinsen auf diese Kredite zwischen 15 %—19 %, während die Rendite des Sektors insgesamt bei etwa 4 %—5 % lag. Die desaströsen Effekte der Kreditkrise auf die Substanz der Unternehmen ist vorstellbar. Die für den Bau des tropischen Stausees von Tucurui verantwortliche Eletronorte hat bei dieser Divergenz zwischen Fremdzinsen und Rendite schon 1983 48,1 % der Eigenmittel für Zinszahlungen verwenden müssen (O Liberal, 23. 7. 1985; Senhor, 26. 1. 1986).
25. extraktiv: ausziehend, auslaugend
26. IBASE 1985
27. die auch die dt. Bundesbank vertritt, vgl. Bundesbank 1985, S. 83
28. IWF, nach Conjuntura Economica, Febr. 1986, S. 195.
29. Weltbank 1985, S. 72
30. Dies ist keine Ausnahme. Die Weltbank (1985, S. 75) schreibt: Die „jüngste Tendenz der Umschuldungsverhandlungen (ist), auch die nicht garantierten Schulden als Teil der Verbindlichkeiten der Regierung in die Umschuldung mit einzubeziehen. Der öffentliche Sektor übernimmt das Transferrisiko, das mit der Bedienung der vom privaten Sektor aufgenommenen Auslandskredite verbunden ist, obwohl die mit diesen Schulden erworbenen Aktiva in der Regel im Ausland gehalten werden, wo sie der heimischen Wirtschaft kaum Nutzen bringen.“
    Das ist noch untertrieben. Denn sie bringen nicht nur gar keinen Nutzen, sondern schaden obendrein dem verschuldeten Land dadurch, daß die Aufbringung des Schuldendienstes durch den öffentlichen Sektor entweder auf Kosten des Staatsverbrauchs und der öffentlichen Investitionen geht oder die Inflation weiter ankurbelt.
31. „counter-productive destruction of economic activity“, so Rüdiger Dornbusch in: World Economy, Juni 1984, S. 154
32. Weltbank 1985, S. 75
33. vgl. Simon, 1986.
34. vgl. zu den Umschuldungen: Weltbank 1985, S. 32.
35. heterodox: Gegenteil von orthodox; im Sinne einer Abweichung von der offiziellen Lehre.

Südkorea: Musterknabe unter den Schuldnerländern?

„Koreas Erfahrungen in der Folgezeit der zweiten Welle von Ölpreiserhöhungen sind ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie orthodoxe Stabilisierungspolitiken — werden sie effektiv umgesetzt — einem Land helfen können, sich an inländische und externe Schocks anzupassen", heißt es in einer Studie des Weltwährungsfonds zur südkoreanischen Wirtschaftspolitik der Jahre 1980 bis 1984.[1] Tatsächlich ist die ökonomische Entwicklung Südkoreas während dieser Phase einigermaßen überraschend verlaufen: Das Land ist der viertgrößte Schuldner der Dritten Welt, geriet jedoch zu keinem Zeitpunkt in ähnliche Turbulenzen wie etwa Brasilien oder Mexiko. Mehr noch: Als diese Länder gerade erst richtig in die Schuldenkrise hineingerieten, wies Südkorea schon längst wieder exzeptionelle Raten des wirtschaftlichen Wachstums auf. Ist Südkorea somit wirklich das Paradebeispiel der orthodoxen Anpassungspolitik, als das Weltbank und IWF es verkaufen wollen?



Seoul

1. Die Krise von 1979/80 und ihre Vorgeschichte

Die südkoreanische Industrialisierungspolitik, die für so manchen Betrachter mit der Krise von 1979/80 ein ruhmloses Ende gefunden zu haben schien, begann zu Anfang der sechziger Jahre, nachdem die herrschende Zivildiktatur 1960 gestürzt worden war und putschende Militärs 1961 die Macht an sich gerissen hatten. Zu diesem Zeitpunkt war die ökonomische Lage katastrophal. Die Regierung hatte eine Importsubstitutionspolitik verfolgt, deren hauptsächliches Resultat die Verknappung und Verteuerung aller wichtigen Güter war. Die im Inland aufgebauten Industrien waren wenig effizient — mit dem Außenhandel war weit mehr Geld zu verdienen als mit produktiven Investitionen. Gleichwohl fielen während der fünfziger Jahre zwei wichtige strukturelle Vorentscheidungen: Zum einen kam es zu einer Landreform, die mit ihren Umverteilungseffekten das Fundament für eine wirtschaftliche Entwicklung legte, die das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt binnen zwanzig Jahren von 80 auf 2000 US-$ steigen ließ; zum anderen bildeten sich — zumeist um florierende Außenhandelsbetriebe herum — Unternehmenskonglomerate („Chaebol"), die noch heute die Wirtschaft des Landes beherrschen. Die Entstehung dieser Konglomerate wurde von der zivilen wie auch später der Militärregierung nicht nur geduldet, sondern bewußt gefördert; Klientelbeziehungen zwischen Unternehmen und Regierenden bestanden in beiden Phasen. Dies war eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklungspolitik, die von den Militärs verfolgt wurde: Aller kapitalistischen Rhetorik zum Trotz handelte es sich um eine staatlich gelenkte Entwicklung, bei der Regierungsinstanzen durch direkte Weisungen wie durch indirekte Maßnahmen den Weg bestimmten. Zu den indirekten Maßnahmen gehörten insbesondere gezielte Importlizenzen, Steuerbefreiungen und die Zuteilung besonders zinsgünstiger Kredite; die direkten Maßnahmen sahen zum Beispiel so aus, daß der koreanischer Präsident zu nachtschlafender Zeit einen Chaebol-Chef anrief und zusammenstauchte, weil dessen Firma die Exportplanziele nicht realisiert hatte.

Gekennzeichnet war dieser Weg durch den Versuch einer „importsubstituierenden Exportorientierung". Aufbauend auf die vorhandene leichtindustrielle Struktur wurden Fabriken für Bekleidung und andere Konsumgüter aufgebaut. Weil die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes bald erschöpft war, vor allem jedoch, weil Südkorea als rohstoffloses Land auf Importe angewiesen war und ist, starteten bald die ersten „Exportoffensiven". Gleichzeitig wurde die Industriestruktur vertieft; die Importsubstituierung in neuen Bereichen legte die Grundlage für spätere Exporte. Seit dem dritten Fünfjahresplan (1971 bis 1976) wurden gewaltige Investitionen in schwerindustrielle Bereiche wie Stahl und Petrochemie gelenkt. Auch wenn dies zunächst vernünftig und erfolgreich war, wurden damit die Grundlagen für die Krise von 1979/80 gelegt, denn diese Investitionen schufen eine vierfache Verletzbarkeit gegenüber externen Einflüssen:

— sie waren nur durch Kreditaufnahme im Ausland finanzierbar.,
— sie beruhten auf importierter Technologie,
— sie waren energieintensiv und fußten dabei auf preiswert zu importierendem Öl,
— sie waren überdimensioniert, d. h. strukturell auf ein weiteres drastisches Wachstum der Exporte angelegt.

Unmittelbarer Auslöser der Krise waren jedoch weniger die „externen Schocks" als interne Probleme. Seit Mitte der siebziger Jahre war die Industrie mit einem Arbeitskräftemangel konfrontiert, der zu Lohnsteigerungen führte, die über den Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität lagen. Weil die südkoreanischen Exporte hauptsächlich durch niedrige Preise erfolgreich waren, führten die lohnkosteninduzierten Preissteigerungen (sowie eine gleichzeitige Aufwertung der südkoreanischen Währung, des Won) zu einem Verlust an Konkurrenzfähigkeit und damit an Marktanteilen. Die Auslastung der Industrie ging zurück, Arbeitskräfte wurden entlassen, was einen Rückgang der inländischen Konsumnachfrage bewirkte, und in diese Krisenspirale hinein platzten die „externen Schocks" der Ölpreisverteuerung und der Zinsexplosion. Weil schon zuvor der stockende Technologieimport die Modernisierung der Industrie behindert hatte, waren nunmehr alle vier Verletzbarkeiten zum Tragen gekommen. Südkorea steckte mitten in einer tiefen ökonomischen Krise, die sich zudem zu einer politischen ausweitete: Die politische Legitimität des herr-

schenden Regimes war eng an die ökonomische Prosperität gekoppelt, sodaß mit dem Verlust des einen das andere gleichfalls schwinden mußte. Unruhen in den Großstädten Pusa und Masan markierten den Beginn einer Phase politischer Instabilität, die — insbesondere nach der Ermordung des Diktators Park im Oktober 1979 — Hoffnungen auf eine politische Öffnung aufkeimen ließen. Doch trat das Gegenteil ein: Nach der brutalen Unterdrückung des Volksaufstandes in Kwangju im Mai 1980 und der Machtübernahme durch den Park-Epigonen Chun im Herbst jenes Jahres begann eine Phase verschärfter politischer Repression, die bis heute anhält und für sich genommen schon ein Sinnbild der „erfolgreichen Stabilisierung" ist. Wie sah diese Stabilisierungspolitik, die im ökonomischen Bereich offensichtlich mit struktruellen und nicht nur mit konjunkturellen Problemen zu kämpfen hatte, nun im einzelnen aus?

2. Faktoren der Wirtschaftlichen Erholung

2.1. Wirtschaftliche Strukturanpassungen

Die Kernpunkte des Anpassungsprogramms, das mit dem IWF vereinbart und mit Bereitschaftskrediten unterstützt wurde, waren typisch: Abwertung, Erhöhung der Zinssätze, restriktive Geld- und Fiskalpolitik, Entstaatlichung und Stärkung der Marktkräfte. Während die Abwertung in mehreren Schritten ohne große Probleme vollzogen wurde und die Realzinsen infolge der erfolgreichen Inflationsbekämpfung von alleine stiegen, waren die anderen Vorhaben weniger leicht zu realisieren. Immerhin griff man in die wichtigsten Strukturmerkmale der südkoreanischen Volkswirtschaft ein: Die Vorherrschaft der Chaebol, die Existenz eines nationalisierten Bankensektors und die staatliche Lenkung der Finanzmärkte.

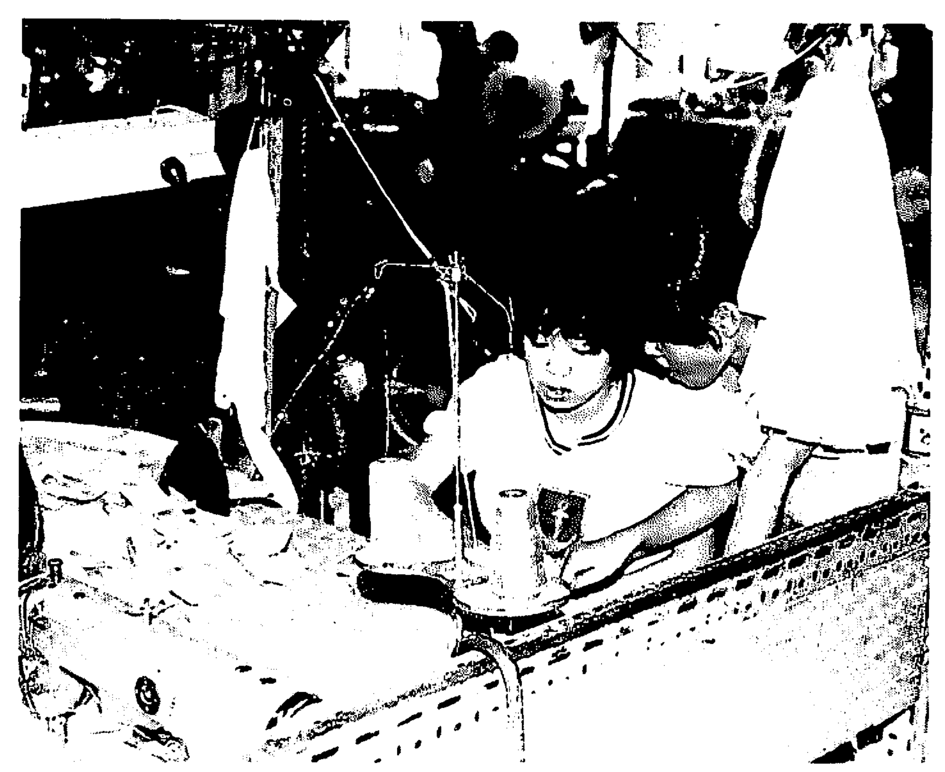
Die Chaebol waren die Träger eines wirtschaftlichen Wachstums gewesen, der sie eine auch im internationalen Vergleich beachtliche Größe hatte erreichen lassen. Ihr Vorbild waren und sind die japanischen Großunternehmen, die unbestritten ein zentraler Erfolgsfaktor für die industrielle Entwicklung Japans sind — und was Japan recht ist, sollte Südkorea nach Ansicht der Wirtschaftsplaner billig sein. Folglich verhallte die Kritik an der Monopolisierung, ohne daß Entflechtungsmaßnahmen ergriffen worden wären. Zwar unternahm die Regierung einige Versuche, Klein- und Mittelbetriebe zu fördern, doch blieb es bei den Versuchen — heute dominieren die Chaebol die Wirtschaft mehr denn je.

In den Ansätzen steckengeblieben ist auch die Privatisierung und Deregulierung des Finanzsektors. Er war das zentrale Instrument zur Lenkung der Wirtschaft: Durch die Subventionierung der Zinsen für geförderte Projekte einerseits und die Festsetzung exorbitanter Zinsen für die nicht geförderten Bereiche andererseits lenkten die vom Staat kontrollierten Banken die Chaebol in die gewünschte Richtung. Dies fiel umso leichter, als jene durch einen ausgeprägten Mangel an Eigenkapital gekennzeichnet sind und durch die Sperrung von Krediten praktisch jederzeit in die Zahlungsunfähigkeit gedrängt werden können. Entsprechend widerstrebend gibt die Regierung dieses effiziente Instrument aus der Hand. Zwar soll durch die Förderung von Wertpapier- und Aktienbörsen die Bedeutung von Bankkrediten reduziert werden, doch hat sich schon gezeigt, daß staatliche Stellen auch hier ohne Zögern direkt intervenieren:

„Die Präsidenten der rd. 25 führenden südkoreanischen Wertpapierhäuser erhalten regelmäßig Anrufe, in denen ihnen mitgeteilt wird, ob sie Papiere kaufen oder abstoßen sollen, je nach der Einschätzung der Regierung, wie überhitzt oder unterbewertet der Markt zu einem bestimmten Zeitpunkt ist. Sie verweigern sich selten."[2]

Ähnlich die Situation im Bankensektor: Zwar wurden die fünf führenden Geschäftsbanken privatisiert, doch unterwerfen sie sich unverändert den Weisungen des Finanzministeriums, das umgekehrt dafür Sorge trägt, daß die kunstvoll aufgetürmten Kreditberge nicht wie Kartenhäuser zusammenbrechen. Daß die Regierung im vergangenen Jahr mit der Kukje-Gruppe den sechstgrößten Chaebol bankrott gehen ließ, ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt: Vermutlich war dies als Warnschuß für die anderen Unternehmen gedacht, sich nicht auf die endlose Refinanzierung durch den Staat zu verlassen, sondern wirtschaftliche Schieflagen mit besserem Management zu begegnen.

Mit sehr viel mehr Nachdruck als bei der Liberalisierung wurden Verschiebungen in der industriepolitischen Schwerpunktsetzung durchgesetzt. Die Förderung der Schwerindustrie wurde (z. T. abrupt) gebremst. Mitunter wurden gerade erst errichtete Kapazitäten wieder reduziert; in der Werftbranche beispielsweise erreichte man dies durch Zwangsfusionen. Die Werften sind ohnehin zum Symbol einer verfehlten Industriepolitik geworden: Aufgebaut Ende der siebziger Jahre, haben sie nur in zwei Jahren (1983/84) schwarze Zahlen geschrieben, um dann genau wie ihre Konkurrenz aus den entwickelten Industriestaaten von der weltweiten Werftenkrise erfaßt zu werden. Als infolge der Schiffahrtsflaute praktisch keine Neubauaufträge mehr vergeben wurden, standen auch die südkoreanischen Werften im Regen — wenn es nichts zu verteilen gibt, nutzt es auch nicht, aufgrund niedriger Löhne der billigste Anbieter zu sein.



Neue Schwerpunkte wurden in Bereichen gesetzt, die eine geringere Energie- und Kapital- und eine höhere Arbeitsintensität aufweisen: Die Automobil- und die Elektronikindustrie, die eng mit multinationalen Konzernen wie General Motors, Ford und Mistubishi liiert sind, setzen darauf, die japanischen Hersteller vom Markt für Kleinwagen verdrängen zu können. Bis jetzt ist die Rechnung in Kanada und den USA aufgegangen, doch kann sich dies jederzeit ändern — ganz abgesehen davon, daß die Automobilisierung Südkoreas, wo Umweltschutz ohnehin ganz klein geschrieben wird, eine wenig erbauliche Perspektive ist.

In den Fußstapfen Japans bewegen sich die südkoreanischen Firmen auch in der Eletronikbranche. Bei der Unterhaltungselektronik wollen sie sich als Billiganbie-

ter von Fernsehern, Videorecordern und Hifianlagen etablieren; bei elektronischen Bauelementen, insesondere Mikrochips, versuchen sie in Zusammenarbeit mit US-Herstellern ein Anbietermonopol japanischer Firmen zu verhindern. Augenfällig ist auch hier die starke Exportabhängigkeit, die in den meisten Produktbereichen über fünfzig Prozent liegt.

Betrachtet man die immanente Logik der südkoreanischen Entwicklungspolitik, so sind ohne Frage in den letzten fünf Jahren einige Mißgriffe der siebziger Jahre korrigiert worden. Die Wirtschaftsstruktur ist heute wesentlich ausgewogener, doch hat die Exportabhängigkeit eher zugenommen. An der starken Position des Staates in der Wirtschaft hat sich wenig geändert — peinlich genug für die Marktideologen des IWF, die dies gerne übersehen und Südkorea als Musterbeispiel erfolgreicher marktwirtschaftlicher Politik präsentieren.

2.2. Ausbeutung

Gleichwohl sind die Strukturanpassungsmaßnahmen keine hinreichende Erklärung für die „Genesung" der südkoreanischen Ökonomie. Diese Entwicklung wäre nicht denkbar gewesen, wäre nicht die interne Ausbeutung in ihren verschiedenen Facetten verschärft worden.

Am offensichtlichsten ist dieser Tatbestand in der Industrie. Die Arbeitszeiten sind länger als fast überall sonst auf der Welt; im offiziellen Durchschnitt liegen sie bei 54,4 Stunden, doch sind wöchentliche Arbeitszeiten von 60 Stunden und mehr keine Ausnahme. Diese Werte bezeichnen nicht etwa den vorläufigen Schlußpunkt in einer langfristigen Verkürzung der Arbeitszeiten, im Gegenteil: Die Jahre der „erfolgreichen Anpassung" waren durch die Ausweitung der Arbeitszeiten gekennzeichnet. Nicht selten handelte es sich dabei um „freiwillige" und unbezahlte Überstunden. Generell sind die Löhne seit 1980 nur minimal gestiegen und damit weit hinter den Produktivitätszuwächsen zurückgeblieben. Wenn auch die These, daß die Löhne in der südkoreanischen Industrie kaum das Subsistenzniveau übersteigen, übertrieben ist, kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß die wirtschaftliche „Erholung" seit 1980 auf dem Rücken der Arbeitnehmer vollzogen worden ist. Grundlage dafür ist nicht zuletzt die systematische Unterdrückung von freien Gewerkschaften. Zahlreiche Chaebol lassen noch nicht einmal „gelbe" Gewerkschaften zu.[3] Streiks müssen vom Arbeitsministerium genehmigt werden, was seit dem Erlaß des entsprechenden Gesetzes 1980 nie geschehen ist. Die Liste der Repressionsmaßnahmen gegen Organisationsversuche südkoreanischer Arbeiter und Arbeiterinnen ist lang.

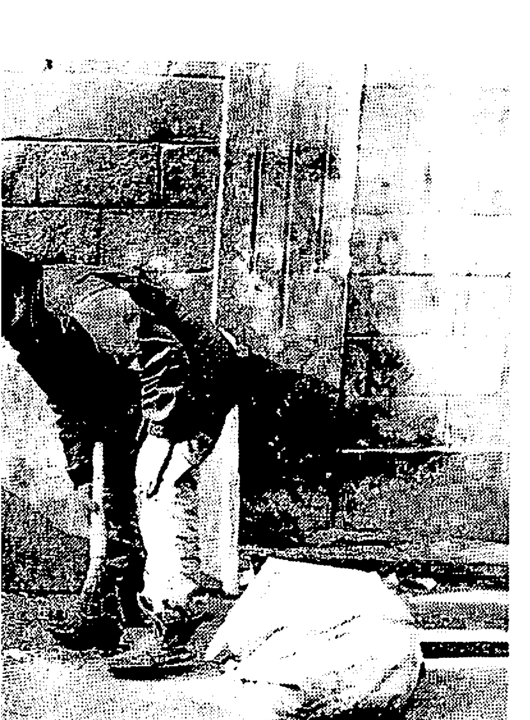
Doch sind sie nicht die einzigen Leidtragenden der Entwicklung des Landes. Einer anderen Gruppe geht es noch weit schlechter: Den Bauern. Die sükoreanische Landwirtschaft ist gleichfalls weitgehend reguliert: die Preise für die wichtigsten Agrargüter werden staatlich festgesetzt. Um die Reproduktionskosten der Arbeiter und damit die Löhne niedrig halten zu können, sind insbesondere die Preise für Grundnahrungsmittel stets auf einem niedrigen Niveau gewesen. Dieser Tatbestand hat sich seit 1980 noch verschärft: Bei einigen Erzeugnissen decken die Preise heute nicht einmal mehr die Produktionskosten. Ergebnis ist eine weitere Zuspitzung der Disparität der Lebenslagen zwischen Stadt und Land.



2.3. Glück

Ein dritter „Erfolgsfaktor" mußte zu den Strukturveränderungen und der Verschärfung der Ausbeutung hinzukommen, war vielleicht sogar der wichtigste: Glück. Genauer gesagt profitieren die südkoreanischen Exporteure von verschiedenen Faktoren, die außerhalb ihrer Einflußmöglichkeiten lagen. Zunächst war es die florierende US-Konjunktur als Folge des Reagan'schen Rüstungsbooms, die den südkoreanischen Produzenten von Konsumgütern glänzende Geschäfte bescherten. Waren sie anfänglich noch hauptsächlich Zulieferer oder Lohnproduzenten für US-Firmen tätig, so lieferten sie später unter eigenem Markennamen (und meist zu geringeren Preisen) Radiorecorder und Herde, Videorecorder und Autos in die USA (und nicht nur dorthin, wie die massive Werbung von „Samsung" und „Goldstar" in der Bundesrepublik dokumentiert).

Als die US-Konjunktur im vergangenen Jahr abflaute, schien sich die ökonomische Zukunft Südkoreas wieder zu verdunkeln. Doch traten Ende des Jahres drei neue Faktoren in Erscheinung, die dem Wirtschaftswachstum einen neuen Schub gaben: Die Verringerung der Ölpreise und der Zinssätze sowie die Auf-



wertung des Yen. Die Verringerung der Ölpreise entlastet die südkoreanische Handelsbilanz um Milliardenbeträge. Die Aufwertung des Yen verteuert japanische Produkte auf ausländischen Märkten und verbessert damit die Wettbewerbsposition südkoranischer Anbieter, deren Produkte aufgrund der Kopplung des Won an den Dollar außerdem in anderen Länder absolut billiger werden. Dies schlägt sich in Form gesteigerter Exporte in der Handelsbilanz nieder, die aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Jahr erstmals seit 1945 einen Überschuß aufweisen wird. Diese Tendenzen sowie der Trend rückläufiger Zinssätze regnen nun wie Manna vom Himmel auf die Manager der südkoreanischen Auslandsschulden herab. Die fest eingeplanten Auslandsanleihen zur Deckung des Handelsbilanzdefizits werden überflüssig. Kredite zur Refinanzierung des Schuldenbergs, der mittlerweile bei fast 50 Mrd. US-$ liegt, können zu wesentlich günstigeren Konditionen aufgenommen werden. Bei den ostasiatischen Banken, die die wichtigsten Gläubiger Südkoreas sind, herrscht Katzenjammer: Nicht nur fällt das Neugeschäft mit dem besten Kunden — Südkorea hat bislang Zinsen und Tilgungen pünktlich bezahlt — geringer aus als erhofft, sondern man befürchtet sogar, daß die südkoranischen Schuldner ihre alten, hoch verzinsten Kredite vorzeitig tilgen könnten. Fest eingeplante Gewinne verschwinden am Horizont.

Schlußfolgerungen

Die südkoreanische Auslandsverschuldung ist das Ergebnis einer übermäßig kapitalintensiven Industrialisierung, wie sie in den siebziger Jahren verfolgt wurde. Die politische und wirtschaftliche Krise von 1979/80 war daher intern verursacht, wurde jedoch durch externe Faktoren verschärft. Die Anpassungspolitik, die unter Mitwirkung und nach der Rezeptur des IWF verfolgt wurde, war hinsichtlich der Korrektur volkswirtschaftlicher Strukturen durchaus erfolgreich. Die Kosten dieser Anpassung wurden jedoch den Arbeitnehmern und dem Agrarsektor aufgebürdet, für die sich die - an sich unbestreitbaren — Erfolge des südkoreanischen Entwicklungsmodells in den letzten Jahren nicht ausgezahlt haben. Sie haben daher allen Grund, eine Veränderung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse anzustreben, die sie mit Recht für ihre derzeitige Lage verantwortlich machen. Die dadurch festzustellende politische Instabilität des Landes, die zuletzt auch durch eine verschärfte Repression nur mit Mühe unter Kontrolle zu halten war, steht vordergründig in merkwürdigem Kontrast zur aktuellen ökonomischen Situation. Mit einem wirtschaftlichen Wachstum, das im laufenden Jahr bei annähernd 10 % liegen wird, steht das Land so gut da wie kaum ein anderes. Damit wird die Verschuldungssituation, die ohnehin zu keinem Zeitpunkt katastrophische Auswirkungen wie in Ländern wie Mexiko oder Peru, Nigeria oder den Philippinen gezeigt hat, zusätzlich entspannt. Kratzt man allerdings an der Oberfläche, so kommt eine gegenüber externen Einflüssen in starkem Maße anfällige Wirtschaftsentwicklung zum Vorschein: Protektionistische Maßnahmen der USA oder Japans (auf die 35 % bzw. 15 % der Exporte entfallen) oder aber ein neuerlicher Anstieg der Ölpreise könnten dem gegenwärtigen Boom jederzeit die Basis entziehen. In einer solchen Situation könnte das, was heute als Bedingungsfaktor der Exporterfolge die soziale Schattenseite des Entwicklungsmodells darstellt — die niedrige Entlohnung der Arbeitskräfte —, in Form eines mangelhaft ausgebildeten Binnenmarktes das Ende dieses Modells einläuten. Im Sinne der Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung ist zu hoffen, daß es zu wirtschaftlichen Reformen kommt, bevor das Land an seiner Exportorientierung zugrunde geht.

Jörg Meyer-Stamer

Anmerkungen:

1. Bijan B. Aghevli, Jorge Márquez-Ruarte: A case of successful adjustment: Korea's experience during 1980—84. Washington: International Monetary Fund, 1985. (Occasional Paper 39).
2. Anthony Rowley: Boom masks a near-bust. In: Far Eastern Economic Review v. 21. 8. 1986, S. 61—65.
3. vgl. Blätter des iz3w, Nr. 109, S. 43ff und Nr. 135, S. 48f.

Nigeria: Dem schwarzen Gold folgt der wirtschaftliche Ruin

Seit die erdölexportierenden Länder ihr Öl ab 1973 nicht mehr für weniger als 5 US$ pro 159 l-Faß verschenkten, sind in den letzten 12 Jahren ca. 150 Mrd. US$ an Devisen nach Nigeria geflossen. Diese Summe hätte nach traditioneller volkswirtschaftlicher Theorie ausreichen müssen, um eine eigenständige Entwicklung und ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum in Nigeria zu ermöglichen. Dennoch haben die angeblichen Wohlfahrtswirkungen des internationalen Handels für *alle* Beteiligten die Masse des 100-Millionen Volkes Nigeria wieder einmal nicht erreicht.

Woran mag das liegen?



Die Regierung baut Paläste — die internationalen Konzerne sanieren sich

Mit den seit 1973 gestiegenen Exporterlösen versuchten seither die verschiedenen Militärregierungen, die Industrialisierung des Landes in Gang zu bringen.

Als Basis sollte eine eigenständige Stahlindustrie aufgebaut und die Infrastruktur verbessert werden. Um das Massenelend von Lagos nicht ständig vor Augen zu haben — ins Stadtzentrum konnte man aus den vornehmeren Wohnorten wegen vollständig überfüllter Straßen quasi nur noch mit dem Hubschrauber einreisen — wurde eine, dem Ruhm des schwarzen Goldes angemessene neue Hauptstadt geplant: Abuja. Mangels einheimischer Industrie wurden fast sämtliche Materialien, vom Zementsack bis zum kompletten Stahlwerk aus dem Ausland importiert, von 1970—84 Waren im Wert von 136 Mrd. US$, davon allein 85 % aus den westlichen Industriestaaten.[2]

Diese Öffnung des nigerianischen Marktes brachte vielen BRD-Firmen einen wahren Goldregen ins Haus, zumal einige Projekte großzügig durch mulitlaterale und BRD-Entwicklungshilfe gefördert wurden.

Zum Beispiel baute die Firma Bilfinger & Berger fast das gesamte Autobahnnetz der 6-Millionen-Stadt Lagos, Bilfinger & Berger und Strabag waren in Abuja beim Bau von Brücken, Autobahnen, Wasserversorgung und Luxushotels beteiligt. Inzwischen ragen die unfertigen Bauruinen des monumentalen Präsidentenpalastes, des Fernsehgebäudes und des Neubaus der Nationalversammlung als traurige Wahrzeichen aus der Stadt heraus.[3] An den großen Stahlwerken bei Warri (Kosten ca. DM 2,5 Mrd.) und in Ajaokutta (Kosten ca. DM 10 Mrd.) verdienten ebenfalls deutsche Firmen, u.a. wieder Bilfinger & Berger sowie Gute Hoffnungshütte kräftig mit. Über 150 deutsche Unternehmen sind in Nigeria vertreten, Montagewerke unterhalten z.B. VW, Daimler Benz, Siemens, Fichtel & Sachs.[4] Was brachten die Investitionen Nigeria selbst? Obwohl die Investitionen im Industriesektor ca. 100 Mrd. US$ verschlungen haben, wurden nur wenige hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen.[5]

Nur ganze 5 % des BSP erwirtschaftet die Industrie Nigerias.[6] Die Abhängigkeit von Importprodukten konnte nicht vermindert werden, die Stahlproduktion ist aufgrund technischer Schwierigkeiten und Zulieferproblemen gar nicht erst in Gang gekommen. Die Industrialisierung beruht überwiegend auf Produktionsverfahren, die in den Industrieländern ausgemustert worden sind. Sie haben nur den internationalen Konzernen riesige Gewinne eingebracht, die die Werke errichtet und die die dafür notwendige Infrastruktur aufgebaut haben.

Hohe Summen sind in die korrupte nigerianische Verwaltung und den Aufbau des Militärs geflossen.

Bezahlen müssen nun, da sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert hat, die Arbeiter und Bauern und die Millionen von Arbeits- und Besitzlosen in Nigeria.

Am IWF führt kein Weg vorbei

Die heutige Gesamtverschuldung Nigerias beträgt 22 Mrd. US$, davon kommen über 80 % von privaten Gläubigern. Der Schuldendienst wäre in diesem Jahr auf fast 90 % der Exporterlöse gestiegen, hätte die nigerianische Regierung nicht im April '86 die Zins- und Tilgungszahlungen vorläufig eingestellt.[7]

Der hohe Schuldendienst, 1986 wären 4,4 Mrd. US$ fällig gewesen, hat zu einer absoluten Devisenknappheit im Land geführt, so daß umfangreiche Importbeschränkungen erlassen werden mußten. Die ohnehin kaum ausgelastete Industrie steht dadurch kurz vor dem völligen Stillstand, die Preise für Konsumgüter klettern in die Höhe.[8]

Die privaten Gläubiger Nigerias beste-

hen weiterhin vor Eintritt in Umschuldungsverhandlungen auf einer Vereinbarung mit dem IWF. Ende 1985 waren die IWF-Verhandlungen über neue Kreditzusagen von 2,5 Mrd. US$ abgebrochen worden.[9] Präsident Babangida lehnte offiziell eine Einmischung des IWF in die nationale Wirtschaftspolitik ab. Der Weltöffentlichkeit gegenüber hat Nigeria damit seine Souvernänität bewahrt, da es ähnlich wie Peru dem IWF getrotzt hat. Doch der nigerianischen Bevölkerung dürfte das ein schwacher Trost sein.

Die Regierung hat seither eine Politik betrieben, die der vom IWF geforderten Politik gleichkommt (siehe Kasten).

Die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden um 20 % gekürzt, bei einer Inflation von ca. 40 %. Für die Grundnahrungsmittel Mais, Reis, Stockfisch und für Pflanzenöle wurde ein völliger Importstop erlassen. Eine 30 %ige Abgabe auf *alle Importe soll* einen Mittelzufluß von 1 Mrd. Naira (1 Naira = 0,67 US$) bringen, der zur Förderung der Nichtölexportwirtschaft eingesetzt werden soll.

Außerdem wurde ein Rückzug des Staates aus der Wirtschaft durch Reprivatisierung mehrerer Unternehmen beschlossen.

Die Absatzorganisationen (Marketing Boards) für Kakao, Baumwolle, Kautschuk, Palmerzeugnisse, Getreide und Erdnüsse wurden bereits aufgelöst, an ihre Stelle soll ein freies Marktsystem rükken.[10]

Weitere 500 Mio. Naira sollen aus einer Sonderabgabe auf alle versteuerten Einkommen und Gewinne abgezogen werden. Diese Maßnahme steht sicher nicht im Einklang mit den Forderungen des IWF, die auf eine Erhöhung der inländischen Ersparnis und Steuersenkungen hinzielen. Daraus zu schließen, die Regierung Babangida würde die Belastungen gerechter aufteilen, ginge allerdings zu weit. Den Besitz der reichen Oberschicht und der ausländischen Kapiteleigentümer stellt sie keineswegs in Frage.

Die Durchführung einer 60 %igen Abwertung des Naira war die einzige Forderung, in der Nigeria bisher der Auflagenpolitik des IWF nicht freiwillig entgegengekommen ist. Denn eine Abwertung gegenüber dem US$ würde die Exporterlöse um den gleichen Prozentsatz verringern. Im übrigen bringt eine starke Abwertung nahezu unausweichlich einen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus mit sich, da sich die Inlandspreise der Importgüter erhöhen.[11] In dieser Frage scheint man sich mit den Gläubigern auf die Errichtung eines gespaltenen Devisenmarktes geeinigt zu haben. Dabei soll der offizielle Devisenmarkt vorläufig weiter bestehen bleiben und das dortige Kursniveau (1,14 N = 1 US$)an das Kursniveau des abgespaltenen Marktes herangeführt werden (Schwarzmarktpreis 4 N = 1 US$. Über den offiziellen Devisenmarkt will Nigeria zukünftig seinen Schuldendienst, eineige wichtige staatliche Importe sowie die Versorgung mit Pharmaprodukten abwickeln. Die Devisenbeschaffnung für alle anderen Einfuhren soll hingegen über den abgespaltenen Markt erfolgen. Von März bis Juli 86 ist der Naira gegenüber dem US$ bereits um 13 % gefallen.[12]

Die Einigung über eine umfangreiche, wie auch immer geartete Abwertung würde Nigeria wieder die Tür zu Verhandlungen mit seinen Gläubigern öffnen.

Die Rückbesinnung auf die Landwirtschaft

Die neuen entwicklungspolitischen Schwerpunkte der Regierung Babangida liegen in der ländlichen Entwicklung mit dem Ziel der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln.

Die geplanten Investitionen sollen 1986 mit 751 Mio. N. verstärkt in die Landwirtschaft fließen, gefolgt von den Investitionen im Erziehungswesen mit 442 Mio. N, dem Erdöl- und Energiebereich mit 400 Mio. N. und der Stahlindustrie mit 317 Mio. N.[13] Diese Zahlen dürften aber wegen der gesunkenen Exporterlöse kaum erreicht werden. Während der vergangenen Jahre war die in der Kolonialzeit auf Exportproduktion ausgerichtete Landwirtschaft stark vernachlässigt worden.

Die gesamte Agrarproduktion ging in Nigeria zwischen 1974 und 83 um 2 bis 2,5 % jährlich zurück. Die Kakaoproduktion sank in dieser Zeit um 43 %, die Produktion von Kautschuk um 29 %, von Baumwolle um 65 % und von Erdnüssen um 64 %.[14] Der Exportanteil Nigerias am Welthandel von Kakao ist von 18 % 1961 auf 11,2 % 1984 gesunken, der Exportanteil von Palmöl von 23 % auf 0,2 %.[15]

Das Fehlen einer eigenen Getreideproduktion führte zu einer verstärkten Abhängigkeit Nigerias von Getreideimporten. Dies ist jedoch nicht der einzige Grund. Denn die USA zwingen viele Länder mit ihrer Weizenpolitik, neben ihrem militärischen Drohpotential und ihrem Einfluß auf IWF, Weltbank und Währungssystem, in eine weitere Form der Abhängigkeit. Durch das Einpumpen von hochsubventioniertem US-Weizen in ausländische Märkte wird der Anreiz zur Eigenproduktion in diesen Ländern zerstört. Der IWF beklagt zwar die Grundnahrungsmittelsubventionen der „Entwicklungsländer" und fordert ihre Rücknahme, gleichzeitig wird aber die Öffnung der Märkte gefordert, damit der US-Weizen verstärkt diese politische Rolle übernehmen kann und billige US-Importe nicht durch Subvention der einheimischen Nahrungsmittel behindert werden. Das gilt auch für Nigeria:

Der Verfall der Rohölpreise wird 1986 in die westlichen Industriestaaten BRD, USA und Japan eine ungeplante Konjunkturspritze von ca. 40 Mrd. US$ pumpen. Die positiven konjunkturellen Auswirkungen dieser Preissenkung versuchen die westlichen Politiker derzeit ihrer restriktiven Wirtschaftspolitik anzudichten.[1]

Verlierer sind wieder einmal die ärmeren Länder, denn während die gesamten erdölimportierenden Entwicklungsländer aufgrund ihres geringes Ölverbrauchs lediglich eine Entlastung ihrer Handelsbilanzen um ca. 7,6 Mrd. US$ erfahren, zahlen die erdölexportierenden Länder die Zeche: Mexiko mit fast 9 Mrd., Ecuador mit 900 Mio., Venezuela mit 6 Mrd., Indonesien mit 4 Mrd., Ägypten und Algerien mit je 2,5 Mrd., und Nigeria mit 6 Mrd. US$ Mindereinnahmen in diesem Jahr.

Das westafrikanische Land hat in den ersten 10 Monaten 1985 1,3 Mio. t US-Weizen importiert, neben 74.000 t Sorghum und 93.000 t Mais.[16] Zusätzlich wurde aus Frankreich und den Niederlanden Weizen importiert. Die nigerianische Regierung will jetzt versuchen, mit den in den Agrarsektor investierten Geldern die nationale Getreideproduktion zu erhöhen. Gleichzeitig wurde für 1987 ein allnes Importverbot für Weizen angekündigt. Angesichts der Tatsache, daß im Lande zur Zeit nur 50.000 t Weizen pro Jahr produziert werden, wird sich dieser

Das Sanierungsrezept:

Weltbank und IWF haben genaue Vorstellungen, wie den Ländern Afrikas zu helfen ist. Gefordert werden:

- Verpflichtung zur internen Wirtschaftsreform
- die Regierung soll sich auf das System der Leistungsanreize konzentrieren
- Ziel es ist, die Benachteiligung der Landwirtschaft und der Exporte zu korrigieren
- Preise und Markt müssen verstärkt zum Tragen kommen
- es soll ein Umfeld geschaffen werden, in dem die Gewinne von Investitionen wieder im Einklang mit ihren Risiken stehen
- verstärkte Öffnung für Direktinvestitionen, weil sie das Kapital in rentable Bahnen lenken, Technologie transferieren und das Investitionsrisiko uneingeschränkt beim Kapitaleigner verbleibt
- engere Abgrenzung der Aktivitäten, die richtigerweise der Staat zu übernehmen hat
- Abbau der Haushaltsdefizite, insbesondere der Betriebsverluste ineffizienter Staatsbetriebe
- Erhöhung der privaten Ersparnis durch Steuerreform, damit nicht jene bestraft werden, die auf laufenden Konsum verzichten
- Abwertung der Währung

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1986

Importstop jedoch kaum durchführen lassen, ohne zu Nahrungsmittelengpässen für die Bevölkerung zu führen.

Die Gewinne sollen weiter fließen

Das Bestehen der Gläubiger auf Zins- und Tilgungszahlungen und das Abschneiden von den internationalen Kreditmärkten soll Nigeria jetzt in die Knie zwingen.

Die deutschen Firmen, die so glänzend das Recycling der Ölgelder besorgt haben, verlangen nach einer aktiveren staatlichen Unterstützung, durch Hermes-Garantien und Ausfallbürgschaften, um trotz der Zahlungsschwierigkeiten Nigerias weiter am großen Geschäft beteiligt zu sein.

Dabei kann Daimler-Benz z.B., aufgrund seiner Bedeutung für das Militär und besonderer Nachsicht der Preiskontrolleure Nigerias, für seine LKW-Produktion laut FAZ „die verschiedenen Verbrauchssteuererhöhungen, die Auswirkungen der Wechselkursabwertung (gemeint ist hier wohl eine Währungsabwertung, d.A.) oder auch neuerdings die 30 % Importabgabe voll auf den Endpreis abwälzen. Mercedes arbeitet daher mit guten „Gewinnen".[17] Der Kampf um den attraktiven nigerianischen Markt wird weiterhin, von IWF und Weltbank unterstützt, auf dem Rücken der Nigerianer ausgefochten.

Harry Fröhlich

Anmerkungen:

1. Handelsblatt 30. 1. 86
   Mit jedem Rückgang der Ölpreise um 5 USS sinkt die Inflationsrate in den USA um 1 %, das Wirtschaftswachstum erhöht sich um 1 %. Der Ölpreis ist zwischen 1981 und 86 um 20 USS gesunken.
2. Michler, W. in: Die Zeit 21. 2. 86
3. FAZ 20. 5. 86, Bilfinger & Berger hatte zeitweise 25.00 Arbeiter im Straßenbau beschäftigt
4. Olle, Werner — Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt, Lamuv-Verlag Bornheim 1986, S. 95, S. 107, FAZ 21. 4. 86
5. Michler, W. in: Die Zeit 21. 2. 86
   Am Rande von Lagos leben 1,5—2 Millionen Menschen in Slums. Der Lohn eines Fabrikarbeiters reicht mit 250 Naira, dem Doppelten des staatlich festgesetzten Mindestlohns (vergleichbar mit einer Kaufkraft von ca. DM 300 in der BRD) nicht aus, um die Existenzbedürfnisse zu decken.
6. FAZ 21. 4. 86
7. South, August 86, S. 37
8. Die Industrie arbeitet nur mit 15—20 % Kapazitätsauslastung. In der Textilindustrie stehen statt der für den einheimischen Markt benötigten 650.000 Ballen Baumwolle nur 100.000 Ballen zur Verfügung, Nachrichten für Außenhandel (NfA) 18. 4. 86
9. NfA 19. 12. 85
10. NfA 22. 4. 86
11. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1986, S. 39
12. NfA 24. 7. 86
13. NfA 5. 2. 86
14. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1986, S. 83
15. ebd., S. 85
    Der Produktionsrückgang geht einher mit dem Verfall der Weltmarktpreise für diese Rohstoffe. Im Vergleich zu 1980 sanken die Preise für Palmöl um ca. 40 %, für Erdnußöl um 18 %.
16. NfA 25. 4. 86, die USA decken inzwischen den Weizenbedarf folgender Länder anteilsmäßig ab: Brasilien 48 %, Ecuador 90 %, Philippinen 93 %, Südkorea 94 %, tdh Blitzlicht 6/86
17. FAZ 21. 4. 86



Aufruf zur Großdemonstration 8.11.86 in Hanau

Tschernobyl hat endgültig bewiesen: Es gibt keine sichere Atomtechnik. Jede Atomanlage ist eine Zeitbombe, von der niemand weiß, wann sie hochgeht.

Wer — wie die Bundesregierung und die SPD — nach Tschernobyl weiter Atomanlagen befürwortet oder betreibt, kalkuliert mit dem Leben unzähliger Menschen. Bundesregierung und Atomindustrie täuschen sich, wenn sie glauben, sie könnten nach der Errichtung eines Umweltministeriums zur Tagesordnung übergehen. Die SPD täuscht sich, wenn sie glaubt, die Atomenergie und der gefährliche Hochtemperaturreaktor in Hamm seien für eine „Übergangszeit" von 10 Jahren notwendig und akzeptabel. Zahlreiche Untersuchungen haben bewiesen: Die Stillegung aller Atomanlagen kann in der Bundesrepublik kurzfristig und ohne Nachteile für die Masse der Bevölkerung verwirklicht werden. Dazu bedarf es allerdings eines enormen politischen Drucks.

Wir rufen alle Menschen, die nach Tschernobyl nicht länger im Schatten des nuklearen „Rest-Risikos" leben wollen, dazu auf,

am Samstag, 8. November 1986 in Hanau

gemeinsam mit der „alten" und „neuen" Anti-AKW-Bewegung, zusammen mit der Friedensbewegung und zusammen mit der 3.Welt-Solidaritätsbewegung für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen zu demonstrieren.

Atomkraftwerke erzeugen selbst bei Normalbetrieb ewig strahlenden Atommüll und verseuchen schleichend die Umwelt mit Radioaktivität. Hanau aber ist mit fast 10 Atomanlagen und -firmen die größte Zusammenballung der Atomindustrie in Europa. Insbesondere sind hier die vier Brennelementfabriken NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG zu nennen.

Eine Trennung von ziviler und militärischer Atomenergie ist nicht möglich. In jedem Reaktor wird täglich Plutonium erzeugt. In Hanau aber sind an einem Ort mehr Atombombenrohstoffe konzentriert als in irgendeinem Nicht-Atomwaffenstaat der Welt. Das Plutonium lagert dort in staatlicher Geheimverwahrung. In Hanau ist das gesamte technologische Know-How konzentriert, um die Bundesrepublik in kürzester Frist zur Atomwaffenmacht zu machen.

Und: Hier wollen Bundesregierung und die Atomfirmen ihre Plutoniumvorräte von 460 kg auf 6,7 Tonnen aufstocken.



Wenn das die Azteken wüßten

Mexiko — Krise eines Entwicklungsmodells

Mexikos Verhandlungen mit Vertretern der Gläubiger, der Banken, des IWF und der Weltbank am Rande der IWF-Jahresversammlung Ende September hat das Land zum größten Schuldner unter den Entwicklungsländern gemacht. Es wurden neue Kredite in Höhe von insgesamt 12 Mrd. US$ gewährt und alte Schulden in Höhe von 43,7 Mio. US$ umgeschuldet. Die 100-Milliarden-Dollar-Marke wird Mexiko damit überschreiten. Ein Triumph des Baker-Plans? Kann das Rezept Baker's, durch neue Kredite das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, aufgehen? Dies hängt auch davon ab, ob Mexikos Wirtschaftsstruktur dafür eine Basis bietet. Durch den rasanten Ölpreisverfall sieht es sich wieder vor unlösbare Probleme gestellt. Aber der Ölpreisverfall allein erklärt die mexikanische Krise nicht. Der folgende Artikel versucht dieses zu analysieren sowie Lösungsperspektiven aufzuzeigen.

Mitte der 70er Jahre griff Mexiko erstmals in großem Maßstab auf externe Ersparnisse[1] zurück. Es hoffte so die Folgen der damaligen, durch den ersten „Ölschock" ausgelösten weltweiten Krise überwinden und weiterhin hohe Wachstumsraten erzielen zu können.

Durch diesen Rückgriff allerdings wurden bestimmte Schranken des mexikanischen Entwicklungsmodells verdeckt. Hierzu zählen neben dem vernachlässigten Agrarsektor die hohe Importabhängigkeit der Industrie von Zwischen- und Investitionsgütern, ungenügende Exporte sowie eine soziostrukturell bedingte Binnenmarktenge. Bereits im Jahre 1976 kam es in Mexiko zu einer ernsthaften Wechselkurskrise und einem darauf hin mit dem IMF vereinbarten Anpassungsprogramm.

Dieses wurde allerdings bereites Ende 1977 wieder gekündigt, da aufgrund der neu endeckten Erdölvorkommen um Veracruz und am Golf von Campeche der externe Engpaß ein und für allemal überwunden schien. Groß aufgelegte Investitionsprogramme förderten einen Wachstumspol um den Erdölsektor herum. Diese Investitionsprogramme waren jedoch größtenteils überdimensioniert. Sie förderten die Inflation und den Konsum, erhöhten das Haushaltsdefizit und führten zu einer Überbewertung der Währung. Die Abhängigkeit von Kapitalgüterimporten, der Mangel an kohärenter Planung, kombiniert mit den oben erwähnten Schranken des mexikanischen Akkumulationsmodells, führten zu einer Erhöhung der Auslandsverschuldung.

Obgleich kein Zweifel besteht, daß auch die Zuspitzung der mexikanischen Verschuldungskrise den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre zuzuschreiben ist, soll es im folgenden hauptsächlich um die internen krisenauslösenden Faktoren gehen.

Die Grundlagen des mexikanischen Entwicklungsmodells

Die Eigenart der mexikanischen Entwicklung nach 45 erklärt sich aus fünf Faktoren: 1. Zahlreiche staatliche Unternehmen trugen zum Wachstum bei, indem sie in Infrastrukturprojekte investierten. Daneben investierten sie auch in zentralen Basisbereichen und boten ihre Güter und Dienstleistungen dem privaten Sektor oft unter den Herstellungskosten an.
2. Zur Förderung der Akkumulation wurde der inländische Markt von hohen Schutzmauern umgeben.
3. Es kam zu einer Herausbildung eines kapitalintensiven privaten Agrarsektors, der im wesentlichen für den Export und die Nachfrage der neuen Mittelschichten produzierte.
4. Daneben existierte ein auf staatlichem Eigentum basierender Agrarsektor, der für die Subsistenz und den heimischen Markt produzierte;
5. die sozialen und politischen Verhältnisse waren durch die hohe Integrationskraft der PRI[2] äußerst stabil (vgl. Olson 1985).

Neben einer Modernisierung der Landwirtschaft wurde ein Industrialisierungsprogramm durchgeführt, das einen Ausbau der Sektoren dauerhafter Konsumgüter, Elektroerzeugnisse und Kraftfahrzeuge förderte. Dieses Wachstumsmodell war deutlich auf die Nachfrage der oberen Einkommensschichten ausgerichtet und basierte auf einer extrem ungleichen Einkommensverteilung. 1977 entfielen auf die unteren 60 % der Haushalte nur 21,9 % der Einkommen, während die oberen 20 % der Haushalte 57,7 % der Einkommen auf sich vereinigten (vgl. Weltentwicklungsbericht 1985, S. 257). Ein Großteil der Bevölkerung — die Hälfte der Arbeitskräfte verdient weniger als den Minimallohn — (vgl. Hardy 1982, S. 506) kann keine effektive Nachfrage nach Konsumgütern entfalten.

Bei der Ingangsetzung eines Industrialisierungsprozesses spielt die Frage nach dem sektoralen Schwerpunkt sowie die Mobilisierung von Kapitalressourcen eine entscheidende Rolle (vgl. Grimm 1979). Durchgesetzt hat sich in Mexiko, wie in vielen anderen Entwicklungsländern, eine antirurale Position und eine einseitige Unterstützung des industriellen Sektors.

Vernachlässigung des traditionellen Agrarsektors

Folgende Funktionen waren der Landwirtschaft im mexikanischen Industrialisierungsprozess zugedacht:
1. Sie sollte ein Angebot an billigen Lebensmittel bereitstellen, um die Löhne niedrig und die Profite entsprechend höher halten zu können.
2. Die Landwirtschaft sollte billige Rohstoffe an die Industrie liefern — in der Regel unter den internationalen Preisen.
3. Die Landwirtschaft sollte einen Devisenüberschuß für die Importe des industriellen Sektors erwirtschaften, was auch bis in die 70er Jahre hinein gelang (vgl. Gonzales 1964, S. 122).

Tatsächlich jedoch war die Landwirtschaftspolitik Mexikos nach 1940 einseitig auf die Modernisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe ausgerichtet. Mehr als 90 % der zwischen 1940 und 1979 in den Landwirtschafstbereich getätigten Investitionen flossen in große Bewässerungsprojekte in den nordwestlichen Zonen des Landes (vgl. Hardy 1982, S. 506). Dabei begünstigte die Agrarproduktion mit ihrer relativen Preisstruktur[3] überwiegend die Exportinteressen und befriedigte hauptsächlich die Konsumwünsche der oberen und mittleren Einkommensschicht.

Neben einer Ausweitung des Viehhaltungssektors, die zu einer enormen Nachfragesteigerung nach Futtermitteln führte, hat die Ausweitung der Obst- und Gemüseproduktion, den Grundnahrungsmittelanbau verdrängt (vgl. Kamppeter 1986).

Die Förderung der dichtbesiedelten kleinbäuerlichen Regionen in Zentral und Südmexiko wurde total vernachlässigt, was in der Folge zu einer Abnahme der heimischen Nahrungsmittelproduktion führte. Die Preispolitik der mexikanischen Regierungen für Korn, Bohnen und Weizen ließ die Kosten schneller als die Preise steigen, so daß immer weniger Bauern von der traditionellen Landwirtschaft leben können. Mit ein Grund für die starke Landflucht.

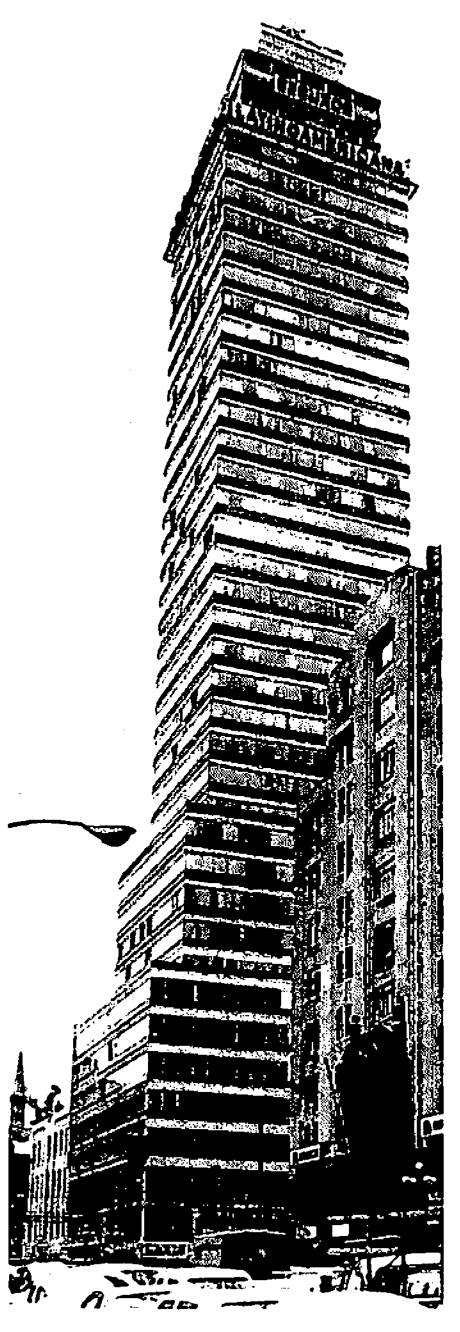
So war es denn auch kein Wunder, daß der traditionelle Agrarsektor die ihm zugedachten Funktionen immer weniger erfüllen konnte. Die Reduzierung der Nahrungsmittelproduktion erhöhte die Lebenshaltungskosten der Lohnarbeiter. Der gleichzeitige Produktionsrückgang bei Rohmaterialien machte die Industrie abhängiger von Importen. Die Landwirtschaft wurde gegen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre zum Nettodevisenempfänger.[4]

Mexikos heterogener Industriesektor

Der Staat versuchte, die private Kapitalakkumulation durch die Errichtung hoher Schutzmauern und durch zahlreiche fiskalische Anreize zu fördern und investierte in Bereiche der Infrastruktur, der Zwischengüterindustrie und in den Energiesektor. Da der mexikanische Staat seine Güter und Dienstleistungen dem privaten Sektor oft unter den eigenen Herstellungskosten zur Verfügung stellte, mußte ein Teil der eigenen Kosten und Defizite über den staatlichen Haushalt finanziert werden. Aufgrund der extrem niedrigen Steuerbasis in Mexiko und einer äußerst niedrigen Gewinnbesteuerung stiegen daraufhin die öffentlichen Ausgaben für Infrastruktur, Sozialwesen und Investitionen schneller als die Einnahmen. Das Haushaltsdefizit wuchs von 1,1, % des BIP (Bruttoinlandsprodukt) in den Jahren 1947—56 auf 5,1 % 1971 (vgl. Balassa 1985, S. 134).

Die auf die Substitution von dauerhaften Konsumgütern ausgerichtete Industrialisierung veränderte die Importstruktur Mexikos nachhaltig. Der Einfuhrbedarf an Konsumwaren und Verbrauchsgütern verminderte sich, während die Importe von noch nicht in ausreichender Menge verfügbaren Halbfabrikaten und Investitionsgütern zunahmen. Dies führte zu einer wertmäßigen Erhöhung der Importe. Mit dieser Entwicklung konnten die Exporte nicht Schritt halten, so daß es zu wachsenden Handels- und Leistungsbilanzdefiziten[5] kam. Die mangelnde Ausweitung der Exporte hat verschiedene Ursachen. Die hohe Protektion des mexikanischen Marktes und die hohe heimische Nachfrage übten keinen Druck auf die Industrie aus, die Exporte zu erhöhen. Zum anderen waren unter den hohen Schutzmauern ineffiziente Industriebetriebe — meist mittlerer oder geringer Größenordnung — entstanden, die auf ausländischen Märkten gar nicht konkurrenzfähig waren (vgl. Reynolds 1978).

So produzierten nach dem Industriezensus von 1965 von 136.066 Industriebetrieben 1.117 (0,82 %) 64 % der Bruttoproduktion. Diese repräsentierten 66.34 % des in der Industrie investierten Kapitals, beschäftigten aber nur 34,1 % der 1.409.894 in der Industrie Tätigen (vgl. Nohlen/Lehr 1982, S. 135). Diese Zahlen weisen eindeutig auf einen sehr heterogenen Industriesektor mit stark differierenden Produktivitätsniveaus hin.



Das Auslandskapital

Eine wichtige Rolle spielt das Auslandskapital im Industrialisierungsprozeß Mexikos. Für ausländische Investoren war das Land gerade wegen seines niedrigen Lohnniveaus und der effektiven Protektion des inländischen Marktes interessant, denn beides ermöglichte dem Auslandskapital eine profitable Produktion auch bei unterausgelasteten Kapazitäten.

Besonders hoch ist der Produktionsanteil der ausländischen Unternehmen in der Gummiindustrie, bei Tabakwaren, im Maschinenbau (einschließlich Elelektromaschinen), in der chemischen Industrie, in der Kraftfahrzeug- und in der Metallwarenindustrie. Dadurch haben sie Einfluß auf Ausmaß und Struktur der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Die aus den ausländischen Direktinvestitionen resultierenden Probleme können wie folgt skizziert werden:

- Die Investitionen waren weder der Ausstattung des Landes mit Produktionsfaktoren noch der Absatzlage angepaßt. Es wurden kapitalintensive Produktionen installiert, die unzureichend für die Schaffung von Arbeitsplätzen waren und häufig zu Überkapazitäten führten.
- Die Zahlungen für importierte Technologie, für Einfuhr von Kapitalgütern und Vorerzeugnissen sowie für den Transfer von Gewinnen haben die mexikanische Zahlungsbilanz belastet.
- Die Verpflichtung von Tochtergesellschaften, Inputs von der Muttergesellschaft zu internen Preisen des Unternehmens zu übernehmen, waren oft mit Preisen über dem Weltmarktniveau verbunden. Hier fand also ein eindeutiger Gewinntransfer statt.
- Die Stammhäuser machten ihren Niederlassungen oft restriktive Exportauflagen, was die Nutzung importierter Technologie beschränkte (vgl. Müller-Ohlsen 1974, S. 81).

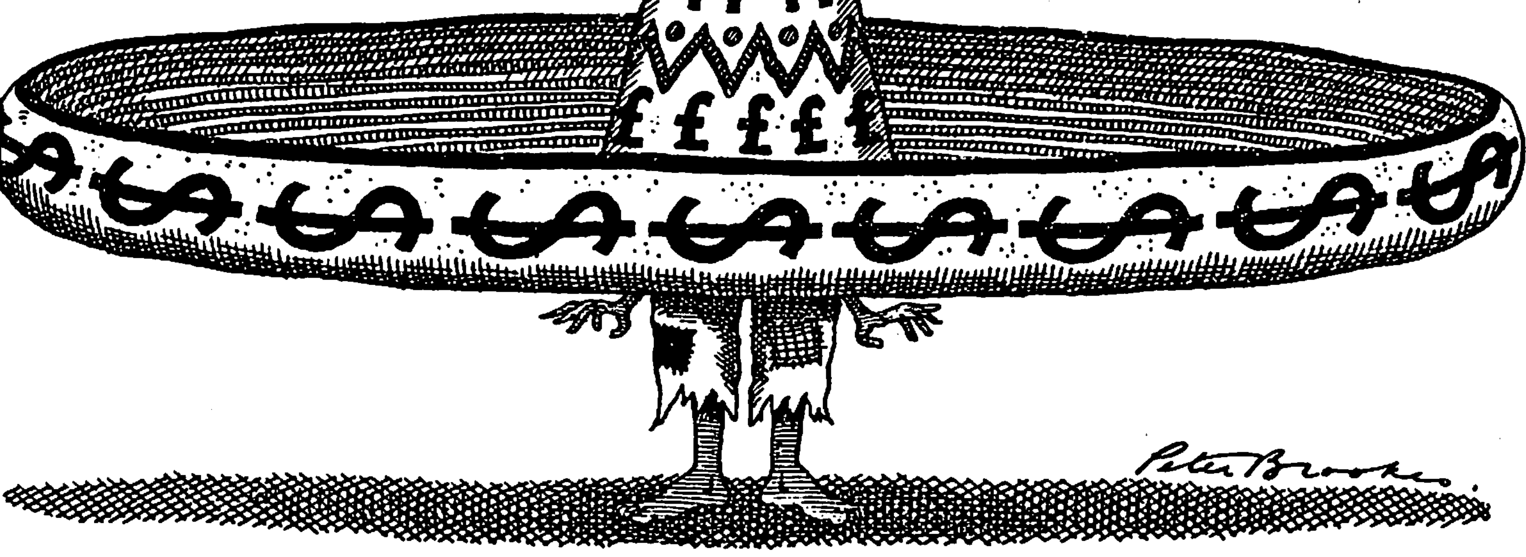
Im Industrialisierungsprozeß Mexikos wurden bereits gegen Ende der 60er Jahre bestimmte strukturelle Defizite deutlich, die eine Erhöhung der Auslandsverschuldung begünstigten. Die Vernachlässigung des traditionellen Agrarsektors führte zu sinkenden Wachstumsraten der Landwirtschaft, mit der Folge, daß dieser Sektor immer weniger als Devisenquelle zur Verfügung stand. Der industrielle Sektor produzierte wachsende Handelsdefizite, die zum Teil auf die strukturbedingte Ineffiziens und zum Teil auf die besondere Rolle des Auslandskapitals zurückgeführt werden müssen. Der Staat war mit wachsenden Haushaltsdefiziten konfrontiert. Haushalts- und Handelsdefizite wurden in der Folge durch Auslandsverschuldung gedeckt.

Mexikos Weg in die Verschuldungskrise

Nach einer Phase restriktiver Haushaltspolitik wurde unter Präsident Echeverria (1970—76) das Schwergewicht auf eine Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums gelegt. Ab 1972 erhöhte die mexikanische Regierung die Staatsausgaben vor allem im Bereich der Industrieförderung, in zweiter Linie im Sozialbereich und dem der Landwirtschaftsförderung (vgl. Schubert, 1985, S. 175).

Aber die privaten Investoren reagier-

ten nicht positiv auf die wachsenden Staatsausgaben, so daß der Anteil der privaten Investitionen an den Bruttoinlandsinvestitionen von 61,8 % 1970 auf 46,7 % Ende 1975 zurückging (vgl. Looney 1978, S. 87). Aufgrund des geringen Steueraufkommens sowie niedriger privater Investitionen war dieses Wachstum weiterhin mit erhöhten Haushaltsdefiziten verbunden. Finanziert wurde dieses Defizit zum einen durch inländische Verschuldung, durch das Zurückgreifen auf die gesetzlichen Mindestreserven des privaten Bankensystems und zum anderen durch wachsende Auslandsverschuldung. Die Auslandsverschuldung stieg von etwas über 6 Mrd. Dollar 1970 auf über 25 Mrd. Dollar 1976 (vgl. Gonzales 1984, S. 118).



Weitere Begleiterscheinungen des Wachstums waren ein Anstieg der Inflation und ein wachsendes Defizit in der Leistungsbilanz. Beides ist auf strukturelle Engpässe im Bereich Zwischen- und Investitionsgüter als auch auf erhöhte Importpreise im Gefolge einer wachsenden Weltinflation zurückzuführen (vgl. Looney 1978).

Die hohe mexikanische Inflation und wachsende Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite ließen die Wahrscheinlichkeit einer Abwertung des Peso wachsen, woraufhin kurzfristige spekulative Kapitalbewegungen einsetzten. Um den Peso zu verteidigen, erhöhte die Regierung die Zinsraten und nahm neue Auslandskredite auf. Dies half allerdings nur, die Kapitalflucht zu finanzieren, da ein Großteil der aufgenommenen Gelder das Land sofort wieder verließ. Eine Pesoabwertung war nun nicht mehr zu vermeiden. Mexiko begab sich in Verhandlungen mit dem IWF.

Mexikos Öl

Aufgrund der neu entdeckten Erdölvorkommen wurde 1977 das ein Jahr zuvor mit dem IWF ausgehandelte Abkommen wieder gekündigt. Das Problem des externen Engpasses schien überwunden. Um die Erdölexporte steigern zu können, mußte erst einmal die Produktions-, Transport- und Lagerkapazität der Erdölindustrie ausgebaut werden (vgl. Ehrke 1984). Das erforderliche Investitionsprogramm war hochdimensioniert. Die notwendigen Investitionsgüter konnte der heimische Sektor nicht bereitstellen, so daß ein Großteil der Kapitalgüter importiert werden mußte. PEMEX, die staatliche Erdölgesellschaft, und der Staat nahmen hierfür Kredite auf den Euromärkten auf. Im Zeitraum 1978—81 gingen Wachstumsimpulse eindeutig vom Erdölsektor aus. Alle Industriezweige, die die Erdölindustrie mit Inputs versorgten oder die Erdölderivate weiterverarbeiteten: die Petrochemie, die Bauindustrie, die Investitionsgüterindustrie und Teile des Dienstleistungssektors wiesen überdurchschnittliche Wachstumsraten auf. Aufgrund des wachsenden Einkommens der von dem Ölboom profitierenden Mexikaner konnte auch die Produktion gehobener Konsumgüter überdurchschnittlich gesteigert werden.

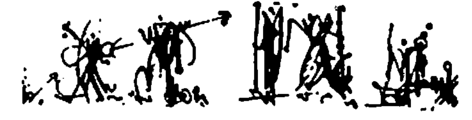
Schließlich erzeugte dieses Wachstum spezifische Angebotsengpässe, die zu Inflation und erhöhten Importen führten. So stieg ab 1979 der Anteil der Importe am Gesamtvolumen des industriellen Angebots wieder an.

Eine spezifische Belastung der Handelsbilanz erfolgte durch die hohe Importquote der ausländischen Unternehmen, insbesondere in der Automobilindustrie. So war laut Ehrke die Automobilindustrie 1981 für 50 % des Außenhandelsdefizits der Gesamtindustrie verantwortlich (vgl. Ehrke 1985).

So kam es, daß sich das Handelsbilanzdefizit trotz enormer Steigerungen der Erdölexporte von einer nahezu ausgeglichenen Position 1977 auf 4 Mrd. Dollar 1981 erhöhte. Aufgrund der durch die Rückzahlung an die Gläubiger gestiegenen Leistungsbilanzdefizite, der Haushaltsdefizite sowie der überbewerteten Währung wurde die Entwicklung des internationalen Erdölpreises zum wichtigsten Datum für die Spekulation gegen den Peso. Solange der Erdölpreis stieg, war zumindest eine fiktive Sicherheit vorhanden, daß die Leistungsbilanz auch ohne kräftige Abwertung wieder in einen ausgeglichenen Zustand gebracht werden konnte. Als der Erdölpreis dann Mitte 1981 zu sinken begann, war eine massive Kapitalflucht in den Dollar nicht mehr zu verhindern. Der mexikanische Staat nahm nun massiv Auslandsschulden auf, um der Devisennachfrage nachzukommen und den Wert des Peso zu stabilisieren. 1982 mußte sich die mexikanische Zentralbank aufgrund aufgezehrter Devisenreserven vom Devisenmarkt zurückziehen. Die Krise war nicht mehr zu vermeiden.

Die Höhe der mexikanischen Auslandsverschuldung ergibt sich somit aus dem Zusammenspiel verschiedener Komponenten:

- In einer ersten Phase führte ein überdimensioniertes Investitionsprogramm mit der Folge wachsender Importe zu einem Anstieg der Auslandsschuld.
- Eine überbewertete Währung und ein überdurchschnittlich hoher lokaler Zinssatz begünstigte eine Welle privater Auslandsverschuldung.
- Aufgrund einer günstigen Wechselkursrelation und eines hohen Zinsniveaus in Mexiko wurde eine spekulative Aufnahme ausländischer Mittel begünstigt, um sie zinsträchtig in Mexiko anzulegen.
- Der Staat nahm verstärkt Auslandsgelder auf, um den Wechselkurs zu stabilisieren und der Devisennachfrage nachzukommen (vgl. Ehrke 1984).



Die Anpassungspolitik der Regierung de la Madrid

In Folge der Verschuldungskrise mußte Mexiko im Dezember 1982 ein Anpassungsprogramm mit dem IWF vereinbaren, in dem es sich verpflichtete, das staatliche Haushaltsdefizit zu reduzieren, die öffentliche Neuverschuldung zu begrenzen und die Preise für öffentliche Güter und Dienstleistungen an die realen Kosten anzupassen. Desweiteren sollte eine Politik positiver Zinssätze[6] und ein Abbau der Protektion betrieben werden (vgl. Ehrke 1985).

Die Einführung der vom IWF geforderten Anpassungsmaßnahmen brachte der mexikanischen Wirtschaft — gemessen an den Kriterien des IWF — deutliche Stabilisierungserfolge. Das Haushaltsdefizit konnte zurückgeschraubt und ein positiver Leistungsbilanzsaldo erwirtschaftet werden. Dies gelang allerdings nur durch eine drastische Reduzierung der Importe. Angsichts des hohen Zinsendienstes und der negativen Kapitalbilanz wurde Mexiko in die Position eine Nettokapitalexporteurs gezwungen. Die Folgen dieser Anpassung waren denn auch unübersehbar: Firmenzusammenbrüche, unterausgelastete Kapazitäten und Versorgungsengpässe bei wichtigen Importgütern.

In dieser Situation entschloß sich der mexikanische Staat, ein Programm zum Schutz der Produktionsanlagen und der Beschäftigung durchzuführen. Die Importsubstitutionsstrategie wurde wieder belebt und gezielte Maßnahmen zur Exportförderung getroffen (vgl. Godau 1983). Ein weiterer Programmpunkt war die Korrektur der relativen Preise. Hier folgte die mexikanische Regierung den Vorstellungen der Weltbank, nach denen die strukturellen Verzerrungen — eine ineffiziente Kombination der Produktionsfaktoren, ein Mangel an innerer Ersparnis und ein chronischer Devisenmangel — aus fehlgeleiteten staatlichen Wirtschaftsinterventionen in der Vergangenheit resultieren. Die Korrektur der ökonomischen Verzerrungen sollte durch die Wiederherstellung des Systems der relativen Preise erfolgen. Also durch Verteuerung von Kapital und Devisen, der staatlichen Güter und Dienstleistungen, Liberalisierung noch kontrollierter Preise durch eine relative Senkung der Löhne und Beschränkung unproduktiver Staatsausgaben.

Jedoch ging die Mexikanische Entwicklungsstrategie auch über die traditionellen Anpassungsmaßnahmen hinaus. Gemäß dem im Sommer 1984 veröffentlichten Programm für Industrie- und Außenhandelsförderung sollen Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht durch eine selektive Förderung bestimmter Industriezweige durch eine Veränderung des Wachstumsmusters erreicht werden. Die Importsubstitutionsindustrien, die in der Vergangenheit die dynamischen Industriezweige waren, sollen nicht mehr so stark wachsen, weil sie einen hohen Importbedarf aufwiesen und nur wenig exportieren. Traditionelle Industriezweige mit einem geringen Importbedarf und hohen Beschäftigungsquoten, die außerdem für die Versorgung der Bevölkerung mit Grundprodukten wichtig sind, will der mexikanische Staat stärker fördern. Ebenso die Exportindustrien.

Die Anpassungsstrategie des IWF basiert auf der Annahme, daß Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz das Ergebnis einer überzogenen Nachfrage sowie von Verzerrungen in der Struktur der relativen Preise sind. Anpassungsmaßnahmen beziehen sich somit schwerpunktmäßig auf eine Nachfragedämpfung durch eine Beschränkung der Kreditexpansion und die Verringung des Haushaltsdefizits. Eine Abwertung des Wechselkurses soll außerdem Exporte steigern und die Importnachfrage verringern (vgl. Betz 1985).

Die Mängel dieser Anpassungsprogramme sind offenkundig: Eine Ausgabenreduzierung im öffentlichen Sektor gekoppelt mit einer Nachfragesteuerung durch hohe Zinsraten und einem angepaßten Wechselkurs berühren auch die Preis- und Produktionsziele der Unternehmen und somit den Kapitalbildungsprozeß. Knappheit an Kapital und Inputs führen zu einem Output-Rückgang und erhöhten Preisen bei wachsenden finanziellen Kosten (vgl. Fishlow 1985). In der Folge ist mit einem reduzierten zukünftigen Angebot zu rechnen, also mit einem kontraproduktiven Effekt.

Hinzu kommt, daß diese Programme auf einer entscheidenden Asymmetrie beruhen. Während auf der einen Seite die verschuldeten Entwicklungsländer zu einer Reduzierung der Importe und einer Erhöhung der Exporte veranlaßt werden sollen, betreiben auf der anderen Seite die Industrieländer eine deflationäre und protektionistische Wirtschaftspolitik. Auf diese Weise sind die Anpassungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer über binnenwirtschaftliche Maßnahmen stark eingeschränkt und verstärken die Gefahr einer ökonomischen Abwärtsspirale (vgl. Iglesias 1984).

Auswege aus der Krise für Mexiko?

Allerdings sind erhebliche Zweifel angebracht, ob mit den bisher beschriebenen Maßnahmen ein Ausweg aus der Krise gefunden werden kann. Zur Beseitigung der strukturellen Mängel der mexikanischen Ökonomie reichen sie nämlich nicht hin. Soll ein solcher Strukturwandel stattfinden, so müssen folgende Dinge beachtet werden:

- Mexiko sollte weiterhin die Importsubstitution bei Investitionsgütern und Grundstoffen verfolgen.
- Eine Erweiterung des Binnenmarktes durch Umverteilungsmaßnahmen muß endlich in Angriff genommen werden, damit die Früchte des Wachstums auch den unteren Einkommensschichten zuteil werden. Zum anderen würde dadurch auch die Nachfrage mobilisiert, die zur Schaffung größerer Märkte für Massenkonsumgüter und dauerhafter Konsumgüter nötig ist.
- Zur Bekämpfung der Agrarkrise ist die Durchführung einer Landreform unerläßlich.
- Eine stärkere Förderung und Diversifizierung der Exporte sollte angestrebt werden, um die beschränkte Importkapazität zu erweitern (vgl. Eßer 1981).

Sicherlich sind in der mexikanischen Entwicklungsstrategie schon wichtige positive Elemente enthalten, doch die Agrarfrage und das Problem der ungerechten Einkommensverteilung sind nicht auf technisch-ökonomische Art zu lösen. Ihre Lösung erfordert vielmehr die politische Artikulation sozialer Gruppen und Klassen (vgl. Ruma/Faleito 1985). Inwieweit hier in Mexiko Veränderungen in Aussicht sind, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Angesichts der Weltwirtschaftskrise, des Neoprotektionismus sowie der strukturellen Veränderungen in den Zentren gewinnt die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration zwischen Entwicklungsländern wieder an Bedeutung. Dadurch könnten auf regionaler Ebene eingeständige, komplementäre Wirtschaftskreisläufe entstehen, die dann auch ein Gegengewicht zu den überkommenen Abhängigkeiten zwischen Metropolen und Peripherien bilden könnten (vgl. Bahadir 1984).

Ein Ausbau des lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) würde vielleicht positive Impulse für Mexiko und Lateinamerika bringen. Auch eine mexikanisch-brasilianische Achse könnte aufgrund gegenseitiger Wirtschaftsinteressen an Bedeutung gewinnen. Diese beiden Volkswirtschaften sind in weiten Bereichen komplementär: Mexiko könnte Öl, sonstige Rohstoffe und petrochemische Produkte liefern, Brasilien Investitionsgüter und Technologie.

Einer Vertiefung der industriellen Arbeitsteilung Mexikos mit dem zentralamerikanischen-karbibischen Raum steht zur Diskussion. Mexiko, das Ölland im Industriealisierungsprozeß, wird zunehmend in der Lage sein, die kleineren Nachbar-

länder mit petrochemischen- und anderen Grundstoffen und Zwischenprodukten zu beliefern. Für Mexiko könnte wiederum ein Bezug komplementärer Industrieprodukte aus diesen Ländern von Interesse sein. Hier bieten sich Möglichkeiten einer Diversifizierung und Vertiefung der industriellen Beziehungen (vgl. Eßer 1983b).

Auch wenn die bisherigen Integrationsbemühungen unter Entwicklungsländern alles andere als von Erfolg gekrönt gewesen sind, zeichnen sich hier positive Änderungen ab (vgl. Bawa 1980).

Jedoch verschlingt der Schuldendienst den Großteil der mexikanischen Exporterlöse und engt den wirtschaftlichen Handlungsspielraum in erheblichem Maße ein. Die Anpassung des Schuldendienstes an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist daher eine entscheidende Voraussetzung für einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung in Mexiko. Die Position Mexikos als Nettokapitalexporteur ist auf Dauer untragbar und verhindert die Lösung struktureller Probleme. Nur wenn es gelingt, über institutionelle Regelungen den Zinsen- und Schuldendienst substantiell zu reduzieren, dürfte es Mexiko möglich sein, einerseits den Schuldendienst zu leisten und andererseits ein adäquates Wachstum zu gewähren.

Torsten Brandtner

Anmerkungen

1. siehe: Begriffserklärungen
2. PRI: Partido Revolucionario Institutional — Institutionalisierte Revolutionspartei; die seit der Revolution in Mexiko herrschende Staatspartei
3. siehe: Begriffserklärungen
4. Die Landwirtschaft wird zum Nettodevisenempfänger: Die Importe landwirtschaftlicher Güter übersteigen die Exporte der landwirtschaftlichen Güter
5. und 6. siehe: Begriffserklärungen

Literatur

Bahadir, S.A. (1984): Theorien und Strategien der regionalen Wirtschaftsintegration von Entwicklungsländern, Berlin.
Balassa, B. (1985): Change and Challenge in the World Economy, Houndmills, Basingstoke, Hamshire, London
Bawa, V.K. (1980): Latin America Integration, Atlantic Highlands
Betz, J. (1985): Die Bereitschaftskredite des Internationalen Währungsfonds. Maßnahmen und Auswirkungen, in: Lateinamerika, Analysen — Daten — Dokumentation, Hamburg
Cline, W.R. (1985): Debt, Macro Policy and State Intervention: The Next Phase for Latin America, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, Vol. 27, No. 4, Winter 1985—86
Ehrke, M. (1984): Spekulation und Auslandsverschuldung: Die Fälle Mexiko und Argentinien, in: Lateinamerika. Analysen — Daten — Dokumentation, Hamburg.
Ehrke, M. (1985): Mexiko: erfolgreiche Anpassungspolitik auf Frist, in: Lateinamerika. Analysen — Daten — Dokumentation, Hamburg
Eßer, K. (1983): Mexiko — Wachstumspotential und Entwicklungsstrategie in den 80er Jahren, in: Mexiko. Krise Autoritätspolitik und politische Stabilität, (Hrsg.) Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Eßer, K. (1983b): Mexiko im internationalen Kontext, in: A.v. Gleich/R. Godau/M. Ehrke, Mexiko, Der Weg in die Krise, Diessenhofen
Fishlow, A. (1985): The State of Latin American Economics, in: Inter-American Development Bank, Washington D.C.
Wohlmuth, K. (1986): Weltwirtschaftsberichte zeigen Grenzen der Politikreform in den Entwicklungsländern, in: epd-Entwicklungspolitik, 11/86 (Mai)

Die Krise des Hegemonialsystems der USA

Zu Alexander Schubert's Buch: Die Internationale Verschuldung

Schuberts Buch ist spannend und enttäuschend zugleich. Spannend sind die Thesen, die zeigen, daß Verschuldung nicht ein momentanes Zahlungsproblem der „Dritten Welt" ist, sondern eine Erschütterung des kapitalistischen Akkumulationsmodells. Sehr gut zeigt er, daß die internationalen Finanzbeziehungen Herrschaftsinstrumente ersten Ranges sind, doch in seinen politischen Schlußfolgerungen ähnelt Schubert einem harmoniebedürftigen bürgerlichen Ökonomen.

Zwei Punkte sind voranzustellen:
1. Die kapitalistische Produktionsweise ist ein *Weltsystem*, das sich nicht nur als die Summe nationaler Märkte und Staaten beschreiben läßt, sondern auch eine eigene Charakteristik ökonomischer Reproduktion und politischer Organisation hat.
2. Wirtschaftswachstum, das heißt die Akkumulation von Kapital, umfaßt den realen Bereich der Warenproduktion und Zirkulation und den monentären Bereich der Geld- und Kreditbeziehungen.

Diese beiden Bereiche hängen widersprüchlich zusammen. Schubert beschäftigt sich mit der monentären Seite des Wirtschaftswachstums, die er unter dem Aspekt der *Internationalisierung der Kreditbeziehungen* und der *Hegemonie der USA* behandelt.

Wie konnte es zur Verschuldungsbombe mit historisch bisher unbekannten Ausmaßen kommen, die selbst den Finanzrittern in Bonn, Washington, im IWF und in der Weltbank den Angstschweiß auf die Stirn treibt?

Wieso ist, trotz sinkender Wachstumsraten im realen Bereich der Ökonomie, eine riesige Ausweitung des monetären Bereichs zu beobachten?
Schubert schreibt:
a) Die Verschuldungskrise ist ein Teilaspekt der krisenhaften Entwicklung des globalen monetären Weltmarktes, sie ist der Grund für die gefährliche Zuspitzung der Situation auf dem internationalen Kreditmarkt. Die Verschuldungskrise ist letztlich Ausdruck der Krise des gesamten kapitalistischen Entwicklungsmodells und gefährdet somit auch die hegemoniale Stellung der USA.
b) Der internationale Verschuldungsprozeß ist das Ergebnis weltweiter wirtschaftlicher Konzentrations- und Zentralisationsprozesse, die es im monetären Bereich den transnationalen Banken sowie im realen Bereich den multinationalen Konzernen erlauben, Unmengen von Kapital freizusetzen und in ausleihbares Geld zu verwandeln.

Im Mittelpunkt dieses Prozesses der Verwandlung großer Teile des produzierten Kapitals in ausleihbares Kapital stehen die Entwicklung und Funktion der sogenannten *„freien Bankzonen"* und des *Interbankenmarktes* sowie die *Transnationalisierung der Banken.*

I. Die Transnationalisierung des Kredits

Ebenso dubios wie ihre Praktiken sind die Namen dieser „freien Bankzonen". „Offshore"- „Euro"- oder „Xeno"-Finanzplätze entstanden zuerst 1957 in Londen, in Luxemburg, in der Karibik und in Asien. Entscheidend sind jedoch die „freien Bankzonen" in den Industrieländern.

„Freie Bankzonen" befinden sich im Gebäude einer ganz normalen Bank, in der es jedoch zwei getrennte Buchhaltungen gibt. Die von den jeweiligen Banken genutzte Zone untersteht keiner staatlichen Regulierung. Der Clou der „freien Bankzonen" ist, daß Geld durch Anspruch auf Geld ersetzt wird. Möglich wird dies dadurch, daß die Guthaben, die die Banken der „freien Bankzonen" verleihen, sich jeweils bei einer Bank eines nationalen Banksystems befinden. Dollarguthaben, z. B., die in einer Londoner „freien Bankzone" ausgeliehen werden, verbleiben in den USA. Die Anlagen in den „freien Bankzonen" beschränken so weder den nationalen Geldkreislauf noch die Kreditfähigkeit des nationalen Bankensystems.

Sinnvoll sind diese „Zonen" auch für Unternehmen der Warenproduktion. Im industriellen Bereich klafft eine riesige Lücke zwischen vorhandener Liquidität und Investitionsneigung. Zwischen 1974 und 1978 sind z. B. in der deutschen Automobilindustrie die flüssigen Mittel von 928 Mio DM um mehr als das Zehnfache auf 10,2 Mrd DM angewachsen. Ähnliche Zuwächse können auch die gesamte Industrie festgestellt werden. Offensichtlich ziehen es die Unternehmen vor, überschüssiges Kapital zu zinsgünstigen Bedingungen anzulegen, statt es zu reinvestieren. Es kommt hinzu, daß die „freien Bankzonen" zur Kreditaufnahme genutzt und auf diese Weise nationale und internationale Umstrukturierungsmaßnahmen finanziert werden.

Das „Center on Transnational Corporations" der Vereinten Nationen definiert als eine transnationale Bank jene Geschäftsbank, die in fünf oder mehr Ländern durch

eigene Filialen oder Tochtergesellschaften vertreten ist. Im Sinne dieser Definition gab es jedoch bereits im letzten Jahrhundert, als britische und französiche Banken Filialen in ihren Imperien errichteten, transnationale Banken.

Demgegenüber schreibt Schubert: „Wirklich transnational. (...) wurden sie erst in den sechziger Jahren, als die Bildung von „freien Bankzonen" ein weltweites Ausleihen von Geldkapital unabhängig von seiner besonderen Geldform möglich machte."

„Freie Bankzonen" wurden in ihrer Entstehungszeit vorrangig von US-Banken besetzt. 1965 hatten 11 Banken aus den USA Auslandsniederlassungen; ihre Zahl stieg auf 53 im Jahr 1970, auf 125 im Jahr 1975 und schließlich auf 152 (1981). Schubert beschreibt diesen Transnationalisierungsprozeß der US-Banken und der Banken anderer Länder auch so: In seiner ersten Phase ermöglicht dieser Prozeß jene Kapitalbewegungen, die den Dollarkurs schwächten, da nun Anreize geschaffen waren, US-Kapital aus den USA zu exportieren bzw. ausländisches US-Kapital nicht zurückzutransferieren. Als jedoch der Transnationalisierungsprozeß ausgereift war, hatte man erstens die Bedingungen für eine enorme Expansion des internationalen Kreditmarktes geschaffen, zweitens war der Kreis der potentiellen Dollarschuldner erweitert worden und drittens konnte das US-Kapital in Zukunft getrost exportiert werden, es verblieb nämlich, da es bei den Banken der „freien Bankzone" lediglich als Anspruch auf den US-Dollar zu haben war, im nationalen Geldkreislauf der USA.

Die Auslagerung von Geldkapital in die freien Bankzonen ist u. a. ermöglicht worden durch die Entstehung eines umfangreichen Interbankenmarktes, auf dem sich die transnationalen Banken gegenseitig Geldkapital leihen.

Durch diesen Markt ist ein wirkungsvolles System der sofortigen Weiterleitung jeder Geldanlage an die Bankkunden geschaffen worden. Der Interbankenmarkt ist dehalb ökonomisch sinnvoll, weil jede transnationale Bank weltweit allen Anbietern von Geldkapital als Schuldner und allen Schuldnern als Geldanbieter gegenübertreten kann. Durch ein wahres Netzwerk von Nachrichtenverbindungen kann in Minutenschnelle z.B. aus Japan stammendes Geldkapital über eine kanadische Bank einem Erdölunternehmen in den USA zugeleitet werden. „Der Interbankenmarkt sorgt dafür, daß jede transnationale Bank ohne Zeit- und Zinsverlust jedes Depositum ausleihen kann, auch wenn sie nicht sofort einen Kunden (Borger) hat...

Da nicht alle Banken, die überschüssiges Geldkapital haben, gleichzeitig alle Borger erreichten können, kooperieren sie mit Banken, die zwar kein Geldkapital, dafür aber einen Borger haben. Das Geldkapital wandert von der überschüssigen Bank zur anderen Bank, die es an den Letztkunden weiterleitet, u.U. sogar durch die Zwischenschaltung einer weiteren Bank. Die erste Bank kann dadurch einerseits einen Zinsverlust, andererseits den Ausschuß von bestimmten Märkten vermeiden, in die sie nicht direkt einzudringen vermag. Die zweite Bank macht das Geschäft mit dem geborgten Kapital."

II. Die Hegemonie der USA

Das kapitalistische „Entwicklungsmodell" nach dem II. Weltkrieg war nach dem Zerfall des britischen Empire durch die US-Hegemonie geprägt.

Hegemonie ist nach Modelski die einverständliche Selbstbeschränkung von Nationalstaaten bei der Wahrnehmung von Handlungsmöglichkeiten des hierarchisch strukturierten Weltsystems. Es herrscht eine ideologische, ökonomische und politische Übereinstimmung der beteiligten Nationalstaaten, transnationalen Konzernen und politischen Institutionen wie Weltbank oder IWF. Wie versucht die USA ihre Hegemonie zu steuern?

Vor allem über militärische Macht, über das *Recht*, über Ideologie und über Geld. Da wir von einem weltwirtschaftlichen *System* ausgehen können — es kein Weltgeld gibt — ist die Hegemoniealmacht USA bemüht, ihrer Währung, dem Dollar, eine Weltwährungsfunktion zu übertragen und diese mit allen Mitteln zu verteidigen. Die US-Regierung und das Kapital haben mit anderen Worten die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft so zu setzen, daß der Dollar immer die Währung ist „in der das weltweit, d. h. in den „freien Bankzonen" zirkulierende Geldkapital die für seine Verwertung angemessenste Form annehmen kann."

Doch das fällt immer schwerer. In den 50er und 60er Jahren beruhte die Hegemonie des US-Dollar auf einem Vorsprung in der Produktivität der Arbeit gegenüber der kapitalistischen Konkurrenz. Dieser Vorsprung ist dahin. Die USA sind heute nicht nur der größte Gläubiger, sondern auch die größte Schuldnernation; ihre Auslandsverbindlichkeiten übersteigen die Auslandsguthaben, riesige Defizite in der Handelsbilanz und im Staatshaushalt sind zu finanzieren. Als Hegemonialmacht müßten die USA die verschuldeten Länder mit Geldkapital versorgen können, um die Schuldenlast zu strecken. Statt dessen locken die USA mit sehr hohen Zinsen Geldkapital an und treiben die Schuldnerländer in ausweglose Situationen, in denen sie den Schuldendienst nicht mehr verrichten können, selbst wenn sie es wollen.

Vergleichbar ist diese Situation mit dem Endstadium der britischen Hegemonie vor 50 Jahren, als ebenfalls Kapitalrückflüsse aus den verschuldeten Ländern in die Gläubigernationen das internationale Geld- und Währungssystem zum Einsturz brachten.

Die Situation der USA ist zwar mit der der Schuldnerländer der „Dritten Welt" zu vergleichen, da alle Schuldner das Aufbringungsproblem des Schuldendienstes haben; die USA befinden sich jedoch in der hervorragenden Lage, die Währung, in der sie verschuldet sind, selbst bereitstellen zu können. Gegenwärtig versuchen sie, mit Hilfe einer Abwertungspolitik und einer Senkung des überbewerteten Dollar die Defizite der Handelsbilanz zu senken. Die Konflikte innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz sind damit bereits vorprogrammiert. Die Auslandsverschuldung der USA ist zwar nur ein Moment innerhalb der komplizierten Zusammenhänge des Weltwirtschaftssystems. Dennoch wird an diesem Punkt deutlich, daß die Hegemonialmacht USA, trotz des Machtmediums Dollar, Schwierigkeiten haben, ihre Funktion der Reproduktion des kapitalistischen Weltsystems zu erfüllen.

Es ist Schubert sehr gut gelungen, den Zusammenhang zwischen der Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte und der Hegemonie der USA aufzudecken. Gezeigt wird, daß der monetäre Weltmarkt ein raffiniertes Herrschaftsinstrument imperialer Politik ist, daß Verschuldung ein anderes Mittel kolonialer Ausbeutung ist.

Die Lösungsvorschläge Schuberts zur Entschärfung der Verschuldungsbombe sind jedoch eher fromme Wünsche als die politische Konsequenz aus dem soeben Aufgedeckten.

Was ist ein „multipolares Weltsystem", das, nach Schubert, neue Impulse für eine entwicklungsfördernde internationale Verteilung ermöglichen soll?

Die Verschuldungskrise ist Ausdruck tief verankerter Herrschaftsstrukturen sowohl im realen als auch im monetären Bereich des Weltmarktes. Ohne eine politische Entscheidung zur Veränderung dieser Machtstrukturen ist nichts zu erreichen. Die politische Entscheidung kann doch aber nicht so aussehen, daß wir, wie Schubert es tut, von den USA fordern, sie „...müßten einen breitangelegten internationalen Verhandlungsprozeß initiieren, der die Weltmarktstellung der armen Länder entscheidend verändert und globale Impulse für die gesellschaftliche Erneuerung in der „Dritten Welt" gibt."

Ich finde es dubios, einerseits richtig zu analysieren, daß die erbärmliche Stellung der „Dritten Welt" auf dem Weltmarkt den USA zum Vorteil gereicht, und andererseits zu fordern, daß diese vorteilhafte Stellung per Verhandlung durch die USA selbst torpediert werden soll. Es ist illusorisch und falsch zu denken, die USA könnten ihre über Jahrzehnte erworbene Machtstellung per Verhandlung aufgeben. Ein Hinweis auf die militärische Macht der USA genügt.

Schubert sagt richtig, daß ohne eine gesellschaftliche Strukturveränderung in den Entwicklungsländern die Privilegien einer kleinen Oberschicht beseitigt und eine radikale Veränderung der entwicklungshemmenden Konzentration des Einkommens und Besitzes einleitet, alle Lösungsprogramme für die Verschuldungskrise erfolglos sein werden.

Ich vermisse den Hinweis, daß ohne eine gesellschaftliche Strukturveränderung bei uns, die die Vorteile einer großen Oberschicht beseitigt, erst recht nichts verändert wird.

Michael Meilwes

Zahlen oder nicht zahlen?

Lösungsansätze aus der Sicht der „Dritten Welt"

Analysen der Schuldenkrise und Lösungsansätze aus der sog. „Ersten Welt" sind hinlänglich bekannt. Im folgenden Artikel wollen wir einen Überblick über die Diskussion in den betroffenen Ländern der „Dritten Welt" geben. Dabei gehen wir u.a. auf die lateinamerikanische Situation ein. Denn dort erscheint uns die Schuldendebatte in der öffentlichen Diskussion mehr in Vordergrund zu stehen, als vergleichsweise in Afrika und Asien.

Aus Afrika sind uns nur von Nyerere grundsätzlichere, das System des Schuldenmanagements in Frage stellende Analysen bekannt (vgl. blätter des iz3w, Nr. 127, 1985, S. 51f.). Ansonsten werden dort meist Forderungen nach Verbesserung der Rückzahlungsbedingungen gestellt bzw. an die Hilfsbereitschaft der Industrienationen gegenüber den „Ärmsten der Armen" appelliert. Obwohl die afrikanischen Schuldnerländer, in relativen Indikatoren ausgedrückt, ebenfalls dramatische Schuldenprofile aufweisen, — z.B. beträgt der Schuldendienst 50—60 % der Exporterlöse — so sind sie doch von geringerer Bedeutung für das internationale Finanzsystem. Afrikas Schuld macht nur ca. 10 % der Auslandsschulden der Entwicklungsländer aus, und weniger als 5 % der bei den Banken aufgenommenen Kredite.[1]

Wir wollen auch aus Lateinamerika überwiegend die Stimmen zu Wort kommen lassen, die über die von den dortigen Regierungen angewandten Praktiken hinausgehen.

Kontrovers diskutiert werden u.a. folgende Grundsatzfragen:

— **Kann die Schuld von den lateinamerikanischen Schuldnerstaaten zurückgezahlt werden?** Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, ob die derzeitige Krise nur als konjunkturell bedingt, also temporär gesehen wird, oder ob ihr ein struktureller Charakter zugeschrieben wird.

— **Wer muß letztendlich die Verluste tragen?** Bei dieser Frage geht es um die Verteilung der Verantwortung für die derzeitige Misere, sowohl auf weltwirtschaftlicher als auch auf nationaler Ebene.

— **Kann ein Zusammenschluß der Schuldnerstaaten deren Verhandlungsposition stärken? Unter welchen Voraussetzungen kann dieser zustandekommen?**

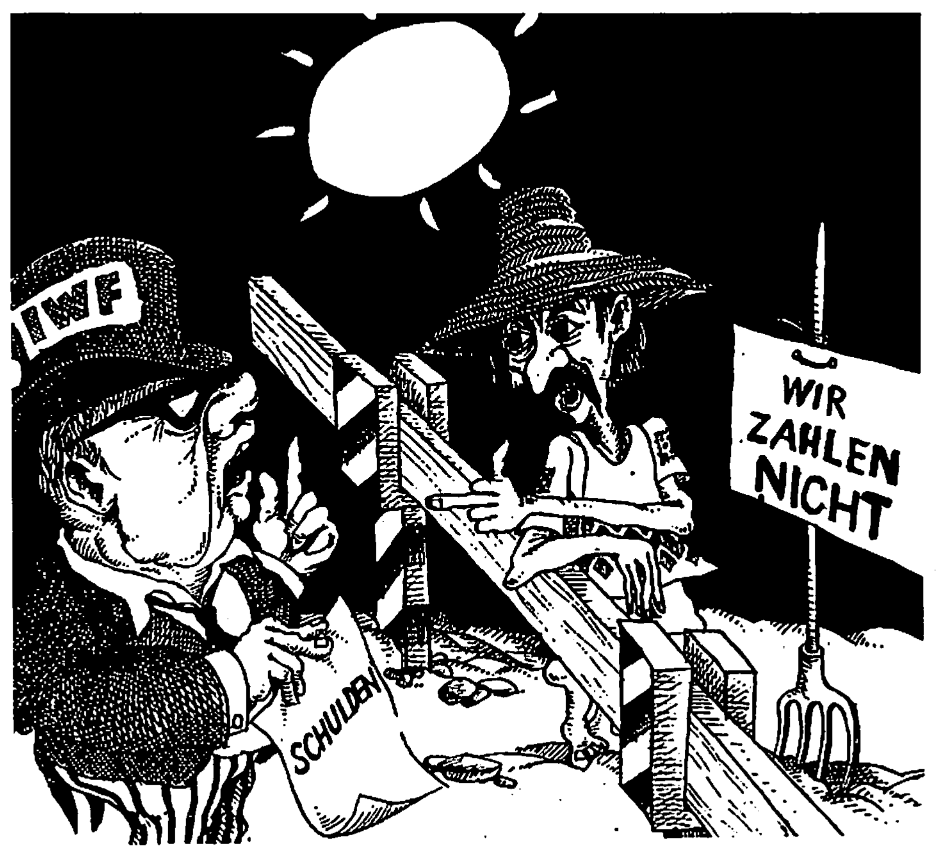
Die Cartagenagruppe

Die Verpflichtung der Schuldner, ihre gesamte Schuld zurückzuzahlen, wird grundsätzlich von der Cartagenagruppe (11 lateinamerikanische Staaten) und den dort vertretenen Regierungen nicht in Frage gestellt.

Vielmehr fordern sie **modifizierte Bedingungen für die Schuldenrückzahlung.** Ein Beispiel dafür ist die Erklärung der Cartagenagruppe am 18. 12. 1985 in Montevideo, die im wesentlichen folgende Punkte enthält:

— Rückkehr der realen Zinsraten auf ihr historisches Niveau und Reduzierung der Bankgebühren;
— Erhöhung des Kapitalflusses in die Schuldnerländer und Differenzierung nach neuer und alter Schuld;
— Orientierung der Kreditsalden an der internationalen Inflation;
— Begrenzung des Nettokapitaltransfers und Begrenzung des Schuldendienstes auf einen Prozentsatz der Exporterlöse;
— Erhöhung der von den internationalen Förderungsinstitutionen zur Verfügung gestellten Geldmittel;
— mehrjährige Umstrukturierung der Schuld und Kapitalisierung der Zinsen mit den Ländern des Clubs von Paris, ohne daß dadurch neue Exportkredite behindert werden, und ohne eine Übereinkunft mit dem IWF zur Voraussetzung zu machen;
— Abbau des Protektionismus gegen die Exportprodukte der Schuldnerstaaten;[2]
— Umwandlung der Schuld in Währung der Schuldnerländer.[3]

Obwohl auch auf Seiten der Cartagenagruppe z.T. strukturelle Gründe für die Krise verantwortlich gemacht werden, ziehen diese daraus in ihren Lösungsstrategien doch nicht die vollen Konsequenzen. Die Verantwortung für die weltweite Krise wird insoweit nicht analysiert, als stillschweigend die Verpflichtung der Schuldnerländer zur Rückzahlung der gesamten Schuld akzeptiert wird, wenn auch unter besseren Bedingungen und zeitlich aufgeschoben. Vielmehr scheint man davon auszugehen, daß die Schulden auch zurückgezahlt werden können, ohne daß dadurch die Entwicklungsmöglichkeit der Schuldner in Frage gestellt wird. In Erwartung besserer Zeiten sollen die gefor-



mosquito Nr. 8 November 1985

derten Modifikationen die momentane, eben doch als vorübergehend betrachtete Krise überwinden helfen. Sobald mit neuen Krediten eine langfristige Entwicklung eingeleitet und das erhoffte Wirtschaftswachstum eintritt, könnte und sollte die Schuld in Zukunft dann zurückgezahlt werden. Daß diese Hoffnung unter den gegebenen Bedingungen nicht sonderlich realistisch ist, zeigen die einleitenden Artikel dieses Heftes.

Eine kritische Pressemeldung über das Treffen der Cartagenagruppe im März 1986 in Punta del Este stellt fest, daß die Lateinamerikanischen Staaten **von einer kollektiven Praxis noch weit entfernt** sind:[4] Zum damaligen Zeitpunkt sei gerade von Mexiko und Venezuela wegen des Erdölpreisverfalls ein entscheidender Impuls erwartet worden, der aber ausblieb. Die Gruppe habe sich nicht einmal zu einem gemeinsamen Handeln entschließen können, sondern lediglich ein verbales Bekanntnis abgegeben, die separaten Aktionen der anderen Mitgliedstaaten zu unterstützen. Dies wird als Triumph des Baker-Plans bezeichnet, der eine Reaktivierung der Wirtschaft der Schuldner dann vorsieht, wenn sich diese kollektiver Strategien enthalten und den internationalen Finanzierungsinstitutionen gehorchen. In diesem Zusammenhang wurde der Verdacht geäußert, daß Mexiko nicht gewagt habe, drastischere Vorschläge zu machen, weil es sich gerade inmitten bilateraler Verhandlungen mit der nordamerikanischen Gläubigerbank befand.

Die noch schwache lateinamerikanische Einheit hat dadurch sicher keine Stärkung erfahren. Gemeinsame Strategien scheinen angesichts der ökonomischen und politischen Abhängigkeiten noch in weiter Ferne. Die Gläubiger haben daher die Möglichkeit, die Schuldner gegeneinander auszuspielen, wobei sich einzelne Staaten günstigere Bedingungen erhandeln können.

Mit konkreten Sofortmaßnahmen gegen die Krise?

Auf einem Treffen der „Sozialistischen Internationale" werden folgende Maßnahmen für ein kurzfristiges Handeln vorgeschlagen:

— Ein Teil der Schulden soll über das System des „direkten Warentausches" vor allem mit nicht-traditionellen Exportprodukten zurückgezahlt werden. Diese Zahlungsmodalität wurde bereits von einigen Staaten angewandt, und hat den Vorteil, knappe Devisen zu sparen und den Export nichttraditioneller Produkte zu fördern (siehe Kasten, „Direkter Warentausch").

— Auf regionaler Ebene soll ein Informationszentrum errichtet werden, damit ein ständiger Austausch über die Erfahrungen der Staaten bei bilateralen Verhandlungen mit den Privatbanken stattfinden kann. So z.B. können Minimalbedingungen für die Verhandlungen gestellt werden. Außerdem soll ein Informationsnetz über Exportangebote, Investitionsmöglichkeiten und Finanzierungsquellen errichtet werden. Diese Zentren könnten an bereits bestehende regionale Organisationen angebunden werden.

— Es soll erreicht werden, daß in alle Refinanzierungsverträge eine Meistbegünstigungsklausel aufgenommen wird, mit der Folge, daß sich günstige Konditionen, die ein Schuldnerstaat mit den Gläubigern aushandelt, automatisch auf diejenigen Schuldnerländer erstrecken, die ihre Schuld vorher verhandelt haben.[5]

Solche konkreten Sofortmaßnahmen können sicher nicht beanspruchen, die Probleme grundsätzlich und langfristig zu lösen, aber für die betroffenen Staaten den unmittelbaren Druck erleichtern.

Zentralamerika: Der direkte Warentausch — eine mögliche Lösung?*

- Der direkte Warentausch hat im internationalen Handel ungewöhnlich an Bedeutung gewonnen.
- Fast 55 % des Tauschhandelswerts von Guatemala vollzog sich innerhalb Zentralamerikas.
- Es gibt verschiedene Modalitäten des direkten Warentauschs.

Die Zahlungsunfähigkeit der meisten Entwicklungsländer hat dem direkten Warentausch in den letzten Jahren eine ungewöhnliche Dynamik gegeben, obwohl dieser von einigen Fachleuten als Rückschritt im internationalen Handel qualifiziert wurde. Zwischen den sozialistischen Staaten ist der Warentausch bereits länger Praxis. Und auch zwischen den zentralamerikanischen Staaten beginnt sich diese Praxis zu verallgemeinern. Diese Entwicklung steht im Kontext der erhöhten internationalen Handelsabhängigkeit, der erhöhten Produktion verderblicher Waren mit begrenzten Märkten und einer ausgeprägten Devisenknappheit.

Vier Modalitäten sind bekannt:

1. „Trueque":
Direkter Tausch von Waren zu einem bestimmten Termin ohne Geldtransfer und Beteiligung Dritter.

2. „Compensación oder Trueque compensado":
Der Exporteur erhält einen Teil oder den gesamten Wert der verkauften Ware in einer bestimmten Warengattung. Er kann aber die Ware, die er als Zahlung erhalten hat, an den Endverbraucher oder an ein Handelshaus transferieren.

1. u. 2. sind international unter dem Ausdruck „Barter" bekannt.)

3. „Compra de reembolso":
Der Exporteur liefert Anlagen, Ausrüstungsgegenstände oder Technologien, akzeptiert aber als teilweise oder gesamte Zahlung Waren, die der Partner mit den Ausrüstungsgegenständen oder der Technologie herstellt.

4. „Compra compensatoria":
Ähnlich wie 3., aber der Exporteur kauft als Gegenleistung Waren von einer Liste; die mit der o. g. Technologie produzierten Waren sind davon ausgeschlossen, da sie exportiert werden sollen.

(3. u. 4. sind auch als „Counter trade" bekannt.)

Trotz der evidenten Vorteile bringt der Tauschhandel auch Probleme mit sich. Vor allem bzgl. des Handels mit Dritten und bzgl. einer für beide Seiten akzeptablen Bewertung.

* auszugsweise zit. aus: Analisis Economico, Guatemala, 17. 2. 86, nach: Spiegel d. l. a. Presse, Nr. 2/1986

Streichung der illegitimen Schuld und ...

Bekannt geworden ist dieser Ansatz durch die Initiative von Fidel Castro (siehe Kasten: Interview mit Fidel Castro). Er wird aber auch von den meisten linken Oppositionsparteien und Gewerkschaften in Lateinamerika vertreten.

Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß unter dem Druck der Schulden eine wirtschaftliche Entwicklung der Schuldnerländer nicht mehr möglich ist. Außerdem liege die Verantwortung für die Krise zum überwiegenden Teil nicht bei den Schuldnern. Vielmehr sind die Industrienationen, insbesondere die Hegemonialpolitik der USA und das internationale Bankensystem, die Hauptverursacher der Weltwirtschafts- und damit der Schuldenkrise. Abgesehen davon, daß langfristig nur eine Umstrukturierung der Weltwirtschaft die Probleme lösen kann, will man nur einen Teil der Auslandsschuld als „legitim" anerkennen. Der überwiegende, „illegitime" Teil muß von den Schuldnern nicht zurückgezahlt werden, sondern ist letztendlich von den Industrienationen zu tragen. Auch bei einem Teil der Kirche Lateinamerikas hat diese Ansicht Anhänger gefunden (siehe Kasten: „Die Bibel hat schon vor Fidel ..."). Gestützt wird dort die Argumentation auf moralische und humanitäre Erwägungen. Auf den ersten Blick erscheint die Begründung ideali-

„Die Bibel hat schon lange vor Fidel..."

...eine Lösung zur Tilgung der Auslandsschuld vorgeschlagen

„Diese Lösung nennt sich „Jubeljahr". (siehe 3. Mose 25, 8 ff) und war bei den alten Hebräern alle sieben oder alle fünfzig Jahre Brauch. Ich weiß nicht, ob sie damals auch so viele Leute versammeln konnten – die Bibel schreibt darüber –, aber sie sagt klar, daß alle sieben Jahre sämtliche Schulden, die irgendwelche Ungerechtigkeiten mit sich brachten, automatisch getilgt wurden." Frei, Betto, Delegierter des Erzbischofs von Sao Paulo auf der Konferenz von Havanna Juli 85, zit. nach: die Macht der Verschuldeten, hrsg. vom Poch-Verlag, Zürich 1986.)

stisch. Wird hier die Ansicht vertreten, bei ausreichend christlicher Moral sei die Weltwirtschaft auch unter den gegebenen Bedingungen „gerecht" zu organisieren?

Die uns vorliegenden Publikationen zeigen, daß auch dem „moralischen" Ansatz eine Analyse zugrundeliegt, die von den ökonomischen Bedingungen ausgeht und die Machtkonstellationen benennt. Bei dem großen gesellschaftlichen Einfluß, den die Kirche in den meisten Staaten Lateinamerikas hat, kann daher diese christlich-ethische Begründung der Rückzahlungsverweigerung öffentlichkeitswirksam eingesetzt werden.

Hat ein Schuldnerkartell eine Chance?

Welche Forderungen auch gestellt werden, es bleibt die letztlich entscheidende Frage der Durchsetzbarkeit. Vor allem in den Reihen der „Zahlungsverweigerer" wird die Behauptung aufgestellt, daß nur die Möglichkeit bleibe, der vereinigten Gläubigermacht von Industrienationen, Banken und IWF ein Schuldnerkartell entgegenzustellen (vgl. Kasten: Interview mit Fidel Castro). Denn es könne wohl niemand ernsthaft annehmen, daß die USA in absehbarer Zukunft von sich aus bereit sein wird, durch Kürzung ihrer Militärausgaben die Verluste aus der Krise mitzufinanzieren, zumal die Rüstungsausgaben nicht nur machtpolitisch bedeutsam, sondern auch wichtiger Bestandteil der US-Geldpolitik sind (vgl. z.B. Artikel von Schui in diesem Heft).

Wie stehen aber die Realisierungschancen für einen generellen Schuldnerstreik? Ein konsequentes Ausscheren aus der Schuldnerfront würde zweierlei voraussetzen:

Zum einen eine radikale Umkehr der Wirtschaftspolitiken der zu diesem Schritt bereiten Länder, zum anderen eine breite Basis von Übereinstimmung sowohl innenpolitisch, als auch zwischen den beteiligten Ländern.[9]

Ein Artikel im CEPAL-Review[10] stellt die Machtkonstellationen dar, die sich im Fall eines Schuldnerstreiks ergeben:

Zunächst ist festzustellen, daß die Zahlungsverweigerung eines einzelnen Staates — sieht man von unbedeutenden Staaten ab — dessen politischen und ökonomischen Selbstmord bedeuten würde. Warum? Um Nachahmungsversuchen vorzubeugen, träfen die Gläubiger sicher härteste Sanktionen.

... interne Aufteilung der Schulden

Linke Oppositionsparteien in Lateinamerika, oben genannte kirchliche Kreise sowie Gewerkschaften fordern, daß diejenige, die den Nutzen von den aufgenommenen Krediten hatten, auch für die Rückzahlung der Schuld herangezogen werden sollen.[6]

Es muß daher verhindert werden, daß der Staat die Schulden der Privatindustrie übernimmt. Denn dies würde bedeuten, daß die Arbeiter, Bauern und die verarmte Mittelschicht die Last der Schulden zu tragen hätten, obwohl sie keinen Nutzen davon hatten. Die Schuldrückzahlung darf nicht zu Lasten des Konsums oder der Löhne gehen.

Um eine nichtproduktive Kreditaufnahme in der Zukunft zu vermeiden, wird eine Stärkung des wirtschaftlichen Einflusses des Staates, insbesondere die Verstaatlichung der Banken gefordert.[6a]

Außerdem sollen die durch Kapitalflucht erlangten spekulativen Ersparnisse aus dem Ausland in die Schuldnerländer zurückgeführt werden.

Damit diese Ansprüche durchgesetzt werden können, stellte selbst Prebisch, Wirtschaftswissenschaftler bei CEPAL und Vertreter eines gemäßigten Ansatzes, vor einem Unterausschuß des US-Repräsentantenhaus die Forderung nach einer Aufhebung des Bankgeheimnis: Es sollen Normen erlassen werden, die es den nordamerikanischen Banken erlauben, aufzudecken, „wo sich die 19.000 Millionen Dollar befinden, die die Argentinier zwischen 1979 und 1982 aus dem Land geschafft haben."[7]

„Diese Schulden sind unmoralisch"

Padre Gregorio Iriarte OMI (sinngemäß zitiert nach: Presencia, 23. 8. 85, La Paz) stellt am Beispiel Bolivien nicht nur fest, daß die Auslandsschuld nicht zurückbezahlt werden kann, sondern bestreitet auch die moralische Berechtigung der Gläubigerländer, dies zur fordern.

Er führt dafür vier Gründe an:

– Zum einen waren die Regierungen bzw. die Personen, die Kredite aufgenommen hatten, weder moralisch noch juristisch berechtigt, dies im Namen des Volkes zu tun. 80 % der bolivianischen Schulden wurden von Defacto-Regierungen aufgenommen, die keinesfalls das Volk repräsentierten – eine Tatsache, die den Finanziers bekannt war. Außerdem wurde nicht in Projekte investiert, die dem Volk Nutzen brachten. Vielmehr profitierten nur wenige davon, so daß diese auch die moralische Verpflichtung trifft, die Schulden zurückzuzahlen.

– Die Konditionen basieren nicht auf moralischen Normen, sondern sind einseitig aufgezwungen.

Übertriebene Zinsen sind Wucher und die Kirche hat den Wucher immer verurteilt ("?" d. Red.).

Außerdem ist der zugrundeliegende Dollar überbewertet, die Preise für die Exportprodukte sinken ständig; die lateinamerikanischen Staaten transferieren jährlich 40.000 Mio $ in die entwickelten Länder.

Diese Bedingungen, die in keinem Vertrag akzeptiert werden würden, haben die internationalen Banken den Schuldnern einseitig aufgezwungen. Deshalb gibt es keinen Grund, ein „schlechtes Gewissen" zu haben, wenn man sich dieser ungerechten Willkür nicht unterwirft.

– Es verpflichtet nach der christlichen Lehre nur das, was tatsächlich und moralisch möglich ist. Die lateinamerikanischen Staaten können aber nicht zahlen, ohne schwere wirtschaftliche, soziale und politische Probleme mit verheerenden Konsequenzen zu provozieren.

Die Auslandsschuld darf nicht zurückgezahlt werden, weil dies nur auf Kosten der Gesundheit, Erziehung und des Lebens vieler Menschen möglich wäre.

– Außerdem haben die lateinamerikanischen Länder die gesamte Schuld bereits reichlich zurückgezahlt. Einmal durch die geleisteten Zahlungen, zum anderen durch Kapitalfluchtgelder, die auf den Banken der Industriestaaten deponiert sind.

Iriarte warnt davor, die Zwangs- und Strafgewalt der reichen Länder, des IWF und der internationalen Privatbanken zu unterschätzen. Sie haben Macht, die Mittel und die Absicht, die Bedingungen weiterhin zu verschärfen.

Nur die vereinigte Macht der Schuldner kann das Recht durchsetzen und eine neue Weltwirtschaftsordnung erreichen.

Ein Schuldnerstreik setzt demnach die Einigkeit einer größeren Anzahl von Schuldnerstaaten voraus. Organisatorisch müßten diese Länder eine eigene politische Institution schaffen.

Selbst in diesem Fall wiegt die Androhung eines Zahlungsboykotts nur, wenn alle gleichzeitig ohne Vorwarnung in Streik treten. Denn die Gläubiger werden alle Verbindungen, Gelder etc., in Bewegung setzen, um die einzelnen Schuldner in der „Schuldenfalle" festzuhalten. Drohen nur einzelne Länder einen Boykott an, so müssen sie damit rechnen, daß die anderen verschuldeten Staaten besondere „side-payments" erhalten, sog. Sondervergünstigungen oder anders ausgedrückt: Köder, die sie von einem ähnlichen Schritt abhalten sollen.

Aus diesem Grund mißtraut jedes Schuldnerland seinem „Mitschuldner". Den vom Bann der Kreditgeber getroffenen Staaten droht die Isolierung: Eliminierung aus der sog. internationalen Gemeinschaft, Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen, Vermögenskonfiszierung...

Allerdings bringt dieser Schritt auch dem Gläubiger hohe Kosten: den Verlust der ausstehenden Schuld, der eigenen Profite in dem jeweiligen Land und der Rohstoffquellen.

Bei einem gleichzeitigen Boykott mehrerer Schuldner wären diese Kosten für die Gläubiger zu groß. Sie müßten zumindest auf die härtesten Sanktionen verzichten, kompromißbereit sein.

Probleme bestehen aber auch in diesem Fall für die Schuldnerländer. In dem genannten CEPAL-Artikel, in dem diese Möglichkeit theoretisch durchgespielt wird, werden folgende Hindernisse genannt:

— zunächst die Frage der Autorisierung der Entscheidung, die Schuldenzahlung zu verweigern. Ein solch weitreichender Entschluß müßte in einer auch formaldemokratischen Gesellschaft durch Parlamentsentscheid oder Plebiszit legitimiert werden. Wer verspricht den mitstreikenden Schuldnerländern, daß das Volk sich bis zum Schluß hinter diesen Schritt stellen wird?

Dann die Gefahr der Destabilisierungsversuche der Gläubiger, die trotz ihrer Niederlage den Sieg der Schuldner in einem Pyrrhussieg verkehren wollen: Die Realisierung eines solchen außenpolitischen Freiraums setzt innenpolitisch in den Schuldnerländern entweder einen politischen Konsens zwischen der nationalen Bourgeoisie, städtischen Mittelklasse und Teilen der industriellen Arbeiterschaft voraus oder aber kann nur durch brutale Repression erreicht werden.[11]

Außerdem stellt sich die Frage nach einem Schuldnerstreik für die herrschenden Oligarchien in den meisten Schuldnerländern nicht in dieser Form. Die bisher betriebene verschuldete Industrialisierung vollzog sich ja unter dem Regime der jeweils herrschenden Eliten. Mit ihrem Einverständnis einen Weg zu beschreiten, der mit einer Abkehr von den „süßen Früchten" des Kapitalismus zu den „harten Nüssen" linker Politikvorstellungen verbunden wäre, scheint wenig wahrscheinlich.

Daher setzt ein erfolgreicher Schuldenstreik auch innenpolitische Veränderungen in den lateinamerikanischen Staaten voraus.

wmg, bakr

Anmerkungen:

1. Hardy, Chandra S., Africa's debt burden and its consequences, The Courier No. 97, 1986, S. 65 ff.;
2. Propone el Consenso de Cartagena und plan urgente para el crecimiento, El Dia, 19. 12. 1985, Mexiko, nach: Spiegel der la. Presse, 12/85;
3. Lucia, Luna Contradiccion en Puenta del Este..., Proceso, Mexico, 10. 3. 1986, nach Spiegel der la. Presse, 3/86;
4. a.a.O.
5. Castro, Luis Alve, La deuda externa latinoamericana en la hora decisiva, Socialismo y Participación, No. 30, S. 47 ff;
6. z. B. Beiträge von PSI und FPU in: La deuda, I Taller de Politican Economica, la Paz, 1985;
6a. auch I. U., Plan de gobierno de Izquierda Unida, Lima 1985;
7. Prebisch, R., Solución politica y 20 años de moratoria, Tiempo Argentino, Buenos Aires, 26.-7. 1986, nach: Spiegel der la. Presse, 7/85;
8. Iguinz, J., u. a., cuatro comentarios en torno al encuentro de la Habana?, Socialismo y Participación, No. 31, S. 35 ff;
9. O'Donell, G., External debt: why don't our gouvernments do the obvious?, CEPAL Review No. 27, Dez. 1985, S. 27 ff;
10. Asche, H., Ramalho, L., Die Schwellenländer in der Wirtschaftskrise, Peripherie 15/16, 1984, S. 19;
11. Schubert, A., Schuldenerlaß oder globale Krise, Nahua Script 7, Wuppertal 1985, S. 85.

Stichwort: Importsubstitution[1]

Aufgrund veränderter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, vor allem aber wegen den Auswirkungen der Schuldenkrise ist die Diskussion um neue Entwikkungsstragegien Lateinamerikas in Bewegung geraten. Dabei macht auch der Vorschlag einer erneuten Importsubstitionspolitik wieder die Runde.

Im Abschlußbericht der Economic Commission for Latin America and the Caribbean vom Frühjahr 1985 werden neben Analysen der gegenwärtigen Lage künftige Entwicklungsstrategien erörtert:

„In der gegenwärtigen Lage mögen Integration, Kooperation die Krise überwinden helfen, (...) Der Anstieg des regionalen Handels, ohne Verringerung des Exports in Drittländer und Importsubstitution innerhalb eines regionalen Rahmens sind zwei grundlegende Voraussetzungen zur Wiederherstellung ökonomischer Aktivitäten"[2].

Die im Rahmen von CEPAL[3] geführte Diskussion zeigt, daß auch in den „Ländern mit einer reduzierten Krisenbewältigungsstrategie durchaus Ansätze für eine Neuorientierung des Entwicklungsmodells vorhanden sind".[4]

Wie jedoch durch den plötzlichen Wegfall externer Ersparnisse positive interne Entwicklungseffekte, wie z. B. Abkehr von Großprojekten, in Gang gesetzt werden sollen, ist noch unklar.

Eine erneute Lockerung der weltwirtschaftlichen Integration von Peripherieländern im Gefolge von außenwirtschaftlichen Bankrotten, wie dies in den 30er und 40er Jahren hauptsächlich von Lateinamerika praktiziert wurde, wäre gleichbedeutend mit einem Einschwenken auf einen nationalkapitalistischen Weg. Diese Fluchtmöglichkeit ist heute durch mehrere neue Momente erschwert. Neue stärkere Abhängigkeiten sind entstanden: Vom Erdöl, von Nahrungsmittelimporten, Industriegüterimporten und von Transnationalen Konzernen.[5]

Auch muß zusätzlich bedacht werden, daß Importsubstitution in Lateinamerika hauptsächlich eine Defensivstrategie darstellte. Bereits in den 60er Jahren waren deren Möglichkeiten erschöpft, da die Maßnahmen zur Ausweitung der Binnennachfrage unzureichend waren. Die Eigendynamik des Modells stieß auf ihre Grenzen, weil die Importsubstitution auf der Basis ausländischer Technologien und Direktinvestitionen erfolgte.

Heutige Lösungsansätze müssen aus diesem Grund auf den Erfahrungen der verflossenen Importsubstitutionsphase aufbauen. Eine vom DED im Auftrage der CEPAL durchgeführte Untersuchung fordert u. a.: deswegen nicht nur eine Aufschließung der Binnenmärkte und Fortführung einer stärkeren Importsubstitution, sondern gleichzeitig eine „aggressive, jedoch selektive Verflechtung mit den Industrienationen, die sich nicht auf subvestitionierte Industriegüterexporte, wo immer solche möglich werden, sondern auf eine industrielle Verkettung richten sollte, die es erlaubt, strategisch relevante Marktpositionen und -anteile zu erringen."[6]

Hierzu sind aber vor allem politische Reformen notwendig: innenpolitisch, wie außenpolitisch!

Anmerkungen:

1. Importsubstitution: Ersetzung von bislang importierten Gütern durch Herstellung im Inland.
2. ECLAC, Crisis and Development in Latin America and the Caribbean, in: CEPAL Review, 26, 1985, S. 25.
3. CEPAL: Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika.
4. Lateinamerika Nachrichten, Luli 1986, S. 38.
5. Peripherie, 15/16, 1984, S. 19
6. Esser, K. u.a., Weltwirtschaftliche Veränderungen — Implikation für Lateinamerika, Berlin 1984, S. 75.

„Weder träume ich vom Unerreichbaren, noch habe ich zuviel Rum getrunken..."

Interview mit Fidel Castro*

Joelmir Beting: Die Ökonomen sagen, daß die Weltwirtschaftskrise der 80er Jahre schlimmer als die der 30er Jahre sei. Geht die Welt einer Katastrophe entgegen, gibt es die Möglichkeit der Rettung?

Fidel Castro: Bis das Gegenteil bewiesen ist, muß davon ausgegangen werden, daß sich die Welt einem Abgrund nähert. Und der Abgrund kann bedeutend größer sein, als daß nur die kapitalistische Welt hineinpaßt. Was schlecht für die Welt ist, ist auch schlecht für den Sozialismus. Aber es handelt sich um eine Krise des Kapitalismus, und es obliegt ihm allein, den allgemeinen Zusammenbruch zu verhindern, auch den eigenen.

Es ist notwendig folgendes ganz klar zu sagen: Wir leben im Dritten Weltkrieg, einem Wirtschaftskrieg. Es handelt sich um einen nicht-erklärten Krieg; es ist der Krieg der Wucherzinsen, des Preisverfalls und des ungleichen Austauschs. Heute saugen die reichen Länder den armen Ländern das Blut aus, ohne jede Rücksichtnahme, ohne die geringsten Gewissensbisse — ganz im Gegenteil.

Beting: Eine Bluttransfusion vom Schwachen zum Starken, mit Nettokapitaltransfer der Armen zu den Reichen? Der Fall Brasilien?

Castro: Es ist der Fall von Brasilien, Mexico, Argentinien, Afrika, Kuba. Auch von Kuba. Wir machen Verluste im Tausch mit den kapitalistischen Ländern, wenngleich nur in jenem Sechstel unseres Handels, der mit dem kapitalistischen Weltmarkt vollzogen wird.

Beting: Wie sieht die Bilanz der Verluste, vielleicht der Enttäuschung konkret aus?

Castro: Die kubanischen Verluste können an der Steigerung der Außenverschuldung in konvertibler Währung und an der Verschlechterung der terms of trade mit den kapitalistischen Handelspartnern abgelesen werden. In der Handelsbilanz z. B. kommen wir von einem Überschuß von 450 Millionen US-Dollar 1983 zu einem Defizit von 66 Millionen US-Dollar 1984. Wir haben diesen Wechsel von schwarzen zu roten Zahlen vollzogen, obwohl wir mehr verkauft und weniger gekauft haben.

Beting: Kehren wir zur Frage des Kriegszustandes, zum ‚Dritten Weltkrieg' zurück, der von den reichen Ländern entfacht und von den Vereinigten Staaten geführt wird. Die Aggressoren gehen auf einen Abgrund zu, einen Abgrund, größer als der Kapitalismus. Ist dies unvermeidlich?

Castro: Im internationalen Finanzsystem wird sich tatsächlich ein Abgrund auftun. Um eine Warnung auszusprechen: die Armen haben nichts mehr zu verlieren. Der bevorstehende Kollaps wird amerikanische und europäische Banken zerstören, die Gläubigerbanken der kontraktbrüchigen Welt der Schuldner. Und die Banken sorgen für das Gleichgewicht des Kapitalismus.

Beting: Jedes Programm zur Lösung der „debt crisis" wäre folglich eine Rettungsprogramm des Kapitalismus. Will Kuba den Kapitalismus retten?

Castro: Den Kapitalismus „der anderen", den Kapitalismus der Verschuldeten ja, vor allem im humanitären Sinn. Die ferngesteuerten Raketen der Zinssätze und terms of trade töten bislang Millionen von Menschen in der ausgeplünderten Welt. Sie bringen sie um durch Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Als wäre dieses Massaker der Schulden und des Handels nicht genug, werden die verschuldeten Länder auch noch zusätzlich von außen durch wirtschaftliche „Kurskorrekturen" zu einer Rezession gezwungen, genau so, als würde ein Arzt mit den besten Absichten einen mageren Patienten zwingen eine Abmagerungskur zu machen...

Beting: Ist dieser Arzt in diesem Beispiel der IWF?

Castro: Der IWF selbst — als Entscheidungszentrum von Regierungen und nicht von Banken — verdient es, gerettet zu werden. Aber die Methoden, Doktrinen und Statuten müssen revidiert werden.

Ohne eine von unten nach oben ausgehandelte neue Ordnung werden alle internationalen Regulierungs- und Förderungsinstitutionen, also nicht nur der IWF, zum Scheitern verurteilt sein, falls sie überhaupt noch etwas unter den Fittichen der kapitalistischen Mächte ausrichten können. Faktisch kommandiert heute die amerikanische Regierung die Weltwirtschaft, und die Weltwirtschaft spiegelt den Intelligenzgrad der amerikanischen Regierung wider.

Beting: Wie wird die ökonimisch bevormundete und politisch uneinige Welt die vom Weißen Haus diktierten Regeln ändern können, um die Regierung der Vereinigten Staaten zu einem neuen Verhalten zu bewegen?

Castro: Der Prozeß ist kompliziert. Es müßte mit einer klaren Reaktion des besten Freundes von Washington, der Europäischen Gemeinschaft, begonnen werden. Die Europäer dürften weder mit der endemischen Arbeitslosigkeit, die nun schon eine Dekade anhält, noch mit den unrealistischen Wechselkursen gegenüber dem Superdollar zufrieden sein. Die Reaktion dieses priveligierten Freundes, der zwar kein Kapital — sie sind schließlich Gläubiger und keine Schuldner der Vereinigten Staa-



* Die Übersetzung des Interviews ins Deutsche erschien in Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Nr. 4/1985. Wir danken der Leviathan-Redaktion für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck. Das Interview wurde von uns gekürzt.

ten —, aber die Souveränität bei nationalen Entscheidungen verliert, hat sich erstmals auf dem Gipfel in Bonn im Mai 1985 angedeutet, besonders auf Seiten Frankreichs. Frankreich hat den Vereinigten Staaten gezeigt, daß diese im GATT nicht herumkommandieren können, wie sie es in der Tat im IWF oder in der BIZ praktizieren.

***Beting:** Das Defizit (der USA, d. Red.) fördert den Protektionismus, und die Schranken der Protektion unterscheiden nicht zwischen Gläubigerländern und Schuldnerländern, zwischen reich und arm, zwischen überschüssig und defizitär. Alles verkehrt, oder nicht?*

Castro: Alles verkehrt, ja. Wir haben dagegen hier in Kuba ein bewährtes Modell entwickelt, das es in bezug auf die Auslandsverschuldung ermöglicht, zwischen einem legitimen und einem nicht-legitimen Teil der Verschuldung Kubas, Brasiliens oder ganz Lateinamerikas zu unterscheiden. Beispiel: Im letzten Jahr hat Lateinamerika insgesamt 70 Mrd. US-Dollar an die Gläubigerländer zahlen müssen. Nach einer detaillierten Bewertung der Rechnung, die wir zahlen sollen, haben die Gläubiger einen legitimen Gesamtbetrag von 25 Mrd. US-Dollar und einen nicht-legitimen Zuschlag von 45 Mrd. US-Dollar zurückerhalten. Dabei verstehen wir unter nicht-legitimer Schuld den durch die Wucherzinsen entstandenen Zuwachs. Ich benutze freilich den Ausdruck „Wucherzinsen", ohne so etwas wie das islamische Zinsverbot im Sinn zu haben. Nach unseren Kriterien verwandeln jedoch Zinsraten von über 8 % bei Verträgen, die in einer Zeit abgeschlossen wurden, als sich der Markt noch mit 6 % begnügte, jeden Kredit in eine wucherische Schuld, zumal die Gläubigerländer selbst jährliche Inflationsraten von etwa 6 % aufzuweisen haben. Zudem sollen wir uns mit Verlusten aus dem Außenhandel abfinden, die die Gläubigerländer den Schuldnerländern durch den scheinbar unschuldigen Mechanismus des freien Marktes aufbürden. Dieser Raub kann ebenso — in Kilo, Liter, Meter oder Dollar — quantifizert werden. Auch die künstliche Aufwertung des Dollar schließlich bewirkt einen nichtlegitimen Schuldzuschlag.

***Beting:** Aber die Privatbanken stimmen weder einer Zinsreduzierung noch einer Fristverlängerung zu. Sie fordern die vertraglich vereinbarte Bedienung des Schuldendienstes zum marktüblichen Zinsfuß. Und dieser Markt ist hochspekulativ und hat sogar schon 21 % jährliche Zinsraten verlangt. Die Regierungen der Gläubigerbanken waschen ihre Hände in Unschuld, und die Regierungen der Schuldnerländer zahlen die Rechnungen im Namen der nationalen Würde wie guterzogene Kreditkinder. Kann man dieses Schema brechen?*

Castro: Ich wiederhole, wir befinden uns im Dritten Weltkrieg. Die Aggressoren dieses Krieges wollen weder den Frieden noch Waffenstillstand. Die reichen Länder wollen den Kapitalismus nicht retten. Sie glauben, daß er sich nicht in Gefahr befinde, zumindest nicht ihr Kapitalismus. Ein hoher Beamter einer internationalen Finanzorganisation hat in Basel erklärt, daß die verschuldeten Länder keine der Hilfe oder Erleichterung verdienten, da sie sich aus Inkompetenz und Korruption verschuldet hätten; sie hätten einen Großteil der erhaltenen Kredite auf persönliche Konten der eigenen Gläubigerbanken deponiert; andere Regierungen hätten das Geld für den Kauf von Waffen für den internen und externen Gebrauch ausgegeben, so im Fall von Chile und Argentinien, die der Bankier namentlich aufführte. Wir befinden uns hier also vor einem moralischen Richter; der Gläubiger verurteilt den Schuldner. Der Raub bei den Zinsen und beim Handel erfährt allerdings keine moralische Bewertung, da er nach Auffassung des gleichen Bankiers kein Verbrechen darstellt.

***Beting:** Nehmen Anschuldigungen dieser Art, die in einigen isolierten Fällen sogar begründet sind, der Dritten Welt nicht die moralische Berechtigung, Anklage zu erheben?*

Castro: Selbstverständlich! Das ist genau das Ziel, denn es zerstört die Moral der Schuldner, und es beseitigt die Gewissensbisse der Gläubiger. Hier ist jedoch eine wichtige Bemerkung angebracht. Die Nationen tragen moralische Verantwortung, die nicht ungestraft verletzt werden kann. Wenn man von Nationen spricht, ist es nicht gut, das Volk mit der Regierung zu verwechseln. In jeder Situation oder in jedem Ort ist es immer das Volk, das die Rechnung bezahlt — sei es beim gut angelegten Kredit oder beim unterschlagenen oder gestohlenen Geld. In Lateinamerika und Afrika bezahlt das Volk die Auslandsschulden mit weniger Arbeitsplätzen, weniger Lohn, größerer Misere und größerer Gewalt.

Ich möchte nur die Zahlungsmöglichkeit der Schulden in Frage stellen. Es scheint, daß in dieser Frage in Lateinamerika alle einer Meinung sind: Die Auslandsschuld ist ein essentielles Problem, und die Lösung kann notwendigerweise nur eine politische sein. Die eigentliche Wirkung der Verschuldungskrise, die soziale Explosion des Volkes und der politische Zusammenbruch der Regierungen, kann nicht durch Bankroutine und durch Finanzreglements neutralisiert werden.

***Beting:** Worin bestände die politische Lösung, um es nicht zu den durch Verschuldung verursachten Kollaps kommen zu lassen? Bis jetzt waren die Worte deutlicher als die Lösungswege...*

Castro: Es konnte nicht anders sein. Die Verschuldeten sprechen nicht die gleiche Sprache, sie rudern nicht in die gleiche Richtung; sie machen das Spiel des Gläubigerblocks mit und bevorzugen noch immer eine bilaterale Lösung, die Einzelfallprüfung. Natürlich hat jeder Fall seine eigenen Charaktristika. Soweit, so gut. Aber es scheint, daß niemand daran gedacht hat, dies auch den Marktzinsen mitzuteilen, die heute keinerlei Unterscheidung treffen zwischen einer Computerfabrik in Kalifornien, einem Spezialkrankenhaus zur Behandlung von Verbrennungen in Kolumbien oder einer Bewässerungsanlage in Brasilien. Auf die gleiche Art und Weise unterscheidet der Handelsprotektionismus der Amerikaner und Europäer — der Gläubiger der Welt — nicht die Produkte „made in Brazil" vom Produkt „made in

Japan". Japan scheint niemandem etwas zu schulden und protzt mit dem größten Handelsüberschuß der Welt. Wo ist die differenzierte Behandlung zugunsten Brasiliens oder Argentiniens? Gilt die Einzelfallprüfung nur für die Schuldenzahlung? Die Zinserpressung und die Ausbeutung durch den Wechselkurs wird global durchgeführt, die Schuld dagegen soll nicht global verhandelt werden.

***Beting:** Wir sind noch immer bei der Diagnose. Wo liegt der politische Ausweg aus der Sackgasse der Verschuldung?*

Castro: In einer globalen Neuverhandlung auf Regierungsebene — in einer Neuverhandlung, die politisch bei der Unterscheidung zwischen legitimer und nicht-legitimer Schuld beginnen muß. Erstere muß bezahlt, letztere annuliert werden.

***Beting:** Das ist also Dein Plan: Einfach mehr als die Hälfte der Schulden der Dritten Welt, die sich jetzt auf den Schwellenwert von 1 Billion US-Dollar zubewegen, zu streichen?*

Castro: Weder träume ich vom Unerreichbaren, noch habe ich zuviel Rum getrunken. Ich habe einen ausgereiften, reflektierten und bereits oft durchdiskutierten Plan, der perfekt durchführbar und nicht aufschiebbar und ohne Alternative ist. Einen Plan, um die Banken und nicht nur die Kreditnehmer zu retten; einen Rettungsplan für den Kapitalismus, bevor sich der Zusammenbruch nähert, spätestens 1988...

***Beting:** Wird es Zeit geben, die Zeitbombe zu entschärfen?*

Castro: Hier liegt das Drama. Die politische Orchestration für den Plan erfordert viel Zeit. Denn es müssen die internationalen Organisationen mobilisiert werden, und dies hat bis heute noch nicht begonnen. Wir müssen unbedingt die bestehenden internationalen Organisationen in den Entscheidungsprozeß mit einbeziehen. Jedes Land muß eine Stimme haben. Bei dieser Mobilmachung muß die Welt nicht nur die Beseitigung der Trümmer der Verschuldung, sondern auch die Neuverordnung der Weltwirtschaft in Angriff nehmen. Zum Beispiel: IWF und GATT müssen — unter neuen Bedingungen — gemeinsame Entscheidungen treffen, die sich gegen die gegenwärtigen Interessen der Vereinigten Staaten richten, die bislang Verschuldungsfragen und Handelsprobleme nicht miteinander verbinden wollen. Sie tun so, als wären Geld und Ware voneinander völlig unabhängige Segmente der sogenannten Marktwirtschaft...

***Beting:** Sehr gut! Durch einen magischen Zaubertrick würde die Welt plötzlich, unterstützt von der UNO, zu einem Gipfeltreffen nach Genf oder zum Vatikan gehen um über das Projekt endgültig abzustimmen. Die nicht-legitime Schuld würde annuliert, Lateinamerika unterließe in den nächsten 12 Monaten die Zahlung von sagen wir 50 Mrd. US-Dollar... Und der anschließende massenhafte Zusammenbruch der Banken?*



„Wird es Zeit geben, die Zeitbombe zu entschärfen?..."

Castro: Liegt das Problem beim Bankrott der Banken? Nun gut, wir werden die Banken retten. Die nicht einzubringende Schuld der Dritten Welt würde mit Billigung der jeweiligen Parlamente von den Regierungen übernommen und in jährliche Ratenzahlung umgewandelt, finanziert durch folgende einfache Haushaltstransfusion: Ein kleiner Teil des Militärhaushalts würde in das Finanzsystem eingebracht, den Grundpfeiler des Kapitalismus und das Fundament selbst der nationalen Sicherheit. (Castro spricht an anderer Stelle von 10-12 % der Militärausgaben, d. Red.)

***Beting:** Würden die Schuldnerländer, einschließlich Kuba, ebenfalls vergleichbare Kürzungen bei ihren Militärausgaben vornehmen?*

Castro: Bei einem Szenarium, wo innere Umstrukturierung mit äußerer Entspannung einhergeht, ja.

***Beting:** Da jedoch die Gläubigerländer die Zinsen diktieren und die Preise festlegen, wird dann der Ausweg aus der Schuldenkrise nicht eher ein einseitiges Moratorium sein, um nicht Zahlungsverweigerung zu sagen? Und dann folgen die Repressalien?*

Castro: Moratorium oder Zahlungsverweigerung, dies sind die letzten Auswege. Die Alternativen einer Neuverhandlung müssen vollkommen ausgeschöpft werden. Oder sind wir keine souveränen Staaten? Auch Repressalien ziehen nicht. Man verkraftet kommerzielle, finanzielle oder politische Repressalien eines oder mehrerer Gläubigerländer gegenüber einem isolierten Schuldnerland; aber nicht gegenüber allen Schuldnern. Die Industriestaaten benötigen unsere Rohstoffe und unsere Waren. Die transnationalen Firmen sind nicht zufällig transnational: Sie haben die Ökonomien der Schuldnerländer entsprechend durchdrungen und es ist wichtig, diese strategische Gegebenheit nicht aus den Augen zu verlieren. Insbesondere Europa und Japan hängen von der Dritten Welt ab, das hängt schon bei der Tasse Kakao und beim Orangensaft an, die die Europäer oder Japaner morgens trinken.

Beting: Wo liegt unter ökonomischen Gesichtspunkten der Vorteil der Gläubiger bei einem Nachlaß der Schulden der Dritten Welt?

Castro: In der Neuordnung der Ökonomien der Verschuldeten. Dies würde für die Industrieländer die Wiederherstellung der Wirtschaften bedeuten, die sie mit Rohstoffen versorgen, sowie einen größeren Handel mit den sich entwickelnden Ländern (die wieder zu wachsen beginnen würden) und eine Ausweitung der Geschäfte der Multinationalen mit den aktuellen Schuldnern, den Kapital- und Technologieimporteuren. Lateinamerika könnte doppelt soviel wie jetzt auf dem amerikanischen Markt kaufen. Dies würde helfen, die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten — die größte politische Unannehmlichkeit der Reagonimics — zu reduzieren. Nach meinen Berechnungen würde die Kaufkraft der Dritten Welt auf den europäischen, japanischen und amerikanischen Märkten in den nächsten 12 Jahren um fast 100 Mrd. US-Dollar zunehmen. Ein nicht zu verachtender Betrag.

Beting: Präsident Reagan behauptet, daß er die Wirtschaft der Vereinigten Staaten gerettet hat und daß er die Weltwirtschaft noch retten wird. Natürlich ohne die Spielregeln zu verändern. Wie sähe die Phantasie von Reagan aus?

Castro: Er sieht sich als Erfinder einer rooseveltschen Heldentat der Wirtschaftssanierung, mit der er die Vereinigten Staaten aus den Klauen einer Krise reißt, die noch größer als die der 30er Jahre ist — mit dem Effekt, daß die amerikanische Wirtschaft wieder zu einem jährlichen Wachstum von über 6 % zurückkehrte bei einer Inflation, die sich mit weniger als 4 % begnügt: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit Preisstabilität, das ist die Wunschvorstellung eines jeden Regierungschefs.

Beting: Und wo liegt hier die Lüge?

Castro: In der Fata Morgana von der Oase in der Wüste, die nicht nur die Illusion des Präsidenten ist, sondern auch eines großen Teils der amerikanischen Öffentlichkeit, eine großen Anzahl von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten. Die amerikanische Erholung ist Fassade, das Fundament ist nicht fest, und der innere Prozeß gleicht einem schwelenden Vulkan. Gehen wir vor allem auf die außenwirtschaftliche Seite ein: Die Erholung der Vereinigten Staaten, die auch in Westeuropa anklang, beruht auf den wucherischen Gewinnen bei den Zinsen und auf den ungerechten Gewinnen bei den relativen Im- und Exportpreisen; diese Gewinne werden noch zusätzlich durch die artifizielle Aufwertung des Dollars vermehrt, die die Folge des künstlich hohen Zinsniveaus ist. Darüber hinaus kauft er fremde Güter und Dienstleistungen, die „im Inneren" zu niedrigen Kosten konsumiert werden, was zu einer Verminderung der Inflation führt. Das heißt: Die USA exportieren die Inflation durch die Zinsen und die relativen Preise.

Beting: Wo wird der Ausbruch des Vulkans stattfinden?

Castro: Der öffentliche Sektor in den Vereinigten Staaten ist in absoluten Werten der defizitärste der Welt, und auch in relativen Werten schlägt er jeden Rekord. Der Fehlbetrag von Einnahmen und Ausgaben der Zentralregierung macht in den nächsten 5 Jahren 210 Mrd. US-Dollar aus; die öffentliche Verschuldung, ausgedrückt in Schatztiteln, die zwecks Finanzierung des Defizits ausgegeben wurden, nähert sich der 2 Billionen US-Dollar Grenze, ein Wert, der die Vorstellungskraft weit übersteigt und eher in die science fiction gehört. Ich gebe zu, daß ich nicht weiß, wie das verwaltet werden kann. Aber von meinem Wirtschaftsbeirat weiß ich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereits die höchste Auslandsverschuldung der Welt aufweist. Sie haben einen Außenstand fast in Höhe der Schulden der Dritten Welt, und das muß seinen Reflex im Ökonomischen, Politischen und Militärischen haben. Mit anderen Worten: Die Regierung der Vereinigten Staaten, die größte Potenz des Solarsystems, verkauft die eigene Seele auf dem internen und externen Finanzmarkt.

Beting: Ich möchte auf die These von der Reaganschen Phantasie zurückkommen. Ist der Wiederaufschwung der Wirtschaft „made in USA" wirklich nicht mehr als ein Bluff?

Castro: Der eigentliche Bluff beginnt bei der Existenz des universellen Dollar, der seit dem Wiederaufbau der Nachkriegszeit die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von außen nach innen finanziert. Wer hat das militärische Abenteuer von Vietnam finanziert? Wer finanziert das Defizit der amerikanischen Staatskasse? Hast Du Dir schon einmal den politischen Vorteil eines Krieges ohne Abgaben, eines Defizits ohne Abgaben, einer Eroberung des Weltraums ohne Abgaben, eines „Kriegs der Sterne" ohne Abgaben vorgestellt? Hast Du Dir schon mal vorgestellt, wie leicht es ist, auf diese Art und Weise zu regieren und Arbeiten durchzuführen, ohne die Rechnungen zu begleichen?

Beting: Der letzte Haushaltsplan des Weißen Hauses senkt die Sozialausgaben...

Castro: Ja, doch dies kann eine Verschleierung sein. Diese Einsparung, herausgepreßt aus der Reduzierung der Ausgaben für Erziehung, Gesundheit oder soziale Vorsorge, ist weit davon entfernt die Aufwandserhöhungen für Waffen, Munition und Kriegsforschung zu kompensieren. Der Militärhaushalt von 1980, der in die erste Regierungszeit von Reagan fiel, betrug nicht mehr als 135 Mrd. US-Dollar. Heute liegt er bereits bei 277 Mrd. US-Dollar und befindet sich für das nächste Jahr auf dem Weg zu 314 Mrd. US-Dollar, mit „strong dollar" und allem. In weniger als einem halben Jahrzehnt hat er sich mehr als verdoppelt.

Beting: *Wenn das Fundament des Yankee-Systems die Unterwerfung der Welt ist, erscheint mir das Fundament fest. Worin besteht sein Risiko?*

Castro: In der Illusion von der Straflosigkeit. Die Kapitalisten sagen, daß es kein Essen umsonst gibt. Nun, die Vereinigten Staaten essen umsonst aus den Kochtöpfen der anderen. In diesem Fall mit Hilfe der inneren und äußeren öffentlichen Verschuldung. Ein Drittel davon haben ausländische Sparer aufgebracht. Wer kann diese Verpflichtung einlösen? Sie wird bislang in den USA nicht bezahlt mit Leistungen, mit Entbehrung, mit Rezession, mit Inflation, mit Arbeitslosigkeit und Elend. Sondern in einer Nacht lösen die modernen Druckereien der amerikanischen Staatskasse die Milliardenschulden mit neu verbuchtem oder neugedrucktem Geld ein. Das ist das Geheimnis der Reagonomics. Die Staatsverschuldung der amerikanischen Regierung hat 205 Jahre gebraucht, um bei der ersten Billion anzukommen und nur 5 Jahre, um die zweite Billion zur erreichen...

Beting: *Dennoch wird die Welt fortfahren, diese Rechnungen zu bezahlen. Ich wiederhole, worin liegt das Risiko des Systems?*

Castro: In der Materialmüdigkeit dieses zauberhaften Modells. Die Staatsschuld kann nicht per Dekret beseitigt werden. Der Notbehelf des „roll over" auf bemaltem Papier inflationiert die Zinsen weltweit. Die finanziellen Kosten dieser Staatsschuld sind — auch rein rechnerisch gesehen — verantwortlich für das Haushaltsdefizit, das in diesem Jahr bei 222 Mrd. US-Dollar liegt. Aber immerhin muß diese Kostenexplosion vom Kongreß abgesegnet werden und wird daher die Aufmerksamkeit der Wähler und Steuerzahler erregen. Neben dieser Budgetirritation entstehen andere Zwänge: Das unkontrollierte Wachstum des Handelsbilanzdefizits, das monatlich schon bei fast 14 Mrd. US-Dollar liegt. Wieviele Menschen macht ein Handelsdefizit von 150 Mrd. US-Dollar arbeitslos?

Beting: *Kann der Kapitalismus an seinen eigenen Widersprüchen scheitern, sich sozusagen am eigenen Speichel vergiften?*

Castro: Nein. Noch glaube ich an die Vernunft der organisierten Völker. Denn es ist wahr, ich sagte es zuvor bereits, die Krisen bringen die Ideen hervor. Und hier kehre ich zum Ausgangspunkt zurück: Die „debt crisis" wird ihren Höhepunkt 1988 erreichen, und bis zu diesem Zeitpunkt muß ein Lösungsmodell gefunden werden. Ob im Guten oder im Schlechten, die Dinge müssen verändert werden. Das ist ein historisches Gesetz. Spätestens 1988 werden die utopischen oder phantastischen Vorschläge von der Neuverhandlung der Auslandsschulden außerhalb der Büros der Banken wie Rettungsringe in den aufgewühlten Wogen treiben.

Beting: *Der Schiffbruch der ‚Titanic'...*

Castro: Ja, die ‚Titanic' des Finanzsystems, von der man sagte, sie sei unsinkbar. An diesem Tag werden wir aufhören, den nicht-legitimen Teil der Schulden zu bezahlen und die ehrliche Zahlung der legitimen Schuld neu auszuhandlen; wir werden die Tilgungsraten und Fristen der fast über den ganzen Planeten verteilten 120 Kreditnehmer in den Grenzen der Zahlungsfähigkeit neu ordnen. Die Stoßrichtung ist klar: die Wiederherstellung der bis 1979 gültigen Bedingungen. Die Banken haben mehr als ein halbes Jahrhundert Geld zu 6 % im Jahr verliehen, unabhängig von den internen Preisschwankungen. Im Jahr 1978 blieben die Zinsen unter der Inflationsrate der kreditexportierenden Länder. Warum soll der Kapitalismus sowohl der Armen als auch der Reichen nicht durch die Wiederherstellung der ureigenen kapitalistischen Spielregeln gerettet werden? Handelt es sich um eine Utopie? Ich gehe darüber hinaus: Es wird notwendig sein, aus der bevorstehenden Explosion Nutzen zu ziehen, indem der Schuldendienst mit der Handelsbilanz gekoppelt wird. Da Auslandsschulden nur in der Währung der Gläubiger bezahlt werden können, müssen wir auch in der Lage sein, ihnen Waren zu fairen Preisen zu verkaufen.



Beting: *Die sich kumulierende Verschuldungskrise hätte also die Funktion des ‚Eisbergs' auf der Route des Finanzsystems. Und während des Schiffbruchs würde die Lösung für alles Böse dieser Welt auftauchen. Müssen wir auf das Desaster warten?*

Castro: Mitnichten! Wir müssen das Unglück verhindern. Vorbeugen ist besser als heilen. Wenn ich auf den Vergleich Bezug nehme, würde ich sagen, daß der Eisberg der Verschuldungskrise keinen Antrieb hat, er bewegt sich nicht. Wer die Kollisionsroute verlassen muß, ist die ‚Titanic' der Gläubiger mit ihrer hochentwickelten Kommandobrücke, die sogar technisch in der Lage wäre, per Computer zu fahren...

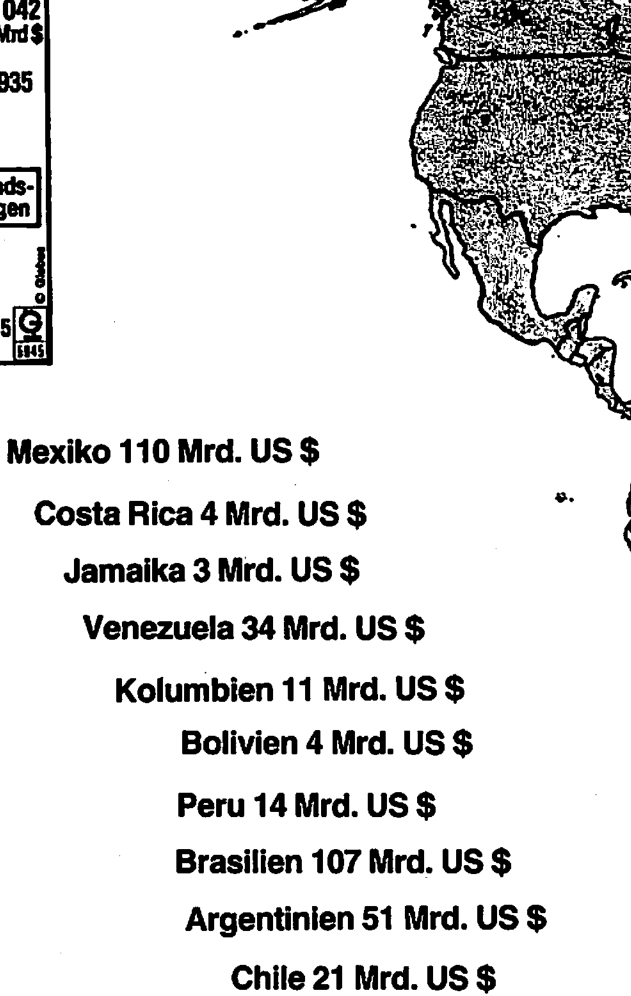
»Die Kapitalisten sagen, daß es kein Essen umsonst gibt.«

Beting: *Sofern der Kommandant die Instrumente zu bedienen weiß...*

Castro: Hier liegt das Problem. Die Besatzung der Kommandobrücke scheint mir nicht qualifiziert genug. Die Alarmglocke ertönt sein 1982, wir befinden uns jedoch schon mitten im Jahr 1985, und bis jetzt ist noch kein Kurswechsel registriert worden. Für den Kapitän ist das Meer ruhig und die Nacht blau. Dies ist in Bonn, auf dem Gipfel der Großen Sieben, gesagt worden. Der Radar der Brandt-Kommission ist an Bord nicht geduldet worden, er war im Plan von Bretton Woods nicht vorgesehen, und ergeht auch nicht in die Köpfe der Bankiers, der Gäste in den schwimmenden Festsälen, hinein. Um ein anderes Bild zu benutzen: Wir alle sind Insassen der Arche Noah, und die Sinflut währt schon 39 Tage...

USA: Vom Gläubigerland zum Schuldnerland

Angaben in Milliarden Dollar, 1985 geschätzt



15 hochverschuldete Länder

Land	Ausstehende Schuld 1985		Schuldendienst 1985—87 (Mrd. US$)		Schuldenquoten		Handelsbilanz 1984 (Mrd. US$)	Durchschn. jährliche Wachstumsquoten 1980—84 (%)				
	Gesamt (Mrd. US$)	Davon aus privaten Quellen %	Gesamt	davon Zinsen	Gesamtes Kreditvolumen/BSP	Zinszahlungen/Exporte		BIP	Exporte	Importe	Investitionen	Pro-Kopf-Konsum
Argentinien	50.8	86.8	20.4	12.7	71.9	25.4	3.9	- 1.6	3.6	- 14.7	- 16.8	- 2.7
Bolivien	4.0	39.3	1.6	0.6	121.1	43.0	0.3	- 4.7	- 1.7	- 15.8	- 22.1	- 7.8
Brasilien	107.3	84.2	39.7	28.0	49.7	38.2	13.1	0.1	10.8	- 7.3	- 8.6	- 1.2
Chile	21.0	87.2	9.2	5.0	126.9	42.9	0.3	- 1.4	0.7	- 4.2	- 11.6	- 2.1
Kolumbien	11.3	57.5	6.4	2.5	36.8	16.4	0.3	1.8	0.8	2.4	2.4	- 0.1
Costa Rica	4.2	59.7	2.4	0.9	136.3	24.0	- 0.1	- 0.4	1.1	- 9.1	- 9.4	+ 4.8
Elfenbeinküste	8.0	64.1	4.0	1.4	135.4	18.4	1.3	- 2.3	1.3	- 8.8	- 19.5	- 6.6
Jamaica	3.4	24.0	1.3	0.5	238.5	12.5	- 0.3	1.3	- 2.5	- 2.1	9.5	- 1.4
Mexiko	99.0	89.1	44.4	27.2	60.9	34.1	12.8	1.3	10.5	- 14.5	- 10.1	- 1.4
Marokko	14.0	39.1	6.0	2.4	111.4	12.7	- 1.4	2.5	4.1	- 1.0	- 2.7	- 0.2
Nigeria	19.3	88.2	9.1	3.1	22.9	12.1	3.0	- 4.7	- 13.3	- 12.1	- 19.3	- 4.3
Peru	13.4	60.7	5.2	3.1	97.9	7.9	1.0	- 0.7	- 0.6	- 10.8	- 5.3	- 3.7
Philippinen	24.8	67.8	9.5	4.9	76.1	12.3	- 0.7	0.8	3.6	- 4.8	- 12.4	0.0
Uruguay	3.6	82.1	1.4	0.8	72.7	21.8	0.2	- 3.7	2.2	- 11.3	- 20.2	- 4.7
Venezuela	33.6	99.5	17.8	7.8	73.3	10.4	8.0	- 1.8	- 3.8	- 19.3	- 15.6	- 6.4

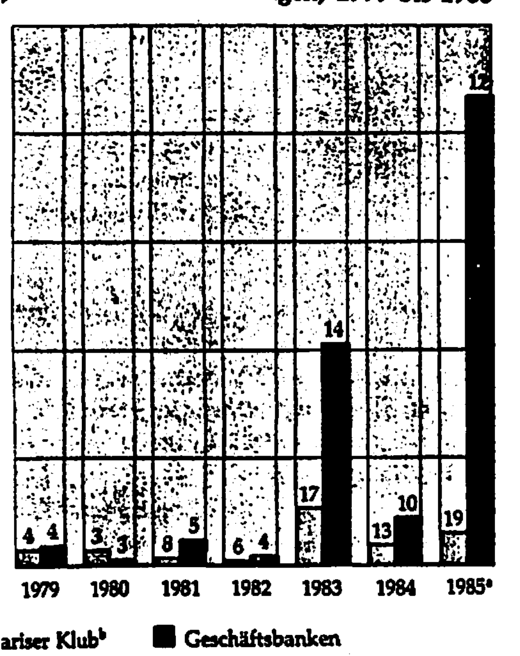
Quelle: The Courier, Nr. 97, 1986

Die verschuldete Welt

rd. US $
l. US $
8 Mrd. US $

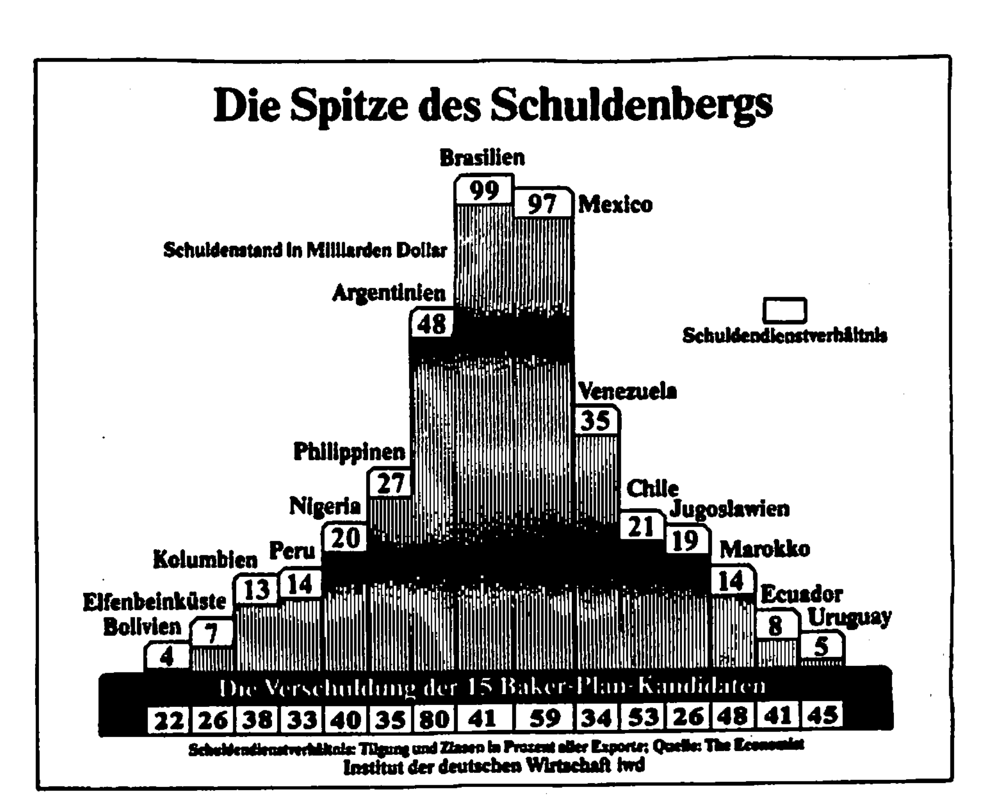
Südkorea 43 Mrd. US $
Philippinen 25 Mrd. US $
Indonesien 33 Mrd. US $

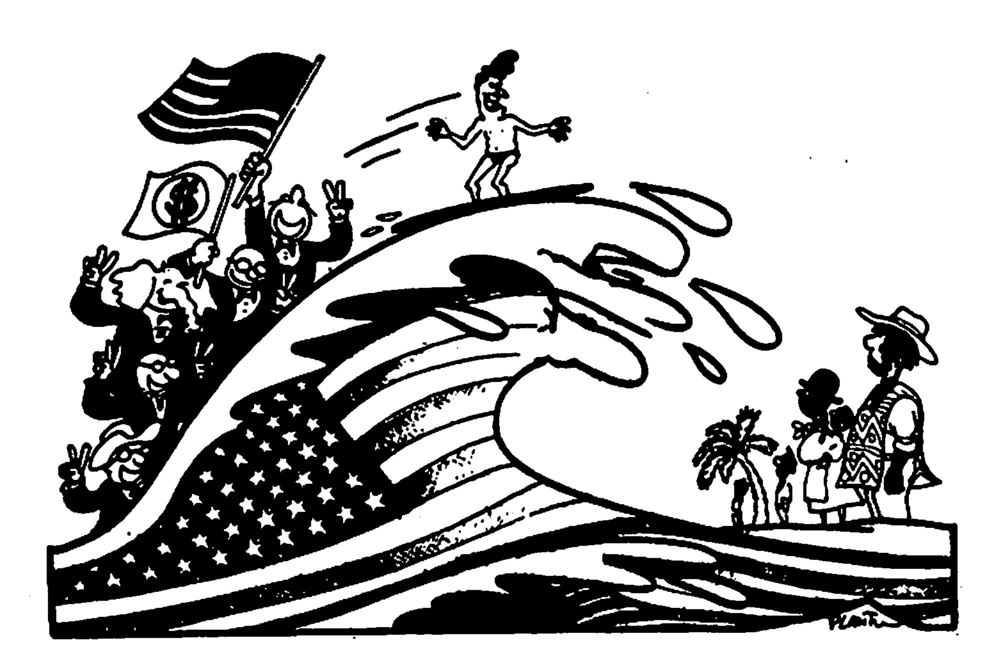
Umschuldungen, 1979 bis 1985



ariser Klub[b] ■ Geschäftsbanken

rkung: Die Zahlen über den Säulen geben die Anzahl der
huldungsvereinbarungen an.
.ne Schulden in Höhe von 26,4 Mrd Dollar, deren Umschuldung
lsätzlich vereinbart, aber noch nicht völlig abgeschlossen ist.
nschließlich sonstiger offizieller Umschuldungen.
le: Weltbank, *World Debt Tables*, Ausgabe 1985/86.





US-Geldpol

Intern

Der Beitrag von Helmut Schui ist die gekürzte Fassung einer Rede, die er im Juni auf der Konferenz: „Die Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik" gehalten hat, die vom Institut für marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) und anderen Organisationen veranstaltet wurde. Die US-amerikanische Geldpolitik hat einen entscheidenden Einfluß auf die bisherige und zukünftige Entwicklung der Verschuldung.

Ziel der Geldpolitik in den USA ist, die Zinsen und den Außenwert des Dollars zu steigern. Das Angebot an Dollarkrediten wird dadurch verknappt, daß die Zentralbank der USA weniger und teurere Kredite an die Geschäftsbanken vergibt. Dies allein schon muß den Preis, d.h. den Zins für Kredite erhöhen. Diese Entwicklung wird verstärkt, weil das verknappte Angebot auf eine steigende Nachfrage trifft. Es steigt die Kreditnachfrage des Auslandes nach Dollarkrediten, weil ausstehende Zinszahlungen in neue Kredite umgewandelt werden. Diese Umschuldungen wieder sind das Ergebnis gestiegener Leistungsbilanzdefizite der Schuldnerländer.[1] Diese Leistungsbilanzdefizite ab 1979 sind vor allem die Folge der Krise in den Industriezentren, eine Krise die durch die kontraktive Geldpolitik verlängert und vertieft wurde. Denn die Krise in den Industriezentren führt dazu, daß diese Länder aus den Schuldnerländern weniger importieren (ein sinkendes Volkseinkommen tendiert immer, die Importe zu senken).

In diesem Umfeld hat die verknappte Dollarversorgung also einen doppelten Effekt. Als Ergebnis der Angebotsverknappung steigert sie die Zinsen unmittelbar; sie bewirkt allerdings ebenfalls, daß die Nachfrage nach Dollarkrediten gesteigert wird, eben wegen der steigenden Leistungsbilanzdefizite der Schuldnerländer, so daß das sinkende Angebot an Dollarkrediten und die steigende Nachfrage zusammengenommen eine sehr kräftige Zinserhöhung zur Folge haben.

Steigende Zinsen in den USA haben die bekannten Effekte: Es werden vermehrt Einlagen bei US-Banken in Dollar gehalten. Dies steigert den Preis des Dollars, führt also zu einer Aufwertung der US-Währung. Wie zu erwarten, verteuern sich hierdurch die Exporte der Vereinigten Staaten, so daß dieses Land Handelsbilanzdefizite realisiert. Im Gegensatz zu schwächeren kapitalistischen Ländern aber verhilft die Schuldenkrise dem US-Dollar dazu, daß er als Kredit nachgefragt wird, obwohl die USA sehr hohe Handelsbilanzdefizite realisieren. Man kann sich leicht vorstellen, daß ein Land wie Spanien oder Italien hier wesentlich weniger Bewegungsmöglichkeiten hätte.

Die Dollaraufwertung führt zunächst zu sinkenden Inflationsraten in den Vereinigten Staaten. Dies, weil die billige Importkonkurrenz die Preiserhöhungsspielräume der US-Binnenanbieter erheblich einschränkt. Es ist klar, daß diese Ergebnisse der kontraktiven Geldpolitik als Beweis für die Richtigkeit der monetaristischen These geltend gemacht werden. Tatsächlich aber ist nicht die verknappte Geldversorgung der Grund, sondern die einstweilige Herstellung einer rigiden Preiskonkurrenz durch eine Manipulation der Wechselkurse.[2] Einleuchtenderweise bringt diese Importkonkurrenz das small buisiness in den USA in erhebliche Schwierigkeiten. Hinzu kommen die hohen Zinsen. Beides zusammen fördert die Konzentration in den USA erheblich, d. h. die Expansionsmöglichkeiten der finanzkräftigen Konzerne werden durch den Gesamtkomplex dieser Politik verbessert. Günstig gestellt werden ebenfalls die Verarbeiter importierter Rohstoffe, die Kosten hierfür sinken im Rahmen der Dollaraufwertung erheblich. In den Schuldnerländern führt die kontraktive US-Geldpolitik zum Bankrott und zur Illiquidität der großen staatlichen und privaten Unternehmen. Hier wird der Boden vorbereitet für die später erfolgende Expansion transnationaler Konzerne auf den Märkten der ausgeschalteten lokalen Konkurrenten.

Die erste Phase der US-Strategie besteht also in einer Politik der hohen Zinsen, der Überbewertung des Dollars und als Konsequenz hiervon in einer Vergrößerung des internationalen Schuldenvolumens. Schwächeres Kapital in den USA, den anderen Industrieländern und in den Schuldnerländern wird ausgeschaltet. Positiv kann von der US-Regierung herausgestellt werden, daß es gelungen ist, die Geldentwertung zu stoppen. Die zweite Phase der Politik, etwa seit 1982/83, bemüht sich darum, das Erreichte zu sichern.

Zunächst geht es darum, die Wiederwahl von Reagan zu sichern. Entsprechend wird ein umfangreiches Ausgabenprogramm der Regierung aufgelegt, finanziert durch Haushaltsdefizite, was positive Beschäftigungseffekte hat, ohne daß diesmal bei der wirtschaftlichen Erholung die Reallöhne steigen. Die Geldversorgung wird bei steigender öffentlicher Kreditnachfrage reichlicher, so daß die Zinsen seit Ende 1982 leicht zu sinken tendieren, zumindest aber nicht mehr weiter steigen. Die staatliche Ausgabenpolitik, und dies ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtstrategie, konzentriert sich auf die Militärausgaben. Eine erfolgreiche Außenpolitik, so die Doktrin, kann nur aus einer Position der militärischen Stärke heraus betrieben werden.

itik und ationale Kapitalstrategie

Wesentliches Element in dieser zweiten Phase ist eine bewußt herbeigeführte Wiederabwertung des Dollars. Hierbei können die Zinsen gesenkt werden, was dazu beiträgt, die Schuldendienstfähigkeit der Schuldnerländer zu erhalten. Zum anderen begegnet die Abwertung des Dollars dem protektionistischen Druck in den Vereinigten Staaten. Der Forderung nach Protektionismus nämlich wird man um so mehr entgehen können, je niediger der Außenwert des Dollars ist, die Importkonkurrenz also ihre Schärfe verliert und die US-Exporteure ihre angestammten Märkte wieder zurückgewinnen können.

Für die Struktur der Gesamtstrategie gilt, wenn man alle einzelnen Momente zusammenfügt, das folgende: Steigende Kreditnachfrage und hohe Zinsen haben die Erträge der international agierenden Finanzgruppen steigern können. Auf der gleichen wirtschaftlichen Grundlage sind einige Bedingungen für die Expansion der transnationalen Industriegruppen — Vernichtung von schwächerem Kapital — geschaffen worden. Voraussetzung für gesicherte Zinszahlung ist ein Exportüberschuß der Schuldnerländer. Kernstück der Politik des Internationalen Währungsfonds war es, diese Exportüberschüsse durch Minderung der Importe der Schuldnerländer herzustellen.

Eine gewisse Logik ist dieser gesamten Konzeption nicht abzusprechen. Allerdings birgt die Krise in den Schuldnerländern erhebliche politische Gefahren in sich; dies um so mehr, als das Pro-Kopf-Einkommen dort in den letzten Jahren im Durchschnitt um 10-15 Prozent gefallen ist. In diesem Licht ist sicherlich das Auswechseln der Militärdiktaturen durch demokratische Regierungen zu sehen, ein Machtwechsel, der sich keineswegs gegen den Willen der US-Regierung vollzogen hat. Die Militärdiktaturen in Lateinamerika wären wohl kaum noch in der Lage gewesen, die Programme des Internationalen Währungsfonds innenpolitisch durchzusetzen.

In die Phase des Ablösens der Militärdiktaturen gehören allerdings auch die steigenden Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten. Wie eingangs erwähnt, ist die Rüstung, vor allem aber ihre Finanzierung über Kredite, ein integraler und auch logischer Bestandteil der neuen Geldpolitik der Vereinigten Staaten. In ihren Effekten zielt die Rüstungspolitik auch ab auf eine Verbesserung der strategischen Möglichkeiten der USA im konventionellen Bereich mit dem Ziel politische Unruhen in den abhängigen Schuldnerländern im Keim zu ersticken. Beachtung verdienen hier der konventionelle Bereich der Mari- (Flugzeugträger, zusätzliche Marinebasen im Ausland) und die Aufrüstung von starken pro-US-amerikanischen Streitkräften in einigen geographischen Schlüsselpositionen, deren Aufgabe darin besteht, Stellverträge zu führen. Das Ziel der nicht-konventionellen US-Rüstung besteht darin, einen möglichen Bündnispartner für solche Länder politisch zu deklassieren, die aus dem kapitalistischen Weltverbund ausscheren wollen.

In der Öffentlichkeit, auch in der Diskussion in der Bundesrepublik, wird dieses — oberflächlich verwirrend erscheinende — Bild eher mit dem Hinweis auf weltwirtschaftliche Verwerfungen erklärt (man beachte hier die Wagnerianische Alliteration). Es wird das Schicksalhafte an der Entwicklung herausgekehrt und damit natürlich implizit formuliert, daß „man nichts machen kann". Sicherlich im Gegensatz zu dieser offiziellen Volksaufklärung steht die Position, daß es sich bei diesem Prozeß um Gesetzmäßigkeiten handelt, die sich hinter dem Rücken der Beteiligten vollzogen haben. Auf der Grundlage dieser Position wird man behaupten, daß es nichts weiter als Verschwörungstheorie ist, wenn man den wesentlich beteiligten kapitalistischen Ländern und Wirtschaftsgruppen eine durchgeplante und wohlabgestimmte Strategie unterstellt.

Zu fragen ist allerdings, ob sich kapitalistische Gesetzmäßigkeiten notwendigerweise hinter dem Rücken der Kapitalisten vollziehen müssen. Ist nicht denkbar, daß große kapitalistische Entscheidungsträger die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus kennen und ihre politischen Aktionen hiernach ausrichten, die Gesetzmäßigkeiten also bewußt nützen? Oder sollte das, was den Kapitalsimus im technischen Bereich auszeichet, nämlich die bewußte Nutzung naturwissenschaftlich-technischer Gesetzmäßigkeiten, sollte eine solche bewußte Nutzung politisch-wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten ausgeschlossen sein?

Eine dritte Position erklärt die Wirtschaftspolitik der USA mit deren Vorsatz, ihre Vorherrschaft in der Welt zu festigen oder wiederherzustellen. Tatsächlich ist diese Erklärung mit der von mir vorgetragenen fast identisch, denn eine Politik zur Herstellung von Vorherrschaft muß notwendigerweise eine bewußt ins Werk gesetzte und verfolgte Strategie sein. Eine Korrektur am Begriff „Herstellen der US-Hegemonie" ist nur insofern erforderlich, als ja nicht die Vorherrschaft der verarmten US-Sozialhilfeempfänger durch die Politik der Vereinigten Staaten hergestellt werden soll, sondern lediglich die des dominanten Kapitals. Der Begriff der „US-Hegemonie" kann hier bestenfalls als Notbehelf dienen.

Exportproduktion



In der Zeitung hier steht, daß unser Land seinen Schuhexport gesteigert hat.

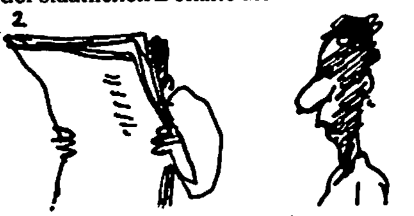
Gegenwärtig müssen — wie gesagt — die Strategien des Kapitals auf zwei Ziele ausgerichtet werden: Der Schuldendienst muß gesichert werden und die Produktionsunternehmen müssen die gewünschten Bedingungen zur internationalen Expansion erhalten. Dies setzt in jedem Falle voraus, daß die politischen Risiken in den Schuldnerländern minimiert werden. Die Sicherung des Schuldendienstes ist eng verknüpft mit der konjunkturellen Situation in den Gläubigerländern. Hierauf hat der Seniorpartner des Bankhauses Lazard Frères eindringlich hingewiesen[3]: Das Schicksal der US-Banken ist gebunden an die Exportüberschüsse der Schuldnerländer, derzeit auch an die Handelsbilanzdefizite der USA. Eine klarsichtige Überlegung, wenngleich es zu weit geht, die Situation als Schicksalsgemeinschaft beschreiben zu wollen.

Wie bereits erwähnt, ist durch die neuerlich expansive Geldpolitik der USA ein Beitrag zur Erleichterung des Schuldendienstes geleistet worden. Werden die Schuldenzinsen von 13 Prozent auf 6 Prozent gesenkt und legt man zugrunde, daß beispielsweise Lateinamerika den Banken 350 Mrd. Dollar schuldet, so bedeutet dies eine Erleichterung von 25 Mrd. Dollar pro Jahr. Natürlich ist hierbei zu beachten, daß eine Senkung der Zinsen nicht bedeutet, daß die Einnahmen der Banken sich wesentlich mindern müßten; vielmehr werden bei sinkenden Kreditzinsen eher die Einlagenzinsen der Banken sinken (die Gewinnspanne der Banken bleibt konstant). Diskutiert wird allerdings immer noch, wodurch die Zinsen gesenkt werden sollen.

Zwei Möglichkeiten stehen zu Gebote: entweder eine expansive Geldpolitik und eine Dollarabwertung oder aber eine Minderung der Kreditnachfrage, d. h. eine Verminderung der kreditfinanzierten US-Budgetdefizite. Niedrigere Zinsen sind in jedem Fall von Vorteil auch für die Situation der Vereinigten Staaten, denn zum einen können die Kredite der Banken zu geringeren Zinsen refinanziert werden, und zum anderen wird eine Refinanzierung der Kredite im Binnenland zu verminderten Kapitalimporten führen und von dorther das Volumen der Zinszahlungen, die seitens der USA an das Ausland zu leisten sind, mindern. Dies wiedrum hat positive Effekte auf die US-Leistungsbilanz, die ja derzeit erhebliche Defizite aufweist.

Eine Zinssenkung durch Minderung der Haushaltsdefizite bei konstanter Dollarversorgung durch die US-Zentralbank hätte überdies den Vorteil, daß ohne eine weitere Expansion der Geldmenge die Zinsen gesenkt werden könnten. Das Dollarangebot würde so weiter begrenzt bleiben und die Abwertung des Dollars sich in Grenzen halten. Eine Begrenzte Abwertung wiederum würde die Preiskonkurrenz der Importeure weiter effizient sein lassen, so daß auch künftig mit einem verhältnismäßig stabilen Geldwert des Dollars gerechnet werden könnte.

Alles spricht jedoch dafür, daß diese Strategie zur Minderung der Zinsen nicht gewählt wird. Denn soweit auf die Rüstung nicht verzichtet wird, bieten sich kaum andere Möglichkeiten, die staatlichen Ausgaben einzuschränken. Überdies, und das ist der wesentliche Punkt, würde eine Minderung der staatlichen Defizite die Wachstumsrate



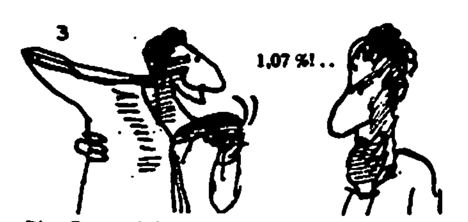
Es heißt, daß sie billig sind und sich in den USA und in Europa gut verkaufen lassen.

des Bruttosozialproduktes erheblich mindern. Dies ist weder innenpolitisch vertretbar noch kann es im Interesse der Banken liegen, denn Wachstum in den Industriezentren sorgt für Importe aus den Schuldnerländern, für Devisenzunahmen dort und für einen geordneten Schuldendienst.

Wenn, wie unmittelbar einleuchtet, die Schuldnerländer auch langfristig Handelsbilanzenüberschüsse erwirtschaften müssen, um die Zinsen zahlen zu können, so müssen in demselben Umfang Handelsbilanzdefizite von anderen Ländern realisiert werden. Die derzeitige US-Strategie zielt darauf ab, diese notwendigen Handelsbilanzdefizite durch den EG-Raum und durch Japan realisieren zu lassen. Es zeichnet sich ab, daß die geldpolitischen Instanzen der USA den Dollar solange abzuwerten wünschen, bis die Handelsbilanz ausgeglichen ist. Da die Währungen der Schuldnerländer ihren Wert am Dollar orientieren und in keinem Falle gegenüber dem Dollar aufwerten, wird eine Abwertung des Dollar gegenüber dem Yen und den EG-Währungen gleichzeitig eine Abwertung aller Währungen der Schuldnerländer gegenüber Japan und den EG-Währungen zur Folge haben. Entsprechend werden Exportgüter der Schuldnerländer im EG-Raum und in Japan zunehmend billiger, während sie ihren Preis in den Vereinigten Staaten halten. Dies wird zu einer Verschiebung der Exporte der Schuldnerländer weg von den Vereinigten Staaten und hin zum EG-Raum und Japan zur Folge haben. Schließlich werden die Zinseinnahmen der US-Großbanken aus den Handelsbilanzüberschüssen der Schuldnerländer gegenüber Japan und dem EG-Raum finanziert werden.

Man kann sich vorstellen, daß diese Importkonkurrenz eine Reihe von Wirtschaftsbereichen auch in der Bundesrepublik sehr hat treffen wird. Sicherlich gäbe es auch hier einen Ausweg, nämlich eine Konjunkturpolitik in Japan und den EG-Ländern, die verhindert, daß das reale Wachstum unter 2,5 Prozent fallen wird. Eine hinreichende Binnenkonjunktur macht die Exportoffensiven der Schuldnerländer um so erträglicher, als bei allgemein expandierender Nachfrage eine Steigerung der Importe verkraftet werden kann. Die US-Geldpolitik stellt ihre Verbündeten also derzeit nicht vor die Wahl, ob sie aus den Schuldnerländern importieren wollen oder nicht; hierzu werden sie als Ergebnis der US-Währungspolitik gezwungen sein. Ihre Wahl besteht einzig darin, ob sie diese Importe auf einem hohen oder niedrigen Wachstumsniveau hereinnehmen werden.

Es spricht viel dafür, daß die innenpolitische Situation in den betroffenen Ländern (EG und Japan) dazu führen wird, daß man diesen Importdruck seitens der Schuldnerländer auf der Grundlage höherer Wachstumsraten verarbeiten wird. Aus diesem Grunde also ist es möglich, daß der EG-Raum und Japan einstweilen die Führung in der Weltkonjunktur übernehmen werden. — Und dies bedeutet als politische Maßnahmen Zinssenkung, reichliche Geldversorgung, vermehrte Staatsausgaben. Eben dies entspricht am ehesten dem US-Interesse. Aus monetären Gründen werden dann die japanische und die EG-Währungen nicht allzusehr gegenüber dem Dollar aufwerten, so daß sich deren Konkurrenzvorteile um die Leitwährungsposition in Grenzen halten.



Diese Exporte haben unsere Auslandsschulden um 1,07 % verringert.

Allgemein wird davon ausgegangen, daß ein 2,5prozentiges Wachstum in den OECD-Ländern, eine weitere Abwertung der Währung der Schuldnerländer, vor allem gegenüber der EG und Japan, und schließlich eine Verbesserung der terms of trade, der Entwicklungsländer, die sich bei einem Anziehen der Weltkonjunktur automatisch ergeben würde, den Schuldendienst auch in der längeren Frist sicherstellen kann.[4] Neben dieser Verschiebung der Währungsparitäten und einem hinreichenden Wachstum in den OECD-Ländern ist allerdings erforderlich, daß in den Schuldnerländern die notwendige produktionstechnische Voraussetzung für Exportfähigkeit hergestellt wird; denn Exportfähigkeit bedeutet neben Exportmärkten auch, ob produziert und kostengünstig produziert werden kann.

Baker-Plan und Perspektiven des Schulden-Managements

Dieses Problem zu lösen, ist Aufgabe des Baker-Planes. Wenn auch die finanzielle Ausstattung dieses „Programms für nachhaltiges Wachstum", das im Oktober 1985 vorgelegt worden ist, mit 29 Mrd. Dollar auf drei Jahre recht gering ist, so sind doch die institutionellen Forderungen im Rahmen dieses Planes von großer Bedeutung. Angezielt werden, wie es dies die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in ihrem 86er Jahresbericht darstellt[5], strukturelle Reformen. Denn diese würden die Schuldnerländer auf einen höheren wirtschaftlichen Wachstumspfad heben und dabei das relative Gewicht ihrer Auslandsschulden schrittweise verringern. Es geht um politische Befriedung durch Wachstum in den Schuldnerländern.

Aber auch diese Strategie der politischen Befriedung hat offensiven Charakter im Sinne des Kapitals. Denn auf drei Bereiche insbesondere sollen die Strukturanpassungen ausgerichtet sein:

1. eine zunehmende Betonung des privaten Sektors und weniger Rückgriff auf den Staat zur Verbesserung der Beschäftigungslage, der Produktion und der Wirtschaftlichkeit;
2. angebotsseitige Maßnahmen wie Steuer- und Arbeitmarktreformen und die Entwicklung der Finanzmärkte zur Mobilisierung inländischer Ersparnisse und Erleichterung effizienter Investitionen; und
3. Marktöffnungsmaßnahmen einschließlich der Liberalisierung des Außenhandels, um ausländische Direktinvestitionen und Kapitalzuflüsse zu ermöglichen.

Derzeit wird getestet, ob die meistverschuldeten Länder, für die dieser Plan konzipiert ist, diese Bedingungen annehmen werden. Auf der anderen Seite ist der gesellschaftliche Druck aber in den Schuldnerländern so groß, daß die Regierungen gegebenenfalls jede Bedingung annehmen werden, um sich durch steigende Wachstumsraten und vermehrte Beschäftigung zu legitimieren, um die herrschenden Eliten in ihrer Position zu halten.

Wegen der anhaltenden Krise in diesen Ländern und der geringen internen Ersparnis werden die für ein Wachstum notwendigen Kapitalgüter weder auf der Grundlage inländischer Ressourcen gebildet noch importiert werden können. Dies letztere deswegen, weil erhebliche Deviseneinnahmen zur Bedienung der Auslandsschulden erwirtschaftet werden müssen. Infolgedessen werden die notwendigen Kapitalgüter im Rahmen von Direktinvestitionen bereitgestellt werden.



... Dann wird es wohl noch eine Zeit dauern, bevor wir selbst welche an den Füßen haben ...



Die Baker-Initiative verfolgt daher zwei Ziele, nämlich einmal politische Befriedung durch Wachstum und zum anderen steigende Direktinvestitionen als produktionstechnische Grundlage für Wachstum: „Die internationale Finanzcooperation (IFC) und die jüngst gegründete multilaterale Investitionsgarantieagentur (MIGA) sollen die Entwicklungsländer unterstützen, sowohl nicht schuldenbildendes Kapital als auch das dazugehörige technische und kaufmännische Know-how ins Land zu holen."[6] (Nicht schuldenbildendes Kapital ist nichts anderes als die banktechnische Umschreibung von Direktinvestitionen). Damit genug Kapital für diese Form der Entwicklung bereitgestellt wird, treten die US-Banken dafür ein, daß Japan nicht so sehr unter Druck gesetzt werden soll, seine Exporte in die Vereinigten Staaten zu mindern, sondern vielmehr als Form des Entgegenkommens seine Direktinvestitionen in einer Reihe von Ländern erhöht. In der Tat wäre dies für die US-Banken eine positive Entwicklung, die ja die Direktinvestitionen in den Schuldnerländern eine der Voraussetzungen für einen langfristigen geordneten Schuldendienst darstellen.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, daß bereits im Herbst 1984 Graf Botmer-Plates, Direktor der Dresdner Bank, für die private Verschuldung vorschlug, die langfristigen Schulden der Unternehmen in den Schuldnerländern in Eigenkapital umzuwandeln, die kreditvergebenden Banken also zu Teilhabern der entsprechenden Unternehmen zu machen.[7] Es ist ziemlich sicher, daß in der nächsten Zeit Transaktionen dieser Art ohne große Publizität vorgenommen werden, d. h., Verbindlichkeiten größerer lateinamerikanischer staatlicher und privater Unternehmen werden in Beteiligungen der Gläubigerbanken umgewandelt.[8] Wobei abzusehen ist, daß die Gläubigerbanken diese Beteiligungen an Industrieunternehmen in den Gläubigerländern weiterreichen, mit denen sie enge geschäftliche Beziehungen unterhalten. Unter dem Stichwort Direktinvestitionen ist auch erwähnenswert, daß die Industrie der Bundesrepublik plant, bis zu Beginn der 90er Jahre in Brasilien für 11 Mrd. D-Mark Direktinvestitionen vorzunehmen. Entsprechende Abklärungen mit dem brasilianischen Finanzministerium sind eingeleitet.

Bei Management der internationalen Schulden, d. h. zur Stabilisierung der Situation, sind auch die Gläubigerbanken in effizienter Weise tätig. Grundsätzlich ist hierbei zu bedenken, daß die internationale Verschuldung aus einer großen Anzahl von Kreditgeschäften besteht, so daß im ungünstigen Fall ein Kredit für einen bestimmten Kreditnehmer abschreibungsbedürftig wird. Entsprechend wurden bislang Kreditverhandlungen stets auf der Grundlage von Fall-zu-Fall und Land-zu-Land-Regelungen geführt. Insgesamt haben die Banken aufgrund ihrer hohen Gewinne auch aus der internationalen Verschuldung hohe Rückstellungen aufgebaut, die es ihnen erlauben, vereinzelt notleidende Kredite abzuschreiben. Für die Banken im EG-Raum und in Japan kommt derzeit hinzu, daß ihre Dollar-Forderungen aufgrund der Abwertung des Dollars, gemessen in heimischer Währung, abnehmen und infolgedessen auch die Risiken. Um einen Zusammenbruch des Bankensystems mit all seinen weitreichenden Konsequenzen zu verhindern, existieren allerdings auch eine Reihe von internationalen und nationalen Arrangements und Zusagen. So die Übereinkunft von Basel aus dem Jahre 1983, in

der sich die führenden Zentralbanken einschließlich der US-Zentralbank verpflichtet haben, folgenschwere Bankenzusammenbrüche durch die Vergabe von Krediten zu verhindern. Für den US-amerikanischen Bereich wurde diese Zusage durch Preston Martin, den Vizepräsidenten der US-amerikanischen Zentralbank, im April 1985 bekräftigt. Man werde, so Martin, jeden Liquiditätsengpaß der Banken durch Kredite ausgleichen. Beachtung verdient ebenfalls eine Meldung aus dem Wallstreet Journal vom 20. 9. 1984, nach der die 11 größten US-amerikanischen Banken verstaatlicht werden sollen, soweit ihr Zusammenbruch nicht anders abgewendet werden kann.

Doch auch in einzelwirtschaftlichen Bereichen entwickeln die Banken Strategien, deren Zweck darin besteht, ihr Risiko möglichst zu mindern. Es handelt sich hier um eine Reihe neuartiger Finanzerungspapiere, die üblicherweise unter dem Stichwort „securitation"[9] zusammengefaßt werden. Der Kern dieser neuen Finanzierungsinstumente besteht darin, daß die Banken den Absatz und Verkauf variabel verzinster handelbarer Wertpapiere vermitteln. Zwar weist die Bundesbank darauf hin, daß es sich hierbei um Verbindlichkeiten erstklassiger Schuldner handelt, vor allem, da auch Banken Wertpapiere dieser Art zur eigenen Refinanzierung herausgeben; doch wird man davon ausgehen müssen, daß es auch Ziel dieser Operationen ist, die Risiken aus dem internationalen Kreditgeschäft unmittelbar an die privaten Anleger weiterzugeben: Zunehmend wird schließlich von den Banken versucht, auslaufende Kredite durch diese Finanzierungsinstrumente zu erneuern. Im Idealfall könnten sich die Banken ihrer Auslandsforderungen entledigen, indem diese als Wertpapiere handelsüblich gestückelt an private Anleger weitergereicht werden.

Würdigt man all diese Vorkehrungen, so besteht eigentlich kein Anlaß anzunehmen, daß das internationale Bankensystem in einem Krach zusammenbrechen wird. Dennoch: Allen Beteiligten ist klar, daß die internationalen Schulden weiter gemanagt werden müssen. Die Hauptprobleme bleiben derzeit die Gefahr des Protektionismus, ein unzureichendes Wachstum im OECD-Raum und politische Unruhen in den Schuldnerländern. Gerade die Gefahren, die der Protektionismus in sich birgt, sind weitreichender Natur. Nicht nur würden die Exporte der Schuldnerländer eingeschränkt und damit deren Schuldendienst gefährdet. Protektionismus und Handelskriege würden auch die politische Stabilität der nordatlantischen Allianz erschüttern.[10] Ein hinreichendes Wachstum im OECD-Raum wird in den Hauptindustrieländern keynesianische Wachstumsprogramme erfordern. Es bleibt abzuwarten, ob die ideologischen Widerstände, die hiergegen in den letzten Jahren aufgebaut worden sind, schnell genug überwunden werden können.[11] Eine hinreichende Importkapazität der Industriezentren ist wichtiger denn je, um die Schuldnerländer politisch zu stabilisieren.

Zwar kann man unterstellen, daß die neuen bürgerlichen Demokratien dieser Länder nicht daran interessiert sind, aus dem kapitalistischen Weltverbund auszuscheren, besonders da dies der internen Linken Auftrieb verschaffen würde. Doch ist andererseits zu beachten, daß die Stabilität dieser Regierungen abnehmen wird, wenn der Schuldendienst nur mit weiteren Austeritätsprogrammen ermöglicht werden kann.

Wie hart der Schuldendienst schließlich ausfällt, hängt vom koordinierten Widerstand der Schuldnerländer ab bzw. davon, wieviel innenpolitischen Spielraum diese Regierungen zum Überleben benötigen. Gefährdet die innenpolitische Situation die derzeitigen Regirungen zu sehr, so ist von den Gläubigern eher mit einem Entgegenkommen zu rechnen. Denn es gehört nicht viel Einsicht dazu, sich vorzustellen, daß die derzeitigen Regierungen nicht von rechtsgerichteten Militärdiktaturen abgelöst werden, sondern eher von populistischen Regimes in Ton und Politik mit einer ausgeprägten anti-US-amerikanischen Haltung. Inwieweit das, was von der lateinamerikanischen Linken nach jahrelangen Militärdiktaturen übriggeblieben ist, in diesem Prozeß wieder zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft wird, bleibt abzuwarten.

Für die gesamte Perspektive gilt: Wesentliche gesellschaftliche Veränderungen sind nicht das Ergebnis der Unfähigkeit des internationalen Finanzmilieus, Kreditkrisen zu managen, sondern das Ergebnis des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung. Doch auch wenn die internationale Schuldenfrage einstweilen in einem kapitalistischen Rahmen gelöst werden kann; überschüssiges Kapital wird im entwickelten Kapitalismus weiter entstehen. Seine Verwertung wird weiterhin Gegenstand der Strategie der dominanten Finanz- und Industriegruppen bleiben.

Herbert Schui

Die vollständige Rede erscheint im November in: „Die Dritte Welt in der Schuldenkrise — Rolle der bundesrepublikanischen Diskussion um Alternativen", hrsg. von IMSF und ASK, Frankfurt/M.

Anmerkungen:

1. siehe: Begriffserklärungen
2. Nikolas Kaldor, The scourge of Monetarism, London 1983.
3. Felix G. Rohatyn, Wallstreet Journal vom 15. 8. 1985.
4. William R. Cline, International Debt: From Crisis to Recovery, American Economic Review, Papers and Proceedings, Mai 1985.
5. Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 56. Jahresbericht, Basel 1986, S. 120 ff., hier S. 125
6. Ebenda, S. 126.
7. Handelsblatt vom 8./9. 12- 1984
8. Peter Montagnon, Debt crisis revives switch to equity idea, Financial Times vom 19. 6. 1986. Vgl. auch: Zentralbanken halten Mexico über Wasser, Frankfurter Rundschau vom 29. 8. 1986.
9. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank April 1986, S. 25 ff.
10. Martin Feldstein, American Economic Policy and World Economy, Foreign Affairs, Summer 1985.
11. Vgl. hierzu auch: *Deutscher Bundestag* 10. Wahlperiode, Jahresgutachten 1985/86 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. „Die Geldpolitik versucht, seit Herbst 1984 durch eine beschleunigte Ausweitung der Geldmenge der Konjunktur Impulse zu geben. Über niedrige Zinsen soll auch eine Abwertung des Dollar erreicht werden, die mittlerweile erklärtes Ziel der Regierung ist. Die konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik haben 1985 noch einmal zugenommen..." (S. 17) „...eine verläßlichere Zinsentwicklung auf niedrigem Niveau würde die Lösung des internationalen Schuldenproblems erleichtern" (S. 19). Zur internen Situation der Schuldnerländer: „Die Lasten, die mit der Schaffung stabiler Währungsverhältnisse und geordneter öffentlicher Haushalte verbunden sind, scheinen kaum mehr tragbar. Ohne Unterstützung der Industrieländer kann es keine Lösung geben. Der Schlüssel hierzu liegt in höherem wirtschaftlichen Wachstum der Industrieländer, in einer Öffnung ihrer Märkte und in niedrigen Zinsen. Ein Hoffnungszeichen ist die geänderte Einstellung der amerikanischen Regierung gegenüber dem Schuldenproblem" (S. 23).

Schuldenmanagement — Neue Wege in die Abhängigkeit

Zahlreiche Vorschläge zur Lösung der Schuldenkrise wurden in den letzten Jahren unterbreitet. Keine der Initiativen wurde von so vielen Seiten begrüßt wie der Baker-Plan. Zur gleichen Zeit sind Neuerungen des Schuldenmanagements feststellbar. Von diesen Ansätzen zur Lösung der Schuldenkrise sollen einige hier kurz vorgestellt und diskutiert werden.

Baker-Plan ein Ausweg?

Der Baker-Plan, als Initiative des amerikanischen Finanzministers Baker auf der Jahrestagung von IMF und Weltbank im Oktober 1985 in Seoul vorgestellt, umfaßt im wesentlichen drei Elemente:

1. Die **Schuldnerländer** sollen strukturelle Reformen in ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik vornehmen. Dadurch soll ein verstärktes **Wachstum** gefördert werden.
2. Die Rolle **multinationaler Organisationen** soll durch eine **Erhöhung ihres Ausleihvolumes** zu Strukturanpassungszwecken weiter ausgebaut werden.
3. Die internationalen **Banken** sollen ihre **Nettokreditvergabe** an diese Problemländer wieder merklich **ausweiten.**

Insgesamt sollen so den Baker-Plan-Ländern (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Elfenbeinküste, Jugoslawien, Kolumbien, Mexiko, Marokko, Nigeria, Peru, Philippinen, Uruguay und Venezuela) ca. 30 Mrd. Dollar in den nächsten drei Jahren an Fresh Money zugeführt werden. Zwei Drittel der Summe sollen die Geschäftsbanken aufbringen, ca. neun Milliarden Dollar die internationalen Organisationen. Die Mittel sollen den Problemschuldnern im Zeitraum 1986—1988 zufließen und sind als **projektgebundene Mittel** vorgesehen. Dies geschieht, um die Mittelverwendung zu kontrollieren und um gleichzeitig gegen Kapitalflucht abzusichern. Die einzelnen Bestandteile dieses Anpassungsprogramms harren noch ihrer Ausarbeitung, jedoch werden dabei Weltbank und IMF eine federführende Rolle haben.

Die interne Dimension der Anpassung

Verkrustete Strukturen sollen durch eine stärkere Marktorientierung aufgebrochen werden. Davon verspricht sich Baker eine stärkere Wachstumsdynamik. Hierin ist ein neuer Aspekt der bis dato überwiegend kurzfristigen, rein leistungsbilanzorientierten Anpassung zu sehen. Vernachlässigt wird jedoch die externe Dimension: So findet zwar eine Verpflichtung des Schuldners zur Durchführung einer bestimmten Politik statt, Verpflichtungen der Gläubigerländer in Form des Abbaus von Protektionismus und Subventionen werden aber nicht genannt.

Eine gegenseitige Verpflichtung zu Liberalisierungen von Märkten würde aber manchem Schuldnerland die Durchsetzung von Anpassungsmaßnahmen erleichtern.

Sahen sich die Schuldnerländer bisher einem weitestgehend abgestimmten Verhalten von IMF, Pariser-Club und der privaten Geschäftsbanken gegenüber, so wird das Schuldenmanagement noch weiter zentralisiert, indem die Weltbank und die Regionalen Entwicklungsbanken in diesen Prozess mit eingebunden werden. Die Entscheidungsfindung wird damit in einem Maße vereinheitlicht, daß alternative Ansätze kaum Anwendung finden können.

Vorgesehen als Finanzierungshilfe sind insgesamt 29 Milliarden US $. Stellt man diesem Betrag das Volumen der Kapitalflucht ausgewählter Baker-Plan-Länder gegenüber, so erscheint der Baker-Plan in erster Sicht keineswegs ausreichend dimensioniert. Wenn die Kapitalfluchtquoten der betrachteten Länder sich in dem Zeitraum nicht verändern und die Baker-Plan-Gelder proportional zur Verschuldung verteilt werden, so ergibt sich immerhin ein direkter Kapitalabfluß von ca. 10 Mrd. $. Dies bedeutet nichts anderes, als daß etwa ein Drittel der Baker-Mittel in Form von Guthaben privater Anleger aus den Schuldnerländern wieder in die internationalen Finanzplätze fließen werden. Politische Instabilitäten und/oder ökonomische Fehlentwicklungen (höhere Inflationsraten im Vergleich zum Ausland, oft verbunden mit einem negativen Realzinsgefälle und verstärkten Abwertungserwartungen) sind oftmals die Ursache von Kapitalflucht. Kapitalflucht ist die direkte Wirkung mangelnden Vertrauens in die wirtschaftliche und politische Zukunft eines Landes. Die Wirksamkeit des Baker-Plans in dieser Hinsicht muß bezweifelt werden.

Kapitalflucht in ausgewählten Ländern des „Baker-Plans" 1981—83

	Devisen (Mrd. 5)		Kapitalflucht		
	Quellen	Verwendung		Quoten (in % von)	
	DIR + VA³)	LBD + RPD +ΔW+APD	abs. Mrd. 5	DIR + VA	VA
Argentinien	18,7	4,2	14,5	77,5	83,8
Brasilien	31,4	29,9	1,5	4,8	6,0
Mexiko	42,4	31,7	10,7	25,2	28,2
Peru	3,1	2,7	0,4	12,9	13,8
Venezuela	6,4	− 4,3	10,7	167,2	178,3
Nigeria	12,4	11,8	0,6	4,8	5,4
Philippinen	8,2	4,7	3,5	42,7	44,9
Insgesamt	122,6	80,7	41,9	34,2	38,7

a) DIR Netto-Direktinvestitionen des Auslandes; VA: Netto-Neuverschuldung im Ausland.
b) LBD, RPD, APD: Defizite der Leistungsbilanz, des Rest- und des Ausgleichspostens der Zahlungsbilanz; ΔW: Aufstockung der offiziellen Währungsreserven (für Überschüsse der Teilbilanzen bzw. die Verringerung der Währungsreserven gelten negative Vorzeichen).
Quellen: Für VA — interne Schätzungen des IWF: für alle anderen Angaben: International Financial Statistics, hrsg. von IMF, div. Monatsausgaben, Washington D.C., 1985. — Eigene Berechungen.
Quelle: Duwendag (1986), S. 11

Alles in allem ist der Baker-Plan ein erster Schritt in Richtung auf eine Strategie der globalen Verantwortung. Eine zufriedenstellende Lösung kann er aufgrund der hier gezeigten Mängel nicht bewirken. Ein Jahr nach Bekanntgabe der Initiative verwundert es daher nicht, daß der Baker-Plan in noch keinem der vorgesehenen Schuldnerländer umgesetzt werden konnte.

Neuerungen in der Praxis

Innerhalb des institutionellen Rahmens des Schuldenmanagements lassen sich in letzter Zeit Entwicklungen beobachten, die den Willen zu einem verbesserten Krisenmanagement erkennen lassen. So steht heute die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) als „Feuerwehr" in akuten Fällen bereit. Wie im Höhepunkt der Krise 1982 organisierte die BIZ auch 1986 für Mexiko Überbrückungsfinanzierungen, um IMF und Weltbank Zeit zum Aushandeln und Inkraftsetzen eines Anpassungsprogramms zu geben. Die Privatbanken haben sich mittlerweile in Gläubigerclubs organisiert und bilden so ein Äquivalent zum Pariser Club, dem Umschuldungsforum der öffentlichen Gläubiger. Allen Gremien ist mit der Zeit eingängig, daß Wachstum eine notwendige Bedingung für die Meisterung der Schuldenkrise ist.

Im Rahmen der Umschuldungen der letzten Zeit wurden Neuerungen eingeführt. Neben dem allgemeinen Verfall des Dollarkurses und dem Rückgang des Dollar-Zinsniveaus, die in sich schon eine wesentliche Erleichterung des Schuldendienstes bedeuten, haben die Banken in der Regel bei Umschuldungen die Bearbeitungsgebühren und ihre Zinsaufschläge reduziert.

Bei Umschuldungsverhandlungen ist ein flexiblerer Ansatz erkennbar. So machten die Geschäftsbanken nicht bei allen Verhandlungen ein gültiges IMF-Abkommen zur Voraussetzung. Im Gegensatz dazu hält der Pariser Club auch bei erfolgversprechenden Anpassungsbemühungen seitens des Schuldnerlandes an der alten Praxis fest, immer ein IMF-Abkommen für Umschuldungen öffentlicher Gläubiger vorauszusetzen. Aktuelles Beispiel für eine derartige Praxis ist Brasilien.

Es zeichnet sich weiterhin ein Übergang von jährlichen Umschuldungsverhandlungen zu mehrjährigen Umschuldungsvereinbarungen (**MYRA**) ab. In den MYRAs werden nicht mehr nur die im fraglichen Jahr anstehenden Zahlungen umgeschuldet, sondern alle innerhalb eines bestimmten Zeitraums fälligen Zahlungen über mehrere Jahre gestreckt. Ausgehend von diesem Finanzierungsplan wird dem Land so ermöglicht, vom „ad hoccery" in den Anpassungsbemühungen — mit einem viel zu engen Finanzmantel — abzugehen und auf die Leistungsfähigkeit und Entwicklungserfordernisse eines Landes abgestimmte Programme mit geringeren sozialen Kosten einzusetzen. In den Verhandlungen zu solchen MYRAs zeigen die Bankenclubs eine wesentlich größere Flexibilität als der Pariser Club. Die staatlichen Umschulder verlangen vom Schuldnerland über den gesamten Zeitraum der Umschuldung ein gültiges IMF-Abkommen. Im Gegensatz dazu haben die Banken Umschuldungsabkommen geschlossen, die nur eine Beobachtung der nationalen Wirtschaftspolitik durch den IMF vorsehen.

Sonderangebot für Dritte Welt-Schulden
(als Prozentsatz vom Nominalwert, Juli 1986)

Land	%
Polen	45
Mexiko	56
Ecuador	65
Argentinien	66
Chile	67
Venezuela	75
Brasilien	76
Jugoslawien	80
Kolumbien	83
Rumänien	90

Quelle: Ollard (1986)

Debt swap

Als eine Neuerung in letzter Zeit kam der sogenannte Schuldentausch (**dept swap**) von den internationalen Kreditmärkten. Derartige Kapitalisierungsprogramme ermöglichen es Brasilien, ca. eine Milliarde Dollar Schulden in Eigentumstitel umzuwandeln. Was hat man sich unter derartigen Programmen vorzustellen? Zunächst erklärt sich das Schuldnerland bereit, Swap-Geschäfte zur Durchführung von gezielten Investitionen zu erlauben und daran mitzuwirken. Die Regierung des jeweiligen Landes schreibt so ein „Programm" aus. Internationale Banken bieten auf den Sekundärmärkten Schuldtitel an. Ein Investor kauft einen solchen Titel mit Abschlag, also zum Marktpreis (z. B. 70 % des Nominalwertes), in Devisen an. Der Investor präsentiert diesen Titel den Zentralbanken des Schuldnerlandes und erhält dafür den Gegenwert mit einem Abschlag — von z. B. 10 % auf den Nominalwert — zum Tageskurs in Landeswährung ausbezahlt. Mit diesem Geld kann dann die geplante Investition durchgeführt werden. Diese Transaktionen entpuppen sich als ein Weg, aus dem alle Beteiligten zumindest längerfristig einen Vorteil ziehen können. Beim Schuldnerland erfolgt eine Reduzierung der Devisengesamtschuld. Zusätzlich hat es den Vorteil, die nationalen Investitionen zu erhöhen. Der Investor führt eine geplante Investition mit einem geringeren finanziellen Aufwand durch. Die Bank verbucht zwar zunächst einen Verlust in Höhe von 30 % des Nominalwertes, erhält aber durch Vermittlungs- und Bearbeitungsgebühren zusätzliche Einnahmen. Der freigesetzte Betrag in Höhe des erzielten Marktpreises steht nun der Geschäftsbank für den weiteren allgemeinen Geschäftsbetrieb zur Verfügung.

Im folgenden sind einige Kurse für Kredite auf dem Sekundärmarkt zusammengestellt. Dabei handelt es sich um Schätzungen, da die tatsächlichen Preise in Abhängigkeit von der Art des jeweiligen Schuldtitels ausgehandelt werden.

Der Sekundärmarkt hat an Tiefe und somit an Stabilität in der letzten Zeit durch die Teilnahme einiger großer Banken gewonnen. Nachfrager nach derartigen Schuldtiteln sind internationale Unternehmen und Bürger von Entwicklungsländern, die **Kapitalfluchtgeldern repatriieren** wollen. Bei diesen beiden Personengruppen handelt es sich um die direkten Nutznießer derartiger Programme. In An-

betracht der Größenordnung von Kapitalflucht ist nicht nur die Verhinderung derselben eine Aufgabe, sondern es sollten zudem Möglichkeiten zur Rückführung dieses Kapitals eröffnet werden. Die zu erwartenden Gelder wären durchaus eine Entlastung der angespannten Zahlungsbilanzsituation. Weiterhin muß festgestellt werden, daß notwendige Anpassungsmaßnahmen gemildert werden können, da sich die absolute Verschuldungshöhe des Schuldnerlandes reduziert, und gleichzeitig durch die Investitionen wirtschaftliches Wachstum induziert wird. Beides zusammen kann wiederum bewirken, daß sich die allgemeinen Verschuldungsindikatoren verbessern, und somit langfristig Kredite wieder zu einem günstigeren Zinsrating an den internationalen Kapitalmärkten zu erhalten sind.

Derartige Kapitalisierungsprogramme gibt es bislang für einige lateinamerikanische Länder (Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko). Die allgemeinen Grenzen dieser Art des Schuldenmanagements sind zum einen im Mangel an Vertrauen in die nationalen Währungs- und Wirtschaftspolitiken sowie in den Begrenzungen und Regulierungen zur Durchführung von Investitionen in den Schuldnerländern zu sehen. Zum anderen sind die Geschäftsbanken durch bankenaufsichtsrechtliche Bestimmungen in ihren Möglichkeiten zur Veräußerung von Schuldtiteln beschränkt. Es wird geschätzt, daß zur Zeit höchstens 5 % der gesamten ausstehenden Schulden auf Sekundärmärkten gehandelt werden können. Dennoch sind weitere Finanzinnovationen im Schuldenmanagement nur eine Frage der Zeit. So gibt es bei der Weltbank eine Arbeitsgruppe, die die Möglichkeiten für Finanzinnovationen untersucht.

Uwe Stehr

Verwendete Literatur

Courier, The (1986)
Courier-Dossier, in: No. 97 — May—June.
Dillon, K. Burke; et al (1985)
Renent Developments in External Debt Restructuring, Washington D.C., IMF Occasional Paper No. 40
Duwendag, Dieter (1986)
„Baker-Plan": Absicherung gegen Kapitalflucht? in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 39. Jg. 2/86, S. 56—58
E + Z (1986)
Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 7/86
Morgan Guaranty Trust (1986)
World Financial Markets, verschiedene Ausgaben, New York
Nunnenkamp, Peter (1986)
Das internationale Schuldenproblem: Ein Fall für die Regierungen der Gläubigerländer? — Eine kritische Analyse des Baker-Plans, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 117
Ollard, William (1986)
The Dept Swappers, in: Euromoney August 1986, S. 67—75
Schulmann, Horst (1985)
Aufgaben des Internationalen Währungsfonds und mulitlateraler Entwicklungshilfe-Organisationen. Eine vorläufige Analyse des Baker-Plans. Unveröffentlichtes Manuskript zum Referat gehalten beim Malenter Symposium V „Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11.—13. Nov. 1985

Grüne Wege aus der Verschuldung

Diskussionspapier

Der folgende Artikel spiegelt zum größten Teil den aktuellen Stand der Diskussion innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wirtschaft innerhalb der GRÜNEN wieder. Gegenüber der Stellungnahme der Bundestagsfraktion der GRÜNEN vor zwei Jahren (vgl. blätter des iz3w Nr. 121, 1984) geht der Beitrag von Christian Hey wesentlich differenzierter auf die Verschuldungsproblematik ein.

Der Autor stellt mögliche Rahmenbedingungen einer Lösung zur Diskussion zusammen und erläutert mehrere Varianten, wie die derzeitige Krise überwunden werden könnte.

Ausstieg aus der Verschuldungskrise

Seit 1982/83 ist die Verschuldung der Dritten Welt in ihrer dritte Phase. Vor allem die großen lateinamerikanischen Schuldner sind zu Kapitalexporteuren geworden. So wurden in den letzten vier Jahren allein aus Lateinamerika über 100 Mrd Dollar mehr an die westlichen Banken gezahlt als durch neue Kredite hereinkam. Dies macht eine Übertragung von etwa 6 % des Sozialproduktes und von 25 % aller Exporteinnahmen Lateinamerikas in die Industrieländer aus.[1]

Die Konflikte werden sich noch verschärfen, wenn die USA ihre Märkte verschließen und selber versuchen, Exportüberschüsse zu erwirtschaften, um ihre gewaltige Verschuldung zu zahlen.[2] Die Europäer müssen dann den Wegfall des amerikanischen Marktes für die Entwicklungsländer und zusätzlich das Handelsbilanzdefizit der USA ertragen. Weigern sie sich, verschärfen sich die Zahlungskrisen, lassen sie es zu, müssen sie steigende Arbeitslosigkeit in Europa in Kauf nehmen.

Rahmenbedingungen einer Lösung und ihre Akteure

1. Alle an der Verschuldungskrise beteiligten Akteure und Profiteure müssen für die Kosten einer Lösung herangezogen werden. Den Banken muß grob fahrlässiges Kreditverhalten vorgeworfen werden,[3] den Industrieländerregierungen das Versagen, die Weltfinanzbeziehungen unter öffentlicher Kontrolle zu halten, das Scheitern einer koordinierten Politik gegen die steigende Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren sowie die staatliche Absicherung des allzu leichtfertigen Kreditverhaltens.[4]
Den Regierungen und Eliten in den Entwicklungsländern muß vorgehalten werden, daß sie die Mittel nicht zur Bekämpfung von Massenelend und Armut eingesetzt haben, sondern für ehrgeizige Industrieprojekte zur Befriedigung des Bedarfs der Eliten, für den eigenen Konsum oder gar zur Spekulation auf amerikanischen oder schweizerischen Konten.

2. Die Kostenverteilung muß organisatorisch und technisch so gestaltet werden, daß keiner der beteiligten Akteure in eine Krise gerät. Ein Streichen der Schulden kommt daher nicht in Frage, denn dies würde den Zusammenbruch der Banken herbeiführen.

3. Die Kostenverteilung muß Handlungsspielräume eröffnen für Gesellschaftsreformen, die den armen und ausgegrenzten Bevölkerungsteilen in den Entwicklungsländern zugute kommen. Elemente des Schuldenerlasses müssen deshalb im Rahmen internationaler Verhandlungen gekoppelt werden mit Auflagen, die deren Produktions- und Lebenschancen verbessern.

4. Ein Entschuldungskonzept kann nur im Rahmen internationaler Verhandlungen durchgeführt werden, wenn alle Beteiligten bereit sind, Kosten zu tragen. Das Ergebnis einer solchen Kompromißfindung kann nicht vorausgeplant werden, aber durch ein Szenarium können bereits Elemente und Mechanismen einer Kostenverteilung herausgearbeitet werden.

5. Entschuldung ist zum einen eine weltwirtschaftliche Frage, die nur generell gelöst werden kann. Dies gilt vor allem für die zukünftige Rolle des Dollars und der Zinsen, eine neue Weltwährung, die Wirtschaftspolitik der Industrieländer, und die Höhe der Kosten, die die Industrieländer übernehmen.

6. Entschuldung muß aber auch einer Einzelfallüberprüfung unterliegen, da die Ursachen der Verschuldung extrem unterschiedlich sind und eine gerechte Lösung nur bei Berücksichtigung dieser Ursachen möglich ist.

7. Eine Entschuldungsstrategie darf nicht die armen Länder gegenüber den Großschuldnern benachteiligen. Hierfür bestehen allerdings besonders große Handlungsspielräume, da der Anteil der öffentlichen Schulden bei armen Ländern besonders groß ist und damit auch die Möglichkeiten eines Schuldenerlasses.



„Du siehst, die Zukunft des Finanzsystems hängt von dir ab"

Maßnahmen im Einzelnen

1986 haben die Entwicklungsländer 72,5 Mrd Dollar Zinsen und 67 Mrd Dollar Schuldentilgung gezahlt, zusammen also 139,5 Mrd Dollar.[5]

Für ein Lösungskonzept ist erst einmal nicht der absolute Stand der Gesamtverschuldung interessant, sondern lediglich die jährlich anfallenden Zahlungen. Folgt man den gängigen Prognosen des IWF, dann wird dieser Betrag in den nächsten Jahren noch beträchtlich steigen. Das vorliegende Szenario soll aufzeigen, durch welche Maßnahmen es möglich ist, die gesamte Verschuldung der Dritten Welt innerhalb von etwa 10 Jahren von einem Stand von 1.000 Mrd Dollar auf unter 300 Mrd Dollar zurückzuschrauben.

Die Zinsen und der Dollar

Die Verschuldung hat sich krisenförmig zugespitzt mit dem sprunghaften Anstieg der Zinsen seit 1979/80. Trotz aller Zinssenkungsrunden liegt das heutige reale Zinsniveau für Kredite an Entwicklungsländer um das zwei- bis dreifache über dem durchschnittlichen Niveau der 50er und 60er Jahre.[6] Die Rückführung der realen Zinsen (nominale Zinsen + Inflationsrate) auf das historische Niveau könnte zur Halbierung des Zinsdienstes führen, die Entwicklungsländer also um jährlich etwa 36 Mrd Dollar entlasten.

Voraussetzung dafür sind aber:

— Eine weltweit koordinierte Zinssenkungsrunde, der sich unter anderem im Augenblick ganz besonders die Bundesrepublik vehement widersetzt. Derzeit herrscht noch eine massive Konkurrenz der Einzelstaaten um die besten Anlagemöglichkeiten für das internationale Finanzkapital vor. Insbesondere die BRD ist bemüht, ihre Attraktivität zu erhöhen. Dagegen wäre eine Kontrolle dieses weitgehend unregulierten Weltfinanzsystems notwendig. Die Frage, ob hier eine Weltzentralbank und eine neue Weltwährungsordnung vonnöten ist, müßte eigentlich die internationalen Konferenzen beherrschen.

— Eine drastische Reduzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits. Diese ist nur durch drastische Kürzungen im Rüstungshaushalt realisierbar.

— Eine Diskussion darüber, ob der Dollar noch die Funktion des Weltgeldes leisten kann. Eine Zinssenkungsrunde würde mit einem Kursverfall des Dollars einhergehen. Für die Entwicklungsländer ist fraglich, ob dieser nützlich ist: Es kann sein, daß der Dollar lediglich gegenüber den harten Währungen fällt. Selbst wenn er auch gegenüber den Währungen der Entwicklungsländer fällt, entwertet sich zwar der Schuldendienst beträchtlich, aber gleichzeitig werden auch die Exportmengen in die USA sinken. Durch einen zu schnellen Fall des Dollarkurses kann eine erneute Weltwirtschaftskrise entstehen, wenn nicht Europäer und Japaner gleichzeitig ihre Binnenmärkte gegenüber der Exportförderung betonen. Dies kann allerdings nicht mehr auf traditionell keynesianische Weise, d. h. durch generelle Wachstumspolitik geschehen. Der „ökologische Umbau" zeigt hier eine Fülle von Vorschlägen zur Einleitung einer qualitativen Entwicklung und Umstrukturierung auf, die die binnenwirtschaftlichen Kreisläufe stärken.

Die Banken

Die 500 größten Banken haben im letzten Jahr über 60 Mrd Dollar Gewinne vor Steuern gemacht.[7] Selbst aus der aktuellen Zahlungskrise der Entwicklungsländer konnten sie noch Gewinne herausschlagen. So erhielten sie beträchtliche Umschuldungsgebühren und einen überhöhten Zinsaufschlag für Neukredite, die im Rahmen der Umschuldung vergeben wurden, sowie für die umgeschuldeten Summen.[8]

Die Banken konnten in der bisherigen Krise wirksam ihre Interessen durchsetzen durch die Bildung eines **Gläubigerkartells**, das zum Teil die Bedingungen von Umschuldungen und Neukrediten diktieren konnte.[9] Der öffentlichen Kritik konnten sie sich erfolgreich entziehen, da das „Schmutzgeschäft" der Auflagenpolitik, die die Erwirtschaftung des Überschusses ermöglicht, vom IWF erledigt wurde.[10] 60 Mrd Dollar Gewinne sind zwar nicht allein durch das Geschäft mit den Entwicklungsländern entstanden, sie deuten aber den **Spielraum der Kostenbeteiligung** an. Zu diesen 60 Mrd Dollar kommen noch die erheblichen Rückstellungen hinzu, die die Banken in den letzten Jahren für den Ernstfall einer Zahlungsverweigerung haben. (Im Fall der Deutschen Bank waren es in den letzten Jahren Rückstellungen in Höhe von jährlich 12—14 Mrd DM). Im Durchschnitt betragen sie etwa 50 % des Betriebsergebnisses, d. h. insgesamt 30 Mrd Dollar. 1983 haben allein die 15 größten Banken der USA 6 Mrd Dollar Kreditverlustrücklagen gemacht. Weitere 10 englische und kanadische Banken haben über 3,5 Mrd Dollar zurückgelegt.[11] Dabei muß berücksichtigt werden, daß an der Verschuldungskrise nicht nur 25 Banken, sondern in einigen Ländern bis zu 1.000 Banken an einem Kredit beteiligt waren (syndizierter Kredit). Insgesamt steht den internationalen Banken also ein jährlicher Überschuß von 90 bis 100 Mrd Dollar zur Verfügung. Der Anteil der Entwicklungsländer am internationalen Kreditgeschäft beträgt etwa 20 %.[12] Ein jährliches Abschreiben der Banken von 20—30 Mrd Dollar scheint also ohne größere Erschütterungen des sonstigen internationalen Kreditgeschäfts durchaus realistisch zu sein. Inzwischen hat sich ein **Sekundärmarkt** für Kredite aus Entwicklungsländern herausgebildet, das ist der

Verkauf ihrer Bankenschulden an Investoren und andere Banken, um sich aus den Unannehmlichkeiten des Krisenmanagements herauszuziehen. Die Banken sind dabei bereit, bei den Großschuldnern Abschläge von 20—40 % des ursprünglichen Werts der Verschuldung vorzunehmen. Der Sekundärmarkt hat zwar derzeit noch eine relativ geringe Bedeutung, er zeigt aber an, zu wieviel Abschlägen die Banken bereits jetzt bereit sind.

Schuldenerlaß

Oft wird gegen einen Schuldenerlaß argumentiert, dieser bedeute letztendlich, daß keine neuen Kredite mehr an die Entwicklungsländer fließen, die Entwicklungsländer also von den internationalen Finanzmärkten abgekoppelt würden.[13] Das Argument hat schon längst seine Überzeugungskraft verloren: Bereits jetzt vergeben die Banken an die meisten Entwicklungsländer keine freiwilligen Nettokredite mehr. Für die Entwicklungsländer gibt es also schon längst keinen Grund mehr, die Schulden weiterhin zurückzuzahlen. Dies wird auch in absehbarer Zeit die Verhandlungsposition und die Konfrontationsbereitschaft der Entwicklungsländer gegenüber den Banken erheblich verstärken.[14] Der Baker-Plan (vgl. Kasten), der die aggressiver werdenden Töne aus der Dritten Welt mit neuem Geld etwas besänftigen sollte, hat sich als Totgeburt herausgestellt.[15]

Der weitere Forderungsverzicht: Die Rolle der Zentralbanken

Ein teilweiser Forderungsverzicht der Banken würde noch nicht ausreichen, die Schuldendienstbelastung der Entwicklungsländer drastisch zu reduzieren.

Die Aufstockung der Entwicklungshilfe oder ein alternativer Marshallplan würden andererseits lediglich dazu dienen, den Banken über die Staatshaushalte der Industrieländer den Schuldendienst zu finanzieren. Eine solche Umverteilung zugunsten der Banken wäre den Steuerzahlern nicht zuzumuten.

Ein anderer Vorschlag ist daher der, die Funktion der Zentralbanken als „Lender of last resort" in eine politisch gestaltete Lösung mit einzubeziehen: Die privaten Banken leisten weiterhin Forderungsverzicht auf Kredite in Höhe von etwa 40—50 Mrd Dollar jährlich. Diese zusätzliche Summe würde das Finanzsystem ernsthaft gefährden, wenn ihnen nicht in Form langfristiger zinsgünstiger Kredite das Geld von den Zentralbanken der westlichen Industrieländer zur Verfügung gestellt werden würde.

Die inflationäre Wirkung dieser Summe wäre angesichts eines jährlichen Sozialproduktes der westlichen Industrieländer von 8 Billionen Dollar minimal. 40—50 Mrd Dollar betragen lediglich 0,5—0,7 % des jeweiligen Sozialproduktes. Sollten trotzdem hierdurch leichte inflationäre Wirkungen entstehen, so sind diese als Kostenanteil der Industrieländer, oder besser der Geldanleger in den Industrieländern, zu betrachten. Die Aufbringung des Schuldendienstes ist ein entscheidender Faktor für die derzeitige Hyperinflation in lateinamerikanischen Ländern. Eine leichte Inflation in den Industrieländern ist demgegenüber verhältnismäßig gering. Von niedrigen Inflationsraten profitieren vor allem die großen Kapitalanleger, die dadurch ihre realen Erträge erhöhen können. Durch die gleichzeitige Inflationierung und Senkung der Zinsen kann der Anreiz zur Kapitalspekulation verringert werden.

Konversion der Verschuldung in nationale Währung

Ein besonderes Problem für die Entwicklungsländer und die Industrieländer gleichermaßen stellt die Transformation nationaler Ersparnisse in ausländische Devisen, zumeist Dollars, dar. Dieses zwingt zu einseitiger Exportorientierung bzw. zu kräftigen Handelsbilanzüberschüssen. Eine Möglichkeit, dieses Problem zu vermeiden, ist die Rückzahlung der Schulden in nationaler Währung.

Die privatwirtschaftliche Variante
Die meisten großen Banken haben Filialen in den Schuldnerländern. Durch die Rückzahlung der Schulden in nationaler Währung erfolgt eine Kapitalaufstockung der Filialen. Buchungstechnisch stellt dies also für die Mutterbank keinen Verlust dar, sondern lediglich einen Bedeutungsgewinn der Filialen.

Es bestehen allerdings berechtigte Gründe für ein Mißtrauen gegenüber einer rein privatwirtschaftlichen Lösung. Kredite werden vor allem in die profitabelsten Bereiche vergeben. Angesichts der für Entwicklungsländer typischen gewaltigen Produktivitätsunterschiede zwischen den modernen, oft weltmarktorientierten Sektoren und den traditionellen kleinbetrieblichen Sektoren der Wirtschaft wird eine rein privatwirtschaftliche Lösung diese Gegensätze weiter ausbauen.

Die politisch gestaltete Variante
Die politische Variante der Einzahlung der Gelder in nationale Entwicklungsfonds, die schwerpunktmäßig grundbedürfnisorientierte Programme und Projekte finanzieren sollen, könnte hier ein Gegengewicht bilden. Der in den Entwicklungsfonds eingezahlte Betrag kann verwendet werden für:

— Ökologische Projekte (Wiederaufforstung, Erosionsbekämpfung, Müllentsorgung)
— Förderung des städtischen Handwerks und der Kleinindustrie

— Finanzierung von Agrarreformen (z. B. Teilentschädigung des Großgrundbesitzes, um eine Agrarreform politisch durchsetzbar zu machen)
— Förderung einer vor allem kleinbäuerlichen ländlichen Entwicklungsstrategie und Unterstützung der entsprechenden Infrastruktur
— Unterstützung einer eigenständigen Technologieentwicklung, vor allem zur Befriedung des einfachen Bedarfs.

Dieser Fonds muß von den betroffenen Bevölkerungsgruppen und den entsprechenden Organisationen mit kontrolliert werden. Aber auch der Entwicklungsfonds ist keine generelle Lösung für alle Entwicklungsländer. Er setzt ein Mindestmaß an Organisationsfreiheit in dem Entwicklungsland voraus und politische Machtverhältnisse, die die sinnvolle Verwendung der Gelder erlauben, bzw. deren Mißbrauch in Schranken halten können. **Solche Rahmenbedingungen bestehen lediglich in einem Teil der Schuldnerländer.**

Nach innen muß dieser Entwicklungsfonds, wie die privatwirtschaftliche Lösung, durch die Mobilisierung inländischer Ersparnisse finanziert werden. Für die Banken bedeutet dieser Entwicklungsfonds einen Forderungsverzicht, der verrechnet werden muß als tatsächlicher Forderungsverzicht, mittels kompensatorischer Kredite durch die Zentralbanken oder durch drastische Aufstockung öffentlicher Entwicklungshilfegelder aus den Industrieländern. Hierfür bestünden augenblicklich besonders große Handlungsspielräume, wenn die Industrieländer sich entschließen würden, den Fall der Öl- und Rohstoffpreise nicht an die Verbraucher weiterzugeben, sondern abzuschöpfen, um damit den Entwicklungsfonds zu finanzieren. Auch die Erhebung von Antidumpingzöllen (gegen ökologisches und soziales Dumping) könnte diesem Entwicklungsfonds zugeführt werden.

Für die privatwirtschaftliche und die politisch gestaltete Lösung könnten weitere 20—30 Mrd Dollar angesetzt werden.

Die Kapitalflucht wirksam angehen

Die gesamte Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern beträgt je nach Schätzung bis zu einem Drittel der gesamten Verschuldung. Für einige Entwicklungsländer ist die ungeheure Verschuldung fast ausschließlich mit Kapitalflucht zu erklären (Argentinien, Venezuela, Mexiko).

Marktwirtschaftliche Instrumente zur Eindämmung der Kapitalflucht erweisen sich als relativ wirkungslos. Generell werden Überbewertung der Währung und zu niedrige Zinsen im Inland für die Kapitalflucht verantwortlich gemacht. Eine überbewertete Währung beinhaltet die Gefahr des Kursverfalls, dem in der Regel durch Kapitalflucht vorgebeugt wird. Niedrige Zinsen machen das Land für eine Kapitalanlage unattraktiv. So die herrschende Meinung.

Allerdings kann sowohl eine drastische Abwertung als auch die Heraufsetzung der Zinsen die Inlandsproduktion erheblich beeinträchtigen, insbesondere, wenn das Entwicklungsland auf den Import von Kapitalgütern und Nahrungsmitteln angewiesen ist.

Das Problem der Zinssätze kann am besten dadurch gelöst werden, daß die Industrieländer durch Senkung des allgemeinen Zinsniveaus geringere Anreize für Kapitalflucht bieten. Allerdings kann dadurch lediglich neue Kapitalflucht gehemmt, nicht aber der Rückfluß der Fluchtgelder gesichert werden. Deshalb muß Kapitalflucht vielmehr als das geahndet werden, was es ist: ein Schwerverbrechen. Große Staatsunternehmen und privilegierte Mitglieder der herrschenden Klasse in Entwicklungsländern bereichern sich durch die spekulative Anlage von Geld im Ausland. Die Rückzahlung der Schulden verursacht erst später drastische Einkommenseinbußen oder sogar die physische Existenzgefährdung für breite Bevölkerungsteile. Die Betroffenen spüren die Auflagenpolitik des IWF, können aber nicht sehen, daß diese zum Teil durch die spekulativen Geschäfte ihrer Eliten verursacht worden ist.

Auch die Banken haben ein gewisses Interesse an einer wirksamen Bekämpfung der Kapitalflucht: Haben sich doch durch Kapitalflucht die Rückzahlungsprobleme der Entwicklungsländer drastisch verschärft. Eine wirksame Bekämpfung der Kapitalflucht muß in den Industrieländern ansetzen: Die Konten von Kapitalflüchtlingen müssen gesperrt und veröffentlicht werden. Wenn es sich nachweislich nicht um für den Handel notwendige Konten handelt bzw. die Konten festgelegte Beträge übersteigen, sind diese den Schuldnerländern zurückzuüberweisen. Ein solches Vorgehen ist, wenn ein vitales politisches Interesse besteht, nicht außergewöhnlich. Die USA sperrten 1978/79 die iranischen Konten als Reaktion auf die Entführung amerikanischer Staatsbürger — die Schweiz plant zur Zeit die Rückführung der Fluchtgelder von Marcos.

Weitere Vorschläge, die unter anderem auch vom Hamburger Landeszentralbankdirektor *Nölling* vertreten werden, beinhalten die Bildung eines Bankenkartells zur Abwehr und Verweigerung von Kapitalfluchtgeldern. Kapitalflucht wird zumeist auf folgende betrügerische Weise betrieben: Durch die Überbewertung von Importen aus den Industrieländern und Unterbewertung von Exporten in die Industrieländer entstehen überhöhte Werte in ausländischer Währung, die auf entsprechende Konten gutgeschrieben werden. *Nölling* schlägt dagegen selektive Importkontrollen vor, die die tatsächlichen Importwerte mit den Buchwerten vergleichen. Die Wirksamkeit solcher Kontrollen dürfte allerdings — so meint *Nölling* — begrenzt sein.

Alternative Konditionalität

Eine drastische Senkung des Schuldendienstes, wie sie hier vorgeschlagen wurde, erhöht die Handlungsspielräume der Regierungen in den Entwicklungsländern. Es wäre aber naiv, anzunehmen, diese Handlungsspielräume würden von selbst für binnenmarktorientierte Entwicklungsstrategien genutzt. Es ist vielmehr zu erwarten, daß ein Schuldenerlaß bestehende Strukturen stabilisiert, da der äußere Druck zur Einschränkung der Selbstprivilegierung wegfällt. Soll daher der Schuldenerlaß nicht der Anfang einer neuen Schuldenspirale darstellen, ist eine alternative Konditionalität notwendig.

Diese muß zum Ziel haben, mittelfristig entwicklungsfördernde **Rahmenbedingungen** in Entwicklungsländern zu schaffen. Darunter soll die Stärkung binnenwirtschaftlicher Kreisläufe, die die





Weltbank und IWF tagen 1988 in Berlin
Am Rande der diesjährigen Konferenz von Weltbank und internationalem Währungsfonds (IWF) haben der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Jürgen Warnke, und Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl im Oktober in Seoul eine Vereinbarung mit Bank und Fonds über die Durchführunge der Jahresversammlung 1988 beider Gemien in Berlin unterzeichnet.
Das Foto zeigt von links nach rechts: Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg, den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Jürgen Warnke, und Waltbankpräsident Alden W. Clausen.

Produktions- und Lebenschancen der kleinen ländlichen und städtischen Produzenten erheblich verbessern, verstanden werden. In vielen Ländern muß eine Agrarreform zentraler Verhandlungsgegenstand werden, weil die Frage der Landverteilung und der ländlichen Entwicklung einen Schlüssel für eine die gesamte Bevölkerung eines Landes einschließende Entwicklung darstellt.

Ob der IWF die Kompetenz für eine solche Politik hat, ist bestenfalls fraglich. Eine internationale Organisation, die solche entwicklungsorientierten Reformen unterstützt, benötigt auch ein Mindestmaß an entwicklungspolitischer Kompetenz, die man dem IWF — bei der Lektüre der hochabstrakten ökonometrischen Modelle — absprechen muß. Allerdings gilt auch zu berücksichtigen, daß der IWF heute von Regierungen kontrolliert wird, die kein Interesse an der Lösung der Verschuldungskrise haben und stillschweigend akzeptieren, daß der IWF zum Erfüllungsgehilfen der Interessen der westlichen Banken geworden ist.

Ausblick

Der beschriebene Lösungsweg aus der Verschuldungskrise setzt einen erheblichen Anpassungswillen der Industrieländer und vor allem der USA voraus. Es gibt keine Lösung der Verschuldungskrise, solange die Industrieländer nicht zu zentralen Reformen bereit sind. Vordringlichste Aufgabe wäre eine **konzertierte Aktion zur Senkung der Zinssätze.** Da diese nicht ohne Erschütterungen im Weltwährungssystem möglich ist, wäre diese konzertierte Aktion auch ein erster Schritt in ein politisch neu geordnetes Weltwährungssystem.

Die Verschuldungskrise hat in drastischer Weise verdeutlicht, daß private Kredite zur Entwicklungsfinanzierung nicht geeignet sind. Entwicklung ist ein langwieriger historischer Prozeß — private Kredite verlaufen hochgradig zyklisch: Sind die Rohstoffpreise oder die Exportwachstumsraten des Entwicklungslandes hoch, neigen die Banken zu übermäßigen Kreditvergaben. Fallen sie, ziehen sich die Banken zurück und erzeugen damit Krisen. Das **Primat politischer Regulierungen** bei der Entwicklungsfinanzierungen muß daher wieder eingeführt werden.

Das dritte Element einer Neuordnung der Weltwährungsbeziehungen ist die Frage der **Anpassung von Überschußländern:** Die Verschuldungskrise hätte nicht die heutigen Ausmaße angenommen, wenn sich die damaligen Überschußländer (und dazu gehören nicht nur die OPEC-Ländern, sondern auch Länder wie die USA oder die Bundesrepublik) rechtzeitig angepaßt hätten, anstatt ihre Überschüsse auf den internationalen Kapitalmärkten anzulegen.

Für die Entwicklungsländer könnten diese Vorschläge aus der Verschuldungskrise einen Anfang bilden auf dem Weg aus der einseitigen ökonomischen und damit auch politischen Abhängigkeit. Damit verbindet das vorliegende Konzept auch kurzfristig Reformschritte mit längerfristigen Perspektiven bzw. ebnet zum Teil den Weg dorthin.

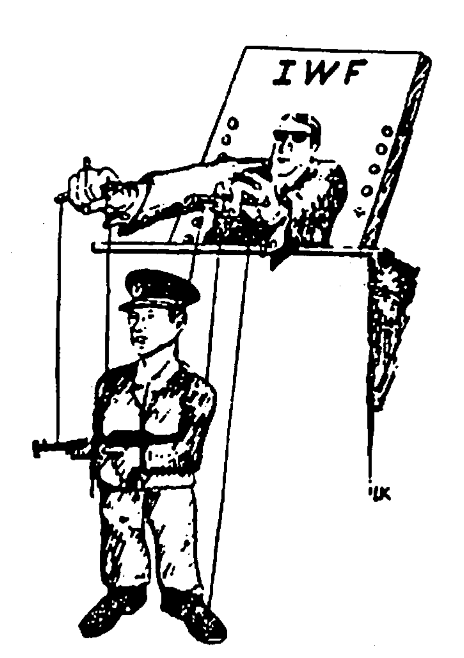
Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland

Jede Lösung der Verschuldungskrise steht und fällt mit den politischen Verhältnissen in den USA, auf die die Bundesrepublik relativ geringen Einfluß hat. Durch sie werden immer noch zentrale ökonomische Variablen wie der Dollarkurs und die Zinsen maßgeblich bestimmt. Ein Großteil der Verschuldung betrifft amerikanische Banken. Ein Alleingang der Bundesrepublik scheint daher ausgeschlossen.

Allerdings könnte die Bundesrepublik ihr erhebliches internationales Gewicht in die Waagschale werfen. Sie ist eine dominante Macht in der EG, einer der größten Anteilseigner beim IWF und anderen internationalen Organisationen.

Einen besonders hohen Beitrag könnte die Bundesrepublik bei der Frage der Zinssätze leisten. Aus hysterischer Inflationsangst und aus dem Interesse heraus, ein attraktives internationales Finanzzentrum aufzubauen, weigern sich Bundesbank und Bundesregierung beharrlich, an einer internationalen Zinssenkungsrunde teilzunehmen. Bei der Frage der Senkung der internationalen Zinsen fällt der Bundesrepublik derzeit eine Schlüsselrolle zu. Ein politischer Kurswechsel der BRD hätte einigen Einfluß auf den Verlauf der internationalen Diskussion und würde kritischen Stimmen in den USA, in den internationalen Organisationen und in den Entwicklungsländern wesentlich mehr Freiräume schaffen.

,Christian Hey



Anmerkungen:

1. CEPAL (Commission Economica para la America Latine): Crisis Economica y Politicas de Ajuste, Estabilisacion y Crecimiento, April 1986, S. 4-10
2. zum dramatischen Anstieg des Protektionismus in den USA: South, Febr. 1986
3. vgl. unter anderen: Dziobek, Clautia: The Management of the Third World debt Crisis – Formation of a Lenders Cartel, in: Journal für Entwicklungspolitik, 2, 1985, S. 4-24; Lombardi: Debt Trap – Rethinking the Logic of Development, Praeger 1985
4. vgl. verschiedene Aufsätze von Altvater, Hankel 84: Gegenkurs, Siedler Verlag
5. IMF-Finanzial Statistics 1985
6. Weltentwicklungsbericht 1985, S. 8
7. The Banker, July 1986
8. Allein in der ersten Umschuldungsrunde 1982/83 haben die Banken 1,75 Mrd. $ Gewinne gemacht. Mendelsohn/Group of Thirty: Risks in International Lending 1983, S. 8.
9. vgl. Anmerkung 3; Lipson, Charles: Banker's Dilemma, Private Cooperation in Rescheduling Foreign Debt, in: World Politics, vol. 38, Oct. 1985, S. 200-225
10. sehr gut herausgearbeitet hat dies: Delamaide: Debt Shock: the Full Story of the World Credit Crisis Doubleday, New York 1984, S. 224 f
11. The Banker June 1984
12. Watson: Recent Developments in International Capital Markets, IMF-Occasional Paper, Aug. 1984, S. 13
13. Euromarket 9. 6. 1986
14. vgl. z. B. Watson 84, S. 23
15. die Idee wird von Kaletski; The Costs of default, Priority Press Publications, N.Y. 1985, S. 42 ausgeführt, der argumentiert, daß die Zentralbanken in einem Fall des Bankrotts der Entwicklungsländer sofort durch die Kredite rettend einspringen würden. Warum soll im Rahmen eines politischen Konzepts nicht möglich sein, was im Ernstfall geht?
16. Nölling: Combatin Capital Flight from Developing Countries, in Intereconomics, 21, No. 3, 1986, S. 117-123; Duwendag, Dieter: Kapitalflucht aus Entwicklungsländern: Schätzprobleme und Bestimmungsfaktoren, in: Gutowski, Die internationale Schuldenkrise, Berlin 1986, S. 115-150
17. nach: Taylor, Lance: Structuralist Macroeconomics, Basic Books, N.Y., 1983, s. 192. Eine Abwertung führt zur Verteuerung notwendiger und im Inland nicht ersetzbarer Importe. Die Kostensteigerungen werden in der oligopolitischen Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer an die Verbraucher weitergegeben. Die daraus folgende Inflation senkt die Reallöhne und damit die Inlandsnachfrage. Der gleiche Mechanismus gilt für die Kostensteigernde Wirkung überhöhter Zinsen. Wenn die Zinsen höher sind als die durchschnittliche Kapitalrentabilität, werden produktive Investitionen durch Finanzspekulation ersetzt.
18. Devlin, Roberto: Peru and its Private Banks – Scenes from an Unhappy Marriage l in: Wionczek, M: Politics and Economics of External Debt Crisis, Westview Press, 1985, S. 396

Die Redaktion der Blätter versteht diesen Artikel als Diskussionsbeitrag. Die Position des Autors teilt sie im wesentlichen nicht. Vor alllem Hey's erster erwähnter Grundsatz, wonach alle an der internationalen Schuldenkrise Beteiligten für die Kosten einer Lösung herangezogen werden sollen. Die Entwicklungsländer haben in der Vergangenheit schon genug bezahlt und die Banken genügend Profite gezogen. Ist es vielmehr nicht an der Zeit, letztere an die Verpflichtung zu erinnern?

Auch erscheint es der Redaktion nicht plausibel, warum ein Zusammenbruch des Bankensystems bzw. Weltwirtschaftssystems eine noch größere Verschlechterung für die Betroffenen in der Dritten Welt bedeuten würde. Zumindest das Beispiel der lateinamerikanischen Länder zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren deutet auf eine andere mögliche Entwicklung hin. Auch ohne die Folgen eines Bankenzusammenbruchs herunterspielen zu wollen, sollte das Überleben der Banken nicht unsere Hauptsorge sein.

Verschiedene Lösungsvorschläge des Autors lassen vermuten, daß er andere Kriterien anlegen, aber die Verwendung der Kredite aus den Industrieländern nach wie vor streng kontrollieren will. So sollen die Projektfonds, in die die rückzuzahlenden Gelder fließen, von der Bevölkerung dort nur „mitkontrolliert" werden (S. 10), die Kontrolle soll nach wie vor in Händen der Industrieländer-Banken und -Regierungen liegen.

Auch sein Vorschlag der „alternativen Konditionalität" (S. 14) deutet in diese Richtung. Warum sollen aber die Regierungen, Projekte und Bewegungen, zu deren Unterstützung wir uns anhand klarer politischer Kriterien entschlossen haben, nicht selbst über die Verwendung der Hilfsgelder und Kredite bestimmen?

Liegt hier nicht die Gefahr einer „grün-alternativen Modernisierungsideologie" nahe? Wie steht es andererseits um die Realisierungschancen einer sog. „alternativen Konditionalität", wenn, wie der Autor selbst zugibt, eine Entspannung der Schuldensituation in den Schuldnerländern zunächst einmal die dort herrschenden Eliten stabilisiert?



Die nachfolgende Rede wurde im Juni auf einem Fachgespräch der GRÜNEN IM BUNDESTAG zum Thema „Schuldenkrise und Perspektiven für die nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit" vom terre des hommes-Vorstandsvorsitzenden Klaus Schmidt gehalten. Die beschriebenen Auswirkungen der dem IWF-Diktat unterworfenen Wirtschaftspolitik Perus auf die Bevölkerung stehen beispielhaft für die zunehmende Verelendung in hochverschuldeten Ländern. Gleichartige Erfahrungen haben auch andere nichtstaatliche Entwicklungshilfeorganisationen (NGO) gemacht.

...einfach nichts mehr zum Essen"

Folgen der Auflagenpolitik des IWF auf die Projektpartner von terre des hommes

Um die Folgen der IWF-Auflagenpolitik richtig einschätzen zu können, muß das Verhältnis zwischen terre des hommes (tdh) und verschiedenen Projektpartnergruppen kurz skizziert werden:

— Projekte werden von den jeweiligen Partnergruppen eigenständig geplant. Die tdh-Unterstützung umfaßt im Idealfall nur bestimmte Phasen eines Projektes.

— So verwaschen und mißbraucht der Begriff „Hilfe zur Selbsthilfe" inzwischen auch ist, so versucht tdh doch, den hinter diesem Schlagwort stehenden Gedanken zu verwirklichen. Wenn auch häufig unsere Projektpartnergruppen von uns als Finanzierungsorganisation natürlich in einem bestimmten Finanzierungsabhängigkeitsverhältnis stehen, so gab es bis vor wenigen Jahren keine Abhängigkeit der jeweiligen Zielgruppen der Projekte von tdh.

— Ein von tdh unterstütztes Projekt sollte die *Verbesserung* der *Lebenssituation der Zielgruppe ermöglichen — nicht nur die Aufrechterhaltung der Existenz gewährleisten* (Ausnahme: Nothilfeprojekte).

— Die Frage, welche Maßnahmen ein Projekt im Detail umfaßt, liegt in der Entscheidung der Projektpartner.

Auf dem Gebiet der Auffächerung der Einzelmaßnahmen der Projekte hat sich in den letzten Jahren eine Entwicklung vollzogen, die an die Substanz der Arbeit von NGO's im Entwicklungsbereich geht:

Noch vor ca. sechs Jahren orientierten sich die von tdh unterstützten Projekte ausnahmslos an einem Konzept, das auch hier bei uns in der Bundesrepublik dem Stand der entwicklungspolitischen Diskussion entsprach. Heute sind auf Initiative unserer Projektpartner zunehmend Elemente in die Projekte mitaufgenommen worden, die uns früher als unsinnig oder gar gefährlich — weil Abhängigkeit der Bevölkerung nach sich ziehend — erschienen waren.

In der Tat müssen wir uns heute fragen: wie können Basisgesundheitsdienste oder gar landwirtschaftliche Produktionsprojekte heute noch unter das sogenannte Schlagwort „Hilfe zur Selbsthilfe" gefaßt werden, wenn zunehmend *Ernährungskomponenten* in diese Projekte eingegliedert werden müssen, die letztendlich nur noch ein *am Leben erhalten* der Menschen am Projektort darstellen? Was bedeutet Hilfe zur Selbsthilfe noch, wenn *kaum Aussicht* besteht, daß diese Menschen sich in naher Zukunft *aus eigener Kraft* selbst helfen, d. h. selbst ernähren können? Es stellt sich die Frage, weshalb die Projektpartner von tdh zunehmend gezwungen sind, sich um das nackte Überleben von Menschen zu kümmern, weshalb unsere Projektpartner immer weniger Chancen besitzen, eine *Entwicklung* — dies ist ja doch die Hoffnung, die hinter aller öffentlicher und privater Entwicklungsarbeit steht — voranzutreiben?

Am Beispiel von Peru möchte ich in aller Kürze einige Hinweise zur Beantwortung geben. Peru ist deshalb ausgewählt worden, weil es 1977 nach Jamaika als zweites lateinamerikanisches Land der Politik des IWF folgte. Peru auch deshalb, weil es nach Ende der 70er Jahre als zwar sehr armes, aber doch



Straßenkinder in Lima

in seiner Sozialstruktur halbwegs intaktes Land innerhalb des Kontinents galt. Andere Beispiele ließen sich aus Chile, Bolivien, Sambia, Ghana oder aus den Philippinen anführen. Peru befindet sich seit Mitte der 70er Jahre in einer Wirtschaftskrise. Deshalb wandte man sich 1977 an den IWF, um Zahlungsbilanzschwierigkeiten auszugleichen. Seit 1977 verfolgt Peru eine Wirtschaftspolitik, die sich an den „Ratschlägen" des IWF orientiert, nach 1980 war Perus Wirtschafts- und Sozialpolitik neben der Chiles und Argentiniens geradezu als Musterwerkstatt der IWF-Vorstellungen in die Geschichte eingegangen.

Folgende Maßnahmen sind auf diese Weise in den letzten Jahren durchgesetzt worden:

- Abschaffung aller bis 1977 durchgeführten Reformen
- Aufhebung der Importzölle (nachfolgend Rückgang der einheimischen Industrie)
- Umleitung der staatlichen Investitionen in die Rückzahlung von Zinsen, Zinseszinsen und Krediten; Staat investiert nur noch in landesweites Elektrifizierungsprojekt, Erschließung von Urwaldgebieten, Kauf von Rüstungsgütern
- Reprivatisierung der Fischerei und Stahlproduktion und Umwandlung verschuldeter Genossenschaften in Aktiengesellschaften
- Reduzierung der Sozialausgaben des Staates, Einsparung vor allem auf dem Gesundheits- und Erziehungssektor
- Vergabe von Ausbeutungsrechten für Bodenschätze an ausländische Konzerne
- Aufhebung der Subventionen für Grundnahrungsmittel
- Laufende Abwertung des Soles
- Aufhebung des Streikrechts.

Diese Maßnahmen kennzeichnen die peruanische Politik bis zur Neuwahl des Präsidenten Mitte 1985. Da der IWF all diese Maßnahmen als einzigen Weg zur wirtschaftlichen Gesundung der Länder in der Dritten Welt ansieht, wäre zu erwarten gewesen, daß zumindest eine Stabilisierung der Verhältnisse in Peru bis 1985 hätte eintreten müssen. Tatsächlich war aber das Gegenteil der Fall. Seit 1980 erlebte und erlebt Peru die schwerste Krise seiner Geschichte:

- 1986 ist das Pro-Kopf-Einkommen auf den Stand von 1965 gefallen
- Mit 14 Milliarden US-Dollar ist die Auslandsschuld höher denn je
- Nur 35 % der Bevölkerung haben ein festes Einkommen und eine feste Arbeit.

Die Folgen der IWF-Wirtschaftspolitik aus der Klamottenkiste des Liberalismus sind also endgültiger Zusammenbruch der einheimischen Industrie und rücksichtsloser Export von Agrarprodukten zur Devisenbeschaffung, unabhängig von der Tatsache, daß die eigene Bevölkerung hungert.

Die sozialen Folgen dieser Wirtschaftspolitik zusammen mit dem massiven Abbau von Sozialleistungen des Staates spüren die tdh-Projektpartner seit 1981 immer deutlicher:

- 65 % der Bevölkerung lebt unter dem offiziellen Existenzminimum
- In Lima sterben 100 von 1000 Kindern, in den Anden 300 von 1000 Kindern während des ersten Lebensjahres.

In den jeweiligen Arbeitsgebieten der Projekte hatte die zunehmende Verelendung der Bevölkerung zur Folge, daß die bisherige auf *Veränderung, Verbesserung* der Lebensverhältnisse ausgerichtete Projektarbeit nicht einfach so weiter fortgeführt werden konnte. Was nutzen die Informationen eines Basisgesundheitsdienstes über einfache, aber gesunde Ernährung als Vorbeugungsmaßnahme gegen Mangelerkrankung bei Kindern, wenn die Nutznießer dieses Gesundheitsdienstes, die Bewohner der Elendsviertel von Lima, einfach nichts mehr zum Essen besitzen? Als Reaktion auf diesen schleichenden Hunger in den Elendsvierteln von Lima und auf dem Lande, besonders in den Andinen-Regionen, haben sich die meisten Projekte, welcher Natur sie auch immer waren, jeweils eine Ernährungskomponente angegliedert. Entweder mit terre des hommes-Unterstützung oder auf der Basis staatlich koordinierter internationaler Hilfslieferungen wie z. B. von *OFASA* oder CARITAS:

- Der Basisgesundheitsdienst von CEPROC in den Pueblos Jóvenes von Lima unterstützt inzwischen verschiedene Volksküchen, in denen Frauen zusammen einkaufen und kochen, um für ihr tägliches Überleben zu sorgen.
- Das Gesundheitsprogramm der Frauengruppe des Projektes Flora Tristan umfaßt inzwischen ebenfalls eine Volksküche, in der mit Lebensmitteln von OFASA und CARITAS gekocht wird.
- Aus einem Projekt in CUSCO erhielten wir Ende 1985 einen ähnlichen Antrag.
- Inzwischen umfaßt sogar ein landwirtschaftliches Produktions- und Demonstrationsprojekt in Cajamarca (Nord-Peru) nicht nur, wie geplant, einen Schulgarten, sondern auch eine Schulküche zur Ernährung von Bauernkindern (ebenfalls OFASA und CARITAS).

Diese Beispiele sollen genügen, um deutlich werden zu lassen, daß unsere Projektpartner sich immer weniger um die *Verbesserung und Entwicklung* kümmern können, sondern um das *Überleben* der Menschen kämpfen müssen.

Aber selbst eine Nothilfe ist in Peru inzwischen in bestimmten Bereichen nahezu wirkungslos geworden. Ein langjähriger Projektpartner aus der nordperuanischen Hafenstadt Chimbote — mit ihrer verrottenden und verrostenden Fischereiflotte, Konservenindustrie und Stahlindustrie quasi das Symbol des Wirtschaftskollapses des Landes — hat inzwischen einen wichtigen Teil seiner Arbeit eingestellt. Neben der Gesundheitserziehung durch Aufklärungsarbeit wurde bis 1984, anfangs mit relativem Erfolg, ein kleines Minihospital zur Krisenintervention für unterernährte und dehydrierte Kleinkinder betrieben (das mit GTZ-Hilfe erbaute Regionalkrankenhaus erfüllte seine Funktion nicht). Diese stationäre Betreuung mußte der Projektpartner einstellen, weil immer mehr Kinder nach erfolgter Behandlung, nach erfolgter Unterrichtung der Mütter in Hygiene und Ernährung kurze Zeit später wieder in das Krankenhaus eingeliefert wurden. Die

Mütter waren und sind nicht in der Lage, ihre Kinder zu ernähren.

Stellen sie sich einmal vor, was es bedeutet, einen solchen Dienst einzustellen, quasi zu kapitulieren vor dem unaufhaltsamen Tod in den Pueblos Jóvenes von Chimbote. Die Weiterführung eines ambulanten Notdienstes war hier keine Lösung.

Unter den Veränderungen der Projektlandschaft von terre des hommes in Peru ist aber auch eine Entwicklung mit positiven Merkmalen zu verzeichnen. Hierzu zählen die schon erwähnten Volksküchen, in denen die Frauen gemeinsam einkaufen, kochen, sich organisieren — als direkter Reflex auf die katastrophale Einkommens- und Ernährungssituation. Daß diese Frauen unter primitivsten Lebensumständen neben der Arbeit und Versorgung der Kinder und der Arbeit in der Küche noch die Zeit und Kraft besitzen, sich auch über die Hintergründe ihrer Not, z. B. über die Folgen der IWF-Politik für ihr Land Gedanken zu machen, ist für mich bewundernswert. Solange diese Frauen noch politisch aktiv sind, die Maßnahmen, des Präsidenten Alain Garcia z. B. gegenüber dem IWF diskutieren,



Volksküche in Peru

besteht ein Funken Hoffnung. Dennoch dies sind Hilfsprojekte, die neben der terre des hommes-Unterstützung häufig von internationalen Nahrungsmittellieferungen abhängig sind. Als Entwicklungsprojekte kann man diese Volksküchen kaum bezeichnen.

Wie hier am Beispiel Perus skizziert, wird auch in anderen Ländern die Arbeit der Projektpartner von terre des hommes zunehmend durch die vom IWF initiierte Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihrer Substanz bedroht. Aus der *Hilfe zur Selbsthilfe* wird in immer mehr Projekten die *Hilfe zum nackten Überleben*, ohne daß die betroffenen Menschen noch eine Chance bei der Entwicklung hin zum Besseren besitzen.

Durch die IWF-Auflagenpolitik ist die Arbeit der nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen in der Tendenz, in ihrem Kern, der auf die Aktivierung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen zielt, ernsthaft gefährdet.

Wenn die Bundesregierung in ihren neuen Grundlinien der Entwicklungspolitik als obersten Leitsatz vorgibt, den ärmsten Bevölkerungsschichten der ärmsten Länder der Dritten Welt „Hilfe zur Selbsthilfe" gewähren zu wollen, so müssen wir uns angesichts der beschriebenen Situation der ärmsten Bevölkerungsschichten in Peru als Folge der von der Bundesregierung in vorderster Front mitgetragenen IWF-Politik zu fragen,

— ist diese Regierung entwicklungspolitisch schizophren? Sieht sie nicht, daß der Hilfe zur Selbsthilfe durch die IWF-Auflagenpolitik der Boden entzogen wird? Wie kann die Bundesregierung einerseits eine stärkere Förderung der NGO's propagieren, was natürlich zu begrüßen ist, tatsächlich aber durch die von ihr mitgetragene Politik des IWF die Arbeit dieser NGO's abwürgen?
— Oder ist die Entwicklungspolitik auf Regierungsebene zu einer Entwicklung von schönen Worten verkommen, die die Realität vernebelt?

Der Vollständigkeit halber sei anzumerken, daß auch die sozial-liberale Bundesregierung die Politik des IWF mitgetragen hat.

Ich möchte ganz kurz auf die Verteidiger des IWF eingehen, die behaupten, die IWF-Auflagen seien notwendig, um eine Gesundung der Staatsfinanzen zu gewährleisten. Diese Verteidiger erklären, der IWF sei ein Instrument zur Ausgleichung von Zahlungsbilanzdefiziten und nichts mehr. Formal und rein rechtlich ist diese Aussage richtig. Aber gerade deshalb müßte sich der IWF auch politisch zurückhalten, wenn es darum geht, die Ursachen der Verschuldung der Dritten Welt zu lokalisieren und daraus entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung durchzusetzen. Tatsächlich fußen die vom IWF diktierten Auflagen aber auf der klar politisch motivierten Annahme, die Dritte Welt-Länder hätten durch zu hohe Sozialausgaben, zu aktive Gewerkschaften oder durch eine fehlgeleitete Wirtschaftspolitik allein Schuld an der Krisensituation.

Vermutlich wird durch die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten der Industrieländer im Rate des IWF übersehen, das es natürlich auch die terms of trade gibt, die als Folge des von den Industrieländern beherrschten Weltmarktes den Dritte-Welt-Ländern keine Chance zur wirtschaftlichen Gesundung geben.

Ebenfalls unberücksichtigt vom IWF als Ursache für die wirtschaftliche Krise und die Verschuldung der Dritten Welt bleiben die Handelshemmnisse der Industrieländer auf Fertigwarenimporte aus der Dritten Welt sowie die von den Industrieländern der Dritten Welt geradezu aufgedrängten teuren Großprojekte auch in der Entwicklungshilfe. Weshalb werden eigentlich die Industrieländer, die hierfür Verantwortung tragen, nicht zur Rechenschaft gezogen? Weshalb fordert eigentlich der IWF nicht den Stop der Rüstungsimporte durch die Dritte Welt-Länder? Diese Rüstungsimporte haben in den 70er Jahren nach Berechnung von SIPRI zu 20 % die immense Verschuldung von ca. 1.000 Milliarden US-Dollar in der Dritten Welt mitverursacht. Liegt die Ursache für die Abstinenz des IWF in diesem Falle daran, daß die Industrieländer an Rüstungsexporten in die Dritte Welt so gut verdienen?

Es bleibt die Frage, welche Forderungen zu stellen sind. Der IWF ist nur ein Instrument, als Instrument trägt er allerdings entscheidend zur Verschärfung der Krise in der Dritten Welt bei. Deshalb sind substantielle Veränderungen in diesem Weltwirtschaftssystem notwendig — eine Forderung, die ebenfalls nicht neu ist. Kurzfristig werden allerdings zwei Dinge wichtig:

— Es muß endlich eine öffentliche Diskussion über den IWF möglich sein. Dazu wäre die Einschaltung des Parlaments notwendig. Die parlamentarische Mitwirkung bei der Festlegung der IWF-Politik wäre zu fordern.
— Quasi als Notbremse müßte eine Art Sozialverträglichkeitsklausel für die vom IWF initiierten Auflagen durchge-

setzt werden. Es darf auf keinen Fall weiter Abbau von Sozialleistungen für die Ärmsten erfolgen. Dies ist keine grundsätzliche Änderung, aber die Verhinderung des Schlimmsten.

Nachbemerkung zum Vortrag

Innerhalb des Vortrages nehmen konkrete politische Forderungen nur wenig Raum ein. Dies hat mehrere Gründe:

— Als Hilfsorganisation und 3. Welt-Bewegung sieht terre des hommes seine Aufgabe eher darin, Politiker auf Probleme hinzuweisen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Die politische Umsetzung, zu der die Ausarbeitung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zählt, ist Sache der politisch Verantwortlichen, die von uns nicht die Lösung der von ihnen verursachten Probleme erwarten können.

— Zur Umgestaltung der IWF-Politik im Detail oder zur Einbettung der IWF-Maßnahmen z. B. in Programme der Weltbank gibt es viele Vorstellungen, die unter den Mitgliedern von terre des hommes diskutiert werden. Diese Diskussion hat bisher noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. Eine Position innerhalb unserer Mitglieder vertritt den Standpunkt (den ich persönlich teile), daß eine „Reform" des IWF per se unsinnig sei, da der IWF historisch und faktisch ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen der Industrieländer ist und somit keine reformerische Maßnahme (auch eine Änderung der Stimmenverhältnisse im Rat) nicht die grundsätzliche Problematik des IWF im Rahmen der weltwirtschaftlichen Gegebenheiten ändern kann.

— Die beiden von terre des hommes zur Zeit vertretenen Forderungen sollen deshalb — lediglich als erste Schritte — zum einen eine parlamentarische und damit öffentliche Diskussion ermöglichen, zum anderen durch Ausschaltung bestimmter sozialpolitischer Auflagen des IWF die verheerendsten Auswirkungen der IWF-Politik auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen stoppen.

Klaus Schmidt



The Development Set

Excuse me, friends, I must catch my jet —
I'm off to join the Development Set;
My bags are packed, and I've had all my shots,
I have traveller's checks and pills for the trots.

The Development Set is bright and noble,
Our thoughts are deep and our vision global;
Although we move with the better classes,
Our thoughts are always with the masses.

In Sheraton Hotels in scattered nations
We damn multinational corporations,
Injustice seems easy to protest
In such seething hotbeds of social rest.

We discuss malnutrition over steaks
And plan hunger talks during coffee breaks.
Whether Asian floods or African drought,
We face each issue with an open mouth.

We bring in consultants whose circumlocution
Raises difficulties for every solution —
Thus guaranteeing continued good eating
By showing the nees for another meeting

Consultants, it's said, belive it no crime
To borrow your watch to tell you the time.
Their expenses, however, are justified
When one thinks of the jobs they might later provide.

The language of the Development Set
Stretches the English alphabet;
We use swell words like "epigenetic",
"micro", "macro" and "logarithmetic".

It pleasures us to be so esoteric —
It's so intellectually atmospheric!
Ant though establishments may be unmoved,
Our vocabularies are much improved.

When the talk gets deep and you're feeling dumb
You can keep you shame to a minimum:
To show that you, too, are intelligent
Smugly ask, "Is it really development?"

Or say, "That's fine in practice, but don't you see!
It doesn't work out in theory!"
A few may find this incomprehensible,
But most will admire you as deep and sensible

Development Set homes are extremely chic,
Full of carvings, curios, and dabbed with batik.
Eye-level photographs, subtly assure
That your host is at home with the great and the poor!

Enough of these verses — on with the mission!
Our task is as broad as the human condition
Just pray God the biblical promise is true.
The poor ye shall allways have with you.

Begriffserklärungen

BIP: Bruttoinlandsprodukt: Die Summe aller (zu Marktpreisen bewerteten) in einer Periode (in der Regel: einem Jahr) hergestellten Güter (Waren und Dienstleistungen), wobei die Abschreibungen (z. B. für den Verschleiß von Maschinen) enthalten sind. Im Gegensatz zum Bruttosozialprodukt (BSP) erfaßt das BIP nur die innerhalb der Landesgrenzen von Inländern und Ausländern erbrachte Güterproduktion. Brutto- und Nettoinvestitionsquote: Anteil der Bruttoinvestition/Nettoinvestition am Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.

Direktinvestitionen: Form der Auslandsinvestitionen. Devisen stellen einen Kapitalexport durch Wirtschaftssubjekte eines Landes (v.a. Multis) in ein anders Land dar, mit dem Ziel, dort Immobilien zu erwerben, Betriebsstätten oder Tochterunternehmen zu errichten oder ausländische Unternehmen zu erwerben.

Exportindustrialisierung: Teil eines (wirtschaftspolitischen) Entwicklungskonzeptes für Länder der ‚Dritten Welt', nach dem mit einer konkurrenzfähigen Exportindustrie (meist Konsumgüter, Devisen erwirtschaftet werden, die die notwendigen Importe finanzieren sollen. Ein Industrialisierungsprozeß wird so in Gang gesetzt.

Externe Ersparnisse: Aus der Sicht des Kreditnehmers Ersparnisse ausländischer Volkswirtschaften, die vermittelt über das internationale Finanzsystem als Kredite ausgeglichen werden.

Importsubstitutionen: Ersetzung von bislang importierten Gütern durch Herstellung im Inland.

Liquidität: Die durch Geld oder Tauschmittel vorhandene Möglichkeit zu kaufen.

Nichttarifäre Handelshemmnisse: Alle Gesetze, Verwaltungsvorschriften und -praktiken, die neben Zöllen den Warenverkehr beeinträchtigen, z. B. mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, strenge Anforderungen an Verpackung und Kennzeichnungen.

nominal: Dem Nennwert nach.

positive Zinssätze: Zinssätze oberhalb der Inflationsrate.

relative Preisstruktur: Preisverhältnis verschiedener Waren zueinander. Steigt der Preis einer Ware im Verhältnis zu einer Ware, kann das auf gestiegene Kosten oder gestiegene Nachfrage zurückgeführt werden. In der Folge weden Produktion und Nachfrage beeinflußt.

Ressource: Hilfsquelle und Hilfsmittel, die im weitesten Sinne für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen geeignet sind, wie z. B. Arbeitskraft und Bodenschätze.

Surplus: Überschuß, Gewinn, Profit.

Terms of Trade: Das Verhältnis eines Index der Ausfuhrpreise zu einem Index der Einfuhrpreise. Ein sinkendes Verhältnis der Terms of Trade bedeutet, daß die Einfuhrpreise schneller steigen als die Ausfuhrpreise, d. h. ein Land kann mit derselben Menge an Exportwareneinheiten weniger Wareneinheiten importieren.

$$\text{Terms of Trade: } \frac{\text{Index (Ausfuhrpreise)}}{\text{Index (Einfuhrpreise)}}$$

Territoriale Ersparnis: Interne Ersparnis zuzüglich des Nettoeinkommenstransfers ans Ausland.

Zahlungsbilanz: Aufstellung sämtlicher „Geschäfte" mit dem Ausland. Dabei werden sowohl Einnahmen als auch Ausgaben, die sich aus solchen Geschäften ergeben, eingetragen.

Handelsbilanz: Die Handelsbilanz ist in der Zahlungsbilanz enthalten, sie ist ein Teil davon. Sie erfaßt die Einnahmen aus dem Export von Waren und die Ausgaben für den Warenimport. Sind die Exporte größer als die Importe, so liegt eine positive Handelsbilanz vor; umgekehrt: eine negative Handelsbilanz, wenn die Importe die Exporte übersteigen.

Leistungsbilanz: Faßt die Handelsbilanz, die Dienstleistungsbilanz (Ausgaben und Einnahmen aus dem Ex- und Import von Dienstleistunge, z. B. Kapitalerträge, Dienstleistungen in Verbindung mit dem Reiseverkehr) und Übertragungsbilanz (sog. unentgeltliche Leistungen, wie z. B. Überweisung ausländischer Arbeitskräfte) zusammen.



In eigener Sache!

Die Arbeitsgruppe **„Bevölkerungspolitik"** bei den ‚blättern des iz3w' wünscht sich Kontakte, Tips und Materialhinweise zum Thema. Wir wollen das Problem zunächst möglichst umfassend und unter allen möglichen Aspekten diskutieren, um später ein sinnvolles Konzept für einen Themenschwerpunkt in den ‚blättern' erstellen zu können. Wer und Hinweise geben kann, bitte an **Informationszentrum Dritte Welt, c/o AG Bevölkerungspolitik, Postfach 5328, 78 Freiburg.**

Literaturliste zum Thema Internationale Verschuldung/IWF/Weltbank

Altvater, E.: **Der Teufelskreis der Auslandsverschuldung — Der Weltmarkt auf dem Weg in eine Kreditkrise?**, in: Prokla, Nr. 52, 1983.

ders.: **Das Ende vom Anfang der Verschuldungskrise**, in: WSI-Mitteilungen, 37. Jg., Nr. 4, 1984.

ders.: **Eine Frage von Krieg und Frieden**, in: Mosquito Nr. 8, 1985.

Bird, G.: **Developing Country Interests in Proposals for international Monetary Reform**; In: Adjustment and Financing in the Developing World ed. by T. Killik, Washington, D.C. 1982.

Boeck, K.: **Die währungspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer zur Schaffung einer NWWO**, Hamburg 1978.

Bennholdt-Tomsch, V.: **Investition in die Armen**; zur Entwicklungspolitik der Weltbank, in: Lateinamerika 4, Olle & Wolter 1980.

Betz, J.: **Verschuldungskrise der Dritten Welt?**, in: Jahrbuch Dritte Welt Nr. 1, München 1983.

Crocket, A.D.: **Stabilization Policies in Developing Countries: Some Policy Considerations**, in: IMF Staff Papers, Vol. 28 (1981), No. 1 (March).

Eberhart, H.: **Zur Politik des IWF in Jamaica**, in: Prokla, 11. Jg. (1981), Nr. 1 (Heft 42).

Fields, G.S.: **Poverty, Inequality and Development**, New York 1980.

Gerster, R.: **Fallstricke der Verschuldung.** Der IWF und die EL. Basel 1982, 328 S.

Guitan, M.: **Economic Management and IMF Conditionality.** in: Adjustment and Financing in the Developing World, ed. by T. Killik. Washington, D.C. 1982.

Herlt, R.: **Der Baker-Plan zur Lösung der internationalen Schuldenkrise**, in: Europa-Archiv, 1986, 6.

Hankel, W.: **Die Schuldenkrise, ein Problem der Dritten oder der Ersten Welt?** Umschuldung oder Schuldenerlaß? in: Blätter f. deutsche u. internationale Politik Nr. 1, 1984.

Hürni, B.: **Die Weltbank, Funktion und Kreditvergabepolitik nach 1970**; Diessenhofen 1980.

IDA (Hrsg.): **IDA in Retrospect**: The First Twenty Years of the IDA Washington, D.C. 1982.

IWF-Weltbank, Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knüppel für die Dritte Welt?, hrsg. vom AK-Entwicklungspolitik im BdkJ/Stuttgart 1985.

Kampffmeyer, T.: **Die internationale Schuldenkrise — Probleme und Perspektiven**, in: Esser, K. u.a. (Hrsg.), Weltwirtschaftliche Veränderungen — Implikationen für Lateinamerika, 1984.

Kessler, W.: **Der IWF und die Sozialdemokratie.** Verlag Wolfgang Herting-Gorre Konstanz 1982.

Killig, T.: **The Quest for Economic Stabilization.** The IMF and the Third World, sowie The IMF and Stabilization. Developing Country Experiences. London 1984.

Kindleberger, C.P.: **Nicht von der Natur eines Krachs**, in: Industrie, Wien, nachgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 38 v. 18. 4. 83.

Körner, P. u.a.: **Im Teufelskreis der Verschuldung.** Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt. Hamburg 1984.

Knieper, R.: **Zurichtung nationaler Politik durch internationales Recht?** In: Kritische Justiz (Jg. 12, Heft 3 Ffm 1979).

Leithäuser, G.: **Der IWF und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seinem Einflußbereich**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1973), Nr. 3.

Lichtensztejn, S.: **Zur Stabilisierungspolitik in Lateinamerika**, in: Lateinamerika 6, Berlin 1982.

Meschkat, K.: **Weltbank, Nationalstaat und Kleinbauern.** Zu den ökonomischen, sozialen und politischen Zielen des Programms integrierter ländlicher Entwicklung in Kolumbien. in: Staat und Entwicklung, hrsg. von R. Hanisch und R. Tetzlaff. Frankfurt/New York 1981.

Meschkat, K.: **Kredite statt Land**, das Kleinbauernprogramm der Weltbank in Kolumbien. in: Lateinamerika 4/1980.

Michelsen, H., u.a.: **Banken, Kredite und die „Dritte Welt"**, hrsg. vom Ak. Entw. pol. im BdkJ/Stuttgart 1986.

Niessen, B.: **Der Aufbau der Weltbank**, in: Das Trojanische Pferd — Die „Auslandshilfe" der USA, hrsg. von St. Weismann, Berlin 1975.

Nord-Süd-Kommission („Brandt-Kommission"): **Das Überleben Sichern**; Köln 1980 (Kap. 13, S. 253ff.).

Payer, Ch.: **IWF und Dritte Welt**, in: Das Trojanische Pferd — Die Auslandshilfe der USA, hrsg. von St. Weismann, Berlin 1975.

ders.: **The Dept Trap.** The IMF and the Third World, Harmondsworth 1976.

ders.: **The World Bank.** A Critical analysis. New York 1982.

Schäfer, H.B.: **Gefährdete Weltfinanzen.** Bonn 1980.

Schmidt-Biesalski, A., Banzhaf, G. (Hrsg.): **Geld regiert die Welt**, Ein Lern- und Arbeitsbuch, Wuppertal 1985.

Schubert, A.: **Internationale Kreditumschuldungen, Flickschusterei im Weltmaßstab**, in: links, Nr. 156, 1983.

ders.: **Die internationale Verschuldung**, Frankfurt 1985.

ders.: **Verschuldungskrise**: Mit einem neuen Grundkonsens den weiteren Zerfall verhindern, in: WSI-Mitteilungen, 37. Jg., Nr. 4, 1984.

Simonis, U.E. (Hrsg.): **Externe Verschuldung — interne Anpassung**, Berlin 1984.

Streeten, P.: **First Things First: Meeting Basic Human Needs in the Developing Countries**; Oxford University Press 1981.

Tetzlaff, R.: **Die Weltbank**, München/London 1980.

ders.: **Die Weltbank, Anwalt der Armen?**, in: Der Überblick, Sept. 1981.

The Dept Crisis in Latin America, Institute of Latin American Studies, Stockholm 1986.

Verschuldung, Ausblick vom Schuldenberg, in: Lateinamerika-Nachrichten, Juli 1986.

Weltbank: **Welt- Entwicklungsbericht 1986.**

Weltwirtschaftskrise und Schuldnerkartell, Nahua script 7, hrsg. vom Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal 1985.

World Bank: **Debt and the Developing World.** Current Trends and Prospects (an Abriged Version of World Debt Tables 1983—84 Edition), Washington D.C., 1984.

Zeitschriften:

- Entwicklung und Zusammenarbeit (E + Z),
- Finanzierung und Entwicklung (F + E), Vierteljahreshefte des IWF,
- Solidarität, (SKAAL), Nr. 67, Mai 1982, Zürich, „Im Würgegriff des Währungsfonds",
- EPK, Heft 2/1983, Bezug: epk, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 19, Preis: 4,— DM,
- EPK, Heft 17/1984, Bezug: epd, Postfach 17 03 61, 6000 Frankfurt 17, Preis: 3,— DM,
- Peripherie, Nr. 15/16 — Weltwirtschaftskrise, Bezug: FDCL Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Preis: 16,— DM,
- Der Überblick, 4/85; 3/86.
- Blätter des Iz3w, Nr. 119, August 1984.
- Blätter des Iz3w, Nr. 121, November 1984.

Thailand auf dem Weg zur Demokratie?

Am 27. Juli dieses Jahres haben in Thailand Parlamentswahlen stattgefunden, aus denen die Kandidaten der „Democrat Party" als die großen Sieger hervorgegangen sind. Premierminister General Prem hatte auf eine Abstimmungsniederlage am 1. Mai mit der Auflösung des Parlaments reagiert, da schon seit dem Putschversuch vom September letzten Jahres die Regierungskoalition immer brüchiger geworden war.

Putschisten am Morgen des 9. Sept. 1985, Bangkok

Der gescheiterte Putsch

Am Morgen des 9. September 1985 gegen 8.30 Uhr meldeten verschiedene Radiostationen des Landes, daß ein neugegründetes „Revolutionskomitee" sich des Regierungshauses und einiger Radio- und Fernsehstationen bemächtigt hätten. Knapp zehn Stunden später war der Spuk wieder vorüber. Einige jüngere Offiziere wie der Putschführer Leutnant Manoon gelten bis heute als flüchtig, einige Hintermänner dagegen, unter ihnen der ehemalige Premierminister General Kriangsak, wurden prompt verhaftet.[1]

Kaum jemand in Bangkok schenkte der regierungsamtlichen Version Glauben, wonach eine Gruppe von Militärs unter der Führung von Leutnant Manoon, die „Young Turks", eine Regierung aus vergreisten ehemaligen Generälen in den Sattel zu heben beabsichtigten, um dadurch ihre Rückkehr in die Armee zu erzwingen, aus der sie nach einem fehlgeschlagenen Putsch im April 1981 hinauskomplimentiert worden waren. Fragen nach den wahren Hintermännern Manoons und deren Intentionen bestimmten die Diskussionen. War womöglich ein Erfolg des Putsches gar nicht beabsichtigt?[2]

Heute ist bekannt, daß an dem Machtpoker während jener Nacht ausnahmslos alle wichtigen Gruppen und Fraktionen der herrschenden Klasse Thailands beteiligt waren, die schon in der Vergangenheit ihre Machtansprüche deutlich zum Ausdruck gebracht hatten. Schon in den Wochen und Monaten zuvor war offensichtlich geworden, daß sich bei der Vergabe von Machtpositionen und Pfründen immer schwerer Kompromisse finden ließen, die Harmonisierung der Widersprüche zwischen Militär und ziviler Bürokratie, sowie zwischen bestimmten Fraktionen innerhalb des Militärs sich immer schwieriger gestalteten.

Interessengegensätze von Militärs und Politikern

Bei dem gescheiterten Putsch vom September 1985 handelte es sich um den 15. Coup seit der Ablösung der absoluten durch die konstitutionelle Monarchie im Jahre 1932. Damals war jungen, nationalistischen Offizieren ein Staatsstreich geglückt. Wenn auch in den letzten neun Jahren alle Putschversuche gescheitert sind, verdeutlichen die Ereignisse vom 9. September, daß große Teile des Militärs, einige Politiker und einflußreiche Geschäftsleute noch immer eine Armee-Rebellion als probates Mittel ansehen, um ihre Einflußsphäre zu verteidigen oder zu erweitern.

Während in den früheren Jahren Putschisten im Namen der nationalen Sicherheit aufzutreten pflegten, schieben sie seit der Zerschlagung der kommunistischen Guerilla, Anfang der 80er Jahre, wirtschaftliche Gründe vor. Neben persönlichen Ambitionen und schlichtem Machthunger deuten alle Putschversuche der vergangenen zehn Jahre auf einen zunehmenden Widerspruch zwischen der alten Militärelite und den Politikern im Parlament. Die Politiker sehen sich als die Vertreter des modernen, erstarkenden kapitalistischen Sektors der Gesellschaft, während Teile des Militärs dazu neigen, das alte Kräftegleichgewicht trotz veränderter ökonomischer Verhältnisse gewaltsam aufrechtzuerhalten. Ein anderer Flügel des Militärs setzt dagegen auf einen Ausgleich mit den Interessen der städtischen Intelligenz, der Technokraten, der Bankiers, der Manager, der Geschäftsleute, der Fabrikbesitzer und der Großhändler, die zur reibungslosen Abwicklung ihrer Geschäfte ein eher pluralistisch-demokratisches Gesellschaftsmodell favorisieren. Doch auch die Geschäftsleute sind keineswegs als einheitliche Interessengruppe anzusehen. Etliche Großunternehmer sind seit Jahrzehnten eng mit der militärischen Elite verbunden und pensionierte Generäle pflegen diverse Vorstandsposten innezuhaben. Die Militärs finden dadurch Zugang zu neuen Einkommensquellen, die Großunternehmer, oft ethnische Chinesen, versprechen sich durch derartige Beziehungen Schutz und Marktvorteile gegenüber ihren Konkurrenten.

Einer der Hauptkonflikte zwischen Militärs und Regierung im letzten Jahr, war die Kontroverse um riskante Geldtransaktionen, den „chit-fund", die zu den beliebtesten Gesellschaftsspielen der thailändischen Oberschicht, insbesonders aber hoher Militärs, gehören. Es handelt sich dabei um Geldspiele, wie das Goldkreisspiel, das letztes Jahr in der BRD verbreitet war, bei denen die hohen Gewinne der einzelnen Teilnehmer aus neuen Einlagen bestritten werden. Diese Gel-

der fehlen dann für Investitionen. Vor allem Bankvertreter hatten Front gemacht gegen Geldspiele dieser Art, da ihnen dadurch beträchtliche Kapitalmengen entzogen wurden.

Zu dem größten und umstrittensten hatte sich während der letzten Jahre der „oil-share chit fund" von „Mutter Chamoy", einer reichen Geschäftsfrau und Gattin eines hohen Militärs entwickelt, den die Regierung Prem Anfang 1985 für nicht Rechtens erklärte und zum Einsturz brachte.[3]

Interessensgegensätze innerhalb des Militärs — die Kontrahenten Arthit und Chaovalit

Bis zu seiner Absetzung Ende Mai dieses Jahres stand General **Arthit Kamlang-ehk** an der Spitze der thailändischen Armee. Er verdankte seinen kometenhaften Aufstieg dem gescheiterten Putsch der „Young Turks" vom April 1981, bei deren Niederschlagung er sich zu profilieren verstanden hatte. Er war bekannt für seine regelmäßigen und öffentlich vorgetragenen Ausfälle gegen die Regierung Prem, und man sagte ihm Ambitionen auf die Stelle des Premierministers nach.

Anfang der 70er Jahre hatte er an der Seite der US-Streitkräfte am Krieg in Vietnam und Laos teilgenommen. In den Jahren danach war er maßgeblich beteiligt an der Unterdrückung und Niederschlagung der kommunistischen Guerilla im Nordosten Thailands. Während der letzten Jahre versuchte er wiederholt, durch Kritik bis hin zu offenen Drohungen politische Entscheidungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Vergeblich suchte er vor ein paar Jahren, die Annahme einer Verfassung durch das Parlament zu verhindern, derzufolge es aktiven Militärs untersagt ist, Regierungsämter zu bekleiden. Im November 1984 kritisierte er die Abwertung des Baht durch die Regierung und drohte offen damit, ihr seine Loyalität zu entziehen. Seinen letzten Erfolg konnte er im April 1985 verbuchen, als ihm eine Verlängerung seiner Amtszeit um ein Jahr durchzusetzen gelang.[4]

Seit Monaten nun befanden sich die Aspiranten um die Nachfolge Arthits auf den Posten des Oberkommandierenden der Armee in heftiger Konkurrenz zueinander. Da war zum einen Generalleutnant **Pichit Kullavanich**, gegenwärtig Armeekommandant der ersten und wichtigsten Militärregion (Bangkok und die Zentralebene) und Generalleutnant **Chaovalit Yong-chaiyuth**, stellvertretender Stabschef, zum anderen. Während ersterer als „hard-liner" und enger Vertrauter Arthits gilt und überdies die Sympathie des Königshauses genießt, wird Chaovalit, der mehrfach im Machtkampf zwischen Prem und Arthit seinen Einfluß für den Premierminister geltend gemacht hat, als moderater Militärstratege eingeschätzt. Er wird als die treibende Kraft einer Politik angesehen, die im Kampf gegen „Subversion" politischen gegenüber militärischen Maßnahmen den Vorrang einräumt. So sehen viele in Chaovalit den Initiator jener Regierungspolitik, die per Dekret den Überläufern aus den Reihen der kommunistischen Guerilla eine Amnestie gewährte, wovon Anfang der 80er Jahre tausende von Bauern und Studenten Gebrauch machten. Letztere hatten sich in großer Zahl nach dem blutigen Militärputsch vom Oktober 1976 den vorwiegend sich aus Landbevölkerung rekrutierenden bewaffneten Einheiten der Kommunistischen Partei Thailands (CPT) angeschlossen. Als Anfang der 80er Jahre die von ihnen kontrollierten Gebiete immer stärker unter militärischen Druck gerieten, wichen sie vor den Regierungstruppen bis auf wenige Stützpunkte im Süden Thailands zurück, und die Mehrzahl ihrer Anhänger ergaben sich und kehrten in die Dörfer und Städte zurück.

Als ein für die thailändische Mittel- und Oberschicht typisches Sozialmuster gelten die hoch bewerteten und meist dauerhaften Freundschaftsbeziehungen aus den Zeiten des gemeinsamen Besuchs von Ausbildungsstätten wie College, Universität oder Militärakademie.[5] So laufen politische Loyalitäten innerhalb der thailändischen Armee in der Regel entlang von „Klassen"-Linien unter Angabe des Jahres, in welchem der akademische Grad an der Chulachomklao Militärakademie erworben wurde, die nach einem US-inspirierten, dem überarbeiteten „West-Point Curriculum" lehrt. Da sind zunächst die Abgänger der **5. Klasse**, die loyal zu Chaovalit zu stehen scheinen und innerhalb der Armee die stärkste Macht verkörpern, da sie das Kommando über 11 von 13 Divisionen führen. Sie gelten als verfeindet mit den jüngeren Abgängern der **7. Klasse**, den „Young Turks", die Ende der 70er Jahre über großen Einfluß in



Prem und der König

der Armee verfügten und General Kriangsak gegen den ultrarechten Thanin als Premierminister in den Sattel hoben und auch an der Machtübernahme durch Prem 1979 beteiligt waren, mit dem sie sich allerdings später überwarfen.

Von thailändischen wie von ausländischen Beobachtern in Bangkok war übereinstimmend in der Beurteilung des Putschversuchs vom 9. September 1985 davon ausgegangen worden, daß er sein Hauptmotiv aus der Rivalität zwischen Chaovalit und Arthit/Phichit bezieht. Während Phichit bislang aufgrund seiner engen Kontakte zu Arthit als dessen sicherer Nachfolger galt, gelang es Chaovalit, durch geschickte Schachzüge seine Machtposition schrittweise auszubauen. Als wenige Wochen vor dem Putschversuch die jährlichen Beförderungen bekannt wurden — entgegen der üblichen Praxis zum ersten Mal nicht in der Presse veröffentlicht — wurde deutlich, daß sie erneut die Fraktion um Chaovalit und Prem stärken würden zu ungunsten jener von Phichit und Arthit. So wurden denn allgemein den Beteuerung Pichits, mit dem gescheiterten Putschversuch nichts zu tun zu haben, wenig Glauben geschenkt.[6]

Rolle des Königshauses

Im Dunkeln und von Gerüchten umgeben war und ist die Rolle der Monarchie in dem politischen Geschehen des Landes. Die mangelnde Bereitschaft der Thais, hierüber zu sprechen oder zu schreiben, hängt zum einen damit zusammen, daß das Wort „Politik" in der thailändischen Sprache eine negative Bedeutung besitzt und der König und sein Name nicht in Beziehung gebracht werden soll mit den Vulgärangelegenheiten des politischen Geschehens. Wo zum anderen diese Bereitschaft zur Auseinandersetzung besteht, wird selbst schon auf die harmloseste Kritik an dem Monarchen oder seinen Familienmitgliedern mit hohen Gefängnisstrafen reagiert. So geschehen zum Beispiel im Falle des bekannten konservativen Sozialkritikers Sulak Sivaraksa, der 1983 erst nach mehrmonatiger Haft und nur infolge zahlreicher Proteste aus dem In- und Ausland wieder freigelassen werden mußte.[7]

Spätestens seit Beginn der 70er Jahre ist es offensichtlich, daß keine politische Entscheidung von größerer Tragweite seitens der Regierung oder des Militärs gefällt wird, ohne nicht zuvor sich der Zustimmung des Königshauses versichert zu haben. Durch ein geschicktes Taktieren mit wechselnden Loyalitäten, aber auch gestützt auf sein religiöse Züge tragendes Charisma und Ansehen, welches er unter der Masse der Bevölkerung aller Klassen und Schichten genießt, hat er während seiner fast 40jährigen Herrschaft zahlreiche Konstitutionen, Militärputsche, Wahlen, zivile und militärische Regierungen schadlos überstanden. Im Gegenteil: die ökonomische und politische Macht des Königshauses erscheint heute stärker denn je. Im Kommen und Gehen machthungriger, korrupter und unterdrückeri-

scher Politiker und Militärs ist es dem König gelungen, durch gezielte Präsentation und unter Ausnutzung aller Medien sich selbst als die Verkörperung von Kontinuität, Tugend und Integrität im Bewußtsein der Menschen einzugraben.

Parlamentsauflösung und die Absetzung Arthits

Die vorgezogenen Wahlen zum Parlament vom 27. Juli 1986 waren notwendig geworden, nachdem Premierminister Prem am 1. Mai das Parlament aufgelöst hatte — als Reaktion auf eine knappe Niederlage der Regierungskoalition bei der Abstimmung über die Einführung einer Dieselkraftstoff-Steuer. Diese Abstimmungs-Niederlage kam dadurch zustande, daß 43 Abgeordnete der Social Action Party (SAP) zur Opposition übergelaufen waren. Doch der Sturz der Regierung wäre nicht möglich gewesen ohne die Einmischung des „starken" Mannes der Armee, des Oberkommandierenden General Arthits. Verärgert über die Ablehnung Prems in Sachen einer erneuten Verlängerung seiner Amtszeit scharten er und seine Anhänger die Opposition und die SAP-Abtrünnigen um sich, um die Regierung unter Prem zu stürzen. Es wurde in der thailändischen Presse offen darüber spekuliert, welche Summen dabei den Besitzer gewechselt haben und welche Unternehmen und Geschäftsleute in diese Transaktionen verwickelt gewesen sind. Der Regierungssprecher Trairong deutete an, daß ein Teil der Gelder aus dem Geheimfond der Armee stammte, für den Arthit direkt verantwortlich zeichnete. Wo Bestechungen nicht fruchteten, sahen sich potentielle Kandidaten massiven Drohungen von Arhit-freundlichen Militärs gegenüber, sobald sie ihre Bereitschaft erklärten, für die „Democrat-Party" oder die SAP zu kandidieren.[8]

Arthits Hoffnungen waren darauf gerichtet, im Falle eines Wahlerfolgs der zu ihm loyal stehenden Parteien sich von diesen als Regierungschef wählen zu lassen, und dann in seiner Eigenschaft als Premier- und eventuell auch als Verteidigungsminister hohe Armeepositionen mit seinen Günstlingen zu besetzen. Doch mit einem überraschenden wie spektakulären Schritt dreht Prem den Spieß herum: Am 28. Mai verkündet er die Entlassung Arthits und dessen Ablösung durch seinen schärfsten Rivalen, Generalleutnant Chaovalit. Zum ersten Mal in der Geschichte des thailändischen Militärs war ein Oberkommandierender der Armee durch ein Regierungsdekret vorzeitig in den Ruhestand geschickt worden — ein in der thailändischen Presse als „sehr gewagt" und „riskant" bezeichneter Schritt. In der Tat war in den Tagen danach das politische Klima in Bangkok zum Zerreißen gespannt. Die Regierung sah sich gezwungen, in offiziellen Erklärungen Putschgerüchten entgegenzutreten. Alle großen thailändischen Zeitungen mahnten zur „nationalen Einheit" und „Versöhnung", begrüßten aber durchweg den Schritt der Regierung und drückten ihre Hoffnung aus, daß nun die Zeit permanenter Einmischung des Militärs in politische Angelegenheiten vorüber sei. Premierminister Prem, der seine Maßnahmen aus dem fernen Korat verkündet hatte, traute sich erst Tage später und nur unter den schärfsten Sicherheitsvorkehrungen nach Bangkok zurückzukehren.[9]

Während des folgenden Monats entspannte sich das politische Klima in Bangkok zusehens. In einer ersten Erklärung nach seiner Ernennung zum Oberkommandierenden der Armee kündigte Chaovalit an, die Armee künftig aus politischen Entscheidungen heraushalten zu wollen, und er sicherte dem gewählten Parlament seine Loyalität zu.[10] Andererseits erklärte er nur wenige Wochen später: „Die Militärs werden nicht untätig bleiben, wenn die neue Regierung die Interessen des Volkes aus den Augen verlieren sollte."[11]

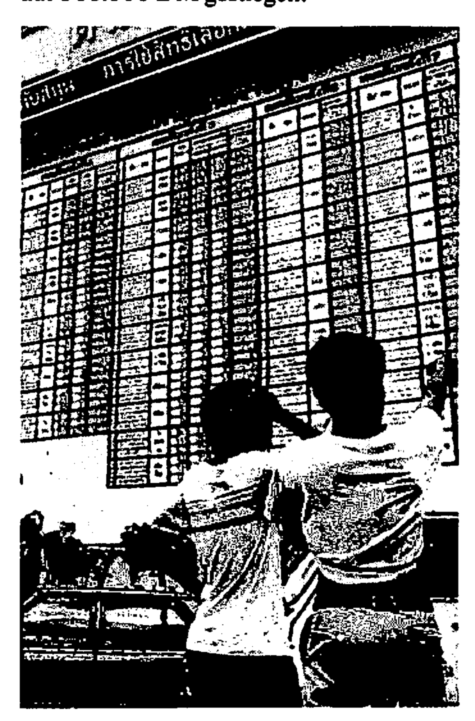
Die Wahlen vom 27. Juli 1986

Wie schon vor drei Jahren versuchten sich die Kandidaten der diesjährigen 16 Parteien im Wahlkampf gegenseitig an Versprechungen zu überbieten, verhießen sie höhere Löhne, Schaffung neuer Arbeitsplätze, gesicherte Abnehmerpreise für landwirtschaftliche Produkte, vermehrte Investitionen und Herabsetzung des Ölpreises.

„Die Leute hier im Dorf sind an der Person interessiert und weniger an der Partei. Wir wählten ihn, weil er von hier stammt, und wir dachten, er würde seinen Einfluß für uns geltend machen", erzählt der 52jährige Bueng Oh, Bauer und Dorfchef eines kleinen Weilers in der Zentralebene Thailands, angesprochen auf den Abgeordneten, einen pensionierten Polizeigeneral der **‚Chart Thai-Partei'**, den die Bauern der Gegend dort vor drei Jahren in das Bangkoker Parlament gewählt hatten. Doch ihre Erwartungen wurden enttäuscht. Obwohl der Parlamentarier in der nahen Kleinstadt eine prächtige Villa besitzt, sah man ihn in drei Jahren ganze zwei Mal in seinem Haus.[17] „Sie (die Kandidaten) versprechen uns viel, aber halten nichts. Sie sind bloß an ihrer neuen Stellung im Parlament interessiert und wollen sich einen großen Namen machen. Die Politiker in Bangkok sind nicht an uns armen Bauern interessiert", sagt ein anderer Bauer aus der gleichen Gegend, und er drückt damit exakt die Haltung von Thailands 40 Millionen in der Landwirtschaft Beschäftigten aus.[18]

Dennoch, Druck und vor allem Geld sorgten auch diesmal wieder dafür, daß rund Zweidrittel der Bevölkerung an den Wahlen teilnahm. Provinzbeamte hatten bereits zuvor die Summe, die dabei ausgegeben werde, auf 400 Millionen DM veranschlagt. Befragt, ob auch er Geld entgegengenommen habe, verneint dies der Dorfchef Bueng Oh, doch räumt er ein, während der Wahlkampagne zu einem großen Essen eingeladen worden zu sein. Auf die Frage, ob dies sein Wahlverhalten beeinflußt habe, antwortet er: „Wenn dir jemand etwas gibt, so mußt du seine Gabe erwidern, andernfalls begehst du eine Sünde."[19]

Alles ist teurer geworden, auch die Kandidatur zu den Parlamentswahlen in Thailand. Der Preis für einen Sitz im Parlament in Bangkok ist von 300.000 DM auf 500.000 DM gestiegen.[20]



Wahltafeln in Bangkok

Zwischen fünf und zehn DM werden in der Regel für eine gekaufte Stimme bezahlt. Als Vermittler dienen die Dorfchefs, denen der Kandidat etwa 2000 DM bar auf die Hand zahlt und nach den Wahlen noch einmal 4000 DM, wenn es ihnen gelungen ist, 500—700 Stimmen zu mobilisieren. Die Versuchung, sich gleich von mehreren Politikern honorieren zu lassen, ist für den Dorfchef natürlich groß. Daher finden sich unter den Mordopfern nach Wahlen immer besonders viele Dorfbürgermeister. Für 1500—2000 DM läßt sich in Thailand mühelos ein Killer anheuern. Die großzügigen Geldausschüttungen erklären aber auch, warum die Wahlbeteiligung auf dem Land (70—80 %) besonders hoch, in Bangkok dagegen relativ niedrig (37 %) war. Von fünf oder zehn DM lassen sich in der Regel die städtischen Mittelschichtler eben nur wenig beeindrucken im Gegensatz zu der durchweg sehr armen Landbevölkerung.[21]

Die Gewinner der Wahl

Es war die **„Democrat-Party"**, die als der große Gewinner aus den Wahlen hervorging. Sie erhöhte ihren Anteil an den Sitzen des Unterhauses von 56 auf 100 und wird zusammen mit der bisherigen Oppositionspartei, der **„Chart Thai-Party"**,

Randale im Urlaubsparadies

Nachdem der Wahlkampf für thailändische Verhältnisse ungewöhnlich friedlich verlaufen war, sorgten ausgerechnet die Bewohner des Urlaubsparadieses Phuket nur wenige Wochen vor dem Urnengang für einige Unruhe: Am Rande einer Massendemonstration, an der sich rund 100.000 Menschen auf der 860 km südlich von Bangkok gelegenen Insel beteiligten, kam es am 23. Juni zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf das Objekt des Unmuts, eine neuerbaute Fabrik zur Gewinnung von Tantal in Flammen aufging. Auch im Rathaus und im Luxushotel Merlin, in dem man den Industrieminister vermutete, wurde Feuer gelegt und thailändische Bankniederlassungen mit Steinwürfen bedacht. Die 200 Provinzpolizisten hielten sich angesichts der Übermacht vornehm zurück, nachdem einige ihrer Autos ebenfalls in Brand gesteckt worden waren. Auf rund 225 Millionen Mark bezifferten Experten den Schaden, den die Verwüstungen angerichtet hatten. Die Regierung deutete bereits an, daß die Zerstörungen zu groß seien, um die Fabrik am gleichen Orte wieder aufzubauen.[12]

Bereits am 1. Juni 1986 hatten 50.000 Bewohner der Insel auf einer Demonstration von der Regierung verlangt, die Inbetriebnahme der Anlage zu verhindern.[13] Einem Aktionsbündnis von Phuket-Studenten an 24 Hoch- und Fachschulen des Landes hatten sich mehrere Umweltschutz-Gruppen angeschlossen; die Gewerkschaften der Minenarbeiter, Vertreter der Tourismus-Industrie, Händler und Journalisten meldeten ihren Protest an, und als Bürgermeister und Dorfchefs dazustießen, konnten die Aktivisten ohne Widerstand in den Dörfern mobilisieren. Die Gegner der Chemiefabrik befürchteten schwere Umweltschäden durch austretende Säuren und durch die entstehende Radioaktivität, die viele Tantalverbindungen kennzeichnet. Händler und Hoteliers bangten um ihre Einnahmen, denn während der vergangenen 10 Jahre ist Phuket zu einem der beliebtesten Ferienziele Asiens geworden.[14]

Im Monat Juli sollte die für 100 Millionen DM von einer amerikanischen Firma erbaute Fabrik mit der Herstellung von Tantal beginnen, die erste Produktionsanlage dieser Art in Asien und die vierte in der Welt. Das unter Nicht-Fachleuten kaum bekannte Tantal, ein aus Zinnschlacke gewonnenes, sehr hartes Metall, besitzt einzigartige elektrische, chemische und physikalische Eigenschaften, die es für die Computer-, AKW-, Raumfahrt- und Waffenindustrie unentbehrlich macht. Die Zinnschlacke selbst entsteht bei der Verhüttung von Zinnerz, welches seit fast 100 Jahren in den südlichen Provinzen Thailands abgebaut wird. Die „International Finance Corporation" (IFC) der Weltbank hatte das Projekt mit einem Teil eines 53,5 Millionen US-Dollar-Pakets zusammen mit 11 ausländischen Banken und Thailands größter Privatbank, der Bangkok Bank, finanziert. Das technische „know-how" lieferte die in West-Berlin ansässige Firma Hermann C. Stark.[15]

Nachdem die Regierung in Bangkok den Ausnahmezustand für eine Woche über die Insel verhängte und den Gouverneur abgesetzt hatte, schien sie sehr daran interessiert zu sein, im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen schnell Gras über die Angelegenheit wachsen zu lassen. Denn neben der einfachen Bevölkerung sind von diesem Konflikt auch die Interessen lokaler Politiker und Geschäftsleute berührt. Schließlich ist Phuket eine Hochburg der „Democrat-Party" und ist der Vorsitzende jener Firma, dem die Tantalfabrik gehört, hoher Funktionär der konkurrierenden SAP. Unter den 52 Personen, die im Verlauf der Ausschreitungen verhaftet wurden, befand sich ferner der Kandidat der „New Force-Party" und Sohn eines reichen und einflußreichen Zinnminen- und Kautschuk-Plantagenbesitzers. Andere an den Aktionen beteiligte Arbeiter erklärten vor Journalisten, die für ihre Beteiligung an der Brandlegung zwischen 10 und 12 DM erhalten zu haben. So deutet vieles daraufhin, daß die für thailändische Verhältnisse ungewöhnlich gewaltsamen Entladungen ihre Urheber in Kreise lokaler Politiker und einflußreicher Geschäftsleute und Landbesitzer haben und nicht dem spontanen Protest der Demonstranten entsprungen sind.[16]

dem ehemaligen Koalitionspartner, der **„Social Action-Party"** (SAP) und der neuen **„Rassadorn-Party"** die zukünftige Regierung bilden. Der Sitzanteil der besonders rechten Militärkreisen nahestehenden „Chart Thai-Party" (siehe Kasten) ging von 73 auf 63 zurück, und sie wird nun einer Regierungskoalition unter dem Premierminister angehören, dessen Sturz sie als Oppositionspartei noch bis vor ein paar Wochen betrieben hat. Angesichts von 56 Parteiübertritten im Verlauf der Regierungskrise von Anfang Mai (siehe oben), mußte die SAP, die als die Partei der Großbanken und reichen Geschäftsleute gilt, die größten Stimmenverluste hinnehmen. Ihr Anteil an den Sitzen schrumpfte von 92 auf 51. Die neugegründete „Rassadorn-Party" dagegen gewann auf Anhieb 19 Sitze. Insgesamt verteilen sich die Kabinettssitze wie folgt:

Democrat-Party : 16
Chart Thai-Party : 10
Social Action Party : 8
Rassadorn-Party : 3

Wie zu erwarten, behielt sich Prem vor, die Minister für die Schlüsselpositionen wie die des Innern, der Finanzen und der Verteidigung mit seinen Günstlingen bzw. nach Absprache mit den „behind the scenes-powers" zu besetzen.

Ausblick

Bedeutet das Wahlergebnis, daß Thailand sich auf dem Wege zur parlamentarischen Demokratie befindet, daß die finsteren Zeiten blutiger Militärherrschaft endgültig der Vergangenheit angehören, daß gar, wie thailändische Leitartikler im Überschwang des Wahlergebnisses zu suggerieren suchen, nach mehr als einem halben Jahrhundert nun eine neue Ära begonnen habe, die Dreier-Herrschaft aus Militär, Bürokratie und Aristokratie gebrochen sei?[24]

Schon vor den Wahlen war viel darüber spekuliert worden, ob General Prem erneut die Regierung führen werde oder aber die Parteien, wie einige ihrer Führer während der Wahl versprochen hatten, einen zivilen Kandidaten aus ihren Reihen wählen werden. Heute herrscht allgemein Übereinstimmung unter den politischen Beobachtern in Bangkok darüber, daß auf Druck des Militärs die Entscheidung darüber, Prem im Amt zu belassen, schon lange gefallen war, bevor die Nation zur Wahlurne schritt. Einen Zivilisten als Premier, gar noch aus den Reihen der dem Militär suspekten „Democrat-Party" als stärkster Fraktion, wäre für die Generäle unannehmbar gewesen.

Prem, dessen strikte Austeritätspolitik der vergangenen Jahre ihm viel Kritik aus Kreisen der thailändischen Wirtschaft eingebracht hat und der in Augen vieler als entschlußunfreudig, farblos und abgewirtschaftet gilt, ist sicher nicht der Wunschkandidat der Parteien, doch eine Kompromißfigur, die die Armee zu akzeptieren bereit ist. Während Prem sich unmittelbar nach den Wahlen in sein Ferienhaus ins ferne Korat zurückzog, überließ er es bezeichnenderweise Chaovalit, seine Wiederernennung mit den politischen Parteien auszuhandeln. Trotz heftiger studentischer Proteste[25] wurde am 6.

August wie erwartet bekanntgegeben, daß Prem in seinem Amt verbleiben wird,[27] um, als Höhepunkt seiner politischen Karriere, im Dezember des nächsten Jahres über den 60. Geburtstag des Königs zu präsidieren, der in einem aufwendigen, landesweiten Spektakel gefeiert werden soll. Anschließend erwartet man, daß Armeekommandant Chaovalit ihn dann in seinem Amt ablösen wird. John McBeth schreibt dazu im „Far Eastern Economic Review“:

„Unter diesen Umständen dienen Wahlgänge allenfalls dazu, das Machtgleichgewicht zwischen den Parteien, oder korrekter, zwischen den verschiedenen Interessensgruppen zu bestimmen, während der Posten des Premiers davon unberührt bleibt und von den ‚behind the scenes-powers‘ und deren Vermittler ausgehandelt wird. Auf diese Weise ist das Militär in der Lage, sich direkter und zuweilen unpopulärer Interventionen in die nationale Politik zu enthalten und sich dennoch beträchtlichen Einfluß auf den Ablauf der Ereignisse zu sichern. (...)

In gewisser Weise haben die Spaltungen innerhalb des Militärs den Freiraum für die Entfaltung demokratischer Experimente erst ermöglicht. ... In einigen Kreisen herrscht jetzt die Besorgnis vor, daß die Entlassung Arthits zur Entstehung einer dominanten und potentiell monolitischen Gruppe um Chaovalit und seine Anhänger der ‚5. Klasse‘-Absolventen der Chulachomkhlao Militär Akademie geführt habe, die dem Militär noch mehr politische Stärke geben könnte als gegenwärtig, und möglicherweise eine größere Bereitschaft, von dieser Stärke auch Gebrauch zu machen.“[27]

Neben diesen Spekulationen gilt eines allerdings als sicher: Auch in Zukunft wird sich an Machtmißbrauch, Vetternwirtschaft und Korruption ebensowenig etwas ändern wie an dem beklagenswerten materiellen Los der Mehrzahl der Bevölkerung. Demokratie in diesem Land bedeutet in erster Linie, daß das thailändische Kapital seine Interessen gegenüber den traditionellen Eliten und der Militärbürokratie artikulieren darf. Die große Masse der Bevölkerung, vor allem die Bauern auf dem Lande, bleiben von der politischen Partizipation nach wie vor ausgeschlossen, ihr Zusammenschluß zu einer Bauerngewerkschaft wird ihnen bis heute verwehrt. Sie werden wie auch schon in der Vergangenheit weiter zu leiden haben unter Großgrundbesitzern, Geldverleihern, Händlern und Reismühlenbesitzern — unter den lokalen Machtgruppen also, die nur allzu oft identisch sind mit den politischen Repräsentanten im Parlament in Bangkok. Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit haben im vergangen Jahr eine neuen Höhepunkt erreicht, die Zahl der Prostituierten hat längst die Millionengrenze überschritten.

Hans-Dieter Bechstedt

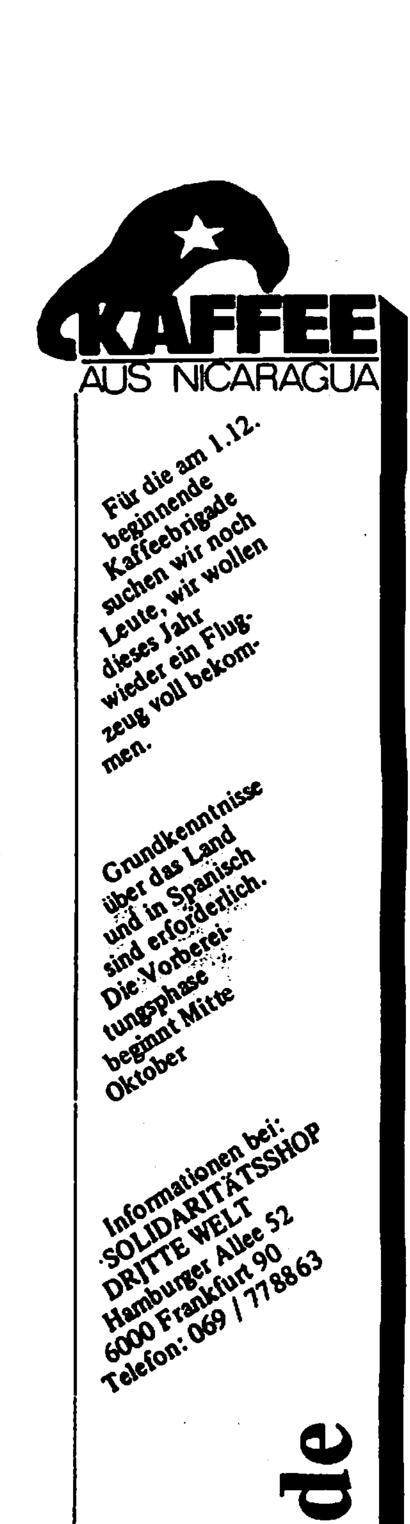


Bauern beim Reispflanzen in der Zentralebene Thailands

Anmerkungen:

1. THE NATION, Bangkok, 9., 10., 11. 9. 1985 FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW, Hongkong, 28. 11. 1985
2. INSIDE ASIA, London, No.-Dec. 1985
3. THE NATION, Bangkok, 22. 9. 1985
4. THE BANGKOK POST, Bangkok, 28. 5. 1986
5. vgl. D. Morell, Chai-anan Samudavanija Political Conflict in Thailand. Cambridge 1982, S. 31f.
6. Newsletter, Union for Civil Liberty, Bangkok, Juli—Sept. 1985
7. Newsletter, Thai Inter-Religious Committee for Development, No. 5, Sept.—Dec. 1985
8. FAR EASTERN a.a.O., 24. 5. 1986
9. THE BANGKOK POST, Bangkok, 29., 30. 5. 1986
10. FAR EASTERN a.a.O., 12. 6. 1986
11. zit. n. E. Haubold in der FAZ, 31. 7. 1986
12. FAR EASTERN a.a.O., 3. 7. 86 vgl. auch: FRANKFURTER RUNDSCHAU, 25. 6. 1986 und DIE TAGESZEITUNG, 7. 7. 1986
13. THE BANGKOK POST, Bangkok, 2. 6. 1986
14. FAR EASTERN a.a.O., 3. 7. 1986

15. Südostasien Information, Bochum, 2/2, 1986
16. FAR EASTERN a.a.O., 10. 7. 1986
17. zit. n. FAR EASTERN a.a.O., 19. 6. 1986
18. zit. n. ebenda
19. zit. n. ebenda
20. E. Haubold in der FAZ vom 26. 6. 1986
21. ebenda
22. J. Girling, Society and Politics. Ithaca and London 1981, S. 119ff.
23. ebenda, S. 181
24. ebenda
25. THE BANGKOK POST, Bangkok, 2., 3., 5., 6. 8. 1986
26. Die Wiederernennung durch den König liest sich in Thailands größter englischsprachigen Tageszeitung wie folgt: „Als ihm (Prem) der königliche Befehl überbracht wurde, verbeugte sich General Prem, eine weiße Uniform tragend, in Richtung des königlichen Palastes. Dann legte er das Schreiben auf einen Altar, auf dem ein Bild des Königs steht, entzündete Kerzen und Räucherstäbchen und kniete nieder vor der thailändischen Fahne und dem Portrait des Königs."
(aus: THE BANGKOK POST, 6. 8. 1986)
27. FAR EASTERN a.a.O., 7. 8. 1986





Politische Parteien in Thailand

Setzte sich die herrschende Elite des feudalen Thailands aus dem König, den Prinzen und dem Adel zusammen, so teilen sich seit etwa 50 Jahren Militär, zivile Bürokratie und Monarchie die Macht im Lande. Trotz wachsender ökonomischer Bedeutung eines modernen kapitalistischen Sektors und des Entstehens einer städtischen Mittelklasse gelang es diesen Schichten bis heute nicht, sich als eigenständige politische Kraft zu artikulieren und zu behaupten. Sie kontrollieren zwar einige der politischen Parteien und damit auch einen Teil des Parlaments, doch bleibt ihr Einfluß beschränkt. Wichtige Posten in der Regierung, wie das Büro des Premierministers, das Außen-, Innen- und Verteidigungsministerium bleiben von der Zustimmung traditioneller Machtgruppen abhängig. Zudem haben sich Thailands Bank- und Geschäftskreise, Handel- und Industrie — fast ausschließlich in chinesischer Hand — schon vor Jahrzehnten eng mit den Mächtigen aus militärischer und ziviler Bürokratie verzahnt. Mit Erfolg beugten sie dadurch ethnischen Diskriminierungen vor, wie sie für Länder wie Malaysia und Indonesien bis heute typisch sind.[22]

Die Parteien Thailands waren über Jahrzehnte hinweg entweder verboten oder Instrument der jeweils herrschenden Militärclique. Die gegenwärtige Parteienlandschaft existiert erst seit Ende der 70er Jahre.

Die Parteien Thailands sind als Wahlvereine bestimmter Wirtschaftsgruppen anzusehen. Anders als in den westlichen Ländern verfügen sie allesamt nicht über einen ständig arbeitenden Parteienapparat mit effektiven Parteiengruppen und -büros in den Provinzen. In programmatischer Hinsicht unterscheiden sie sich nur wenig voneinander. Ihre Politik beruht im wesentlichen auf taktischen Bündnissen zu anderen Parteien und zu ziviler und militärischer Bürokratie mit dem Ziel der Sicherstellung der Machtpositionen ihrer Mitglieder, deren Einflußbereiche und deren Zugangs zu staatlichen wie privaten Einnahmequellen. Ihre Vertreter gelten im allgemeinen als korrupt und käuflich. Alle Parteien stehen ein für unbehinderte freie Marktwirtschaft, Modernisierung, Exportorientierung, Bündnistreue mit den USA, Antikommunismus und Treue zur Monarchie. Ihr Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie einerseits und den Machtansprüchen des Militärs andererseits ist taktisch wie opportunistisch, orientiert an den aktuellen Erfordernissen der Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen.

Allein einige Abgeordnete der „Democrat-Party" haben während der letzten Jahre wiederholt und deutlich gegen die Einmischungen der Militärführung in politische Angelegenheiten Stellung bezogen, seit sich dieser Partei etliche Aktivisten aus dem links-intellektuellen Spektrum angeschlossen hatten.

Sie ist heute die größte und bedeutendste der politischen Parteien. Unter Führung des Stellvertretenden Premierministers Bhichai Rattakul repräsentiert sie noch am ehesten die Interessen des städtischen Mittelstandes und einiger Bangkoker Geschäftskreise. Sie setzte sich während der vergangenen Jahre am vehementesten für eine demokratisch-parlamentarische Staatsverfassung ein.

Die zweitstärkste Partei, die „Chart Thai-Party" dagegen unter Führung von General Pramarn Adireksarn steht rechten Militärkreisen nahe und bezieht Unterstützung durch japanisch-thailändische Großunternehmen. General Pramarn galt in der Vergangenheit (1973—1976) als Sponsor ultrarechter Killerkommandos.[23]

Die lange Jahre durch den ehemaligen Premier Kukrit Pramong, heute durch den Außenminister Siddhi Savetsila geführte „Social Action-Party" gilt als die Partei der Großbanken, reicher Geschäftsleute, Industriellen und Technokraten. Ebenfalls Teil der gegenwärtigen Regierungskoalition ist die kleine neugegründete „Rassadorn-Party". Ihr Chef ist der inzwischen pensionierte Stellvertretene Armeechef Thienchai, der in dem fehlgeschlagenen Putsch vom September letzten Jahres verwickelt gewesen sein soll.

Die kleineren Parteien der Opposition, wie „United Democrat", „Prachakorn Thai" und „Ruam Thai" stehen mehr oder weniger alle bestimmten Zirkeln innerhalb des Militärs nahe.

Rezension

Die deutsche Wirtschaft und Südafrika: Zur Notwendigkeit von Wirtschaftssanktionen

Die jüngsten Beschlüsse der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft über gemeinsame Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrikas Apartheidregime können nur als zynisch bezeichnet werden, ihre Begründung in der Öffentlichkeit nur als Heuchelei.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, auf ein kleines Büchlein hinzuweisen, das eine Heidelberger Forschungsgruppe im April dieses Jahres veröffentlicht hat, und das (leider) höchst aktuell ist: *Die Deutsche Wirtschaft und Südafrika — Zur Notwendigkeit von Wirtschaftssanktionen, Reihe „Weltwirtschaft und Transnationale Unternehmen" des Vereins „Katakombe — Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit e.V.", Heft 1, April 1986, 176 S., DM 9,80, zu beziehen über: Katakombe, Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg.*

Mit Akribie sind hier Daten und Fakten über die Rolle der deutschen Wirtschaft im Land der Apartheid zusammengetragen und ausgewertet worden, die ein nüchternes Urteil ermöglichen.

Auf 176 knappen aber inhaltsreichen Seiten bekommt jede Leserin und jeder Leser einen detaillierten Einblick in Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Engagement und Repression.

Im ersten Teil wird durch einen Überblick über den Stand der Sanktionsdebatte Möglichkeit zum Vergleich gegeben: Welche wirtschaftlichen Druckmaßnahmen wurden von anderen Industriestaaten bisher diskutiert, beschlossen und durchgeführt? Wie stehen internationale Kirchenorganisationen, wie Kirchen und kirchliche Gruppen im In- und Ausland zu Wirtschaftssanktionen? Wie sind die Positionen auf gewerkschaftlicher Seite? Außerdem werden für die gesamte Diskussion zentrale Begriffe wie Disinvestment, Sanktionen, Boykott usw. definiert.

Teil 2 beleuchtet kurz die politische, soziale und ökonomische Lage Südafrikas, wobei besonders auf die Funktion der „Reformen" der Regierung Botha zur Beruhigung der Weltöffentlichkeit sowie auf die steigenden volkswirtschaftlichen Kosten der gleichzeitig sich verschärfenden Unterdrückungsmaßnahmen eingegangen wird. Dies erscheint besonders wichtig im Blick darauf, wie hierzulande die Sanktionsdebatte geführt wird: Sanktionen sind keine Strafmaßnahmen für ein Regime, das zu wenig Reformbereitschaft zeigt, sondern notwendige Schritte, um endlich mit der Unterstützung eines Systems aufzuhören, das verbrecherisch ist und unermeßliches Leid über seine Bevölkerung bringt.

Teil 3 — der zentrale und umfangreichste — dokumentiert ausführlich die vielfältigen Verflechtungen zwischen der Bundesrepublik und Südafrika auf den Gebieten Handel, Kreditwesen und Direktinvestitionen. Tenor des Abschnittes: Ohne diese Beziehungen wäre Südafrikas Regierung nicht in der Lage, das Apartheidsystem aufrechtzuerhalten und den militärisch-industriellen Ausbau in dem Maße voranzutreiben, wie das geschehen ist.

Die bundesdeutschen Ausfuhren nach Südafrika etwa bestehen zum größten Teil aus Lieferungen, die für den Ausbau der wirtschaftlichen und militärischen Strukturen des Apartheidsstaates von Bedeutung sind, dagegen wenig beitragen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit, bzw. faktisch kontraproduktiv sind.

Importe aus Südafrika spielen für die bundesdeutsche Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle oder sind durch Einfuhren aus anderen Ländern zu ersetzen; das gilt auch und besonders für die sogenannten „strategischen" Rohstoffe.

Bundesdeutsche Banken sind als Kreditgeber für das Überleben des Systems von entscheidender und seit dem Rückzug US-amerikanischer Banken aus dem Südafrika-Geschäft von wachsender Bedeutung. Sie bedienten in den vergangenen Jahren fast ausschließlich die südafrikanische Regierung oder von ihr kontrollierte Unternehmen.

Ähnliches gilt für den Bereich der Direktinvestitionen. Bundesdeutsche Unternehmen sind in der elektrotechnischen und chemischen Industrie erheblich, in der Kraftfahrzeugindustrie entscheidend beteiligt — Industriezweigen also, die Schlüsselpositionen für den militärischen Ausbau Südafrikas darstellen.

Eine Darstellung der arbeitsrechtlichen Grundlagen für Unternehmen in Südafrika und die beispielhafte Erläuterung der Tätigkeit von Daimler-Benz runden diesen Teil ab.

Teil 4 geht ausführlich auf die Positionen der Betroffenen ein: Meinungsumfragen werden erläutert und die Standpunkte südafrikanischer Gewerkschaften und des Südafrikanischen Kirchenrates dargestellt.

Teil 5 schließlich stellt die wichtigsten Argumente für und gegen wirtschaftlichen Druck auf Südafrikas Regierung gegenüber und wägt einzelne Maßnahmen gegeneinander ab.

Den Anhang bilden neben Abkürzungs- und Quellenverzeichnis eine Aufstellung der verwendeten Literatur, eine Liste von Leseempfehlungen und ein Adressenverzeichnis.

Die Broschüre stellt für alle, die sich im kirchlichen oder gewerkschaftlichen Bereich mit diesen Fragen auseinandersetzen, eine Fundgrube für Informationen und eine Argumentationshilfe dar und sollte zum Standard der Anti-Apartheid-Aktivistinnen und -Aktivisten gehören; nicht zu vergessen die vielen Wählerinnen und Wähler, die ihre Bundeskandidaten und -kandidatinnen außenpolitisch ein wenig abklopfen wollen.

Daß man bei der Gestaltung der Broschüre auch an die Eiligen und Querleser gedacht hat, ist hilfreich: Wichtige Textstellen sind grau unterlegt und verdeutlichen den „roten Faden". Bleibt nur zu wünschen, daß viele diesen Faden aufnehmen und ihre Konsequenzen ziehen.

Pico T. Kleinert



„Aus Menschen Neger machen"

Renate Hücking, Ekkehard Launer, Aus Menschen Neger Machen. Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwikkelt hat, Verlag am Galgenberg, Hamburg 1986, 24 DM.

Über die deutsche Kolonialzeit ist in den letzten Jahrzehnten nicht gerade viel geschrieben worden. Erst mit der hundertjährigen Wiederkehr ihres Beginns im Jahre 1884 hat sich dies nachhaltig geändert. Wie so oft bescherte uns auch dieser Jahrestag eine Flut von Publikationen qualitativ recht unterschiedlicher Bücher. Das vorliegende Buch von R. Hücking und E. Launer gehört dabei sicherlich zu den erfreulicheren Neuerscheinungen.

Als in der ersten Septemberwoche dieses Jahres der Präsident des seit 26 Jahren unabhängigen Staates Kamerun, Paul Beya, die Bundesrepublik besuchte, war viel von den „traditionell guten Beziehungen" zwischen beiden Ländern die Rede. Kein Wort fiel über die dreißigjährige deutsche Fremdherrschaft.

Der Mythos vom „heilbringenden" deutschen Einfluß konnte sich nicht nur in der bundesrepublikanischen, sondern auch in der kamerunischen Öffentlichkeit über Jahrzehnte hinweg retten.

Das vorliegende Buch setzt diesem Mythos — für den Leser zumindest — endgültig ein Ende. Und das auf anschauliche und spannende Weise.

Das nur verstreut vorhandene Quellenmaterial haben die Autoren akribisch zusammengetragen. Bei ihrer entwicklungspolitischen Journalistenreise" durch Kamerun versuchten sie, die mit zeitgenössischen Zitaten und Bildern abwechselnden historischen Berichte durch eigene Recherchen zu ergänzen. Die „Spuren-

Rezension



suche" bringt sie zu Robinson Lambe, einem grauhaarigen Afrikaner, dessen Erinnerungen an die deutsche Kolonialzeit erkennen lassen, wie zwiespältig oft die Erfahrungen der Bevölkerung mit den deutschen Kolonialisten gewesen sein mußten:

„Noch heute erzählt uns Robinson Lambe ungern etwas Negatives über die Deutschen. Wenn, dann legt er es am liebsten anderen in den Mund."

Im Mittelpunkt des Buches steht die Rolle des Hamburger Handelshauses Woermann. Der Kaufmann Adolf Woermann verdiente sich mit seinem Afrikahandel eine „goldene Nase"

1885 hatte die „Woermann-Linie" mit fünf Dampfern angefangen, zehn Jahre später waren es bereits fünfzehn. Hinzu kam die vom Deutschen Reich subventionierte „Deutsch-Ostafrika-Linie". Woermann gehörte zu den großen Gewinnern der deutschen Kolonialpolitik. Seine Reedereien liefen 141 Plätze in Afrika an. Mit Plantagen engagierte sich das Unternehmen auch direkt in der Exportproduktion. In 14 Aufsichtsräten sitzend, verfügte Adolf Woermann über einen starken Einfluß in der deutschen Politik und Wirtschaft.

Sofern sich der Leser nicht schon vorher mit der Kolonialgeschichte auseinandergesetzt hat, erfährt er, wie sehr die Geschichte Kameruns von Mythen und Legenden der deutschen Kolonialhistorie entrümpelt werden muß. So z. B. die Umstände der Inbesitznahme der Kolonie, die keineswegs auf „heroischen Taten" beruhte.

Dem Schutzvertrag, den die Dualachiefs am 11. Juli 1884 mit dem Agenten der Firma Woermann abschlossen, ging ein langes Feilschen zwischen den Duala und den Deutschen voraus: hier wird dem Leser klar gemacht, daß das einschlägige Bild vom „hilflosen Neger" wenig zutrifft. Die Duala, am Zwischenhandel mit den Fremden interessiert, machten sich die europäischen Rivalitäten um den afrikanischen Markt zunutze. Und sie stellten Forderungen:

„Wir wünschen, daß der weiße Mann nicht mit den Buschleuten handelt, nichts mit unseren Märkten zu tun hat, hier am Fluß bleibt und uns den Trust gibt, damit wir mit unseren Buschleuten handeln können."

Die Deutschen respektierten zwar anfänglich dieses Zwischenhandelsmonopol, gewannen letztendlich aber die Oberhand. Der wachsende Einfluß der Händler um Woermann und die Interessen des Deutschen Reichs an der Ausbeutung Kameruns zerstörten Schritt um Schritt die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen der afrikanischen Bevölkerung.

Der Buchtitel „Aus Menschen Neger machen" versinnbildlicht den Weg der Kolonie zur Inwertsetzung der afrikanischen Bevölkerung ebenso wie der Rohstoffe durch ausbeuterische Kapitalgesellschaften. Sie wollten Kamerun „entwikkeln". Bismark-Neffe von Puttkamer, zeitweise Gouverneur, zeigt mit einer Äußerung, wie diese „Entwicklung" nach dem Wunschbild vieler deutscher Kolonialisten ausgesehen hatte:

„(Die) Dualas (sind) das faulste, falscheste und niederträchtigste Gesindel, welches die Sonne bescheint, und es wäre sicher am besten gewesen, wenn sie bei der Eroberung des Landes wenn nicht ausgerottet, so doch außer Landes verbracht worden wären."

Das vorliegende Buch bringt außerdem viele weitere Aspekte der Woermannschen Geschäftspraktiken. Deren Einfluß überdauerte die Kolonialzeit bis heute.

Im November 1985 feierte die Nachfolgegesellschaft „Afrikanische Dampfschiff-Aktiengesellschaft", vormals „Woermann-Linie", ihr 100. Jubiläum. Renate Hücking und Ekkehard Launer ziehen an dieser Stelle Bilanz, nicht nur über Woermanns Gewinne, sondern über Kamerun selbst.

„Aus Menschen Neger machen" ist — so darf man resümieren — eine Neuerscheinung, die auch geschichtlich weniger Interessierten die Kolonialproblematik auf anschauliche Weise näherbringt.

Einziger Kritikpunkt wäre die nur spärlich fließende Information über den Hintergrund der Reise nach Kamerun — aber vielleicht war dies auch die Absicht der Autoren.

wmg



Barbara Dinham & Colin Hines,
HUNGER UND PROFIT
Agrobusiness in Afrika
Eine Untersuchung über den Einfluß des Big Business auf die afrikanische Nahrungsmittel- und Agrarproduktion
mit einem Vorwort von Al Imeld
P. Kivouvou Verlag — Editions Bantoues, Heidelberg — Brazzaville, 1986, 265 Seiten, 24,80 DM

Fragt man nach den Ursachen des Hungers in der Dritten Welt, so sind Dürre, Bevölkerungswachstum und fehlendes Know-how die häufigsten Erklärungsmuster unserer Medien. Es wird kaum versucht, über diese vereinfachende Sichtweise hinaus andere Gründe für die immer wieder und in kürzeren Abständen auftretenden „Hungerkatastrophen" aufzuzeigen. Daß Hunger kein Schicksal für Millionen von Menschen dieser Welt ist, sondern auch etwas mit Bilanzen, mit Umsatz und Marktstrategien zu tun hat, d. h., daß der Hunger in der Dritten Welt auch hervorgerufen und verstärkt wird durch das Geschäft transnationaler Unternehmen im Agrarbereich, belegt diese Studie von Dinham und Hines.

Die Autoren geben einen Einblick in diese, den meisten von uns verborgenen Geschäfte. Agrobusiness ist hierbei der zusammenfassende Begriff. Er steht nicht nur für die Erzeugung und Verteilung von Agrarprodukten, sondern für das wirtschaftliche Geflecht, das alles umfaßt, was irgendwie mit Landwirtschaft und Ernährung zusammenhängt: von den der landwirtschaftlichen Produktion vorgelagerten Bereiche, nämlich das Bereitstellen von Maschinen, Saatgut und Agrarchemikalien, aber auch die Vergabe von Krediten und die landwirtschaftliche Forschung, über das Bestellen der Felder bis hin zum Verarbeiten und Vermarkten der Ernte. Zur besseren Kontrolle faßt das Agrobusiness all diese Bereiche zusammen und bestimmt somit auch unsere Lebensgewohnheiten. Die Hamburger-Kultur ist dabei nur die Spitze des Eisbergs.

In dem Buch wird geschildert, wie einige der meist europäischen Agrarunternehmen schon seit der Kolonialzeit die „Geschicke" der afrikanischen Länder beeinflussen: die Agrarmultis bestimmen die landwirtschaftliche Struktur, die Exporte und die Importe, die Deviseneinnahmen, die Investitionstätigkeit, die (meist unangemessene) Technologie; kurz gesagt, sie bestimmen im großen Maße die Wirtschaftslage und damit die Wirtschaftspolitik ihres „Gastgebers". So wird anhand von vielen Beispielen die Macht und Ohnmacht der afrikanischen Regierungen gegenüber dem ausländischen Kapital illustriert. Es wird deutlich, daß das Agrobusiness die logische Weiterentwicklung der kolonialen Ausrichtung der afrikanischen Länder auf die Bedürfnisse des Weltmarktes ist.

Das Buch schließt mit einer Betrachtung der vielleicht unheilvollsten Entwicklung der jüngsten Zeit: Afrikas zunehmende Abhängigkeit von großangelegten Agrarprojekten unter der Leitung des Agrobusiness.

Die Studie von Dinham und Hines ist eine der wenigen, die sich ausschließlich mit Afrika beschäftigt und die einzige, die in deutscher Sprache vorliegt.

Alfons Ims, Lore Keitel

Indien: Wachsender Protest gegen Raketentestgelände

Das Verteidigungsministerium in Delhi plant auf einem ca. 170 qkm großen Gebiet im Ostindischen Bundesstaat Orissa das erste indische Raketentestgelände, das, so die Regierung, eine herausragende Bedeutung für die eigene Sicherheitspolitik haben wird.

Gegen die Errichtung dieses Testgeländes und der damit verbundenen Zwangsumsiedlung der Bewohner von 132 Dörfern sprachen sich über 100 indische Schriftsteller, Journalisten, Gewerkschaftsführer, Rechtsanwälte sowie zahlreiche Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen aus. Anläßlich eines Solidaritätskongresses Anfang August in Rankuta forderten die Delegierten und die 3000 Teilnehmer der Abschlußkundgebung Premierminister Rajiv Gandhi auf, das Regierungsvorhaben zu stoppen.

Sprecher örtlicher Widerstandsinitiativen erklärten auf dem Kongreß, daß über 150.000 Menschen in den Distrikten Bhograi und Baliapal von Zwangsumsiedlung bedroht seien und mit der Vertreibung ihre Lebensgrundlage verlieren würden. Eine vergleichbare Zwangsumsiedlung von 11.000 Familien durch den Bau des Rengali Dammes in Orissa hätte die totale Verarmung der betroffenen Menschen zur Folge gehabt. Von Rehabilitierung könne keine Rede sein.

Die Sprecher wiesen weiterhin auf die hohen Kosten von ca. 11 Mrd. DM und auf mögliche ökologische Langzeitschäden hin. Das in Aussicht genommene Gebiet gehöre zu den fruchtbarsten Landstrichen Orissas mit bedeutender Cashew-, Betel- und Kokosnußproduktion.

Biplab Halim, Leiter der Entwicklungsorganisation „Institute for Motivating Self-Employment" (IMSE), berichtet von dem zunehmenden Widerstand der Bevölkerung: „Die Bewohner in Bhograi und Baliapal Distrikt haben die Straßen zu ihren Dörfern mit Barrikaden versperrt. Wenn ein Regierungsfahrzeug gesichtet wird, blasen sie in Muschelhörner. Dies ist das Signal, den Regierungsbeamten den Weg zu versperren und sie am Betreten der Dörfer zu hindern."

Nach einem Bericht der indischen Zeitung INDIA TODAY kam es im Mai zu einem Treffen des Verteidigungsministers A. Singh mit Orissas Ministerpräsident Patnaik, auf dem die vorgesehenen Rehabilitierungsmaßnahmen angesprochen wurden. angeblich sei die Zahl der Umzusiedelnden auf 40.000 reduziert worden. Dafür gibt es jedoch noch keine offizielle Bestätigung. Deshalb geht der Protest in den betroffenen Dörfern weiter. Bei der Protestversammlung in Rankuta gründeten die verschiedenen Widerstandsgruppen ein gemeinsames Komitee, um ihre Aktionen zu koordinieren. Unter anderem sollen 100.000 Unterschriften für eine Protestpetition an die Zentralregierung in Delhi gesammelt werden.

Hinrich Mercker



Die Pharmapolitik der Hoechst-AG

Schmerzmittel sind für zahlreiche pharmazeutische Unternehmen eine der Haupteinnahmequellen. Allein im ambulanten Bereich wurden 1983 in der BRD pro Kopf der Bevölkerung 18,2 g Schmerzmittelwirkstoffe konsumiert. In der Umsatzliste der Hoechst-AG stehen „NOVALGIN" und „BARALGIN" auf dem dritten Platz und erreichen einen weltweiten Jahresumsatz von ca. 300 Millionen DM.

Diese beiden Produkte enthalten den Schmerzmittelwirkstoff Metamizol, der ein einzigartiges Risikopotential bildet: Störung der Blutbildung (Agranulozytose), Syndrom der „verbrühten Haut" (Lyell-Syndrom) und Schock, die wichtigsten unerwünschten Nebenwirkungen, sind nicht vorhersehbare und lebensgefährliche Reaktionen.

Deshalb darf Metamizol in zahlreichen Industrieländern (USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien, Irland, Schweden, Norwegen) nicht verkauft werden.

Jetzt bläst der größte Metamizol-Hersteller Hoechst mit einer beispiellosen Werbekampagne zu einer Vorwärtsverteidigung des risikoreichen Schmerzmittels. Mit Werbesprüchen wie „Novalgin, für die verantwortungsbewußte Behandlung von Schmerzen und Fieber" wird vor allem in der Dritten Welt Ärzten und Verbrauchern eingehämmert, daß sie das Mittel mit „exzellenter Verträglichkeit selbst bei hoher Dosierung" von einfachen „Kopfschmerzen bis zum schweren Operationsschmerz" einsetzen sollen. Die lebensbedrohlichen Risiken werden heruntergespielt, um sich den Absatzmarkt zu erhalten.

Anwendungseinschränkungen, wie etwa die vom Bundesgesundheitsamt je 82 verfügte, haben den Mißbrauch des Mittels nicht eindämmen können. Erst recht gilt das für Länder der Dritten Welt, wo Metamizol zu den meistverkauften Schmerzmitteln gehört. In Indien z. B. waren 1984 die beiden metamizolhaltigen Hoechst-Medikamente BARALGIN und NOVALGIN die umsatzstärksten Schmerzmittel (Umsatzwachstum 1979—1984 75 % bzw. 108 %).

Eine Studie der BUKO-Pharmakampagne über die Vermarktungspolitik der Hoechst AG in der Dritten Welt belegt, daß dort ein schlechteres Medikamentensortiment verkauft wird, systematisch Anwendungsgebiete ausgeweitet und Arzneimittelrisiken verschwiegen oder verharmlost werden.

Metamizolhaltige Produkte müssen im Interesse einer vertretbaren Arzneimittelsicherheit in den Ländern der Dritten Welt aus dem Exportsortiment deutscher Hersteller verschwinden. Dies entspricht auch der Forderung des Internationalen Verbraucherschutz-Verbandes (IOCU).

Als erfolgreich hat sich die Aufforderung der BUKO-Pharma-Kampagne, Postkarten an die Hoechst-AG zu schikken und damit gegen die Pharmapolitik des Konzerns zu protestieren, erwiesen. Hoechst antwortet jedem Absender dieser blauen Postkarten mit aufwendigen Hochglanzbroschüren und einem Begleitschreiben, um „einseitige Darstellungen entgegenzutreten". Wer Interesse daran hat, daß die Hoechst-AG auch weiterhin ihr blaues Wunder erlebt, wendet sich an:

BUKO-Pharma-Kampagne,
Dritte Welt Haus
August-Bebel-Str. 62
4800 Bielefeld

Außer den Postkarten sind dort auch Informationen und Literatur zum Thema „Medikamente und Dritte Welt" erhältlich.

ms

★ ★ ★ ★ ★

Neues vom BUKO-Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF)

reagierte in der BMLEF-Information Nr. 28 vom 14. 7. 86 auf die wachsende Kritik an den Futtermittelimporten aus der Dritten Welt (vgl. dazu auch „blätter des iz3w" Nr. 125, S. 33ff).

Die Agro-Koordination des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) hat nun in einer Presseerklärung zu einzelnen Argumenten des Ministeriums Stellung genommen. Wir drucken nachfolgend einige Zitate aus der BMELF-Information sowie die entsprechenden Erwiderungen der Agro-Koordination ab:

BMELF: *„Aus Entwicklungsländern kommen Futtermittel in einer relevanten Größenordnung nur aus einer kleinen Gruppe von Ländern."*

BUKO: „Die EG importierte 1985 die Rekordmenge von 28,1 Millionen Tonnen Futtermittel aus Ländern der Dritten Welt. Diese Lieferungen stammten aus weit mehr als fünfzig Ländern. Dabei ist zu beachten, daß auch Liefermengen, die nach EG-Maßstägen klein erscheinen mögen, für die jeweiligen Produzentenländern in ökonomischer Hinsicht, aber auch im Hinblick auf die sozialen und ökologischen Folgewirkungen von außerordentlicher Bedeutung sein können."

BMELF: *„Wichtig für den behaupteten Zusammenhang ist dabei die Tatsäche, daß Afrika, der im Hinblick auf die Ernährungslage eigentliche Problemkontinentn, an den Futtermittel- und Getreidelieferungen am wenigsten beteiligt ist."*

BUKO: „Die Länder der Sahelzone lifern jährlich mehr als eine halbe Millionen Tonnen Ölsaaten (1983 waren es 594.000 Tonnen) — in EG-Dimensionen eine eher bescheidene Menge. Der menschlichen Ernährung zugeführt, könnte aber die gleiche Menge Erdnüsse, Sesam- und Baumwollsamen den jährlichen Eiweißbedarf von rund sechseinhalb Millionen Menschen sichern!"

BMELF: *„Der Zusammenhang zwischen Futtermittelausfuhren und Mangellagen bei Grundnahrungsmittel ist also für die Entwicklungsländer nicht zu belegen."*

BUKO: „Der Nordosten Brasiliens gilt als diejenige Region in der Welt mit den höchten und gravierendsten mangelernährungsbedingten Gesundheitsschäden bei der Mehrzahl der Bevölkerung. Im Süden des Landes sind 30 % der Kinder unterernährt. Hunger gehört zum Alltag von mehr als 35 Millionen Brasilianern.

Gleichzeitig exportierte Brasilien 1985 acht Millionen Tonnen des hochwertigen Eiweißfuttermittels Soja in die EG. Für den südlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul, dem hauptangbaugebiet für Soja, errechneten Wissenschaftler der universität São Paulo eine massive relative Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion. Die Expansion der Exportkultur Soja ging zu 92 % zu Lasten des Anbaus der Grundnahrungsmittel Reis, Mais, Kartoffeln, Maniok und schwarzen Bohnen. Letztere, einstmals traditionelle Hauptnahrungsquelle breiter brasilianischer Bevölkerungsschichten, sind mittlerweile zur oft unerschwinglichen Mangelware geworden, die teilweise für harte Devisen eingeführt werden muß."

BMELF: *„Tapioka ist außerdem in Thailand kein Nahrungsmittel."*

BUKO: „Die Ursache für die negativen Auswirkungen der Exportproduktion auf die Nahrungsmittelversorgung muß nicht unbedingt in der Zweckentfremdung traditioneller Nahrungsquellen für die Ausfuhr begründet sein, wie im Falle der Sahelländer. Bei thailändischen Tapioka- und brasilianischen Sojaausfuhren liegt das Problem vielmehr im Entzug von Anbauflächen, Arbeitskräften, Betriebsmitteln sowie staatlichen Krediten und Infrastrukturleistungen zulasten der Nahrungsmittelerzeugung."

BMELF: *„Ein — moralisch motivierter — Einfuhrboykott der Industrieländer würde im Gegenteil Armut und Hunger in der Dritten Welt vergrößern."*

BUKO: „Kritiker aus entwicklungspolitischen Aktionsgruppen, aus der Agraropposition und aus Umwelt- und Verbraucherorganisationen fordern aufgrund der vielfältigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Negativeinwirkungen hier und in der Dritten Welt eine allmähliche Reduzierung der Futtermittelimporte.

Einfuhrbeschränkungen dürfen allerdings nicht willkürlich und ohne Rücksichtnahme auf die Folgen für die Produzenten ausschließlich zur Lösung der Überschuß- und Finanzprobleme der EG mißbraucht werden. Dies gilt in gleicher Weise auf für andere agrarpolitische Instrumente. Der BUKO hat erst kürzlich in einem Schreiben an Minister Kiechle auf die Einkommensverluste thailändischer Maniokbauern infolge der EG-Getreidepreissenkungen hingewiesen und Ersatzzahlungen an die Betroffenen vorgeschlagen, ohne allerdings eine positive Resonanz aus dem BMELF zu erhalten."

Der Volltext der Presseerklärung ist ebenso wie weitere Informationen und Materialien zum BUKO-Aktionsprogramm gegen Futtermittelimporte erhältlich bei:

BUKO-Agrarkoordination
Nernstweg 32—34
2000 Hamburg 50



Das **CHILE-THEATER BREMEN** sucht ab sofort Auftrittsmöglichkeiten in Norddeutschland/Ruhrgebiet und in der Zeit vom 2.-8. April 1987 zwischen Köln und Freiburg. Gruppen oder Personen, die sich in der Lage sehen, eine Vorstellung vorzubereiten, bitten wir, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Wir zeigen ein neu inszeniertes, eigenes Stück: „Unauffällige Anwesenheit". Es ist eine Mischung aus realistischem und parodistischem Theater und beschäftigt sich mit der Rolle der USA in Lateinamerika.

Wir verstehen unsere Theaterarbeit als Teil der Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika. Dabei versuchen wir, dem Publikum Informationen über Geschichte und Gegenwart Lateinamerikas zu geben, aber auch Anlässe zur politischen Diskussion. In der Regel bieten wir nach den Aufführungen ein Gespräch mit den Zuschauern über die dargestellten politischen Zusammenhänge oder auch über Formen politischen Theaters an. In dieser Hinsicht probieren wir die unterschiedlichsten Möglichleiten: realistische Szenen, symbolische Figuren, parodistische und ironische Dialoge und Charaktere. Da wir mobil bleiben müssen, benutzen wir nur wenige Requisiten und Bühnenelemente.

Das eingespielete Geld geht in vollem Umfang an eine uns bekannte Gruppe in Chile. Alle anfallenden Ausgaben für Kostüme, Werbemittel, Fahrtkosten usw. tragen wir selbst bzw. die einladenden Veranstalter (Fahrt und Unterkunft bei Gastspielen). Aus den genannten Gründen spielen wir auch nicht in kommerziell vermieteten Räumen, sondern dort, wo es sich anbietet: Bürgerhäuser, 3. Welt-Gruppen, Gemeinden, selbstverwalteten Kulturzentren.

Kontakt: Rudolf Wenzel,
Ansbacher Str. 24, 2800 Bremen 1



Stellenausschreibung:

Für ein Ausbildungsprojekt in der Anwendung angepaßter Technologie in MAPUTO/MOSAMBIK suchen wir

einen Mechaniker/Schlosser

zur Mitarbeit beim Aufbau einer Metallwerkstatt und zur praktischen Aus- und Fortbildung von Mitgliedern bäuerlicher Genossenschaften.

Ein breites Erfahrungsfeld, Kenntnisse möglichst in der Konstruktion und Anwendung von Windpumpen, sowie Ausbildungspraxis sind erforderlich.

Der Bewerber soll bereit sein, partnerschaftlich mit den mosambikanischen und ausländischen Kollegen und mit den Genossenschaftsmitgliedern als Trägern des Projekts zusammenzuarbeiten.

VERTRAGSBEDINGUNGEN:
Leistungen nach dem Entwicklungshilfegesetz, Vertragsdauer 2 Jahre mit Verlängerungsmöglichkeit.

BEWERBUNGEN bis zum 22. 10. 86 an
WELTFRIEDENSDIENST e.V.
Friedrichstr. 236
1000 Berlin 61



Interview mit Noam Chomsky (in Nr. 153 der Blätter)

Mit Erstaunen habe ich das Interview mit Noam Chomsky gelesen. Meines Erachtens taucht dort eine gefährliche Verwendung von Begriffen auf, wenn es darum geht, Geschichte zu erklären. So wird die aktuelle Situation Nicaraguas mit der innenpolitischen Konstellation in den USA während des ersten und zweiten Weltkrieges verglichen. Einzelbeispiele werden aus ihrem Kontext herausgerissen und gegenwartsbezogen so ausgelegt, daß sie nur den Schluß zulassen, daß es sich bei den USA um ein totalitäres Regime handele. Chomsky behauptete an keiner Stelle offen, daß die USA faschistisch wären, doch zwischen den Zeilen gelesen, wird dem Leser dieser Schluß nahegelegt. Ich zitiere in diesem Zusammenhang die Passage in der Chomsky Albert Speer zitiert: „Das Ausmaß, in dem sich die demokratischen Gesellschaften während des zweiten Weltkrieges auf totalitäre Strukturen hin entwickelten, ist sehr interessant. Albert Speer hat darüber in seinen Memoiren geschrieben. *Er kommentiert die Tatsache, daß Deutschland nicht in der Lage war, jene Arten totalitärer Kontrolle einzuführen, die die Demokraten installierten.* Einmal abgesehen von der Berufung auf einen Albert Speer als brauchbare historische Quelle, zitiert Chomsky ihn hier, um *seine Analyse* zu rechtfertigen. Welches Faschismusverständnis Chomsky hat, wird vollends klar, wenn man folgenden Satz näher ansieht: „Er (Speer) weist darauf hin, daß es möglich war, in den Demokratien, in denen die Bevölkerung überzeugt war, effektive totalitäre Kontrollen einzusetzen, während *in Deutschland, wo der Bevölkerung nicht getraut wurde, diese in gewisser Weise ‚gekauft' werden mußte.*"

Es kommt schon fast einer Verharmlosung des Faschismus gleich, wenn Chomsky meint, daß die obersten Ränge im Naiionalsozialismus eine manipulative Politik betrieben hat und die „Bevölkerung" quasi von oben nur gesteuert hätten. Die Analyse von komplexen Bewußtseinsprozessen in einer Gesellschaft während des Faschismus wird nicht einmal mehr gedacht.

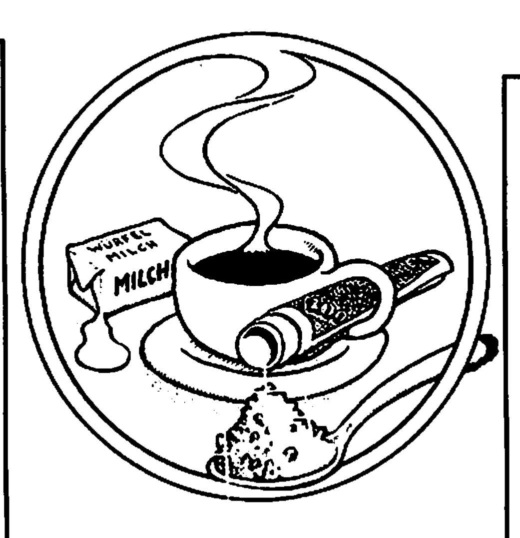
Des weiteren werden Widersprüche in der Außenpolitik der USA seit ihrer Gründung auf ökonomischen Vorteil bzw. auf die Auspressung anderer Staaten bedacht. Die Beispiele, die Chomsky anführt, legen eine aufsteigende historische Linie nahe: Krieg mit Mexico, Putsch in Guatemala und in der Dominikanischen Republik, heute Krieg mit Nicaragua. Hier erlebt Nietzsches „Wiederkehr des Immergleichen" eine ungeahnte Aufwertung. Die Dynamik kapitalistischer Prozesse ist kein Thema mehr. Gegen die Vielfalt und Widersprüchlichkeit globaler Prozesse existiert jetzt nur noch ein zentraler Widerspruch. Das Terroristenzentrum liegt in Washington, der Feind ist entlarvt.

Nicht viel besser sind die Fragen von Heinz Dietrich im Interview. Ein Beispiel: „Angesichts der historischen Tatsache, daß Nicaraguas Politik bisher die Grenzen bürgerlicher Verfassungen und Demokratie nicht überschritten hat. . . ." Die Berufung auf die Historie unterstellt, daß es wohl so gewesen ist. Aber der durch den Krieg mit der Contra erzwungene Ausnahmezustand überschreitet natürlich die Grenzen bürgerlicher Verfassung und Demokratie. Selbst Ortega gibt zu, daß es politische Gefangene in Nicaragua gibt. In der Solidaritätsbewegung treten immer wieder Hundertfünfzigprozentige auf. Dieser Zweitabdruck spricht nicht für die Herausgeber. Es existieren zahlreiche andere Quellen, die vor allem den Vorteil haben, wesentlich genauer die Politik der USA zu analysieren. Ich verweise nur auf die Reihe „Dollars & Träume", einzelne Artikel der PROKLA und nicht zuletzt das Buch von Mike Davis „Phoenix im Sturzflug". Von letzterem hoffe ich, daß ihr es an entsprechender Stelle in den Blättern bald rezensiert. Politische Nachhilfe in Sachen USA tut der Solidaritätsbewegung wirklich not. Nicaragua braucht es.

Andreas Hess

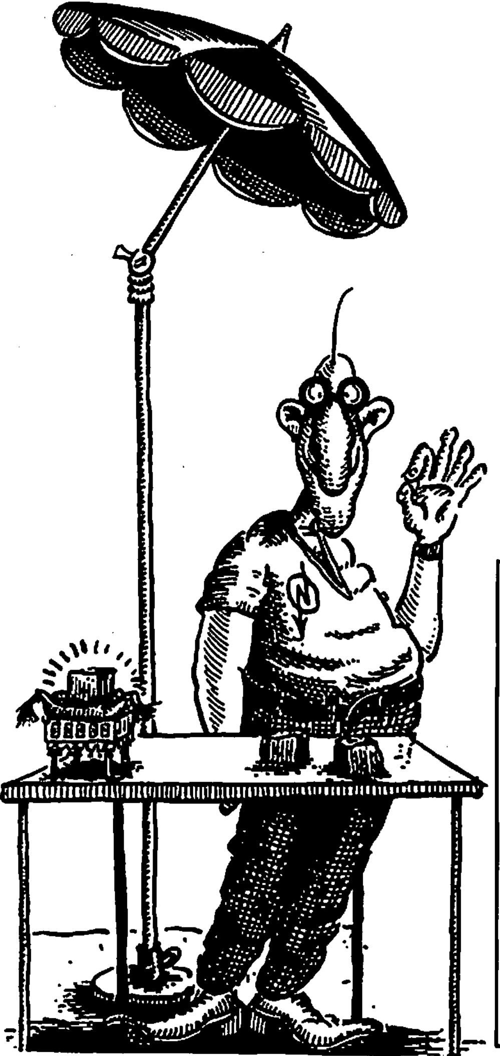


Wir verstehen das Interview als wichtiges Dokument, weil es einen der derzeit fortschrittlichsten Diskussionsstandpunkte in den USA darstellt. *Red.*



SCI-Afrika-Kalender 1987,
12 mal Bilder und Texte aus Afrika, ca. 48 × 32 cm, DM 17,00 (incl. 8 DM Spende), erhältlich beim SCI, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

Tagungshinweise



Freunde in aller Welt – Entwicklungshelfer berichten
Herausgegeben von Horst Heidtmann und Christoph Plate unter Mitarbeit von Franz Nuscheler
Der Signal-Verlag in Baden-Baden sucht für die Herausgabe dieses Jugendbuches Erfahrungsberichte aus der praktischen Entwicklungshilfearbeit.

Die Texte sollen für Jugendliche gut lesbar und spannend sein. Neben den Beiträgen von Entwicklungshelfern/innen sind die Herausgeber auch an Erfahrungsberichten von Betroffenen aus der 3. Welt interessiert.

Redaktionsschluß it der 28. Februar 1987. Interessierte sollten sich möglichst umgehend an den:
Signal-Verlag Hans Frevert, Postfach 8 13, 7570 Baden-Baden wenden, der ein Schreiben mit genaueren Informationen versendet.

Praktikumsstelle frei:
Der Internationale Christliche Jugendaustausch bietet eine Praktikumsstelle im Bereich Internationale Jugendarbeit für 1 Jahr: Jan.—Dez. 1987.

Aufgaben:
Seminare mit ausländischen Jugendlichen aus 20 Ländern; Bewältigung des Büroalltags (Drucken!, Korrespondenz). Wir suchen einen politisch engagierten, gut englisch sprechenden, kontaktfreudigen Menschen.

Wir bieten: Freies Wohnen, Sozial- und Krankenversicherung, Taschengeld, Kontakte mit vielen interessanten Leuten und eigenverantwortliches Arbeiten in einem netten Team.
Bitte schreibt an:
Icja
Kiefernstraße 45
5600 Wuppertal 2
Tel.: (02 02) 50 10 81

BURKINA FASO 1987 heißt der Kalender einer Gruppe der Reisenden Schule Dritte Welt. Das westafrikanische Land Obervolta am Rand der Sahelzone wurde 1984 in Burkina Faso, das bedeutet „Land der ehrbaren Menschen" umbenannt. Seit dem letzten Militärputsch 1983 versucht die Regierung unter Staatspräsident Thomas Sankara, die Korruption zu bekämpfen und sich von neokolonialen Zwängen zu lösen. Vorrangige Ziele sind die Selbstversorgung an Nahrungsmitteln und der Kampf gegen das Voranschreiten der Wüste.

Zu dem Kalender in Vierfarbdruck und DIN-A-3-Format gehört eine Broschüre, in der neueste Informationen über das Land enthalteen sind und u. a. die Struktur und Arbeitsweise einer einheimischen Selbsthilfeorganisation und deren Aktivitäten in den Bereichen Wasserversorgung, Gartenbau, Wiederaufforstung, Erosionsschutz und Arbeitserleichterungen für die Frauen beschrieben werden.

Die Autoren geben auch ganz persönliche Erfahrungen und Eindrücke ihrer Afrikareise wieder.
Kalender + Broschüre: 17,80 DM. Zu bestellen bei:
CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen Tel. 0421 - 54 00 12

☆

Tagungshinweise

South African English Literature: Liberation and the Art of Writing, 7.-9. 11. 86 in Bad Boll, Information und Anmeldung: Evangelische Akademie Bad Boll, 7325 Bad Boll

‚Unser Ort des Kampfes ist die Leinwand' – Film und Video im revolutionären Prozeß, 7.-9. 11. 86 in Hamburg, Information und Anmeldung: Kulturbüro Dritte Welt, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

Türkische Arbeitsmigranten – Fremdheit und Selbstverständnis, 14.-16. 11. 86 in Hofgeismar, Information und Anmeldung: Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar

Seminare der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenden- und Hochschulgemeinden, Rheinweg 34, 53 Bonn 1:
‚SDI und ihre sozial-, friedens- und entwicklungspolitische Bedeutung', 28.-30. 11. 86 in Dortmund
Weltwirtschaft II – ‚wer zahlt, befiehlt', 12.-14. 12. 86 in Darmstadt

Nica-Bananenaktion, ‚Wenn schon Bananen, dann aus Nicaragua', 15. 11. 86 bei Offenburg, Anmeldung: Claus Haberecht, Bahnhofstr. 67, 7604 Appenweier

Informationstreffen „Südsudan Konflikt", 22.-23. 11. 86 in Göttingen, Information: Gesellschaft für bedrohte Völker, 34 Göttingen, Postfach 2024

Deutsch-chilenisches Solidaritäts- und Rückkehrkomitee, Hinter den Ulmen 15, 6 Frankfurt 50, Familienseminar 21.-23. 11. 86 in Frankfurt/Taunus

Seminarreihe ‚Konfliktfeld Naher Osten' der evangelischen Akademie Berlin/GEW Berlin
Die Bedeutung Syriens im Nahen Osten, 12. 11.
Worum geht es in den Kämpfen im Libanon?, 10. 12. 86
Veranstaltungsort: ‚Haus der Kirche', Berlin 12, Goethestr. 27-30

Entwicklungspolitik auf dem Weg zur ökologischen Wende? – Eine Zwischenbilanz' 4.-5. 12. 86 in Berlin, Information: Institut für Landwirtschaftsökonomie der TU-Berlin, Franklinstr. 28

III. Symposium des Netzwerkes ‚Alternative zur Psychiatrie in Lateinamerika', 10.-14. 12. 86, Buenos Aires, Information und Anmeldung: Dr. Horacio Riquelme, Psychiatrie/Universität Hamburg, Martinistr. 52, 2 Hamburg 50

‚Umsiedlungspolitik (Transmigrasi) in Ost-Kalimantan, Indonesien – Ihre Folgen für Ökologie, Regionalplanung und Menschenrechte', 14.-16. 11. 86 in Frankfurt, Information und Anmeldung: IMBAS, Postfach 1131, 63 Gießen

Seminare des BUKO, Nernstwet 32-34, 2 Hamburg 50
– **Eritrea-Seminar** 14.-16. 11. 86
– **‚Tschernobyl und die Folgen. Auswirkungen der Atomkatastrophe auf die Dritte Welt und uns'**, 5.-7. 12. 86
– **‚Weltwirtschaft und Verschuldungskrise'**, BUKO Vorbereitungs- und Strategieseminar, 28.-30. 11. 86 in Böblingen
– **2. BUKO-Vorbereitungsseminar**, 30.1.-1.2. 87
– **‚Die Rolle der BRD in der Nato am Beispiel Mittelamerika und Naher Osten'**, 23.-25. 1. 87
– **‚Perspektiven Internationaler Frauensolidarität'** 13.-15. 2. 87
– **‚Weichenstellung in der EG-Agrarpolitik – Konsequenzen für die Dritte Welt?'**, 28.-30. 11. 86, in Düsseldorf

Seminare des AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho
– **‚Verschuldung – Zwangsjacke zur Weltmarktintegration der Entwicklungsländer'**, 5.-7. 12. 86 in Melle
– **‚Deutsche und ausländische Jugendliche – haben wir was gemeinsam?'**, 6.-7. 12. 86
– **‚Das Ausländerwahlrecht am Beispiel des kommunalen Wahlrechts und des Niederlassungsrechts'**, 7.-9. 11. in Bielefeld
– **‚Informationsseminar zu Tansania**, 9.-11. 1. 87 in Vlotho

Seminare des Jugendhofs Vlotho, Bildungsstätte Oeynhausenerstr. 1, 4973 Vlotho
– **‚Die türkische Gesellschaft am Scheideweg?'**, 8.-10. 12. 86
– **‚Ausländerfeindlichkeit – Rechtsextremismus – Gewalt'**, 10.-12. 12. 86
– **‚Asyl in Deutschland'**, 15.-17. 12. 86
– **Seminare für Mitarbeiter in der Asylantenbetreuung**, 12.-14. 11. 86 und 5. 3. 87

„Wider den Zeitgeist: Erste gnadenlose Generaldebatte zur endgültigen Klärung aller unzeitgemäßen Fragen.", 21.-23. 11. 86 in der Kongreßhalle Frankfurt. Anmeldung bei „Prima-Klima"-Büro, Lange Straße 57, 6 Frankfurt 1

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung 86, 28.-30. 11. in Regensburg. Information bei: BI-WAK-AG Buko, Spiegelgasse 10, 84 Regensburg

„Gentechnik – Gefahren und Grenzen", 22.-23. 11. in Heilbronn, Gesellschaft für politische Ökologie, Gutbrodstr. 33, 7 Stuttgart 1

Zeitschriftenschau

Femmes: Une Décennie Pour S'entendre, Service d'information Tiers Monde (i3m), Centre Europe — Tiers Monde (CETIM), 102 Seiten

Der lange Marsch der Männer von Pazun, Leif Jorgensen, aus dem dänischen von G. Neumann, Signal Verlag Baden-Baden, 96 Seiten, DM 16,80

Decentralizing Regional Planning in Ghana, Ernest Aryeetey, Dortmunder Beiträge zur Raumplaung Nr. 42, Herausgeber: Institut für Raumplanung, Universität Dortmund, Vertrieb: Informationskreis für Raumplanung e.V., Universität Dortmund, Postfach 500500, 4600 Dortmund 50, DM 27,-, ISBN 3-88211-053-8

Chile: Chancen der Demokratie nach Pinochet, Hugo Calderòn u. Jaime Eusiguia, Junius Verlag Hamburg, von Huttenstr. 18, 2000 Hamburg 50, 167 Seiten

CIAE-Komplott in Argentinien: Millionencoup mit Schweizer Beteiligung, Broschüre, Roland Herziog, mosquito Bern 86

Mutlangen — unser Mut wird langen! — vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wegen Nötigung, Hanne und Klaus Vack (Hg.), Bezug: Kommittee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

Rote Erde — Schwarzer Zorn, Lesebuch für ein anderes Südafrika, Christoph Plate (Hg.), Signal Verlag, 224 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Großoktav, gebunden, DM 29,80

No Parasan, Nicaraguas Weg in die Zukunft, Helmut Koch, Signal Verlag, 160 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Broschüre, DM 16,80

Frauen in Südafrika, Vukani — Markhosikazi, Kleine Bibliothek 420, DM 16,80, ISBN 3-7609-1067-X 244/01067

Der lange Krieg, Diktatur und Revolution in El Salvador, James Dunkerley, isp Verlag Frankfurt, 344 Seiten, DM 36,-

„Pazifi(sti)sche Träume" — über die Militarisierung der Südsee und den Widerstand der Bevölkerung, Basisinfo 4, HG. und Bezug: Verein für Friedenspädagogik e.V., Bachgasse 22, 7400 Tübingen, 36 Seiten, DM 3,50

Ich war ein Contra — Bekenntnis eines antisandinistischen Kommandanten, Elisabeth Reimann, Pahl-Rugenstein Verlag, 113 Seiten, DM 9,80, ISBN 3-7609-1001-2

Krieg im Frieden — Amerikanische Strategien für die Dritte Welt, Jochen Hippler, Pahl-Rugenstein, 116 Seiten, DM 9,80, ISBN 3-7609-1068-8

Mario Rosas — Die Geschichte einer Flucht, Urs M. Fiechtner, Signal Verlag Baden-Baden, 160 Seiten, DM 19,80

Der internationale Agrarhandel und Bekämpfung des Hungers, eine Studie von Killemariam Gelre Wold, Band 35 der Schriftenreihe von „Dienste in Übersee", 160 Seiten

Pepe Amado. Eine unglaubliche und utopische Geschichte — Roman — gudrun Pausewang, Arche Verlag Zürich, 211 Seiten, DM 29,80

Dritte Welt Kalender 1987, Lamuv Verlag, 256 Seiten, DM 9,80

Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt, Werner Olle, ein Handbuch herausgegeben von medico international, 160 Seiten, Lamuv Taschenbuch 46, DM 14,80

Schwarz wie ich bin, Zindzi Mandela/Peter Magubane, Gedichte und Fotos aus Soweto, Lamuv Taschenbuch 44, 107 Seiten, DM 9,80

Shiva tanzt: Das Indien-Lesebuch, Dieter Reimenschneider (Hg.), Unionsverlag, 288 Seiten, DM 32, ISBN 3-243-00117-3

Opiumkrieg, Roman, Rudolf Brunnengraber, Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenberg, Hassestr. 22, 2050 Hamburg 80, 380 Seiten, DM 29,80, ISBN 3-921523-82-6

Gott ist Brasilianer, doch der Papst ist Pole, Hintergründe der Theologie der Befreiung, Norbert Ahrens, Lamuv Taschenbuch 47, 176 Seiten, DM 16,80

Zu viele Menschen? Ausgar Sküver, Verlag Piper München, 208 Seiten, DM 12,80

Kleinkredite als Entwicklungshilfe — eine Form der Selbsthilfe, Seminarbericht 3/86, Förderungswerk für Rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste (Kübelstiftung), Postfach 66, 6140 Bensheim 1

Aktionshandbuch Dritte Welt, Hg. BUKO, Peter Hammer Verlag, 288 Seiten, DM 13,80, 7. Auflage, Sept. 1986

Krisen und Klassenkampf, Willi Dickhut, Verlag neuer Weg, 185 Seiten





Neuerscheinungen

Solidarische Welt Nr. 115
Schwerpunkt: Lateinamerika — Landwirtschaft und Landvertreibung in den Anden/Rechtshilfe und Selbsthilfeprojekte in Peru/Brasilien: Landlose wehren sich/Zunehmende Regenwaldvernichtung in Amazonien/Aktionshinweise und ASW-Jahresbericht (1985)
Bezug: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V., Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

Informationsdienst Südliches Afrika 5/86, August/September
Schwerpunkt: Energieprobleme; Pestizide/Asbest; Ökologie und Apartheid; Länderberichte zu Zimbabwe, Namibia, Mosambik/Zimbabwe, Malawi, Swasiland.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
Einzelheft DM 5,—

Inprekorr Nr. 185, September 1986
Indien: Zwischenbilanz der Regierung Rajiv Gandhi; Die Ausdehnung der Frauenbewegung Indiens; Philippinen: Probleme türmen sich vor Cory Aquino; Die Internationale: Vor 50 Jahren — Revolution und Bürgerkrieg in Spanien, Analyse der Volksfront/Politik der POUM/Frauenmobilisierung/Dokument aus *Unser Wort:* Debatte der Linken über Wahlboykott; Thailand: Dokumente des IV. Kongress der CPT/Interview, IV. Internationale und Internationale Arbeiterbewegung; USA: Intercontinental Press wird eingestellt.
Bezug: Internationale Sozialistische Publikationen (ISP)-Verlag GmbH, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt a.M. 1
Einzelheft DM 3,50, Jahresabonnement DM 35.—.

ila-info Nro. 98, September 1986
Schwerpunkt: Agrobusiness; Beiträge zur Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft in der BRD, zur EG-Agrarpolitik, zum Agrarexport am Beispiel Kolumbiens, zur Entwicklungshilfe und Agrarbusiness; Sonderteil zum Thema „Repression und Guerilla in Peru"; Beiträge zur Nicaragua-Solidarität, zum Verhältnis der Amtskirche zur sandinistischen Regierung, zum Kokaingeschäft in Bolivien, zur aktuellen Asylantenhetze; Kulturteil: Gespräch und Erzählung mit bzw. des paraguayischen Schriftstellers Augusto Roa Bastos, aktuelles Gedicht von Erich Fried zu Nicaragua.
Bezug: ila-info, Römerstr. 88, 5300 Bonn
Einzelheft DM 3,50

epd-Entwicklungspolitik 18/19/86
Landreform in Nicaragua/BRD-Panzer für die Dritte Welt/Gatt-Verhandlungen: welche Ergebnisse/Rechenschaftsbericht der AG KED/Gerhard Grohs: eigenständige Entwicklungspolitik beibehalten — zur EKD-Entwicklungssynode Herbst 1986/Günter Reese: zur Vorgeschichte des Sturzes von Marcos/Mark Luyckx: Kultur, Entwicklung und Befreiung.
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2—6, 6000 Frankfurt/M 17
Einzelpreis DM 3,—

Brasilien Nachrichten Nr. 90/1986
„Neues aus der alten Republik oder Altes aus der neuen Republik" — Statt keine Cruzeiros, jetzt keine Cruzados in der Tasche/Schuldenkrise und Perspektiven für die nicht-staatliche Zusammenarbeit/Die Landproblematik in Marahao/Mord an Padre Josimo Tavares/Agrarreform jetzt/Auch in der neuen Verfassung — Frauen Menschen 2. Klasse/Brasiliens Indianer und die „neue Republik"
Bezug: Brasilien Nachrichten, An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück

Wohnen in der Dritten Welt — Materialien-Sammlung Nr. 1
Die Situation der Betroffenen (Wohnverhältnisse und Wohnerfahrungen in der Großstadt/Aufbruch der Landbewohner in die Stadt)/Merkmale und Ausmaß der Verstädterung und Wohnungsnot/Umweltprobleme der Großstädte. Analyse der Ursachen, wohnungsbaupolitische Strategien: von staatlicher Seite/Integration von Initiativen der Bevölkerung in staatliche Maßnahmen/Initiative der Betroffenen, Selbsthilfebewegung — Selbsthilfe, Stadtteilkämpfe und staatliche Politik — Traditionelles Wohnen — Perspektiven — offizielle Stellungnahme, Programme — Dritte Welt, Erste Welt.
Bezug: Kontakt- und Informationsstelle bei der Kübelstiftung GmbH, Darmstädter Str. 100, 6140 Bensheim 1
Preis: DM 3,— in Briefmarken

ila-info Nr. 99, Oktober 1986, Einzelpreis DM 3,50 / Jahresabo DM 35,-
Schwerpunktthema: Lateinamerikanischer Literatur in der BRD: Gespräch mit den Verlegern Rene Böll (Lamuv-Verlag) und Hermann Schulz (Peter Hammer Verlag), eine Auseinandersetzung mit den Klichees der bundesdeutschen Literaturkritik, einen Beitrag zur Geschichte der Rezeption lateinamerikanischer Literatur in deutscher Sprache, sowie Informationen über die Expansion des Bertelsmann-Konzerns in Lateinamerika.
Weitere Beiträge: Menschenrechte unter Kriegsbedingungen (Nicaragua und Peru), Polizeihilfe für Guatemala, Waffengeschäfte mit Lateinamerika, Straßenkinder in Brasilien und Infos über Aktionen und Kampagnen der Solibewegung.
Bezug: ila-info, Römerstr. 88, 5300 Bonn,
Einzelheft DM 3,50

571/ 1/137/51934

Viktor Lüpertz

Bergstr. 6

D-7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg